59. Jahrgang / Heft 2 / April 2011 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Johannes Hürter
Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust

Kurt Bauer
Hitler und der Juliputsch 1934 in Österreich

Patrick Bernhard
Konzertierte Gegnerbekämpfung im Achsenbündnis 1933 bis 1943

Bastian Hein
Himmlers Orden
Das Auslese- und Beitrittsverfahren der Allgemeinen SS

Andreas Malycha
Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte
2
11

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Michael Burleigh, Harold James,
Hélène Miard-Delacroix, Herfried Münkler,
Georges-Henri Soutou und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Johannes Hürter, Udo Wengst,
Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Assistenz: Renate Bihl

59. Jahrgang Heft 2 April 2011

Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
Fax 0 89/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de
www.vierteljahrshefte.de

Online

Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar.
http://vfz.ifz-muenchen.de

Impressum

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 Presse G. i. V. m. Art. 2 Abs. 1 c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlags ist die R. Oldenbourg Verlag GmbH unter der gleichen Anschrift. Alleiniger Gesellschafter der R. Oldenbourg Verlag GmbH ist die Cornelsen Verlagsholding GmbH & Co., Mecklenburgische Str. 53, 14197 Berlin.
Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Horst Möller unter gleicher Anschrift.
Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 66,00; Online-Abonnement € 66,–; Print- und Online-Abonnement € 66,–; Studentenabonnement: € 38,–; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 52,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 10,80/Ausland: € 14,00. Einzelheft: € 21,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 33,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz und Druck: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising.

Beilagenhinweis:
Oldenbourg Verlag
Gesamtverzeichnis des Instituts für Zeitgeschichte
Flyer zur Edition „Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden“

Inhalt

Mit Verlaub

Johannes Hürter
Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust . . . . . **167** Aufsätze
Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht

Gab es einen Befehl?

Kurt Bauer
Hitler und der Juliputsch 1934 in Österreich. **193**
Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Außenpolitik in der Frühphase des Regimes

Wer lernte von wem?

Patrick Bernhard
Konzertierte Gegnerbekämpfung im Achsenbündnis **229**
Die Polizei im Dritten Reich und im faschistischen Italien 1933 bis 1943

Nur die Besten?

Bastian Hein
Himmlers Orden. **263**
Das Auslese- und Beitrittsverfahren der Allgemeinen SS

War Honecker im Bilde?

Andreas Malycha
Ungeschminkte Wahrheiten . . . . . **283** Dokumentation
Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978

Friedrich Wilhelm Rothenpieler scheidet als Stiftungsratsvorsitzender aus **307** Notizen

Helmut Altrichter scheidet als Beiratsvorsitzender aus **311**

Schreib-Praxis. Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg Verlag veranstalten zum fünften Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (29. August–2. September 2011) **315**

317 Rezensionen online

325 Abstracts

329 Autoren

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Das Amt und die Vergangenheit" – ein Buch schlägt hohe Wellen. Kann man im Auswärtigen Amt des NS-Staats eine homogene „verbrecherische Organisation" sehen? Waren die Diplomaten wirklich Hauptakteure der nationalsozialistischen Gewaltpolitik, besonders des Holocaust? Über diese Fragen wurde bisher aufgeregt und polemisch gestritten. Es ist an der Zeit, die Ergebnisse der Historikerkommission einer eingehenden wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Johannes Hürter, Historiker am Institut für Zeitgeschichte, der mit einer kritischen Studie über Hitlers Heerführer hervorgetreten ist, versucht die Debatte auf eine sachliche Ebene zu bringen und weitere Diskussionen anzustoßen.

Johannes Hürter

Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust

Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht

Nach Daniel J. Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker"[1] hat kein zweites Buch über die Geschichte der NS-Diktatur eine so leidenschaftliche öffentliche Reaktion hervorgerufen wie der Bericht einer von Bundesaußenminister Joschka Fischer im Juli 2005 eingesetzten Unabhängigen Historikerkommission, deren Aufgabe es war, die „Geschichte des Auswärtigen Dienstes in der Zeit des Nationalsozialismus, den Umgang mit dieser Vergangenheit nach der Wiedergründung des Auswärtigen Amtes 1951 und die Frage personeller Kontinuität beziehungsweise Diskontinuität nach 1945" aufzuarbeiten[2]. Gemäß diesem Auftrag besteht das von vier Hochschulprofessoren aus Deutschland, den USA und Israel herausgegebene und von zwölf wissenschaftlichen Mitarbeitern geschriebene[3] Buch „Das Amt und die Vergangenheit" aus zwei Teilen. Der erste, etwa 300 Seiten umfassende Teil beschäftigt sich mit dem Auswärtigen Amt im „Dritten Reich", vornehmlich mit

[1] Vgl. Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

[2] Vgl. Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff, München 2010; Zitat aus dem Kommissionsvertrag vom 11. 8. 2006, in: Ebenda, S. 12.

[3] Die vier Herausgeber erscheinen auf dem Haupttitelblatt als Autoren und wurden zunächst auch in der Öffentlichkeit als solche wahrgenommen, während ihre zwölf wissenschaftlichen Mitarbeiter nur summarisch auf der Rückseite des Haupttitelblatts genannt werden (S. 4). Erst im Nachwort (S. 720) wird deutlich, dass diese „Mitautoren" den gesamten Text mit Ausnahme der Einleitung und des Nachworts beigetragen haben! Dieser Etikettenschwindel verstößt gegen die gute wissenschaftliche Praxis und erinnert an Gepflogenheiten, wie sie in den Natur- und Technikwissenschaften verbreitet sind, sich aber in den Geisteswissenschaften nicht durchsetzen sollten. Ärgerlich an diesem Verfahren ist auch, dass dadurch die Textverantwortlichkeiten verwischt werden. Handelt es sich durchgehend um ein Kollektivwerk? Weil das unklar ist, wird hier auf eine Zuordnung der Texte zu einzelnen Bearbeitern verzichtet.

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0010

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

seiner Personalstruktur und seinem Anteil an der nationalsozialistischen Gewaltpolitik in Deutschland und Europa, wobei der Holocaust eindeutig im Zentrum der Analyse steht[4]. Im zweiten, etwa 400 Seiten starken Teil wird dargestellt, wie nach 1945 mit der NS-Vergangenheit des Auswärtigen Dienstes umgegangen wurde und welche Wirkungen die entsprechenden Deutungen und Selbstthematisierungen auf die Entwicklung des Auswärtigen Amts hatten[5].

Das Buch wurde vor allem durch das berechtigte Bedürfnis seiner Auftraggeber und der Öffentlichkeit ermöglicht, ein wissenschaftlich fundiertes Gesamtbild über die NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amts und ihre Nachwirkungen zu erhalten. Entsprechend groß waren die Erwartungen. Wurden sie erfüllt? Unmittelbar nach der Veröffentlichung Ende Oktober 2010 wurde „Das Amt" zunächst in zahlreichen Artikeln und Berichten in den Massenmedien sowie in öffentlichen Veranstaltungen als Meisterwerk und Meilenstein der Geschichtsschreibung gefeiert. Nicht zuletzt diese erste, überaus positive Resonanz katapultierte das Werk sofort und dauerhaft in die Bestsellerlisten. Erst nach und nach regte sich Kritik, anfangs überwiegend von ehemaligen Diplomaten und ihren Angehörigen, dann auch von Historikern. Die Einwände aus dem Auswärtigen Dienst und seinem Umkreis richteten sich in erster Linie gegen die Kernthese des zweiten Teils, das neue Auswärtige Amt habe seine Geschichte im Nationalsozialismus gezielt umgedeutet und zahlreiche Täter in den eigenen Reihen gedeckt. Die kritischen Stimmen aus der Geschichtswissenschaft bezogen sich hingegen mehr auf die Darstellung des Auswärtigen Amts in der NS-Zeit. Vor allem wurde bezweifelt, dass die diplomatische Elite wirklich eine so zentrale Rolle im Herrschaftsgefüge der nationalsozialistischen Diktatur und bei der systematischen Ermordung der europäischen Juden gespielt habe, wie es im Kommissionsbericht teilweise behauptet, teilweise suggeriert wird.

Die Überlegungen dieses Beitrags konzentrieren sich auf den ersten Teil und die Frage, wie sich die Ergebnisse der Historikerkommission zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amts in den erreichten Forschungsstand einordnen lassen und welchen Erkenntnisfortschritt sie für die Erforschung der deutschen (und europäischen) Zeitgeschichte bis 1945 bringen. Am Ende ist auch zu fragen, warum dieser wissenschaftliche „Wälzer" in der Öffentlichkeit und unter Experten so viel Furore machen konnte. Was sagt das aus über unsere historische Selbstvergewisserung und Erinnerungskultur, über die Expertise von Spezialisten und den Zustand der Zeitgeschichtsforschung? Die Auseinandersetzung mit dem zweiten Teil des Buches soll dagegen denen überlassen bleiben, die sich kompetent zur Geschichtspolitik und Diplomatiegeschichte der Bundesrepublik äußern können[6].

[4] Vgl. Erster Teil: „Die Vergangenheit des Amts", S. 25–316. Die Anmerkungen befinden sich im Anhang des Buches. Die Autoren dieses Teils sind Lars Lüdicke, Jan-Erik Schulte, Jochen Böhler und Irith Dublon-Knebel.

[5] Vgl. Zweiter Teil: „Das Amt und die Vergangenheit", S. 319–711.

[6] Zu diesen Historikern gehört der Verfasser nicht. Er ist, um es ironisch zu formulieren, auch befangen, da er von 1996 bis 1998 für zwei Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Bearbeiter des „Diplomatenlexikons" (siehe Anm. 13) dem Auswärtigen Amt in Bonn angehört hat und damit, folgt man dem Interpretationsmuster des Kommissionsberichts, quasi gleichbedeutend ist mit „dem" Amt und „den" Diplomaten der Bundesrepublik.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Amt und sein Personal

Es kann kein Zweifel daran bestehen und bestand in der seriösen Forschung auch schon längst nicht mehr, dass der Auswärtige Dienst im nationalsozialistischen Herrschaftssystem kein „Fremdkörper" war, sondern wie die anderen staatlichen Institutionen und traditionellen Eliten auch dazu beitrug, dass sich in Deutschland ein totalitäres Regime etablieren und seine rassistische Entrechtungs-, Eroberungs- und Vernichtungspolitik bis hin zum Völkermord verwirklichen konnte. Schon in den Nürnberger Prozessen 1945/46 (Hauptkriegsverbrecherprozess) und 1948/49 (Wilhelmstraßenprozess), in denen die Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath und Joachim von Ribbentrop, Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker und einige weitere Diplomaten verurteilt wurden[7], stellten die Gerichte die Mitwirkung des Auswärtigen Amts an Unrecht und Gewalt fest.

Dieser Befund wurde, wie das Buch in seinem zweiten Teil beschreibt, in der Bundesrepublik lange Zeit von exkulpierenden Legenden überwuchert, an denen nicht allein die betroffenen Diplomaten strickten. Gegen solche geschichtspolitischen Manipulationen konnten die wissenschaftlichen Arbeiten zur NS-Außenpolitik – hervorzuheben ist die Studie von Hans-Adolf Jacobsen, die als eine von wenigen auch näher auf das Auswärtige Amt eingeht[8] – zunächst ebenso wenig ausrichten wie die Tatsache, dass viele belastende Dokumente bereits frühzeitig in der grundlegenden Edition „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945" (ADAP) abgedruckt wurden[9]. Seit Ende der 1970er Jahre folgte dann nach und nach die bis dahin fehlende Grundlagenforschung zum Anteil des Auswärtigen Amts an einer verbrecherischen Besatzungs- und Rassenpolitik, besonders am Holocaust, die viele Umdeutungen aus der frühen Nachkriegszeit widerlegte – angefangen mit den Pionierstudien von Christopher Browning und Hans-Jürgen Döscher bis zu den Forschungen von Magnus Brechtken, Roland Ray, Barbara Lambauer, Igor-Philip Matić, Sebastian Weitkamp, Michael Mayer[10] und anderen.

---

[7] Neben Neurath (15 Jahre), Ribbentrop (Todesstrafe) und Weizsäcker (7, dann 5 Jahre) wurden verurteilt: Ernst Wilhelm Bohle (5 Jahre), Wilhelm Keppler (10 Jahre), Karl Ritter (4 Jahre), Gustav Adolf Steengracht von Moyland (7, dann 5 Jahre), Edmund Veesenmayer (20 Jahre) und Ernst Woermann (7, dann 5 Jahre).

[8] Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a. M./Berlin 1968; wegweisend auch Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

[9] Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie A–E, Göttingen [u. a.] 1950–1995. Zur NS-Zeit vgl. die Serie C, Bd. 1–6 (1933–1937), Göttingen 1971–1981; Serie D, Bd. 1–13 (1937–1941), Baden-Baden [u. a.] 1950–1970; Serie E, Bd. 1–8 (1941–1945), Göttingen 1969–1979. Die Serien C und D erschienen auch in englischer Übersetzung.

[10] Vgl. Christopher R. Browning, The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–1943, New York 1978 (deutsch: Die „Endlösung" und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943, Darmstadt 2010); Hans-Jürgen Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung", Berlin 1987; Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden". Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997; Roland Ray, Annä-

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Historikerkommission konnte sich somit auf eine solide Basis fundierter Spezialliteratur stützen. Der erste Teil ihres Berichts liefert daher wenig substanziell Neues[11]. Er ist in erster Linie eine Synthese von schon Bekanntem, nach dem Selbstanspruch der Herausgeber eine „systematische und integrierende Gesamtdarstellung" (S. 11). Da eine Zusammenfassung des Forschungsstands bisher fehlte, ist es durchaus als eine Leistung anzusehen, die Ergebnisse spezialistischer Einzelforschungen zu einer kompakten und verständlich geschriebenen Geschichtserzählung für ein großes Publikum verbunden zu haben, zumal man nicht davon ausgehen kann, dass die wissenschaftlichen Erträge der letzten drei Jahrzehnte bereits im allgemeinen Geschichtsbewusstsein verankert sind. Die öffentliche Resonanz und der Verkaufserfolg scheinen den Bedarf an nachholender Aufklärung über die Rolle der Diplomatie im „Dritten Reich" (und in der Bundesrepublik) zu bestätigen. Wie noch zu zeigen sein wird, ist diese Vermittlungsleistung jedoch verknüpft mit einer Vereinfachung und Überzeichnung der bisherigen Forschung. Ein Vergleich mit der „Wehrmachtsausstellung" des Hamburger Instituts für Sozialforschung von 1995 bietet sich an. Auch ihr kam das Verdienst zu, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die der Forschung bereits bekannte Beteiligung einer, allerdings ungleich größeren und wichtigeren, staatlichen Institution an Kriegs- und NS-Verbrechen zu lenken, zugleich aber gelangte sie zu ebenso suggestiven wie unpräzisen und pauschalisierenden Aussagen, die in den folgenden Jahren von einer durch die öffentliche Debatte angeregten Forschung korrigiert und differenziert wurden.

So sehr dem wenig überraschenden Ergebnis der Kommissionsarbeit zuzustimmen ist, dass sich die Diplomatenelite der NS-Diktatur in ihrer professionellen und moralischen Deformation nicht grundsätzlich von anderen alten Funktionseliten unterschieden habe, so sehr muss sich die wissenschaftliche Analyse darum bemühen, Unterschiede und Binnendifferenzierungen deutlich zu machen. Die Karrierebeamten des Auswärtigen Amts können in mancher Hinsicht mit der Militärelite verglichen werden. Auch die Generalität und den Generalstab kennzeichneten soziale, professionelle und politisch-ideologische Homogenität, auch diese exklusive Gruppe war durch „Teilidentitäten" machtpolitischer Revisionsziele, „nationaler" Ordnungsvorstellungen sowie politischer und rassistischer Feindbilder mit dem Programm der nationalsozialistischen Machthaber verbun-

herung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942, München 2000; Barbara Lambauer, Otto Abetz et les Français ou l'envers de la collaboration, Paris 2001; Igor-Philip Matić, Edmund Veesenmayer. Agent und Diplomat der nationalsozialistischen Expansionspolitik, München 2002; Sebastian Weitkamp, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der „Endlösung", Bonn 2008; Michael Mayer, Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und „Judenpolitik" in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich, München 2010. Vgl. auch den Überblicksartikel „Auswärtiges Amt", in: Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 1, München/Zürich ²1995, S. 136–143. Interessante Details in zahlreichen weiteren Studien; vgl. als ein Beispiel: Corry Guttstadt, Die Türkei, die Juden und der Holocaust, Berlin 2008, S. 284–297.

[11] Noch die relativ meisten neuen Erkenntnisse bietet die Darstellung über die Jahre 1933–1939.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den[12]. Ebenso wie die älteren Diplomaten ließen sich die älteren Offiziere trotz aller einzelnen Vorbehalte in die immer radikalere NS-Gewaltpolitik einspannen. Auch sie integrierten sich durch zahlreiche Akte der Anpassung und Selbstgleichschaltung in das totalitäre Herrschaftssystem. Hier wie dort bestanden große Zweifel an der als verfrüht angesehenen Konfrontationspolitik Hitlers von 1938, doch hier wie dort führte dies lediglich zu einem „Beinahe-Widerstand", dessen Dürftigkeit und Ergebnislosigkeit beiden traditionellen Eliten ein großes Stück Selbstvertrauen raubten. Erst nach dem Krieg wurde er zum Widerstandsakt stilisiert. Wirkliche Widerstandshandlungen blieben im Offizierskorps und erst recht im Auswärtigen Dienst die seltene Ausnahme – für die Diplomaten betont das die Historikerkommission ganz richtig, rennt damit aber offene Türen ein, denn die Legende, das Auswärtige Amt sei ein „Hort des Widerstands" gewesen, besteht – anders als von ihr behauptet – schon lange nicht mehr.

Obwohl sich Hitler und seine Vertrauten häufig abfällig und misstrauisch über die alten Eliten in Bürokratie, Diplomatie und Wehrmacht äußerten und wiederholt eine gezielte Personalpolitik zu ihrer Ablösung durch „wirkliche Nationalsozialisten" ankündigten, glaubte das NS-Regime noch viele Jahre auf ihre Kompetenz und Professionalität angewiesen zu sein. Allerdings bestanden in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen dem Auswärtigen Dienst und der Militärelite. Der NS-Staat musste die Kriegführung und Militärverwaltung – damit Kernbereiche seiner Gewaltpolitik – bis zuletzt wesentlich in den Befehlsbereichen von Offizieren belassen, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sozialisiert und ausgebildet worden waren. Die verstärkten Bemühungen um eine Elitenmanipulation seit 1942 konnten sich, bis auf wenige Ausnahmen, nicht mehr auf die maßgeblichen militärischen Ränge und Positionen auswirken. Die „Generalstabs-Generalität" (Joseph Goebbels) war noch nicht zu ersetzen – und funktionierte buchstäblich bis zur letzten Patrone. Hier gelang es dem NS-Regime, eine traditionelle Institution und ihre führenden Akteure durchgehend auf sein (selbst-) zerstörerisches Hegemonie- und Vernichtungsprogramm auszurichten – mit den inzwischen gut erforschten „verheerenden" Konsequenzen.

Im Auswärtigen Dienst nahmen die Dinge eine andere Entwicklung. Dort machten sich strukturelle und personelle Transformationsprozesse früher und nachhaltiger bemerkbar. Die Personalstruktur des Auswärtigen Amts in der NS-Zeit bildet einen Untersuchungsschwerpunkt der Kommissionsarbeit. Gerade zu diesem Thema waren neue und differenzierte Ergebnisse zu erwarten, da sich die Autoren auf die Personalakten und auf die vorliegenden Bände eines detaillierten Personenlexikons zum Auswärtigen Dienst[13] stützen konnten. Diese Erwartungen werden aber enttäuscht. Das einseitige Konzept und der apodiktische Tonfall ste-

[12] Vgl. Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München [2]2007; Jürgen Förster, Die Wehrmacht im NS-Staat. Eine strukturgeschichtliche Analyse, München 2007. Der Begriff der „Teilidentität der Ziele", den auch der Kommissionsbericht verwendet (S. 42), stammt von Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969.

[13] Vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hrsg. v. Auswärtigen Amt, bisher erschienen: Bd. 1–3 (A-R), Paderborn u. a. 2000–2008.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hen einer abgewogenen Darstellung im Weg und werden von den personalpolitischen Tatsachen, die Erwähnung finden, immer wieder konterkariert. Das führt zu signifikanten Unklarheiten und Widersprüchen.

Welcher Teil des Personals wird untersucht? Es geht um den höheren Dienst, also eigentlich alle beamteten Diplomaten vom Legationssekretär bis zum Staatssekretär sowie im Krieg auch die angestellten Wissenschaftlichen Hilfsarbeiter. Die Angaben des Berichts über den genauen Umfang dieser Gruppe sind aber verwirrend. Folgt man dem Text, bestand der höhere Dienst (mit einem Durchschnittsalter von 56 Jahren!) im Januar 1933 einmal lediglich aus 40 Spitzendiplomaten ab den Gesandten I. Klasse (S. 33), dann wieder (richtig) aus 436 Beamten, während nun die Spitzenbeamten nur noch 23 zählten, nämlich vom Botschafter aufwärts (S. 63). Für 1940 ist dann von „120 höheren Beamen" und einige Zeilen weiter von „611 aktiven Angehörigen des Auswärtigen Dienstes" die Rede, ohne dass diese Angaben näher erläutert werden (S. 159). Mitunter wird auch die Gesamtzahl der Bediensteten genannt – 1938: 2665, 1943: 6458 (S. 128) – und mit Fritz Kolbe (wegen seiner Widerstandstätigkeit) ein Beamter des mittleren Dienstes in die Untersuchung einbezogen, in der Einleitung aber als „Persönlicher Referent" von Karl Ritter dem höheren Dienst zugeordnet (S. 9) – in Wirklichkeit war er Bürovorsteher, wie später richtig erwähnt wird (S. 309).

Gravierender als solche unpräzisen oder falschen Informationen sind die Unstimmigkeiten darüber, welche Bereiche und Personengruppen des höheren Auswärtigen Dienstes für die Deutungen des Kommissionsberichts relevant sind. Dass auf nähere Hinweise zur Organisationsstruktur und auf jegliche Hilfsmittel wie Organigramme oder Tabellen verzichtet wird[14], erschwert dem Leser zusätzlich die Orientierung. Die Kommission unterscheidet zwischen der „klassischen" Diplomatie und den neuen Aufgaben einer verbrecherischen Rassen- und Besatzungspolitik sowie zwischen „alten" und „neuen" Diplomaten. Noch für die Kriegszeit wird konstatiert, dass die „klassischen Aufgaben der Diplomatie [...] weiterhin fest in der Hand der Traditionsbeamten" gewesen seien (S. 155)[15]. Diese Aufgaben hätten aber „unter den Bedingungen des Krieges an Bedeutung verloren", und entsprechend sei „auch der Einfluss der alten Diplomaten" zurückgegangen (S. 138). Die Darstellung konzentriert sich auf die Beteiligung des Amts an der Gewaltpolitik in Deutschland und Europa, so dass die damit in erster Linie befassten Referate, Abteilungen und Außenposten besonderes Gewicht erhalten – bis Mai 1940 vor allem das Referat D/Deutschland, dann die neu eingerichtete Abteilung Deutschland, seit April 1943 die Referatsgruppe Inland II, und ihr „Judenreferat" (D III bzw. In II A) sowie die diplomatischen Vertretungen im deutschen Machtbereich, in denen „neue" parteinahe Diplomaten an den Schlüsselpositionen saßen.

[14] Auch deshalb kann nicht ernsthaft von einer Institutionsgeschichte gesprochen werden.

[15] „Die traditionellen Beamten, die bereits vor 1933 in den diplomatischen Dienst berufen worden waren, dominierten weiterhin die drei Kernabteilungen Politik, Wirtschaft und Recht sowie das Protokoll und bis März 1943 auch die Kulturpolitische Abteilung." (S. 155)

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Für die Argumentation des Buches scheinen die „klassische Diplomatie“ und ihre Akteure also eher irrelevant zu sein. Um so mehr verwundert, dass gerade mit Hinweisen auf diesen Bereich die personelle Kontinuität und Homogenität der alten Diplomatenelite belegt und der These ihrer „Verdrängung und Marginalisierung“ (S. 12) durch Seiteneinsteiger aus der Partei widersprochen wird. Zugleich werden die zahlreichen NSDAP-, SA- und SS-Mitgliedschaften auch älterer Diplomaten als Beweis für die Nazifizierung des Amts angeführt und jeweils im Einzelfall stereotyp erwähnt, wobei im Widerspruch dazu eingeräumt wird, dass die bloße, oft formale Mitgliedschaft nur einen „bedingten Erklärungswert“ habe (S. 68, ähnlich auch S. 158). Dem Wechsel im Ministeramt vom Diplomaten Neurath auf den Parteimann Ribbentrop im Februar 1938 wird die personalpolitische Bedeutung abgesprochen. Schon in der Einleitung, einem vorweggenommenen Fazit, heißt es, „gerade auf der Führungsebene“ sei das Ausmaß der Personalveränderungen durch Ribbentrop „denkbar gering“ gewesen (S. 15). In den Kapiteln über die Vorkriegszeit wird für die Ära Neurath eine „Infiltration durch Externe“ negiert (S. 62) und schließlich behauptet (S. 132): „Alles in allem waren die von Ribbentrop betriebenen Personalmaßnahmen deutlich vom Willen zur Kontinuität geprägt. Quantitativ fielen die Neueinstellungen kaum ins Gewicht, und da die Referenten der Dienststelle [Ribbentrop] nur auf nachgeordnete Positionen wechselten, nahmen sich die Veränderungen auch in qualitativer Hinsicht eher bescheiden aus.“

Im eklatanten Widerspruch zu solchen pauschalen Aussagen stehen nicht nur der eindeutige Schwerpunkt, den die Kommission auf die Bereiche jenseits der klassischen Diplomatie legt, sondern auch die ausgebreiteten Fakten der Personalentwicklung. Denn wie die Darstellung selbst zeigt, kamen zunehmend Quereinsteiger aus den konkurrierenden Parteiorganisationen, vor allem der „Dienststelle Ribbentrop“ und der NSDAP-Auslandsorganisation, sowie junge Diplomaten „mit Parteihintergrund“ (S. 99) in einflussreiche, für das Hauptthema der Kommission relevante Positionen. Schon der Autor des Abschnitts über die „Friedensjahre“ muss seine eigenen Aussagen relativieren, indem er den Einfluss des – dann als Staatssekretär in das Amt übernommenen – Leiters der Auslandsorganisation, Ernst Wilhelm Bohle, auf die Personalpolitik beschreibt. Diese Form der Nazifizierung setzte bereits in den letzten Ministerjahren Neuraths ein und führte schließlich zu einer „schleichende[n] personelle[n] Durchdringung“ durch eine „beachtliche Reihe von Mitarbeitern der Auslandsorganisation“ (S. 118). Von der Berufung Ribbentrops profitierten dann vor allem Mitarbeiter seiner „Dienststelle“, von denen 28 in das Auswärtige Amt wechselten und später teilweise „Schlüsselfunktionen in der Vernichtungspolitik“ einnahmen (S. 128).

Der Gesamtinterpretation widersprechen auch die Ausführungen über die Personalstruktur in den Kriegsjahren. Ribbentrops Personalpolitik habe darauf gezielt, „Vertreter wichtiger Parteigliederungen in sein Amt zu integrieren und die Berufsdiplomaten auf einen eng beschränkten Aufgabenbereich zu reduzieren“ (S. 154). Die enorme quantitative Zunahme von 2665 (1938) auf 6458 Mitarbeiter (1943) – die im übrigen nicht näher erläutert wird! – sei mit einer „qualitativen Differenzierung“ verbunden gewesen, die gerade für den höheren Dienst eine

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„weitere Auflösung der überkommenen Homogenität" bedeutet habe (S. 152). „Neben den älteren Karrierebeamten und den nach 1933 neu eingestellten standen die Männer, die Ribbentrop seit 1938 aus seiner Dienststelle ins Auswärtige Amt überführt hatte, sowie Angehörige der NS-Auslandsorganisation, Seiteneinsteiger aus NSDAP, SS und SA, kriegsbedingte Übernahmen aus anderen Behörden und eine größere Zahl Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, also nichtbeamteter Angestellter." (S. 152 f.) Und weiter: „Seiteneinsteiger, vor allem aus der Dienststelle Ribbentrop, blieben bis Kriegsende Ribbentrops engste Mitarbeiter. Und sie besetzten zentrale Funktionen." (S. 153)[16] Besonders die für „innerdeutsche Angelegenheiten" zuständigen Arbeitsbereiche (Deutschland, Inland) und das die Rassenpolitik und Judenverfolgung bearbeitende Referat (D III bzw. In II A) sowie die meisten Außenposten im Europa unter deutscher Besatzung oder Vorherrschaft wurden von Parteiaktivisten und jungen nazifizierten Beamten dominiert. Der Kommissionsbericht schwankt hin und her zwischen der Anerkennung der Tatsache, dass die nationalsozialistische Elitenmanipulation, Infiltration und Indoktrination – auch auf dem Weg der Attaché-Ausbildung – im Auswärtigen Amt sehr erfolgreich war, und dem Bemühen, die „große Geschichtserzählung" (S. 295) des Gegensatzes von „alten" und „neuen" Diplomaten durch die ebenfalls gewagte Geschichtserzählung einer im Negativen homogenen Behörde zu ersetzen, die in ihren Kernthesen nahezu alle im Einzelnen aufgezeigten Unterschiede wieder nivelliert[17].

Diese Feststellungen sollen und können die alten Eliten nicht entlasten. Das hier als Vergleich herangezogene Beispiel der Wehrmachtsgeneralität zeigt, dass sich maßgebliche konservative Akteure der herkömmlichen staatlichen Institutionen in der Regel ohne großen Widerstand von der „Notwendigkeit" einer Gewaltpolitik überzeugen und in sie einspannen ließen, bis hin zu den Raubzügen und Massenmorden des Zweiten Weltkriegs. Auch in der diplomatischen Elite finden sich genügend Belege dafür, wie sich auch vor 1918 und vor 1933 in den Auswärtigen Dienst eingetretene Beamte an einer Politik der Entrechtung, Kriegsvorbereitung, Ausbeutung und Vernichtung beteiligten, wenn das von ihnen gefordert wurde. Die wissenschaftliche Redlichkeit gebietet aber auch das Bemühen um die Differenzierung, dass es im Auswärtigen Amt trotz aller Durchlässigkeiten und Verschmelzungsprozesse – anders als in der Militärelite – eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den „alten" Karrierebeamten und den „jungen" Vertrauensleuten der Partei gab. Während die einen weiterhin die „klassischen" Bereiche der Diplomatie dominierten und dort der NS-Unrechtspolitik dienten, wurden auf den „neuen" Aufgabenfeldern, die im Mittelpunkt der Darstellung

[16] „Mit der Hereinnahme von Seiteneinsteigern löste sich das vormals als homogen begriffene Diplomatenkorps weiter auf." (S. 154)

[17] Bemerkenswert ist, dass sich der Bearbeiter dieses Teils, Jan-Erik Schulte, vorbehaltlos gegen die These wendet, „Partei und SS" hätten sich „sukzessive aller strategischen und einflussreichen Positionen" im Auswärtigen Dienst bemächtigt, während die von ihm verfassten Abschnitte über die Personalstruktur im Krieg zumindest den Kern Wahrheit in diesen Verteidigungsargumenten aufzeigen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stehen (Rassenpolitik, Besatzung, Ausplünderung, Holocaust), bevorzugt Seiteneinsteiger aus den konkurrierenden Parteiorganisationen eingesetzt.

Dass die Historikerkommission gleich in der Einleitung suggeriert, jede Unterscheidung zwischen traditionellen Diplomaten und nationalsozialistischen Karrieristen sei ein Ablenkungsmanöver (S. 12), bringt die Forschung ebenso wenig weiter wie die durchgängige Pauschalisierung, nahezu jedes Handeln aus dem Auswärtigen Dienst heraus auf „das", also das gesamte Amt bzw. auf „die", also alle Diplomaten zu übertragen. So homogen war der Auswärtige Dienst spätestens im Zweiten Weltkrieg längst nicht mehr. Natürlich gab es nicht zwei Auswärtige Ämter, ein gutes altes und ein böses neues, und selbstverständlich kam es zu vielschichtigen Verknüpfungen der Kompetenzen und Verantwortungen. Doch Ignoranz gegenüber den ebenfalls evidenten Unterschieden in der Personalstruktur und den Zuständigkeiten innerhalb dieser Reichsbehörde steht dem Erkenntnisgewinn im Weg. Die Kommission verzichtet, gegenläufig zu vielen Einzelbefunden ihrer Mitarbeiter, auf eine differenzierende, hermeneutisch und induktiv vorgehende Gesamtanalyse, offenbar weil sie der interessierten Öffentlichkeit „eindeutige" Antworten liefern will.

Das Amt und der Holocaust

Neben der Personalentwicklung der diplomatischen Elite ist ihre Beteiligung an der Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden das zweite Zentralthema im die Zeit bis 1945 betreffenden Teil der Veröffentlichung. Die jüngere Forschung hat nachgewiesen, dass das Auswärtige Amt schon in den ersten Jahren der Diktatur aktiv an der Exklusion der Juden aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft" mitwirkte. Insbesondere unterstützte und rechtfertigte es die „Judenpolitik" im Ausland und sprach sich – wenn auch nicht allein – für eine neue rechtliche Regelung aus, die dann 1935 in den Nürnberger Gesetzen erfolgte. Für die Akzeptanz und teilweise eifrige Umsetzung der politischen und ideologischen Vorgaben in der „Judenfrage" genügte zunächst der antisemitische Konsens in den konservativen Eliten, dass der „übergroße Einfluss" der Juden aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden müsse. Führende Vertreter der traditionellen Diplomatie wie Neurath und Staatssekretär Bernhard von Bülow trugen eine Mitverantwortung für die ersten Abschnitte der antijüdischen Unrechtspolitik – ebenso für andere repressive Maßnahmen wie etwa die Verfolgung und Ausbürgerung politischer Gegner. Nur wenige Diplomaten verweigerten sich oder schieden aus dem Dienst aus. Wie Hannah Arendt eindrücklich nahelegte, wurde die Gewissensfrage nicht erst 1938 oder im Krieg, sondern bereits in den Jahren zuvor gestellt[18] – und in dieser Hinsicht gab auch die überwältigende Mehrheit der Diplomatenelite eine nicht erst im Nachhinein beschämende Antwort.

[18] Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 132–139.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Kommissionsbericht beschreibt die Mitwirkung des Auswärtigen Amts an der – schon in diesen Jahren verbrecherischen – Rassenpolitik bis 1939 nach dem Forschungsstand und mit durchaus neuen Erkenntnissen. Allerdings kommt es bereits in diesen Kapiteln zu Überzeichnungen. Da stößt der Leser etwa auf die gewagte und unzureichend begründete Aussage, der Aprilboykott von 1933 sei „maßgeblich durch die Berichterstattung der deutschen Auslandsmissionen ausgelöst worden" (S. 108). Noch fragwürdiger ist die apodiktische Formulierung, eine Weisung Staatssekretär von Bülows vom 13. März 1933, statistisches Material zum überproportionalen „Vordringen der Juden" im deutschen öffentlichen Leben zu sammeln, habe „auf dem Weg zur ‚Endlösung der Judenfrage' [...] gewissermaßen den Anfang" markiert (S. 46). Abgesehen von der völlig unverständlichen Überschätzung des erwähnten Akts wird eine lineare Entwicklung suggeriert, die ahistorisch ist, und der lange vieldeutige Begriff der „Endlösung" missverständlich verwendet. Es ist ein interpretatorisches Grundproblem der Darstellung, dass sie ganz offensichtlich von der Prämisse ausgeht, der Weg von der Entrechtung zur Ermordung der Juden sei nicht nur zwangsläufig gewesen, sondern hätte den beteiligten Vertretern der alten Eliten schon vor dem Kriegsausbruch klar sein müssen. Das widerspricht den Erkenntnissen der Forschung über die keineswegs geradlinige prozessuale Entwicklung zum Holocaust. Trotz aller düsteren Vorzeichen, die selbst von den unmittelbaren Akteuren unterschiedlich gedeutet wurden, fiel die Entscheidung zu den Massendeportationen und Massenvernichtungen erst im Krieg – und selbst da keineswegs sofort, sondern als Ergebnis einer komplexen Entwicklung, die sich im Spätsommer/Herbst 1941 zum Genozid verdichtete.

Die ersten Etappen der antijüdischen Maßnahmen, die berufliche wie gesellschaftliche Ausgrenzung, gesetzliche Entrechtung und faktische Ausraubung der deutschen Juden, sowie der damit verbundene Druck zur Emigration wurden von der traditionellen Ministerialbürokratie, auch vom Auswärtigen Amt, trotz vereinzelten Unbehagens und Protests im Großen und Ganzen akzeptiert und unterstützt, teilweise sogar aktiv betrieben. Die nächsten, noch radikaleren Schritte von der Deportation bis zur Vernichtung glaubte die NS-Führung aber nicht mehr vorwiegend den alten Eliten und Behörden zutrauen und überlassen zu können. Sie übertrug diese Aufgaben daher seit 1938 zunehmend den neuen Institutionen und Akteuren einer „kämpfenden Verwaltung"[19]. Hitler und seine Umgebung wollten die Beamten „alten Stils" so schnell wie möglich durch „hoch qualifizierte Nationalsozialisten" ersetzen, auch im Auswärtigen Dienst (S. 142). Die Selbstanpassung der Reichsverwaltung wurde nun viel stärker als zuvor durch die Etablierung und den Machtgewinn neuer Zentralinstanzen sowie durch die

[19] Vgl. Mayer, Staaten, S. 198–201 u. S. 211–224; vgl. auch den Forschungsüberblick von Christiane Kuller, „Kämpfende Verwaltung". Bürokratie im NS-Staat, in: Dietmar Süß/Winfried Süß (Hrsg.), Das „Dritte Reich". Eine Einführung, München 2008, S. 227–245. Dem NS-Ideal der „kämpfenden Verwaltung" entsprach am meisten das Reichssicherheitshauptamt; vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nationalsozialistische Durchdringung der herkömmlichen Behörden ergänzt. Hitler stärkte nach 1938 nochmals die Kompetenzen der Partei und vor allem des SS- und Polizeiapparats. Himmler, Heydrich und Bormann übernahmen die führenden Rollen in einer Politik, die den eliminatorischen Radikalantisemitismus der Staatsführung in die Tat umsetzen sollte. Im September 1939 wurde das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) errichtet, das sich schnell zur Schaltzentrale der „Endlösung" entwickelte.

Dagegen verlief die gezielte politisch-ideologische und personalpolitische Manipulation der alten Eliten und Institutionen in Tempo und Auswirkung unterschiedlich. Während etwa die militärische Elite personell weitgehend homogen blieb, sich aber seit 1941 im Ostkrieg auch ohne Seiteneinstiege in erschreckender Weise radikalisierte, kam es im Auswärtigen Amt nach 1938 zum beschriebenen quantitativen und qualitativen Wandel der Personalstruktur. Das zeigte sich in der Besetzung von Schlüsselpositionen – nicht für die „klassische" Diplomatie, wohl aber für die NS-Gewaltpolitik in Europa – mit „neuen" nationalsozialistischen Diplomaten. Die Kommission versäumt es, diesen Wandel deutlich zu machen. Das gelingt ihr auch deshalb nicht, weil sie „das" Amt und „die" Diplomaten, ganz gleich ob „alt" oder „neu", immer wieder als homogene Einheit begreift. Der Einschnitt von 1938 und seine Folgen werden für das Auswärtige Amt übersehen, teilweise sogar negiert, auch wenn an einer Stelle mit Michael Burleigh gesagt wird, dass Hitler zum Jahreswechsel 1937/38 „die bisherige Geschäftsgrundlage seines Modus Vivendi mit den konservativen Eliten" aufgekündigt habe (S. 125)[20] – eine der vielen Widersprüchlichkeiten der Darstellung.

Die Abschnitte über die Kriegsjahre werden dem von der Forschung gezeichneten komplexen Bild eines institutionell und personell sowohl arbeitsteiligen als auch miteinander verwobenen Prozesses der kumulativen Radikalisierung nicht gerecht. Schon die ersten Seiten des Kapitels „Das Auswärtige Amt im Krieg", wiederum eine vorgezogene Zusammenfassung, sind von derselben Mischung aus Überzeichnungen, Vereinfachungen, Widersprüchen und richtigen Beobachtungen geprägt, die den gesamten ersten Teil des Werkes charakterisiert. Der Einstieg mit der umstrittenen These, dass der Krieg „von Anfang an", also schon in Polen, ein „Vernichtungsfeldzug" gewesen sei[21], ist unglücklich, zumal einige Zeilen später im Widerspruch dazu von „der Entwicklung hin zu einem mörderischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg" gesprochen wird (S. 167, auch die folgenden Zitate). Richtig ist die Feststellung, dass man im Auswärtigen Amt über die Verbrechen „außerordentlich gut informiert" war und deutsche Diplomaten

[20] Nach Michael Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt a. M. 2000, S. 787. Das wird auf die Bedenken bezogen, die Neurath, Blomberg und Fritsch gegen die Ankündigung Hitlers vom 5. 11. 1937 (Hoßbach-Protokoll) hatten, die „deutsche Raumfrage" gewaltsam lösen zu wollen. Es folgte bekanntlich u. a. die Ersetzung Neuraths durch Ribbentrop.

[21] Vgl. Jochen Böhler, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt a. M. 2006, und die wissenschaftliche Kritik an seinen Thesen, etwa in der Rezension von Birthe Kundrus, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 23 (2007), S. 214–216; Christian Hartmann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 1. 2007, S. 7.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Besatzungsgehilfen, Mitwisser und – immer wieder – Mittäter" waren. Die in diesem Kontext zu lesende Formulierung, „die [!] deutschen Diplomaten ermöglichten [!] der Führung des Dritten Reiches bis zum Ende des Krieges die Umsetzung eines menschenverachtenden Programms", ist dann allerdings wieder sehr pauschal und in ihrer Pauschalität nicht zu halten. In diesem Hin und Her zwischen anerkannten, umstrittenen und schlichtweg falschen Befunden geht es seitenlang weiter.

Was etwa wird mit der folgenden Behauptung suggeriert? „Zwar war der gesamte Staatsdienst für die antijüdischen Maßnahmen unentbehrlich. Doch war letztlich das Auswärtige Amt das einzige Ministerium, das befugt war, jenseits der Reichsgrenzen bei der Umsetzung dieser Politik direkt mitzuwirken." (S. 169) Ein Kennzeichen der deutschen Besatzungspolitik „jenseits der Reichsgrenzen" war die Vielfalt von Sonderbefugnissen und Selbstermächtigungen aller möglichen Reichs- und Ministerialbehörden, so dass es absurd ist, dem Auswärtigen Amt eine Art Alleinstellungsmerkmal zuzusprechen. Völlig verfehlt ist diese nicht näher erläuterte Formulierung auch deswegen, weil sie das Zerrbild eines für den Holocaust nicht nur unentbehrlichen, sondern ausschlaggebenden Ministeriums vermittelt. Weiter im Text heißt es, das Auswärtige Amt habe mit dem Übergang von der Auswanderung zur „territorialen Endlösung" – gemeint sind die Pläne einer „Abschiebung" (etwa nach Madagaskar) 1940/41 – eine „leitende Rolle in der Judenpolitik" zu spielen begonnen (S. 183)[22]. Ungeachtet mancher anderer Aussagen des Berichts, die solche Zuspitzungen wieder einschränken, wird das Auswärtige Amt damit in seiner Bedeutung für die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden teilweise auf eine Stufe mit dem seit 1939 federführenden Reichssicherheitshauptamt gestellt. So wird etwa konstatiert, das Auswärtige Amt und das RSHA hätten auf dem Gebiet der „Judenmaßnahmen" im Reich und in den besetzten Gebieten eng kooperiert (was richtig ist), und dabei sei „mal die eine, mal die andere Behörde" vorangegangen (S. 287). Der Auswärtige Dienst und die SS als alternierende Speerspitzen der Rassen- und Vernichtungspolitik, das ist allerdings eine nicht nur überraschende, sondern abwegige Neudeutung der bisherigen Forschungsergebnisse[23].

[22] Vgl. auch S. 185: „Der Madagaskar-Plan, auch wenn er nicht zur Ausführung gelangte, offenbart klar die tragende Rolle des Auswärtigen Amtes in der Judenpolitik der Kriegsjahre." Die Bearbeitung des seit November 1940 nicht weiter verfolgten Madagaskar-Plans (durch Referat D III), die das AA sehr bald an das RSHA abtreten musste, da Heydrich keine eigenmächtigen Planungen in der Wilhelmstraße dulden wollte, wird damit pauschal als symptomatisch für die „tragende Rolle" des AA in der „Judenpolitik" der gesamten Kriegszeit interpretiert.

[23] Die neueren Gesamtdarstellungen zum Holocaust sprechen dem Auswärtigen Amt keine annähernd so große Bedeutung zu. Vgl. Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998; Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933–1945, Bonn 2006. Dasselbe gilt auch für die klassischen Darstellungen von Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., erweiterte Taschenbuchausgabe Frankfurt a. M. 1990; ders., Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1992. Im Überblick von Dieter Pohl, Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933–1945, Darmstadt ²2008, wird das AA im Kapitel „Instanzen der Verfolgung" (S. 19–29) nicht einmal erwähnt.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Eine nicht weniger große Überraschung für den Experten ist die durch keine Anmerkung oder Verifizierung belegte und entsprechend bodenlose Behauptung, das Auswärtige Amt habe nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion „die Initiative zur Lösung der ‚Judenfrage' auf europäischer Ebene" ergriffen und sich an der Entscheidung über die „Endlösung" „direkt beteiligt". „Das Schicksal der deutschen Juden wurde am 17. September 1941 besiegelt: An diesem Tag fand ein Treffen Hitlers mit Ribbentrop statt." (S. 185) Diese These steht in dieser dezidierten Form in Widerspruch zu nahezu allen noch so kontroversen Forschungen zur Genese der Entscheidung zum Genozid. Man kann nur mutmaßen, wie die Kommission auf eine solch weitgehende Interpretation verfallen ist[24]. Gegen die These spricht auch die in der Publikation übergangene Tatsache, dass der Einfluss Ribbentrops innerhalb der NS-Hierarchie im Laufe des Krieges rapide abnahm und der Außenminister bereits 1941 kaum mehr Anteil an den grundsätzlichen Entscheidungen Hitlers hatte, sondern nur noch über sie informiert wurde. Dem entsprach, dass sein Ministerium im „Ostraum" von vornherein so gut wie nichts zu bestellen hatte[25].

An anderen Punkten wird eine allzu schnelle Verbindung zwischen Mitwisserschaft und Mittäterschaft gezogen. Über das, was die Beamten des Auswärtigen Dienstes über die Absichten der NS-Führung gegen die Juden wissen konnten und mussten, werden sehr weitgehende und dezidiert vorgetragene Mutmaßungen angestellt. Schon 1938 hätten sich „die Zeichen verdichtet, dass Hitler zur radikalsten aller ‚Lösungen' entschlossen war" (S. 172). Und auch „das" Amt habe sich – die Aussage stützt sich auf eine Denkschrift des „Judenreferenten" Emil Schumburg, die solche steilen Thesen nicht zulässt – bereits Anfang 1939 dafür ausgesprochen, „eine ‚Gesamtlösung' in Form eines ‚Judenreservats' oder

[24] Vermutlich bezieht sie sich auf die vagen Angaben bei Peter Witte, Two Decisions Concerning the „Final Solution to the Jewish Question". Deportations to Lodz and Mass Murder in Chelmno, in: Holocaust and Genocide Studies 9 (1995), S. 318–345, hier S. 330; Longerich, Politik der Vernichtung, S. 430: „Zur gleichen Zeit, vermutlich am 16. September, hatte der Frankreich-Botschafter Abetz mit Himmler über den noch weitergehenden Vorschlag gesprochen, die in Frankreich und im übrigen besetzten Europa lebenden Juden in die Ostgebiete abzuschieben, und war hierbei auf positive Resonanz gestoßen. Himmler beschäftigte sich zu diesem Zeitpunkt sehr intensiv mit den Vorhaben ‚Judenfrage' und ‚Ostsiedlung'. Am 17. September scheint Hitler tatsächlich mit Ribbentrop über den Rosenberg-Vorschlag konferiert zu haben." Im Dienstkalender Himmlers ist am 17. 9. 1941, 18.15 Uhr, vermerkt: „Besuch beim Reichsaußenminister." Die Herausgeber kommentieren dazu: „Am Nachmittag hatte Hitler v. Ribbentrop offenbar mitgeteilt, daß er die Deportation der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden nach Osteuropa genehmigt habe. Hierzu hatten Initiativen des RSHA, mehrerer Gauleiter (u. a. Goebbels und Kaufmann) sowie des Ostministers Rosenberg beigetragen." Peter Witte [u. a.] (Hrsg.), Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, Hamburg 1999, S. 213. Diese ungesicherten Befunde stützen in keiner Weise die von der Kommission formulierte These. Über den genauen Inhalt der Gespräche weiß man nichts.

[25] Vgl. Johannes Hürter, Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg" (1941/42). Werner Otto von Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Peter Lieb/Dieter Pohl, Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944, Facetten einer Grenzüberschreitung, München 2009, S. 369–391.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch physische Vernichtung anzustreben". Das „musste den Diplomaten klar sein" (S. 174). Die zeitliche Vorverlagerung von „Entschlüssen" zur genozidalen „Endlösung" sowie ihrer Kenntnis und Adaptierung in der Ministerialbürokratie auf die Jahre 1938/39 ist, gelinde gesagt, gewagt und nicht belegt. Hingegen ist längst bekannt, dass die diplomatische Elite sehr gut über die ersten Massenmorde an Juden in der besetzten Sowjetunion und die Radikalisierung bis zur systematischen Vernichtung informiert war, etwa durch die in der Wilhelmstraße kursierenden Berichte des RSHA. Die Folgerung der Kommission, das Auswärtige Amt habe diese Berichte „nicht nur registriert, sondern auch als Grundlage für das eigene Amtshandeln genutzt" (S. 187), ist jedoch ebenso Spekulation wie die Gleichsetzung von Kenntnisnahme und „Einverständnis": „Die Beamten nahmen die Informationen sachlich auf und bewiesen dadurch, dass sie Verständnis hatten." (S. 188)

Neben zahlreichen zuspitzenden Thesen ohne ausreichenden Grund an Quellen und Forschung stehen solide Passagen, in denen die Literatur unter Anreicherung eigener Aktenfunde gut zusammengefasst wird – wenn sich auch hier immer wieder Ungenauigkeiten und sachliche Fehler finden. Die Autoren gehen nach Regionen vor, was etwas additiv wirkt, aber den Vorteil eines klar strukturierten Überblicks hat. Der in den Kapitelüberschriften und manchen Textteilen ausgedrückte Anspruch ist zwar, die Beteiligung des Amts an der deutschen Besatzungsherrschaft über halb Europa zu behandeln, doch tatsächlich bleibt die vermeintliche „Gesamtdarstellung" (S. 11) ganz überwiegend auf die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung konzentriert. Auch daran zeigt sich, dass die Publikation entgegen dem hohen Selbstanspruch doch nicht viel mehr ist als der thematisch begrenzte Bericht einer bestellten Historikerkommission.

Wie im Kommissionsbericht beschrieben wird, stand der Auswärtige Dienst in der besetzten Sowjetunion „auf verlorenem Posten" und war nur ein „Zaungast" (S. 201). Er besaß im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren „keinen nennenswerten Einfluss" (S. 222) und hatte auch im Generalgouvernement lediglich „begrenzte" Einflussmöglichkeiten (S. 225). Angesichts der Tatsache, dass die besetzten polnischen und sowjetischen Gebiete der zentrale Schauplatz des Holocaust mit den weitaus meisten Opfern waren, dass die Vorgänge in diesen Gebieten für den Start der „Endlösung" entscheidende Bedeutung hatten und dass dort außerdem die Misshandlung und Versklavung der nichtjüdischen Bevölkerung ihre schrecklichsten Dimensionen annahm, ist dies ein Befund, der die Kernthese von der führenden Rolle des Auswärtigen Amts bei diesen Menschheitsverbrechen erheblich einschränkt. Gering war die Rolle des Amts auch in Norwegen, etwas größer, aber insgesamt unbedeutend in Belgien. In Dänemark trug die Vertretung des Auswärtigen Amts durch ihren Schifffahrtssachverständigen Georg Ferdinand Duckwitz dazu bei, dass die allermeisten Juden vor der Deportation und Ermordung bewahrt wurden.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in Frankreich, wo sich die deutsche Botschaft in Paris neben der Militärverwaltung und den SS- und Polizeiinstanzen als entscheidende Dienststelle etablieren konnte. Eine entsprechend große Verantwortung übernahm sie für die antijüdischen Maßnahmen und schließlich für die

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Deportation in den Osten. Damit nicht vergleichbar war der diplomatische Einfluss in den Niederlanden, doch auch dort beteiligte sich der Amtsvertreter an der Gewaltpolitik des Reichskommissars gegen die Bevölkerung. Schwerwiegend war der Anteil des Auswärtigen Amts und einiger seiner Vertreter an der „Endlösung" in Serbien, Griechenland und Ungarn. Besonders erschütternd ist die aktive Beihilfe an der Deportation von 437.000 Juden aus Ungarn im Frühjahr und Sommer 1944 nach Auschwitz, wo 320.000 von ihnen sofort ermordet wurden[26] – die im Kommissionsbericht (S. 267) genannte Zahl der Todesopfer (180.000) ist deutlich zu niedrig! Die Mitwirkung am Judenmord und die Kooperation mit dem RSHA in Südosteuropa sind unbestritten, wenn auch selbst dort nicht von einer „leitenden Rolle" des Amts gesprochen werden kann. Ebenso richtig ist die Beobachtung, dass die Mischung aus Pragmatismus und Antisemitismus viele Diplomaten zu Anhängern der Doppelstrategie machte, die nichtjüdische Bevölkerung besser zu behandeln und gleichzeitig die Gewalt, etwa bei Repressalmaßnahmen, gegen die Juden zu kanalisieren (S. 262 u.ö.) – das verband die Repräsentanten der alten und neuen Eliten häufig miteinander. Auch in den verbündeten, mehrheitlich faktisch vom Reich abhängigen Staaten spielten die Vertreter des Auswärtigen Amts teilweise eine unheilvolle Rolle und unterstützten die radikale „Judenpolitik", ja förderten sie teilweise aktiv. Besonders groß war diese Mittäterschaft in der Slowakei, in Kroatien und in Bulgarien – dort mit geringerer Wirkung, da die bulgarische Regierung nur Juden aus den okkupierten Gebieten ausliefern wollte.

Welche Akteure betrieben in erster Linie die Beihilfe des Auswärtigen Amts zum Holocaust? Zur nüchternen historischen Analyse gehört auch die Feststellung, dass die maßgeblichen Beamten der zuständigen Abteilung Deutschland (dann Referatsgruppe Inland II) und seines eng mit dem RSHA kooperierenden „Judenreferats" – Martin Luther, Franz Rademacher, Eberhard von Thadden und Horst Wagner – „neue" Diplomaten waren, die erst Ende der 1930er Jahre in den Auswärtigen Dienst berufen wurden und dem Nationalsozialismus und seinen Organisationen eng verbunden waren[27]. Diese „braunen Diplomaten" und „Funktionäre der ‚Endlösung'"[28] werden in der Darstellung entsprechend häufig genannt. Weitere wichtige Vertrauensleute Ribbentrops und der NSDAP in der Wilhelmstraße waren zum Beispiel Staatssekretär Gustav Adolf Baron Steengracht von Moyland, Staatssekretär z.b.V. Wilhelm Keppler, die Abteilungsleiter Hermann

[26] Zahlen nach Pohl, Verfolgung, S. 107.

[27] Luther (1932 NSDAP), Thadden (1933 NSDAP, 1936 SS) und Wagner (1936 SS, 1938 NSDAP) kamen aus der Dienststelle Ribbentrop und traten 1937/38 in den Auswärtigen Dienst über. Rademacher (1932 SA, 1933 NSDAP) war Referent im mecklenburgischen Staatsministerium und wechselte Ende 1937 in das Auswärtige Amt. Nach Browning, Final Solution, zählte Rademacher eher zum Typus des opportunistischen Bürokraten als zu den überzeugten Parteileuten und Ideologen. Das Referat D (Deutschland, Innerdeutsche Angelegenheiten), das bis April 1940 bestand, hatte ein abweichendes, „älteres" Personalprofil. Zwar war der Leiter von 1933 bis 1938, Vicco von Bülow-Schwante, ebenfalls ein Quereinsteiger (aus dem Bundesvorstand des Stahlhelm), doch seine Stellvertreter und Referenten waren Laufbahnbeamte, so auch der vor Rademacher für die „Judenfrage" zuständige Legationsrat Emil Schumburg (1939/40 auch Referatsleiter).

[28] Vgl. Weitkamp, Diplomaten.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriebel (Personal- und Verwaltungsabteilung), Walther Wüster (Informationsabteilung) und Franz Alfred Six (Kulturpolitische Abteilung) sowie Ernst Frenzel (Leiter der Referatsgruppe Inland I) und Rudolf Likus, der Verbindungsmann des Außenministers zur SS[29]. Auch die meisten Haupttäter unter den Amtsvertretern im deutsch besetzten und dominierten Europa waren Seiteneinsteiger aus der Dienststelle Ribbentrop, der NSDAP-Auslandsorganisation, der Partei, der SS oder der SA: Otto Abetz (Frankreich), Otto Bene (Niederlande), Manfred Freiherr von Killinger (Slowakei, Rumänien), Hanns Ludin (Slowakei), Edmund Veesenmayer (Serbien, Ungarn), Siegfried Kasche (Kroatien) und Adolf-Heinz Beckerle (Bulgarien), um nur die wichtigsten zu nennen[30]. Hinzu kommen die aus dem Polizei- und SS-Apparat abgeordneten Polizei-Attachés und Berater für „Judenangelegenheiten" in den diplomatischen Vertretungen.

Das Handeln dieser Täter bezieht und überträgt der Bericht jeweils generell auf „das" Amt und „die" Diplomaten als Ganzes. Dagegen möchte die Kommission den Widerstandskämpfer Adam von Trott zu Solz, der ebenfalls erst im Juni 1940 in das Auswärtige Amt übernommen wurde, nicht so richtig zum Auswärtigen Dienst zählen: Trott habe sich dem Amt „weder persönlich noch institutionell besonders verbunden" gefühlt und sei erst nach 1945 „immer stärker zum Angehörigen der Wilhelmstraße stilisiert" worden, weil sein Mut und Tod „perfekt ins Bild eines diplomatischen Widerstands passten, den es in dieser Form niemals gegeben hat" (S. 302). Eine solch unterschiedliche Zuordnung von „bösen" und „guten" Seiteneinsteigern zum Amt ist allerdings höchst inkonsequent und letztlich tendenziös.

Die Verantwortung zahlreicher Karrierebeamter soll dadurch keineswegs bestritten werden. Zu den Tätern zählten auch „alte" Diplomaten wie der Bevollmächtigte des Auswärtigen Amts in Belgrad Felix Benzler und der Generalkonsul in Saloniki Fritz Schönberg, außerdem viele nachgeordnete Beamte in den Auslandsvertretungen. Nicht zu unterschätzen ist außerdem die Zuarbeit, die auch die traditionellen Abteilungen und Referate in der Wilhelmstraße dem „Judenreferat" leisteten[31]. Die Amtsleitung unterhalb des Überzeugungstäters Ribben-

[29] Steengracht, Wüster und Likus wurden aus der Dienststelle Ribbentrop übernommen, Kriebel war ein früher Nationalsozialist und Teilnehmer am Hitler-Putsch, Keppler ebenfalls alter PG und schon vor 1933 wirtschaftspolitischer Berater Hitlers. Six kam aus dem RSHA und Frenzel aus der Obersten SA-Führung.

[30] Abetz (1935 SS, 1937 NSDAP) im Juni 1940, vorher Dienststelle Ribbentrop; Beckerle (1922/1928 NSDAP, 1932 Mitglied des Reichstags [MdR]) im Juni 1941, vorher Polizeipräsident in Frankfurt a. M. (SA-Obergruppenführer); Bene (1931 NSDAP, später auch SS) im Mai 1936, vorher Auslandsorganisation der NSDAP; Kasche (1926 NSDAP, 1930 MdR), vorher Militärdienst und SA-Obergruppenführer; Killinger (1928 NSDAP, 1932 MdR) im April 1937, vorher Reichskommissar in Sachsen; Ludin (1930 NSDAP, 1932 MdR) im Dezember 1940, vorher Militärdienst und SA-Obergruppenführer; Veesenmayer (1932 NSDAP, 1934 SS) war zunächst enger Mitarbeiter des NSDAP-Wirtschaftsbeauftragten Wilhelm Keppler und übernahm seit 1939 mehrmals Sonderaufträge Ribbentrops, ohne formal dem AA anzugehören – erst im März 1944 wurde er zum Gesandten I. Klasse ernannt. Erwähnen könnte man außerdem Werner Best (Kopenhagen, vorher RSHA) und außerhalb Europas Heinrich Georg Stahmer (Nanking, Tokio, vorher Dienststelle Ribbentrop).

[31] Vgl. dazu vor allem Weitkamp, Diplomaten.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

trop, in der bis 1943 die Laufbahnbeamten führende Positionen behielten[32], war nicht nur allgemein über die Wege zur „Endlösung" informiert, sondern auch über das Mitwirken der zuständigen Stellen ihres Hauses. Das Ausmaß der Schuld eines konservativen leitenden Beamten wie Staatssekretär Ernst von Weizsäcker ist nach wie vor umstritten. Am besten wird man seine Haltung wohl als ein Schwanken zwischen billigender und resignierender, in der Regel formaler Verantwortungsübernahme beschreiben können. Einen Entwurf über die Zustimmung des AA zur Deportation von 6000 französischen Juden im März 1942 nach Auschwitz – also nach der „Wannsee-Konferenz", an der das Amt durch Unterstaatssekretär Luther beteiligt war – zeichnete Weizsäcker ab, änderte aber die Formulierung „keine Bedenken" in „keinen Einspruch" und ergänzte, was der Kommissionsbericht unterschlägt (S. 229), dass die zu deportierenden Juden „polizeilich näher charakterisierbar" sein müssten[33]. Wie man diese Abzeichnung und Korrektur im Einzelnen auch interpretieren mag: Sie zeigt die Mitverantwortung und Mitwirkung eines führenden Repräsentanten der alten Eliten ebenso wie gewisse Skrupel und wohl auch die Selbsttäuschung, die Radikalität des Geschehens noch irgendwie abmildern zu können. Dabei hatte die antisemitisch fundierte Mitgestaltung der „Judenpolitik" seit 1933 durch konservative Akteure wie Weizsäcker dazu beigetragen, viele Hindernisse auf dem Weg zu dieser Radikalisierung abzubauen – bis alle Schleusen geöffnet waren.

Alles in allem aber ist die explizit und implizit den ersten Teil des Kommissionsberichts durchziehende Kernthese, das Auswärtige Amt und seine Mitarbeiter hätten bei den antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes eine zentrale, zeitweise sogar leitende Rolle gespielt und seien an der Entscheidung zum Holocaust maßgebend beteiligt gewesen, nicht zu halten. Die diplomatische Funktionselite und ihre Behörde wirkten in vielerlei Hinsicht an den nationalsozialistischen Verbrechen mit, gerade auch an der Entrechtung, Verfolgung und Ermordung von Juden, doch sollten qualitative Unterschiede zwischen bestimmten Personen, Gruppen und Arbeitseinheiten innerhalb des Auswärtigen Dienstes ebenso wenig übersehen werden wie prozessuale, jedoch nicht immer lineare und widerspruchsfreie Entwicklungen der Radikalisierung. Die pauschalisierenden und nivellierenden Interpretationen des Kommissionsberichts bedeuten einen erheblichen Rückschritt hinter die Bemühungen der Forschung, zu einem differenzierten Bild der vielschichtigen Verantwortlichkeiten für den Holocaust zu gelangen. Indem der Blick ganz auf eine Reichsbehörde und eine Funktionselite verengt wird, entsteht der verfehlte Eindruck, das Auswärtige Amt sei eine Schaltstelle der radikalen Rassenpolitik des „Dritten Reichs" gewesen. Forschungsstand

[32] Neben Staatssekretär von Weizsäcker sind Unterstaatssekretär Friedrich Gaus (Leiter der Rechtsabteilung) und Botschafter z.b.V. Karl Ritter (Leiter der Aufgabenbereiche im Zusammenhang mit dem Wirtschaftskrieg) besonders erwähnenswert und waren mehr als nur Mitläufer.

[33] Vgl. das Faksimile des Schnellbriefs Rademachers (AA, D III) an das Reichssicherheitshauptamt, Berlin 20. 3. 1942 (Entwurf), in: Ludwig Biewer/Rainer Blasius (Hrsg.), In den Akten, in der Welt. Ein Streifzug durch das Politische Archiv des Auswärtigen Amts, Göttingen 2007, S. 79, Kommentar von Martin Kröger ebenda, S. 78–81. Vgl. auch Mayer, Staaten, S. 281.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist hingegen das komplexe Zusammenwirken des gesamten staatlichen Apparats, in dem das AA nur einen Teil von vielen, häufig wichtigeren Funktionsteilen bildete, und gleichzeitig die unveränderte Anerkennung der dominierenden Rolle Hitlers und der SS. Sie und nicht eine der traditionellen Reichsbehörden waren es, die den antijüdischen Kurs des Deutschen Reiches bestimmten, die schließlich Tempo und Umfang des Mordens vorgaben. Wer einer in diesem Prozess keineswegs unwichtigen, aber eher nachgeordneten Institution ohne ausreichende Belege eine, an manchen Punkten der Entwicklung sogar *die* zentrale Bedeutung zuspricht, gerät in Gefahr, die Initiative, die Verantwortung und das Wirken der Haupttäter zu relativieren.

Das Amt ohne Außenpolitik

Die Komplexitätsreduktion besteht nicht allein darin, dass sich die Kommission nur unzureichend darum bemüht, die Beihilfe des Auswärtigen Dienstes zu den antijüdischen Maßnahmen in die jeweiligen politischen, militärischen und bürokratischen sowie strukturellen, intentionalen und funktionalen Zusammenhänge einzuordnen. Nicht weniger problematisch ist die verengte und isolierte Perspektive auf den Holocaust und seine Vorgeschichte. Durch diese Selbstbeschränkung werden die übrigen NS-Verbrechen vernachlässigt und der Judenmord aus einem wesentlichen historischen Kontext gelöst. Die Unrechtspolitik in Deutschland und folgenreicher noch im deutsch besetzten Europa hatte außer diesem Genozid zahlreiche andere Verbrechenskomplexe mit Millionen weiteren Opfern, besonders in Osteuropa, wo neben der SS und Polizei die Wehrmacht ein Hauptakteur der Ausbeutung, Misshandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen und nichtjüdischen Zivilisten war. Ist schon von diesen Bereichen der NS-Herrschaft und Besatzungspolitik nur am Rande die Rede, so fällt die traditionelle Aufgabe des Auswärtigen Dienstes fast ganz unter den Tisch: die „klassische" Außenpolitik.

Wie ist aber eine Bewertung der Rolle des Auswärtigen Amts in der NS-Diktatur möglich, ohne auf die Intentionen und das Handeln in seinem eigentlichen professionellen Kernbereich einzugehen? Welche politischen und berufsspezifischen Motive die meisten Diplomaten dazu brachten, die Wende von 1933 mit einigen Hoffnungen zu begrüßen, sich sofort mit den neuen Machthabern zu arrangieren und an der Errichtung der Diktatur mitzuwirken, wird nur oberflächlich angedeutet und nicht mit der nötigen Expertise in die Entwicklung der diplomatischen Elite seit der ausgehenden Kaiserzeit gestellt. Ohne weitere Belege auf Begriffe wie „politische Überzeugung", „Opportunismus" und „traditionelles Pflichtgefühl" zu verweisen (S. 132), ist nicht ausreichend.

Nur einmal wird etwas näher auf die außenpolitischen Konzeptionen der nationalkonservativen Spitzenbeamten eingegangen, am Beispiel des „Stufenplans" von Staatssekretär von Bülow im März 1933 (S. 41 f.)[34]. Diese Denkschrift sah als

[34] Fälschlicherweise belegt die Kommission hier (Anm. 35) mit Günter Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973, S. 86, wo die Denkschrift

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ersten Schritt ein militärisches, finanzielles und wirtschaftliches Wiedererstarken Deutschlands vor. In weiteren Schritten sollten dann territoriale Revisionen folgen, zunächst die „Umgestaltung der Ostgrenze", und später Ziele im Westen (Elsaß-Lothringen), Norden (Schleswig), Südosten (Österreich) sowie in Übersee (Kolonien) anvisiert werden. Zuzustimmen ist der Folgerung, dass Bülows Konzeption nicht auf „Kooperation und Wandel" angelegt war, sondern „ein imperialistisch-expansionistisches Wiedererstarken Deutschlands" verfolgte, also außenpolitisch auf Konfrontation ging. Über den Zeitplan und die Methoden dieser Revisionspolitik bestanden zwischen den alten Eliten und den neuen Machthabern unterschiedliche Auffassungen, doch zur willigen Kooperation und Anpassung genügten zunächst die Übereinstimmungen in den Zielen.

Dieser kurz und nebenbei aufgenommene Faden wird leider sofort wieder fallen gelassen. Die Entwicklung von den weitgehenden revisionistischen Konzepten in der Übergangsphase von 1932/33 zur Unterstützung der radikalen Außenpolitik Hitlers gehört in jede wissenschaftliche Analyse der alten Diplomatenelite, da ihr Handeln im „Dritten Reich" sonst nahezu voraussetzungslos wirkt. Der Kommissionsbericht liefert aber, wenn überhaupt, lediglich wenig kompetente und entsprechend widersprüchliche Andeutungen. Für die ersten Monate der Diktatur heißt es einmal, die Spitzendiplomaten hätten „selbstbewusst außenpolitische Akzente" gesetzt (S. 41), dann wiederum, das Auswärtige Amt habe seine „wichtigste Aufgabe" darin gesehen, „die Innenpolitik gegen Kritik von außen abzuschirmen" (S. 76) – das wäre allerdings eine wenig selbstbewusste Selbstbescheidung gewesen. An anderer Stelle bezeichnet die Kommission die Außenpolitik wieder als „ureigene Domäne" des Amts, in die es keinen Einbruch zulassen wollte (S. 80).

Für den weiteren Verlauf der 1930er Jahre wird knapp erwähnt, „dass Hitler immer stärker Kurs, Methode und Tempo der Außenpolitik zu bestimmen suchte und der Funktionselite im Auswärtigen Amt lediglich die tägliche Routine überlassen wollte" (S. 89). Einige Zeilen später ist die Rede davon, Hitler habe bei der „Umsetzung der Revisionspolitik" auf die Mitarbeit der Diplomaten nicht verzichten können und wollen – das klingt wiederum nach mehr als dem Abdrängen auf reine Routinearbeit. Dem widerspricht auch die Feststellung, „dass das Auswärtige Amt die Außenpolitik des Dritten Reichs durchaus aktiv mitgestalten konnte, sofern es sich an den Vorgaben Hitlers orientierte" (S. 111). Diesen Befund scheint der ganz kurze Abstecher in die Außenpolitik zu bestätigen, den sich die

Bülows überhaupt nicht erwähnt wird – leider ist dieser Fehler im Anmerkungsapparat kein Einzelfall (ärgerlich auch, dass teilweise die Zählung der Fußnoten durcheinander geraten ist). Die Denkschrift ist abgedruckt in: Günter Wollstein, Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (1973), H. 1, S. 77–94. Vgl. auch die Zielprojektion in der Denkschrift von Botschafter Rudolf Nadolny, Moskau, Januar 1934, in: ADAP, Serie C, Bd. 2/1, Göttingen 1973, Nr. 171, S. 310–323, hier S. 317: „1. Ein Deutschland von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, 2. ein Mitteleuropa unter Deutschlands Führung und 3. eine Welt, in der Deutschland eine gleichberechtigte Großmacht ist."

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darstellung ausnahmsweise für die Krisen von 1938/39 genehmigt (S. 133–137: „Wien, München, Prag"). Doch in Hinblick auf die Außenpolitik der Jahre 1939 bis 1945 ist es dann mit den lapidaren Hinweisen getan, die „klassische Diplomatie" und ihre Akteure, die „alten Diplomaten", hätten unter den Bedingungen des Krieges an Bedeutung und Einfluss verloren (S. 138 u. S. 152).

Damit macht es sich die Kommission sehr leicht. Die Außenpolitik der „Friedensjahre" bis 1939 und die Mitwirkung des Auswärtigen Amts an ihr ist durch das ältere Standardwerk von Hans-Adolf Jacobsen und die jüngere Studie von Rainer F. Schmidt sowie zahlreiche Detailuntersuchungen – u. a. über zentrale Akteure der Wilhelmstraße wie Neurath und Ribbentrop, Bülow und Weizsäcker – relativ gut erforscht[35]. Dieses Wissen wird im Buch kaum genutzt. Zur Diplomatie in den Kriegsjahren fehlen dagegen die Gesamtdarstellungen[36], und auch über so manche bilaterale Beziehungen und Einzelaspekte besteht noch Forschungsbedarf. Hier hätte die Kommission einen eigenen Beitrag leisten und dadurch überprüfen können, ob der Auswärtige Dienst nach 1939 in seinem traditionellen Kernbereich tatsächlich so einflusslos war. Das wäre für die Gesamtbeurteilung der diplomatischen Elite, gerade auch ihres traditionellen Teils, ganz wesentlich gewesen. Welchen Anteil hatten das Amt und seine Vertreter daran, dass die labile Kriegskoalition mit Staaten wie Italien, Japan, Finnland, Ungarn, Bulgarien und Rumänien trotz aller Krisen und Brüche so lange hielt und dass auch dadurch die deutsche Schreckensherrschaft über weite Teile Europas verlängert wurde? Gab es in der Wilhelmstraße irgendwelche nennenswerten Überlegungen oder Ansätze, wie das Deutsche Reich einen Frieden anbahnen oder zumindest einen katastrophalen Diktatfrieden verhindern könne? Eine Auseinandersetzung mit solchen und anderen Fragen zum Einfluss des Amts in der Außenpolitik und Diplomatie während des Zweiten Weltkriegs hätte dazu beitragen können, die professionelle (und moralische) Deformation dieser Elite aufzuzeigen – ihr Unrechtshandeln und ihr Versagen, das sich nicht nur auf die Hilfsdienste in der Besatzungsherrschaft und beim Holocaust beschränkte.

Dasselbe Versäumnis gilt für die Vorkriegszeit. Die vagen Andeutungen und knappen Bemerkungen zur Außenpolitik bis 1939 vermitteln nicht annähernd ein ausreichendes Bild davon, in welcher Weise und in welchem Umfang sich

[35] Vgl. Jacobsen, Außenpolitik; Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939, Stuttgart 2002. Vgl. auch Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany [1933–1939], 2 Bde., Chicago/London 1970/1980. Zur Führung des AA (Auswahl): John L. Heineman, Hitler's First Foreign Minister. Constantin Freiherr von Neurath. Diplomat and Statesman, Los Angeles/London 1979; Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940, München 1980; Stefan Kley, Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1996; Peter Krüger/Erich J.C. Hahn, Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933, in: VfZ 20 (1972), S. 376–410; Rainer A. Blasius, Für Deutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39, Köln/Wien 1981. Vgl. den Überblick über den Forschungsstand und die Literatur von Marie-Luise Recker, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, München ²2010 (Erstauflage 1989).

[36] Wichtige Hinweise aber in Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Studienausgabe München 2008 (zuerst 1999), S. 705–846.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Auswärtige Dienst in eine immer radikalere Revisions- und Expansionspolitik einspannen ließ und damit letztlich an der Vorbereitung eines Angriffskriegs mitwirkte. Die Kommission vergibt auch in dieser Hinsicht die Möglichkeit, die Vergangenheit des Auswärtigen Amts in die politische Gesamtgeschichte der NS-Diktatur einzuordnen und der negativen Bewertung der Diplomatenelite vielfältige Konturen und analytische Tiefe zu verleihen. Die Verengung auf wenige, wenn auch zentrale Aspekte wie die „Judenpolitik" verstärkt den Mangel an Kontextualisierung. Letztlich bleibt ungeklärt, wie sich die Zuarbeit zu den NS-Verbrechen in die außenpolitischen Konzeptionen und Handlungen einfügte, wie sich beide Bereiche (im Bericht: die „neue" und die „alte" Diplomatie) gegenseitig bedingten und mischten – und inwieweit die „klassische" Tätigkeit des Amts schon für sich genommen einer verbrecherischen Politik Vorschub leistete.

Die Mitverantwortung der traditionell für die Außenpolitik zuständigen Reichsbehörde und ihrer Protagonisten für die Unrechtspolitik des NS-Staats wäre deutlicher geworden, wenn man auch – was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte – ihr diplomatisches Kerngeschäft berücksichtigt hätte. Dem Auftrag, die „Geschichte des Auswärtigen Dienstes in der Zeit des Nationalsozialismus" aufzuarbeiten (S. 12), ist die Historikerkommission nur unzureichend gerecht geworden, denn eine Gesamtbewertung des Auswärtigen Amts ohne Einbeziehung der Außenpolitik ist nicht möglich. So bleibt auch nach dem Kommissionsbericht immer noch das Desiderat, das Marie-Luise Recker schon vor zwanzig Jahren konstatierte: „Eine gründliche, auf einschlägiger Aktenbasis erarbeitete Darstellung der Struktur und Politik des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich steht nach wie vor aus."[37]

Öffentliche Wahrnehmung und Zeitgeschichtsforschung

„Das Amt und die Vergangenheit" erregte sofort eine öffentliche Aufmerksamkeit, wie sie für ein wissenschaftliches Werk ungewöhnlich ist. Parallel zur offiziellen Vorstellung des Berichts am 28. Oktober 2010 im Auswärtigen Amt, teilweise sogar schon davor, erschienen umfangreiche Rezensionen und Interviews in den großen überregionalen Zeitungen sowie Rundfunk- und Fernsehfeatures in den Nachrichtensendungen und Magazinen aller wichtigen Programme. Der Tenor war ganz überwiegend positiv, ja begeistert[38]. Begleitet wurde der Jubel von Veranstaltungen in Berlin, auf denen Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) und seine beiden Amtsvorgänger Joschka Fischer (Die Grünen) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) auftraten. Auch sie waren in seltener Eintracht voll des Lobes,

[37] Recker, Außenpolitik, S. 67.

[38] Um nur die wichtigsten Artikel zu nennen: Frank Schirrmacher, Die Täter vom Amt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24. 10. 2010, S. 33; Nils Minkmar, Endlich sprechen die Akten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 10. 2010, S. 25; Franziska Augstein, Das braune Haus, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. 10. 2010, S. 6; Alexander Cammann, Die Diplomaten des Holocaust, in: Die Zeit vom 28. 10. 2010, S. 21. Ein seltenes Beispiel früher Kritik: Jan Friedmann/Klaus Wiegrefe, Angriff auf die „Mumien", in: Der Spiegel vom 25. 10. 2010, S. 36 f.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und auch das rief wiederum ein großes Presseecho hervor[39]. Auf dem Buchmarkt avancierte der Kommissionsbericht sofort und für viele Wochen zu einem Bestseller – die Verkaufszahlen werden inzwischen in den sechsstelligen Bereich vorgestoßen sein.

Dazu dürfte neben der breiten und zustimmenden massenmedialen Resonanz auch beigetragen haben, dass der Sprecher der Historikerkommission, Eckart Conze, in einem langen *Spiegel*-Interview die Ergebnisse des Berichts auf die spektakuläre und schockierende Formel brachte: „Das Auswärtige Amt war eine verbrecherische Organisation."[40] Diese Aussage ging noch über das hinaus, was im Buch zu lesen war, und stieß auch in der Herausgeberschaft auf Unbehagen[41]. Doch einmal in der Welt, wurde das Generalverdikt vielfach aufgegriffen und verstärkte das Interesse. Dass eine *Institution*, die nachweislich an zahlreichen Verbrechen des NS-Staats beteiligt war, als *Organisation* bezeichnet wird, ist natürlich kein Versehen. Der Begriff verweist auf den Straftatbestand des „Organisationsverbrechens", der durch das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 (Artikel II)[42] aus der amerikanischen Anti-Mafia-Rechtsprechung auf die Strafverfolgung deutscher Kriegs- und NS-Verbrechen übertragen wurde. Danach galt schon die bloße Zugehörigkeit zu einer „verbrecherischen Organisation" und nicht erst die individuelle Schuld als Verbrechen. Das Urteil im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess (30. September/1. Oktober 1946) erklärte das Korps der Politischen Leiter der NSDAP, die Gestapo und den SD sowie die SS zu „verbrecherischen Organisationen", nicht aber die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung – und auch nicht die SA, da deren Mitglieder nicht „im allgemeinen" an Verbrechen beteiligt gewesen seien[43]. Eine entsprechende Einstufung des Auswärtigen Amts stand nicht zur Debatte, so dass der Vorwurf Conzes fast schon den Charakter eines nachgeholten Schuldspruchs besitzt. Ein Zeithistoriker, der sich so vorbehaltlos der juristischen Konstruktion kollektiver Schuld be-

[39] Vgl. etwa Marcus Jauer/Alard von Kittlitz/Andreas Platthaus, Der historische Dopplereffekt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 10. 2010, S. 33, über die Auftritte von Westerwelle am Nachmittag (im AA) sowie von Fischer und Steinmeier am Abend (im Haus der Kulturen der Welt) des 28. 10. 2010 in Berlin.

[40] Interview mit Eckart Conze, in: Der Spiegel vom 25. 10. 2010, S. 40–50 („Verbrecherische Organisation"), hier S. 40: „Das Ministerium hat an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen bis hin zur Ermordung der Juden als Institution mitgewirkt. Insofern kann man sagen: Das Auswärtige Amt war eine verbrecherische Organisation." Die scheinbare Konkretisierung kann die Kernaussage nicht entschärfen, zumal die skandalisierende Wirkung des Begriffs „verbrecherische Organisation" jedem Historiker klar sein muss.

[41] Interview mit Norbert Frei, in: Die Zeit vom 28. 10. 2010, S. 22 („Das Ende der Weizsäcker-Legende"): „Das ist ein Begriff aus der Nürnberger Anklageschrift, der kommt in unserem Buch nicht vor. [...] Das Ministerium ist für die Verbrechen des Regimes mitverantwortlich, aber der Begriff hilft analytisch nicht weiter."

[42] Vgl. etwa Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse. Kriegsverbrechen und Völkerrecht, Zürich 1950, S. 145–151.

[43] Vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 1, Nürnberg 1947, S. 286–314.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dient, verzichtet darauf, durch eine differenzierte wissenschaftliche Analyse der Komplexität historischen Geschehens gerecht zu werden.

Dass Conzes Pauschalurteil höchst öffentlichkeitswirksam war und seither eng mit der Rezeption des Buches verbunden ist[44], zeigt das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach eindeutigen, kollektiv auf große Gruppen übertragbaren Aussagen über Täter und Opfer der NS-Diktatur. Der enorme Erfolg des Kommissionsberichts ist nicht nur „gemacht", also durch die Urheber und die Medien generiert, sondern beruht tatsächlich auch auf einem breiten Informationsbedürfnis des Publikums. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses am Nationalsozialismus steht heute das singuläre Verbrechen des Holocaust, das nach langer Marginalisierung seit den 1980er Jahren zunehmend die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur bestimmt. Das ist zu begrüßen, birgt aber die Gefahr in sich, dass sich die „gefühlte" Identifikation mit den Opfern und das damit verbundene Pathos der Betroffenheit in Ritualen zu erschöpfen droht, die letztlich einer wirklichen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte im Wege stehen und außerdem Gegenreaktionen provozieren, welche der zivilgesellschaftlichen Vergangenheitsaufarbeitung widersprechen[45].

In diesen vergangenheitsbezogenen Selbstthematisierungen spielt nicht nur die positive Identifikation mit den Opfern, sondern auch die negative Identifikation mit den Tätern eine wichtige Rolle. Nahezu alle Deutschen, mit Ausnahme der Verfolgungsopfer, waren Täter, so lautet eine Opinio communis. Neben das „gefühlte Opfer"[46] tritt die gefühlte Schuld. Die Erinnerung wird zur Selbstreinigung und ist moralisch hoch aufgeladen. Daher trifft der Kommissionsbericht einen Nerv, wenn er die Täterschaft einer alten Elite als kollektive Schuld darstellt und ihre „Vertuschung" in der Nachkriegszeit anprangert, umso mehr, da zugleich auch verbreitete Ressentiments gegen die „Diplomatenkaste" angesprochen werden. Der erinnerungspolitische Manichäismus von Gut und Böse – die kategorische Einteilung in Täter und Opfer – erleichtert sowohl die positive wie die negative Identifikation.

Der Preis ist hoch, nämlich ein stark vereinfachtes Geschichtsbild, in dem es keine signifikanten Abstufungen der Täterschaft mehr gibt, in dem komplizierte Prozesse zu verschwinden drohen und in dem die NS-Vergangenheit eigentlich nur noch aus dem Holocaust besteht. Diese Sicht hat das Potenzial zur Relativierung. Wenn es neben den Opfern fast nur Täter gab – trifft dann den Einzelnen in dieser Masse nicht eine geringe individuelle Schuld? Wenn fast ausschließlich der Holocaust die deutsche Schuld definiert – sind dann nicht die übrigen Teile der nationalsozialistischen Gewaltgeschichte zu vernachlässigen? Es ist Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung, solchen Vereinfachungen entgegenzuarbeiten, in-

[44] So konstatierte etwa Joachim Käppner wie selbstverständlich am 20. 12. 2010 in der Süddeutschen Zeitung (S. 11: Akademische Querulanz. Am Versagen der „Eliten" unter Hitler ist kein Zweifel): „Natürlich war das Auswärtige Amt 1933 bis 1945 eine verbrecherische Organisation."

[45] Vgl. Ulrike Jureit / Christian Schneider, Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010, etwa S. 19–23 (Jureit).

[46] Ebenda.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem sie sich um die Historisierung, Kontextualisierung und Differenzierung des Wissens über die Geschichte der NS-Diktatur bemüht. Das Buch über das Auswärtige Amt und seine Vergangenheit bedient jedoch eher Erwartungen der vorherrschenden Erinnerungskultur, als dass es wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn bringt.

Die ersten Reaktionen von Fachwissenschaftlern auf den Kommissionsbericht kamen, bis auf eine Ausnahme (Christian Hacke), mit Verzögerung, was nicht ungewöhnlich ist, da ein umfangreiches Buch von 900 Seiten erst gründlich gelesen werden muss. In die bis dahin überwiegend begeisterten Stimmen mischte sich nun fachliche Kritik, so vorläufig sie in dieser massenmedialen Präsentation auch war. Sie richtete sich auf einzelne sachliche Fehler und Auslassungen, vor allem aber auf die pauschalen und sehr weitgehenden Deutungen[47]. Zum Teil ging diese Kritik zu weit, indem sie öfters eher politisch als wissenschaftlich argumentierte und der Kommission unlautere Intentionen unterstellte. So ist es sicher überzogen, von einem „Buch der Rache" zu reden[48]. Ebenso sollte die Entstehungsgeschichte der Kommission kein Argument gegen das Ergebnis ihrer Arbeit sein. Es ist legitim, dass eine staatliche Institution ihre NS-Vergangenheit und ihren eigenen Umgang mit dieser Erblast von einem Team externer Wissenschaftler untersuchen lässt. Solange deren Unabhängigkeit gewahrt bleibt und die Auswahl der verantwortlichen Fachvertreter auf keine schwerwiegenden Bedenken stößt, kann ein solches staatliches Engagement der Forschung nutzen und ist vermutlich weniger problematisch als die in der Regel deutlich höher dotierten Aufträge aus der Privatwirtschaft. Es ist jedoch darüber nachzudenken, ob die Auftragsarbeiten nicht allmählich überhandnehmen. Übertrieben war auch manche scharfe

[47] Vgl. Christian Hacke, Hitlers willige Diplomaten, in: Die Welt vom 26. 10. 2010, S. 23; ders. in: Deutschlandradio am 26. 10. 2010, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/1305005; Daniel Koerfer, Interview, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28. 11. 2010; Gregor Schöllgen, Akten ohne Ende, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. 12. 2010, S. 11; Horst Möller, Worin besteht die Sensation?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 1. 2011, S. 8, und vor allem Hans Mommsen, Das ganze Ausmaß der Verstrickung, in: Frankfurter Rundschau vom 16. 11. 2010; ders. in: Deutschlandradio am 30. 11. 2010, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/1332017; ders., Vergebene Chancen. „Das Amt" hat methodische Mängel, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. 12. 2010, S. 29. Vgl. auch Klaus Wiegrefe, Unkenntnis und Ignoranz, in: Der Spiegel vom 6. 12. 2010, S. 38 f. Die schärfste Kritik erfolgte in mehreren Artikeln der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von Rainer Blasius, der nicht nur Journalist und ehemaliger AA-Mitarbeiter ist, sondern als Wissenschaftler auch Spezialist für das Thema. Vgl. etwa Rainer Blasius, Schnellbrief und Braunbuch. Die „Unabhängige Historikerkommission" des Auswärtigen Amts verletzt wissenschaftliche Standards und pflegt Vorurteile, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 1. 2011, S. 6. Interessant ist, dass selbst in der wohlwollenden Rezension von Christopher R. Browning, Das Ende aller Vertuschung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 12. 2010, S. 33 u. S. 35, Kritik am ersten Teil nicht fehlte: „Ich denke allerdings, eine stärkere Differenzierung zwischen den Diplomaten des Dritten Reichs hinsichtlich ihrer Beteiligung an der ‚Judenpolitik' oder ihrer Reaktion darauf hätte der Studie noch mehr Tiefe und Subtilität verliehen."

[48] So Koerfer in seiner Kritik vom 28. 11. 2010, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kritik an Formalia[49] und daran, wie die Kommission ihre Arbeit organisiert hat. Allerdings wurden die kritischen Anmerkungen zur Arbeitsweise, besonders zur Archivarbeit, auch dadurch provoziert, dass sich die Herausgeber zu unfairen und unberechtigten Vorwürfen gegen das Politische Archiv des Auswärtigen Amts hinreißen ließen (S. 718 f.).

Die Reaktion in Teilen der medialen Öffentlichkeit auf die kritischen Stimmen einzelner Historiker war heftig. Ihnen wurde Querulanz, Profilierungssucht und akademischer Futterneid, mitunter sogar fachliche Inkompetenz und politische Rechtslastigkeit vorgeworfen[50]. Die leidigen Schubladen „konservativ" und „progressiv", „rechts" und „links" wurden wieder weit geöffnet, manche Kritiker sogar in die Nähe rechtsradikaler Positionen gerückt. Mit solchen Unterstellungen werden immer wieder Affekte auch gegen jene seriösen Wissenschaftler erzeugt, die ihr Geschäft verstehen und sehr wohl klare Bewertungsmaßstäbe für Unrecht und Verbrechen haben, die sich aber in ihrer Arbeit nicht von geschichtspolitischen Ansprüchen leiten lassen wollen. Die Zeitgeschichtsforschung sollte sich Gedanken darüber machen, inwieweit die öffentlichen Erwartungen die wissenschaftlichen Differenzierungsbemühungen gefährden oder sogar einschüchtern – was den rechtsradikalen Geschichtsklitterern erst recht in die Hände spielen würde, denn ohne das solide Fundament differenzierter Forschung kann es keine Aufklärung über die Vergangenheit geben. Das gilt besonders für das sensible Thema NS-Geschichte, deren Erforschung und Darstellung ein Höchstmaß an Sorgfalt erfordern. Leider beteiligten sich auch die vier Herausgeber daran, Sachkritik übende Kollegen persönlich zu diffamieren, ihnen die Kompetenz abzusprechen und sie geschichtsrevisionistischer, ja apologetischer Tendenzen zu verdächtigen[51]. Auf die vielen substanziellen Kritikpunkte wurde dagegen kaum eingegangen.

So erreichte die in den Massenmedien ausgetragene Auseinandersetzung zwischen Wissenschaftlern schließlich ein erschreckend niedriges Niveau. Doch nicht allein wegen der defizitären Streitkultur, die stärker von persönlichen Ani-

[49] Anders als mehrmals heftig bemängelt, wurden die Akteneditionen und Personenlexika zur deutschen Außenpolitik nachweislich herangezogen. Auch die Tatsache, dass die Bearbeiter häufig Aktenkopien aus Yad Vashem (Jerusalem) und nicht die Originale verwendet haben, ist an sich nicht verwerflich, sondern wegen der kurzen Projektdauer arbeitsökonomisch verständlich – die Archivsignaturen der Originalakten werden jeweils angegeben. Problematisch ist allerdings, dass sich Teile der Darstellung offensichtlich fast ausschließlich auf die Kopiensammlung aus Yad Vashem stützen, ohne dass die Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts systematisch ausgewertet wurden.

[50] Vgl. etwa Joachim Käppner, Akademische Querulanz. Am Versagen der „Eliten" unter Hitler ist kein Zweifel, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. 12. 2010, S. 11; noch deutlicher Rudolph Walther, Männer im Elitekampf, in: Die Tageszeitung vom 30. 12. 2010.

[51] Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Unser Buch hat einen Nerv getroffen. Diplomaten im Nationalsozialismus: Die Unabhängige Historikerkommission antwortet ihren Kritikern, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. 12. 2010, S. 13. Vgl. auch Norbert Frei/Annette Weinke, Warum es um die „Mumien" einsam wird. Das Ende der Legende vom „anständig" gebliebenen Auswärtigen Amt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12 (2010), S. 75–83.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mositäten und Emotionen als von sachlichen Argumenten geprägt ist, wirft die Debatte ein schlechtes Licht auf die Geschichtswissenschaft. Die Zeitgeschichtsforschung muss sich die selbstkritische Frage stellen und stellen lassen, ob sie in den letzten beiden Jahrzehnten bei allen noch so wichtigen und verdienstvollen Detailstudien zur Gesellschafts-, Kultur- und Verbrechensgeschichte der NS-Diktatur nicht doch zu stark die großen Fragen zum nationalsozialistischen Herrschaftssystem vernachlässigt hat. Bis in die 1990er Jahre hinein wurde die Erforschung des Nationalsozialismus von grundsätzlichen Diskussionen darüber geprägt, wie der NS-Staat „funktionierte", wie das Verhältnis von Ideologie und Sachdenken war, wie das „Dritte Reich" seine Herrschaft über Europa ausdehnen konnte, wie es in die deutsche und europäische Gesamtgeschichte einzuordnen ist – für diese intensiven Debatten können in der Bundesrepublik stellvertretend die Namen von Andreas Hillgruber, Karl Dietrich Bracher, Ernst Nolte, Eberhard Jäckel, Martin Broszat, Hans Mommsen, Klaus Hildebrand, Ludolf Herbst, Hans Ulrich Thamer und Ulrich Herbert genannt werden[52].

Inzwischen aber ist die Erforschung der NS-Zeit zunehmend kurzatmig geworden, sowohl thematisch als auch zeitlich. Die Dominanz neuer methodischer Paradigmen („kulturalistische Wende") und die Verknappung der wichtigen Forschungsressource Zeit durch Zwänge des modernen Wissenschaftsbetriebs („Bologna-Prozess" etc.) erschweren den Blick fürs Ganze – auch die Kommissionsarbeit hat unter der zeitlichen Beschränkung auf nur drei Jahre und vermutlich auch unter der Beanspruchung der vier Herausgeber durch andere Verpflichtungen sehr gelitten. Der theoretische Anspruch wächst, die Reichweite der Forschungen sinkt, die größeren Zusammenhänge bleiben zu häufig auf der Strecke. Wie ist es überhaupt mit der wissenschaftlichen Expertise zur Geschichte des Nationalsozialismus bestellt, welche Lehrstuhlinhaber an deutschen Universitäten beschäftigen sich noch hauptsächlich mit der NS-Periode? Wie viele Experten gibt es noch für das nationalsozialistische Herrschaftssystem insgesamt, für seine Politik, Diplomatie und Kriegführung?

Es ist auffällig, dass mit dem 80-jährigen Hans Mommsen ein führender Experte der älteren Generation die erstaunte Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen musste, dass der Kommissionsbericht über das Auswärtige Amt pauschalisiert und vereinfacht, indem er die „Vergangenheit des Amts" weitgehend auf die Mitwirkung am Holocaust reduziert. In dieser Engführung ist das Buch nicht nur ein wissenschaftlicher Rückschritt, sondern vielleicht sogar ein Symptom für den Zustand der gegenwärtigen Forschung zur Geschichte des Nationalsozialismus. Falls die Debatte zu einer gewissen Selbstreflexion der Zeitgeschichtsforschung über einen ihrer – auch für die öffentlichen Diskurse – wichtigsten Teilbereiche führen würde, hätten der besonders in seinem ersten Teil anfechtbare Kommissionsbericht und die von ihm verursachte Aufregung einen positiven Effekt.

[52] Vgl. den Forschungsbericht von Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München [6]2002, S. 141–325.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Juliputsch von 1934 ist ein zentrales Ereignis der österreichischen und auch der deutschen Geschichte. Entsprechend gut ist es dokumentiert und erforscht. Eine der wichtigsten Fragen ist aber bis heute ungeklärt: Wie kam es überhaupt zu diesem frühen Versuch einer nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich? Und welche Rolle hat Hitler bei alldem gespielt? Mittlerweile sind so viele Quellen bekannt und auch systematisch ediert, dass hier erstmals überzeugend nachgewiesen werden kann, dass Hitler von Anfang an alle Fäden in der Hand hielt und dass auch in diesem Fall mitnichten von einem „schwachen Diktator" die Rede sein kann.

Kurt Bauer

Hitler und der Juliputsch 1934 in Österreich

Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Außenpolitik in der Frühphase des Regimes

Am Mittwoch, dem 25. Juli 1934, kurz vor 13 Uhr, besetzten rund 150 Angehörige der illegalen SS-Standarte 89 das Bundeskanzleramt in Wien. Die SS-Männer – zum großen Teil ehemalige österreichische Soldaten, die wegen ihrer nationalsozialistischen Betätigung entlassen worden waren – trugen zur Tarnung militärische Uniformen. Sie hatten geplant, die halbfaschistische Regierung des christlichsozialen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß während einer Ministerratssitzung in die Hand zu bekommen und eine neue Regierung unter dem ebenfalls christlichsozialen, aber NS-kompatibleren Anton Rintelen zu erzwingen.

Der Putsch misslang. Durch einen Verräter aus dem Kreis der Verschwörer gewarnt, hatte Dollfuß die Sitzung bereits gegen 12.10 Uhr unterbrochen und die Minister in ihre Büros beordert. Dass es den Putschisten trotz des Verrats gelang, auf mehreren Lkws in den Hof des Bundeskanzleramtes einzufahren und das weitläufige Gebäude ohne Gegenwehr zu besetzen, ist auf Überforderung und Verwirrung des Sicherheitsapparats zurückzuführen. Bundeskanzler Dollfuß, der leichtfertig an Ort und Stelle geblieben war, wurde bei seiner Festnahme unter nie restlos geklärten Umständen von zwei Kugeln getroffen; er starb gegen 15.45 Uhr. Ohne ihre wertvollste Geisel und von ihren politischen Führern abgeschnitten, wussten die Putschisten bald nicht mehr weiter. Am Abend ergaben sie sich. Die Regierung hatte ihnen freies Geleit über die deutsche Grenze zugesagt, zog diese Zusage aber unter dem – unzutreffenden – Vorwand zurück, nichts vom Tod des Kanzlers gewusst zu haben.

Zeitgleich mit der Besetzung des Kanzleramts stürmte ein SS-Trupp um 13 Uhr das Gebäude der österreichischen Rundfunkgesellschaft Ravag in der Wiener Innenstadt und erzwang eine Durchsage vom angeblichen Rücktritt der Regierung Dollfuß und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Rintelen. Diese Meldung galt als Signal an die SA, überall in Österreich in Aktion zu treten: laut Plan zuerst in Form von „friedlichen" Demonstrationen und Propagandamärschen, um dann überraschend zum Angriff überzugehen und Amtsgebäude, Gendarmerieposten und alle übrigen neuralgischen Punkte zu besetzen. In einigen Bundes-

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0011

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ländern kam es tatsächlich zum Aufstand der SA und ihrer Verbündeten, der bis 28.Juli niedergeschlagen wurde. Die Bilanz: rund 220 Todesopfer.

Der sich ahnungslos gebende Hitler änderte daraufhin seine Österreich-Politik und entsandte den Katholiken Franz von Papen als neuen Gesandten nach Wien. Die Nachfolge Dollfuß' als Bundeskanzler trat der Christlichsoziale Kurt Schuschnigg an; die Einheitspartei „Vaterländische Front" übernahm der Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg[1].

So sehr der Juliputsch Thema der österreichischen Zeitgeschichtsforschung war[2], so wenig galt dies für die deutsche und internationale NS-Forschung. Seine Bedeutung im Zusammenhang der Ereignisse des Sommers 1934 wurde und wird in der Regel missachtet oder zumindest unterschätzt. Viele Autoren befassten sich mehr oder weniger intensiv mit der Frage, in welchem Ausmaß Hitler in den Putsch involviert war, ohne zu einem überzeugenden Ergebnis zu gelangen[3]. Das Spektrum reicht von Höhne („ohne Hitlers Zustimmung") über Jagschitz („passive Zustimmung") zu Kindermann („daß Hitler den Putschisten entweder befahl oder sie mit vollem Wissen und Einverständnis dazu ermächtigte"). Daher meint Ian Kershaw: „Welche Rolle Hitler selbst spielte und wie weit er im einzelnen über die Putschpläne informiert war, ist nicht ganz klar. Die Initiative für den Putschversuch ging eindeutig von örtlichen Parteimitgliedern aus. Hitler wußte anscheinend davon und erteilte seine Zustimmung, allerdings aufgrund irreführender Informationen von seiten der österreichischen Nationalsozialisten."[4]

Ist es überhaupt denkbar, dass Hitler in der extrem kritischen Situation des Sommers 1934 nichts Besseres zu tun wusste, als im Nachbarland einen Putsch inszenieren und dessen mit Mussolini verbündeten Bundeskanzler ermorden zu lassen? Bezeichnend sind Überlegungen, wie sie Hans Bernd Gisevius anstellte:

---

[1] Vgl. die konzise Zusammenfassung bei Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938, München 1983, S. 266–275.

[2] Vgl. Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz 1976; Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003; Hans Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006; Christian Klösch, Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal, Wien 2007; Gerald M. Wolf, „Jetzt sind wir die Herren ...". Die NSDAP im Bezirk Deutschlandsberg und der Juli-Putsch 1934, Innsbruck 2008.

[3] Vgl. Hellmuth Auerbach, Eine nationalsozialistische Stimme zum Wiener Putsch vom 25. Juli 1934, in: VfZ 12 (1964), S. 201–218, hier S. 205f.; Dieter Ross, Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934, Hamburg 1966, S. 218–243; Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933–36, Chicago 1970, S. 87–107; Jens Petersen, Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin–Rom 1933–1936, Tübingen 1973, S. 328–366; Jagschitz, Der Putsch, S. 78f.; Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluss, Wien 1978, S. 285–298; Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 133–137; Heinz Höhne, Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933–1936, Düsseldorf 1991, S. 222–224; Gottfried-Karl Kindermann, Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933–1938, München 2003, S. 201–239.

[4] Ian Kershaw, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 658.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Der Gedanke, der oberste Gerichtsherr vom 30. Juni wolle ausgerechnet in diesem kritischen Zeitpunkt mit dem verhaßten Residenten vom Wiener Ballhausplatz abrechnen, ist absurd. Im Gegenteil, Hitler weiß auch, was er soeben mit seinem wilden Herumschießen angerichtet hat. Er weiß auch, Hindenburgs allerletzte Stunden sind gekommen. Alles kann er jetzt brauchen, nur keinen weiteren Skandal, nun gar einen neuen Putsch."[5] Da die vorhandenen Quellen ohnehin kein klares Bild ergaben, begnügte sich die Forschung damit, den Gewaltausbruch vom Juli 1934 und dessen Vorgeschichte als österreichisches Spezifikum zu betrachten, dem bestenfalls eine gewisse Bedeutung für das sensible und wechselhafte Verhältnis zwischen Deutschland und Italien zukam.

Im Grunde entspricht dieses Bild eines Hitler, der zwischen „Röhm-Putsch" und Hindenburg-Tod in der Frage eines Staatsstreichs gegen Dollfuß den Überblick verloren hatte, der von seinen österreichischen Gefolgsleuten in die Irre geführt und überrumpelt worden war, den funktionalistischen Vorstellungen von einem „in mancher Hinsicht schwachen Diktator" (Hans Mommsen)[6]. Und agierten die österreichischen Nationalsozialisten – wenn auch ungeschickt, fahrlässig und schlichtweg dumm – nicht letztlich doch im Sinne ihrer Pflicht, dem „Führer entgegen zu arbeiten"[7]?

Wie es scheint, bedürfen derartige Forschungspositionen in Bezug auf den Juliputsch einer Korrektur. Die 1992 von Elke Fröhlich im Moskauer Sonderarchiv entdeckten Glasplatten der Goebbels-Tagebücher, die im Zusammenhang mit dem Juliputsch bisher nicht beachtet wurden, erlauben in Kombination mit anderen Quellen einen neuen Blick auf die Rolle, die Hitler beim Putsch gegen die österreichische Regierung spielte[8].

14. Juni 1934: Das Mussolini-Hitler-Treffen in Venedig

Seit dem „Marsch auf Rom" im Oktober 1922 war Mussolini Hitlers politisches Idol. Im italienischen Faschismus glaubte Hitler, der bereits seit 1920 ein Bündnis des Deutschen Reichs mit Italien propagiert hatte, den idealen Partner für seine außenpolitischen Ambitionen gefunden zu haben. Mussolini seinerseits waren die Sympathiebekundungen der Nationalsozialisten immer ein wenig suspekt, aber ähnlich wie Hitler hoffte er auf einen starken Verbündeten zur Verwirklichung seiner imperialistischen Träume, denen stets und überall Frankreich im Weg stand. Deshalb hatte Mussolini vorerst auf die deutsche Rechte rund um den „Stahlhelm" gesetzt, ab Ende 1931 dann aber auf die NSDAP und Hitler. Zu

[5] Hans Bernd Gisevius, Adolf Hitler. Versuch einer Deutung, München 1963, S. 298 f.
[6] Zur Position Mommsens vgl. Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg [3]2002, S. 113 u. S. 123–125.
[7] Kershaw, Hitler 1889–1936, S. 666.
[8] Erstmals haben Peter Longerich und Kurt Bauer in einem gemeinsamen Kommentar in: Zeitungszeugen, Nr. 9, 2009, auf die Bedeutung einiger Tagebucheinträge Goebbels' im Zusammenhang mit den Hintergründen des Juliputsches 1934 hingewiesen. Vgl. neuerdings Peter Longerich, Joseph Goebbels. Biographie, München 2010, S. 270 f.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einer persönlichen Begegnung kam es freilich bis zum 30. Januar 1933 nicht[9]. Und danach war es die Österreich-Frage, die das Verhältnis Mussolinis zu Hitler nachhaltig trübte.

Österreichs Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der seit Mai 1932 eine recht wackelige Koalition aus Christlichsozialen, faschistischem Heimatblock und deutschnationalem Landbund führte, hatte im März 1933 eine Geschäftsordnungskrise genützt, um das Parlament auszuschalten und auf Basis von Notverordnungen zu regieren. Zur Verbreiterung seiner schmalen Führungsbasis führte Dollfuß Geheimverhandlungen mit dem „Landesinspekteur" der österreichischen Nationalsozialisten, dem deutschen Reichstagsabgeordneten Theo Habicht. Gleichzeitig aber suchte er die Annäherung an Mussolini, dem er erstmals zu Ostern 1933 seine Aufwartung machte. Als sich die Gespräche Dollfuß – Habicht zerschlugen, gingen Österreichs Nationalsozialisten seit Mitte Mai 1933 zum offenen Terror über. Hitler übte mit einer von der notorischen deutschen Devisenknappheit inspirierten Boykottaktion gegen Österreichs Fremdenverkehr („Tausendmarksperre") weiteren Druck aus. Am 19. Juni 1933 verbot die österreichische Regierung der NSDAP, sich politisch zu betätigen. Fast alle wichtigen NS-Führer flüchteten daraufhin aus Österreich nach Deutschland, um von hier aus mit allen Mitteln von Propaganda, Sabotage und Terror gegen das Dollfuß-Regime zu kämpfen[10].

Angesichts dieses Untergrundkampfes setzte der österreichische Kanzler nun stärker noch als zuvor auf die Anlehnung an Italien, und so nahm Mussolini seit Mitte 1933 entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des autoritären Regimes in Österreich. Der „Duce" wollte den Drang Deutschlands nach Südosteuropa dämpfen, Frankreichs Ambitionen im Donauraum hintertreiben und mittelfristig einen faschistischen Machtblock in Mitteleuropa errichten[11].

Nach der Ausschaltung der österreichischen Sozialdemokratie am 12. Februar 1934, die von Mussolini vehement gefordert worden war, schlug Italien einen scharfen Ton gegen Deutschland an – bis hin zur offenen Drohung, die eigene Politik ganz auf Frankreich auszurichten[12]. Die Unterzeichnung der Freundschaftsverträge zwischen Italien, Ungarn und Österreich am 17. März 1934 („Römische Protokolle") wurde in Berlin als diplomatische Niederlage empfunden[13]. Trotzdem – oder gerade deshalb – setzte Hitler nun alles daran, mit Mussolini persönlich ins Gespräch zu kommen. Als Bote fungierte Vizekanzler Franz von Pa-

[9] Zum Verhältnis Mussolini – Hitler vor 1933 siehe Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933, in: Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, Frankfurt a. M. 1993, S. 42–63.

[10] Vgl. Kurt Bauer, „Strikt nein zu sagen, halte ich nicht für gut", in: Das Jüdische Echo 55 (2006), S. 85–94.

[11] Zum Spannungsfeld Deutschland – Italien – Frankreich im Donauraum vgl. Petersen, Hitler – Mussolini, S. 207–231; zum von Frankreich angestrebten „Donaupakt" vgl. Thomas Angerer, Die französische Österreichpolitik vor dem „Anschluß" 1938, in: VfZ 40 (1992), S. 29–59, hier S. 30 f.

[12] Vgl. Petersen, Hitler – Mussolini, S. 310–312.

[13] Vgl. ebenda, S. 319–327; Schausberger, Der Griff nach Österreich, S. 275 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pen, der Mussolini bei einer längeren Unterredung Ende März eine persönliche Aussprache zwischen den beiden Regierungschefs vorschlug[14]. Mussolini, ganz im Hochgefühl der neu gewonnenen Stärke, akzeptierte. Nach einigem Hin und Her einigte man sich auf Venedig und den 14. Juni 1934[15].

Das erste Treffen der beiden Diktatoren ist in der Literatur vergleichsweise wenig beachtet worden. Hitler traf von München kommend am Vormittag per Flugzeug in Venedig ein. Mussolini empfing ihn am Flughafen und begleitete ihn bei der Fahrt im Motorboot über den Canale Grande ins Hotel. Danach ging es zum Essen in die königliche Villa Pisani in Stra, rund 40 Kilometer südwestlich von Venedig. Anschließend hatte der nach eigener Meinung perfekt Deutsch sprechende „Duce" in den Gärten der Villa eine zweieinhalbstündige Unterredung mit dem „Führer" – ohne Dolmetscher. Am nächsten Tag fand, umrahmt von einem dichten Programm, ein zweites, eineinhalb Stunden lang dauerndes Gespräch unter vier Augen im Park des Golfclubs auf dem Lido statt. Am Morgen des 16. Juni flog Hitler nach Deutschland zurück. Über die Ergebnisse der Unterredungen gab es offiziell nur dürre Kommuniqués: Die Staatsmänner hätten in großen Zügen die politische Lage besprochen und dabei weitgehend übereingestimmt; feste Abmachungen seien von vornherein nicht geplant gewesen und auch nicht getroffen worden; weitere persönliche Kontakte seien wünschenswert[16].

Die internationale Presse schwirrte allerdings von Gerüchten, Mussolini habe Hitler in der Österreich-Frage substanzielle Zugeständnisse gemacht und diesem gegen eine Bekräftigung des Anschlussverbotes die Ausschreibung von Neuwahlen und eine ihrer Stärke entsprechende Regierungsbeteiligung der NSDAP zugestanden[17]. Derartige Meldungen gingen möglicherweise auf eine vertrauliche Information zurück, die ein in Wien akkreditierter reichsdeutscher Pressekorrespondent am 15. Juni an verschiedene deutsche Tageszeitungen gesandt hatte: „Die Unterhaltungen in Stra haben grundsätzlich eine Änderung des Systems in Österreich ergeben: Die Regierung Dollfuß tritt ab. Der österreichische Gesandte in Rom, Rintelen, bildet eine Übergangs- und Wahlregierung. Die NSDAP in Österreich bleibt vorläufig noch verboten. Dafür wird die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte erlaubt. Die Heimwehren werden mit Zustimmung des Duce abgebaut."[18] Folgerichtig sprach der *Völkische Beobachter* vom 17. Juni von einem angeblich bevorstehenden Umbau der österreichischen Regierung und der Bildung eines Kabinetts Rintelen[19].

[14] Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie C: 1933–1937, Das Dritte Reich: Die ersten Jahre, Bd. II, 2: 1. Februar bis 13. Juni 1934, Göttingen 1973, Dok. Nr. 377, S. 686–690; Petersen, Hitler – Mussolini, S. 330 f.

[15] Vgl. ebenda, S. 332–339.

[16] Vgl. ebenda, S. 344–354; Neue Freie Presse vom 15. u. 16. 6. 1934; ADAP, Serie C, Bd. III, 1: 14. Juni bis 31. Oktober 1934, Göttingen 1973, Dok. Nr. 5, S. 10–12.

[17] So fasst das skeptische Prager Tagblatt vom 17. 6. 1934 in seinem Leitartikel die umlaufenden Meldungen zusammen; vgl. weiter die Baseler National-Zeitung vom 18. 6. 1934.

[18] Zit. nach Ralf Richard Koerner, So haben sie es damals gemacht ... Die Propagandavorbereitungen zum Österreich-Anschluß durch das Hitlerregime 1933 bis 1938, Wien 1958, S. 50.

[19] Vgl. ebenda; Reichspost vom 23. 6. 1934.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie die Akten zeigen, herrschte auf diplomatischer Ebene Unklarheit bezüglich der Ergebnisse der Unterredung. Der deutsche Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, führte deshalb am 21. Juni eine Unterredung mit Unterstaatssekretär Fulvio Suvich und konstatierte eine gewisse „Meinungsdivergenz" über das Gesprächsergebnis in der Österreich-Frage: Im italienischen Außenministerium heiße es, dass Aufzeichnungen über den Verlauf der beiden Unterredungen nicht vorhanden seien; Mussolini habe seine Umgebung nur mündlich ziemlich knapp über die wesentlichsten Punkte unterrichtet. Aber „irgendwelche Abreden im engeren Sinne" seien nicht getroffen worden. Der erkennbar verunsicherte Hassell folgert: „[M]anches, z. B. auch die noch in Venedig durch Suvich und Ciano der Presse gegebenen Informationen lassen den Schluß zu, daß man – jedenfalls zunächst – die Tendenz hatte, die Ergebnisse von Venedig etwas positiver zu formulieren, als den Tatsachen entsprach." Die „Sensationsmeldungen" der internationalen Presse hätten im Übrigen im diplomatischen Korps ein „ungewöhnlich starkes Informationsbedürfnis" hervorgerufen[20].

Datiert mit 15. Juni 1934 findet sich eine vom Reichsminister des Äußeren, Konstantin von Neurath, verfasste Notiz über die „von italienischer Seite als Stellungnahme des Reichskanzlers zur österreichischen Frage schriftlich niedergelegt[en]" Punkte, deren Wortlaut von Mussolini und Hitler als zutreffend bezeichnet worden sei: „1. Der Anschluß Österreichs an Deutschland (kommt nicht in Frage) steht außer Diskussion. 2. Der österreichische Bundeskanzler muß eine unabhängige Persönlichkeit sein, die keiner der heute streitenden Parteien angehört. 3. Es sollen die Wahlen angeordnet werden, damit das österreichische Volk freiwillig seinen Willen ausdrücken mag. 4. Die Nazi sollen an der Regierung teilnehmen, im Verhältnis zum Ergebnisse der Wahlen. 5. Die Österreich anbelangenden Angelegenheiten sollen im Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien entschieden werden."[21]

Es handelte sich im Grunde um dieselben Forderungen, die Hitler bereits im Februar 1933 anlässlich erster Avancen von Dollfuß erhoben und danach mehrmals bekräftigt hatte[22]. Unter Ausklammerung des Anschlusses, den er noch nicht für durchsetzbar hielt, wollte Hitler vorläufig über eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung unter einen NS-freundlichen Kanzler die Gleichschaltung Österreichs nach dem Muster Danzigs erzwingen[23]. Damit freilich hatte sich Mussolini, der ein Bündnis zwischen der österreichischen Regierung und den Nationalsozialisten keineswegs grundsätzlich ablehnte[24], zumindest bis zum Zeitpunkt des Treffens von Venedig noch nicht abfinden können.

[20] ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 26, S. 61–65, Zitate S. 63–65.

[21] Ebenda, Dok. Nr. 7, S. 13 f. (Die in Klammern gesetzte Passage „kommt nicht in Frage" im Punkt 1 wurde in der Vorlage durchgestrichen.)

[22] Vgl. Bauer, „Strikt nein zu sagen, halte ich nicht für gut", S. 85; Ross, Hitler und Dollfuß, S. 132 f.; Petersen, Hitler – Mussolini, S. 214 u. S. 289.

[23] Vgl. ebenda, S. 284.

[24] Mussolini führte beispielsweise Ende März 1934 bei einem Treffen mit Vizekanzler Papen aus, dass Dollfuß bereit sei, die NSDAP an seiner Regierung „maßgeblich zu beteiligen", soll-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Den Kern seiner „eigentlichen Sorge“ in der Österreich-Frage hatte er in einer Sitzung des Faschistischen Großrats im Dezember 1933 offenbart: Sollte das Dollfuß-Regime fallen, stünde Deutschland der Weg nach Südosten offen und Italien könnte vom Balkan verdrängt werden[25]. Der Einschätzung des deutschen Botschafters Ulrich von Hassell zufolge würde Rom den Anschluss auf Dauer als unvermeidlich ansehen, wolle diesen aber so lange wie möglich hinausschieben, um „Vorsorge gegen die gefürchtete übermächtige deutsche Expansion nach Südosten“ zu treffen[26].

Bereits das Zusammentreffen von Hitlers Österreich-Beauftragtem Habicht mit Italiens Unterstaatssekretär Suvich bei dessen Deutschland-Besuch im Dezember 1933 hatte im Dollfuß-Regime zur Besorgnis geführt, es könne zwischen Rom und Berlin – ohne Wien – zu einer Verständigung kommen[27]. Noch alarmierender wirkte die Ankündigung eines direkten Zusammentreffens im Juni 1934. So wurde Österreichs Gesandter in Rom, Anton Rintelen, am 11. Juni zu Suvich geschickt, um mit dem Verweis auf den steigenden NS-Terror in Österreich eine Absage des Treffens zu erwirken. Vergeblich[28]. Am Vorabend des Hitler-Besuchs in Venedig rief Suvich persönlich in Wien an und ließ Dollfuß im Auftrag Mussolinis ausrichten, „dass er keinerlei Anlass habe, wegen der bevorstehenden Zusammenkunft irgendwie nervös oder unsicher zu sein [...]. Im Übrigen könne er versprechen, dass er den Herrn Bundeskanzler sogleich eingehendst informieren lassen werde.“[29]

Das war nicht der Fall. Erst am 18. Juni wurde Rintelen auf dessen Ersuchen hin von Suvich empfangen und über die Ergebnisse der Mussolini-Hitler-Begegnung informiert[30]. Am 19. Juni verfasste Suvich ein sechsseitiges Schreiben an Dollfuß, das diesen am Abend des 20. Juni erreichte[31]. Der Inhalt und die Formulierungen dieses Briefes lassen darauf schließen, dass Dollfuß seit dem 14./15. Juni weder telefonisch noch persönlich informiert worden war.

Gut möglich, dass sich diese Verzögerungen auf italienischer Seite durch Interpretationsdifferenzen hinsichtlich der Ergebnisse der Aussprachen erklären lassen. Man kann von einer Frontstellung zwischen einer proösterreichischen und einer prodeutschen Richtung ausgehen, die um die Gunst Mussolinis rangen, wobei Unterstaatssekretär Fulvio Suvich für die eine und Mussolinis Schwieger-

te diese von keinem Reichsdeutschen geführt sein, in: ADAP, Serie C, Bd. II, 2, Dok. Nr. 377, S. 688.

[25] Petersen, Hitler – Mussolini, S. 292.

[26] ADAP, Serie C, Bd. II, 1: 14. Oktober 1933 bis 31. Januar 1934, Göttingen 1973, Dok. Nr. 153, S. 279.

[27] Vgl. Petersen, Hitler – Mussolini, S. 292. Habicht dürfte am 14. 12. 1933 im Hause Görings kurz mit Suvich zusammengetroffen sein; vgl. ADAP, Serie C, Bd. II, 1, Dok. Nr. 144, S. 262.

[28] Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (künftig: ÖStA/AdR), Auswärtige Angelegenheiten (AA), Neues Politisches Archiv (NPA), Ktn. 405, Liasse Deutschland IV/Geheim, Gz. 54.748–13/34 u. 54.805/34. Ich danke Mag. Roman Eccher für seine Unterstützung bei der Suche nach entsprechenden Dokumenten.

[29] Ebenda, Gz. 54.880–13/34.

[30] Ebenda, Gz. 55.098/34.

[31] Ebenda, Gz. 55.177–13/34.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sohn und Pressesprecher Galeazzo Ciano für die andere Richtung stand. Hassell etwa berichtete Ende Juni, laut Ciano habe Suvich versucht, den „starken Eindruck", den Hitlers Ausführungen in Stra auf Mussolini gemacht hätten, abzuschwächen[32]. Suvich bestätigt dies in seinen Memoiren: Der „Duce" sei für Beeinflussungen äußerst zugänglich; es sei schwierig gewesen, ihn auf der Linie einer Verteidigung Österreichs zu halten[33].

Einer, der Mussolini ganz entschieden von dieser Linie abbringen wollte, war der italienische Militärattaché in Wien, Umberto Fabbri, der dem deutschen Militärattaché Muff Anfang April 1934 von einer Unterredung mit dem italienischen Diktator berichtete. Er, Fabbri, habe Mussolini vorgeschlagen, in Österreich „vollkommen neue Männer" zu suchen, die auf allen Seiten Vertrauen besäßen. Die alte Regierung sollte nicht weggejagt, sondern „in allen Ehren" kaltgestellt werden. Auf die Frage Mussolinis nach einem geeigneten Mann habe er den österreichischen Gesandten in Rom, Rintelen, genannt. Dieser sei im Gegensatz zu Dollfuß in der Lage, die Interessen Italiens und Deutschlands in Österreich auszugleichen[34]. Mitte April erklärte Fabbri dem Wiener Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros, dass einzig das österreichische Problem das „Zusammengehen Deutschlands und Italiens in großen Fragen" verhinderte. Dies sei ein „völlig absurder und unhaltbarer Zustand". Die Lösung liege in der Entwicklung eines „nationalsozialistischen österreichischen Staates, der zwar eng mit Deutschland zusammenarbeite, aber äußerlich unabhängig bleibe"[35].

Fabbri stand mit den österreichischen NS-Verschwörern in Verbindung und förderte gezielt den von den Putschisten als Dollfuß-Nachfolger ausersehenen Rintelen. Der Stabsleiter der NS-Landesleitung Österreich, Weydenhammer, schrieb im April, dass Fabbri systematisch „gegen Dollfuß" nach Rom berichte; und in einer Nachricht aus Wien vom Juni hieß es sogar, dass Fabbris Meldungen von den Nationalsozialisten „günstig stilisiert" würden[36]. Der von Fabbri favorisierte Rintelen hatte sich bereits im März 1934 bei Verhandlungen mit Weydenhammer „bedingungslos" den Nationalsozialisten unterstellt und versprochen, der NS-Landesleitung über seine Tätigkeit als österreichischer Gesandter in Rom zu berichten[37].

Im Vorfeld des Treffens von Venedig versuchte Fabbri, der deutschen Diplomatie die Erfolge seiner Bemühungen in einem möglichst günstigen Licht dar-

[32] „Politischer Bericht" Hassells vom 28. 6. 1934, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien (künftig: Archiv IfZ Wien), T-120, R-2838 E453494; die Filmrollen stammen aus den National Archives (NA). Zu Cianos Aufstieg ab 1934 vgl. Petersen, Hitler – Mussolini, S. 423, S. 463 u. S. 482.

[33] Vgl. Fulvio Suvich, Memorie 1932–1936, Mailand 1984, S. 4, S. 93 u. S. 271. Ich danke Andrea Crivelli herzlich für die Übersetzungen aus dem Italienischen.

[34] Geheimer Bericht Nr. 9/34 des Militärattachés Muff vom 5. 4. 1934, in: Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-644, Mappe 26, Abschrift von NA, T 77, R 900 652.770 f.

[35] Zit. nach Schausberger, Der Griff nach Österreich, S. 283.

[36] Vgl. Ross, Hitler und Dollfuß, S. 209 bzw. S. 310 (Anm. 154 u. 155), sowie S. 221 bzw. S. 312 (Anm. 188).

[37] Jagschitz, Der Putsch, S. 76.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zustellen. So berichtete er am 4. Juni, dass aus Rom „Weisungen ergangen sind, sich nicht mehr allzu stark für die Regierung Dollfuß zu engagieren", und am 13. Juni behauptete er sogar, dass Mussolini „unter Umständen wohl bereit sein würde, Dollfuß fallen zu lassen", während Rintelen ein für Mussolini annehmbarer Nachfolger sei[38].

Der tatsächliche Einfluss Fabbris – direkt auf Mussolini, indirekt auf Hitler – lässt sich schwer einschätzen. Ein noch bedeutsamerer pronazistischer Einflüsterer war Mussolinis Verbindungsmann in Berlin, Giuseppe Renzetti, der intensiv auf ein Bündnis Deutschland – Italien hinarbeitete und enge Kontakte zu führenden Nationalsozialisten wie Göring, Goebbels und vor allem Hitler pflegte. Zwei Tage vor dem Venediger Treffen „informierte" er Mussolini, dass es in Bezug auf Österreich zwei Alternativen gebe: ein deutsch-italienisches Abkommen über eine neue Regierung unter Anton Rintelen als Kanzler und mit nationalsozialistischer Regierungsbeteiligung – oder eine Revolution[39].

Als Gegenpol zu Fabbri kann der Presseattaché der italienischen Botschaft in Wien, Eugenio Morreale, angesehen werden, der als Mussolinis Kontaktmann zu den mit Dollfuß verbündeten faschistischen Heimwehren und entschiedener Gegner des Nationalsozialismus agierte[40]. Aber angesichts der von Suvich beschriebenen stets schwankenden Haltung Mussolinis ist es wahrscheinlich, dass die prodeutsche, gegen Dollfuß eingestellte Fraktion der italienischen Politik sich bei Mussolini im Juni 1934 bereits einiges Gehör verschafft hatte.

Fünf Tage nach dem Mussolini-Hitler-Treffen nützte Dollfuß – noch immer ohne kompetente Informationen aus Rom und mit den beunruhigenden internationalen Pressemeldungen im Ohr – eine günstige Gelegenheit zu einer demonstrativen Geste. Der französische Außenminister Louis Barthou tourte 1934 rastlos durch Europa, um sein Einkreisungsbündnis gegen NS-Deutschland zustande zu bringen[41]. Am 19. Juni 1934 legte er auf seiner Zugreise nach Bukarest einen Zwischenhalt am Wiener Westbahnhof ein und erhielt in der Wartezeit Besuch vom österreichischen Kanzler. Barthou bekräftigte bei der halbstündigen Aussprache Frankreichs Unterstützung von Österreichs Unabhängigkeit und versprach wirtschaftliche Förderung. Was wie ein unverbindlicher Höflichkeitsbesuch anmutet, wurde von den österreichischen Zeitungen des nächsten Tages durchwegs an prominenter Stelle gemeldet und kommentiert[42].

[38] Ross, Hitler und Dollfuß, S. 221.

[39] Vgl. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany, S. 100. Vgl. zu Renzetti allgemein Wolfgang Schieder, Faschismus im Transfer. Giuseppe Renzetti als faschistischer Propagandist und Geheimagent in Berlin 1922–1941, in: Sven Reichardt/Armin Nolzen (Hrsg.), Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich, Göttingen 2005. S. 28–58; Woller, Machtpolitisches Kalkül, in: Benz u. a. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus.

[40] Vgl. Ross, Hitler und Dollfuß, S. 130 u. S. 150.

[41] Vgl. Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939, Stuttgart 2002, S. 61 f.; Höhne, Die Zeit der Illusionen, S. 290.

[42] So jeweils auf der Titelseite der Neuen Freien Presse, Reichspost und Wiener Zeitung vom 20. 6. 1934.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Denkbar, dass Dollfuß in der unklaren Situation nach dem Venediger Treffen Mussolini signalisieren wollte, dass er immer noch über die Option einer Annäherung an Frankreich und die Kleine Entente verfügte. Denn obwohl sich die italienische Politik 1934 mehr und mehr Frankreich zuwandte, musste ihr eine Stärkung französischer Interessen in Mitteleuropa höchst ungelegen kommen[43]. Seit den späten 1920er Jahren war das faschistische Italien bestrebt, Österreich auf seine Seite zu ziehen, um auf dieser Basis eine sowohl gegen die deutschen als auch die französischen Ambitionen gerichtete Hegemoniesphäre im Donauraum zu bilden[44].

So überrascht es nicht, dass die Anregung zu dem improvisierten Zusammentreffen von Dollfuß ausgegangen war. Das französische Renommierblatt *Le Temps* brachte am 20. Juni die Motive des österreichischen Kanzlers für die Begegnung in einem Kommentar sogar deutlich in einen direkten Zusammenhang mit dem Mussolini-Hitler-Treffen: Die „Fühlungnahme" zwischen Dollfuß und Barthou, hieß es, gehe auf eine „Initiative des österreichischen Bundeskanzlers nach der Begegnung zwischen Hitler und Mussolini in Venedig" zurück[45]. Einige Tage danach stand auf der ersten Seite des *Prager Tagblattes*, allerdings nicht in den österreichischen Blättern, Dollfuß sei von Barthou anlässlich des kurzen Treffens nach Paris eingeladen worden; der österreichische Kanzler habe die Einladung angenommen und wolle voraussichtlich im September nach Frankreich reisen[46].

Dazu kam die Meldung von einem zweiten bevorstehenden Treffen, welche die deutsche Diplomatie und die NS-Führung mit noch mehr Beunruhigung erfüllte: Mussolini und Dollfuß sollten im Hochsommer im Urlaubsdomizil des „Duce", in Riccione, zusammentreffen[47]. Der deutsche Gesandte in Wien, Kurt Rieth, dem diese Nachricht am 24. Juni zu Ohren gekommen war, wollte sie kaum glauben: „Falls dies nicht überhaupt nur Tendenznachricht, dürfte es sich vorerst wohl nur um Wunsch von Dollfuß handeln."[48] Tatsächlich aber war das Treffen schon vor Venedig vereinbart worden[49], und so konnte Dollfuß' Sprachrohr *Reichspost* am 26. Juni triumphierend eine „familiäre Einladung" Mussolinis für Ende Juli mel-

[43] Die entsprechenden Sorgen Italiens gehen aus einem Bericht Hassells von Ende Juni 1934 deutlich hervor. Archiv IfZ Wien, NA, T-120, R-2838 E453493.

[44] Vgl. Enzo Collotti, Die Faschisierung des italienischen Staates und die fortschreitende Beeinflussung österreichischer Rechtsgruppen, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hrsg.), Der 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur, Wien 1984, S. 149–164, hier S. 149.

[45] Le Temps vom 20. 6. 1934, zit. in: Neue Freie Presse vom 21. 6. 1934, Morgenblatt, S. 3.

[46] Vgl. Prager Tagblatt vom 23. 6. 1934, S. 1. Hassell berichtete am 28. 6. 1934 von dieser Einladung und einer bevorstehenden Reise Dollfuß' nach Paris wie von einer feststehenden Tatsache, wobei allerdings noch Unklarheit über den Termin der Reise bestünde. (Archiv IfZ Wien, NA, T-120, R-2838 E453493.)

[47] Hassell etwa sprach von „Gefahren, die für uns aus der bevorstehenden Unterhaltung Mussolini/Dollfuß entspringen könnten", in: ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 117, S. 235.

[48] Ebenda, Dok. Nr. 34, S. 82.

[49] ÖStA/AdR, AA, NPA, Ktn. 405, Liasse Deutschland IV/Geheim, Gz. 54.763–13/34.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den[50]. Ein deutliches Signal an Deutschland, dass sich der italienische keineswegs vom österreichischen Diktator abgewandt hatte.

Aber wieso konnte diese Meldung in Deutschland überhaupt Überraschung und Beunruhigung auslösen? Kam es tatsächlich unerwartet, dass Mussolini sich mit dem eng verbündeten Dollfuß besprach? Hatte man nach Venedig allen Ernstes eine andere Haltung Mussolinis erwartet?

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang Hitlers Position nach dem Treffen mit Mussolini. Eine in diesem Zusammenhang oft zitierte Passage im Tagebuch Alfred Rosenbergs, des Leiters des Außenpolitischen Amts der NSDAP, gibt darüber Auskunft. Am 19. Juni traf er in Berlin mit dem „Führer" zusammen. Hitler zeigte sich, so Rosenberg, drei Tage nach seiner Rückkehr „noch ganz berauscht von Venedig". In der Österreich-Frage habe Hitler mit „rücksichtsloser Offenheit" gesprochen und Mussolini folgenden Vorschlag unterbreitet: „Absetzung v.[on] Dollfuss, unparteilichen Regierungschef, Neuwahlen. Beteiligung der NSDAP im Verhältnis zum Ergebnis an der Regierung. Anschluß nicht akut." Mussolinis Antwort: „Akzeptiert!" Hitler betrachte dies als großen Erfolg, denn so werde kein Konflikt mit Italien wegen Österreich eintreten[51].

Das in dieser Hinsicht bislang unbeachtete Goebbels-Tagebuch bestätigt Rosenbergs Ausführungen. Der Propagandaminister traf am Sonntag, dem 17. Juni, am Rande des Gauparteitags der Thüringer NSDAP in Gera mit seinem „Führer" zusammen. Dieser ließ sich von Goebbels' Warschau-Besuch berichten und erzählte anschließend von dem seinen in Venedig. Mussolini habe einen „ganz großen Eindruck" auf ihn gemacht; sie hätten sich „freundschaftlichst ausgesprochen". Der erste und wichtigste Punkt war die Österreich-Frage. Das Ergebnis: „Dollfuß weg! Neuwahlen unter einem neutralen Vertrauensmann. Einfluß der Nazis nach Stimmenzahl. Wirtschaftsfragen werden von Rom und Berlin gemeinsam erledigt. Beide einverstanden. Wird Dollfuß mitgeteilt werden." Abschließend heißt es: „Hitler sehr begeistert. Mussolini soll im Herbst nach Deutschland kommen. Mussolini ist ein sehr großer Redner. Und hat das ganze Volk hinter sich."[52] Am nächsten Tag ging es, diesmal wohl in Berlin, nochmals um dieses Thema: „Beim Führer. Er gibt Göring und mir einen sehr ausführlichen Bericht über Venedig.

[50] Reichspost vom 26. 6. 1934, S. 1. Vgl. auch Prager Tagblatt vom 21. 6. 1934, S. 1. Am 26. 6. 1934 berichtete das Abendblatt der Neuen Freien Presse, dass „bereits seit mehreren Wochen" gerüchteweise von einer derartigen Begegnung die Rede gewesen sei.

[51] Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, hrsg. von Hans-Günther Seraphim, Göttingen u. a. 1956, S. 28 f. Die in der Edition angegebene Datierung „11. 6." für den Tagebucheintrag beruht auf einem Irrtum. Im Eintrag werden Papens Marburger Rede vom 17. 6. sowie ein Aufsatz Rosenbergs darüber erwähnt; dieser Beitrag erschien am 19. 6. 1934 im Völkischen Beobachter. Demnach muss das Zusammentreffen an diesem Tag stattgefunden haben. Vgl. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany, S. 101, Anm. 76.

[52] Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 3/1: April 1934 – Februar 1936, München 2005, S. 64 f., Eintrag vom 18. 6. 1934. (Jeweils zit. nach „Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945", Online-Datenbank De Gruyter.)

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So wie am Sonntag. Die Linie ist da schon klargelegt. Es scheint, daß der Besuch ein ganz großer Erfolg."[53]

Hitler scheint Außenminister von Neurath später dieselbe Version wie Goebbels, Göring und Rosenberg präsentiert und diesen damit auch überzeugt zu haben. Das lässt sich aus einem Telegramm Neuraths an Hassell vom 4. Juli schließen, in dem der Außenminister die Meinung vertritt, es bestehe zwischen Hitler und Mussolini „Einverständnis" darüber, „daß an die Spitze der österreichischen Regierung eine neutrale, d. h. parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeit treten müsse" [54].

Hitler war also mit großer Wahrscheinlichkeit der Meinung, in Venedig einen Durchbruch in der Österreich-Frage erzielt zu haben. Aber hatte Mussolini tatsächlich einer Abhalfterung von Dollfuß', Neuwahlen und einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung zugestimmt.

Das italienische Außenministerium war offenkundig anderer Ansicht, wie ein Gespräch Hassell-Suvich zeigte[55]. Zwei Tage vor dem Gespräch mit dem deutschen Botschafter hatte Suvich dem österreichischen Kanzler in einem Brief berichtet, Mussolini habe Hitler auf dessen Vorschläge zur Österreich-Frage erwidert, dass darüber erst nach einer langen Zeitspanne der Ruhe in Österreich diskutiert werden könne. Und weiter in der Übersetzung des österreichischen Außenministeriums: „Wie Sie sehen, hat die österreichische Frage in der Auffassung des Reichskanzlers [Hitler] keinerlei Fortschritte gemacht, so dass man schwerlich eine Möglichkeit einer Einigung über diesen Punkt ersehen kann. Jedenfalls hat der Herr Regierungschef [Mussolini] [...], in keiner Weise seine konsequent befolgte Haltung geändert [...]." Die Zeitungsmeldungen über eine Vereinbarung zwischen Mussolini und Hitler in der Österreich-Frage entbehrten also jeder Grundlage[56].

Wie sind derartige eklatante Auffassungsunterschiede zu erklären? Zum einen könnte Hitler Goebbels, Göring, Rosenberg und vermutlich auch Neurath gegenüber – etwa um bei seinen Satrapen sein in den vorangegangenen krisenhaften Monaten angekratztes Prestige als unantastbarer, durchsetzungsfähiger „Führer" zu stärken – die Unwahrheit gesagt und den Begeisterten nur gespielt haben. Möglich wäre es zweitens, dass der laut Suvich zu spontanen Meinungsumschwüngen neigende Mussolini das italienische Außenministerium über seine tatsächlichen Vereinbarungen mit Hitler, aus welchen Gründen auch immer, falsch unterrichtet oder bewusst im Unklaren gelassen hatte.

Auf eine dritte Möglichkeit – sprachliche Missverständnisse – deutet einiges hin. Während Mussolini sich für einen Kenner und Könner der deutschen Sprache hielt[57], bezeichnete der Triestiner Suvich, der in Wien und Graz Jura studiert

[53] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 20. 6. 1934.
[54] ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 56, S. 118.
[55] Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 26, S. 61–65. Hitler hatte laut Vermerk des Chefs der Reichskanzlei, Lammers, Kenntnis vom Bericht, wusste also von der italienischen Interpretation und den Meinungsdivergenzen.
[56] ÖStA/AdR, AA, NPA, Ktn. 405, Liasse Deutschland IV/Geheim, Gz. 55.177–13/34.
[57] Vgl. Petersen, Hitler – Mussolini, S. 347 f., Anm. 83.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hatte, Mussolinis Deutsch als durchschnittlich, seine Aussprache als schlecht; es sei mühsam gewesen, ihn zu verstehen. Einmal habe er Mussolini abgeraten, mit Hitler ein Telefonat in deutscher Sprache zu führen, weil dies unweigerlich zu Missverständnissen führen würde[58]. Eugen Dollmann, ein deutscher Diplomat, der in späteren Jahren als Dolmetscher bei Gesprächen zwischen den beiden Diktatoren tätig war, meint, dass das Deutsch Mussolinis „zur Not für ein banales Gespräch" gereicht habe. Aber „sobald man zu schwierigen technischen Detailfragen überging, ließ sich der Duce, anstatt zuzugeben, dass er nicht mehr folgen konnte, an der Hand nehmen[59]".

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht eine Passage in den Erinnerungen von Hitlers persönlichem Adjutanten Fritz Wiedemann. Über die Besprechung „auf einem Schloss in der Nähe von Venedig" heißt es bei Wiedemann: „Ein Dolmetscher wurde nicht hinzugezogen, da Mussolini glaubte, die deutsche Sprache genügend zu beherrschen. So ganz scheint das aber nicht der Fall gewesen zu sein, denn als Mussolini kurze Zeit darauf seine Mißbilligung über die Vorgänge in Österreich ausdrückte, die zur Ermordung des Kanzlers Dollfuß geführt hatten, meinte Hitler erstaunt: ‚Ich verstehe das gar nicht, ich habe ihn doch in Venedig über alle Einzelheiten unserer Politik Österreich gegenüber aufgeklärt!' Das kann also passieren, wenn Staatsmänner aus Eitelkeit einen Dolmetscher ablehnen und kein Protokoll aufnehmen lassen."[60]

In der Forschung herrschte allerdings die Meinung vor, Hitler habe sich nach seiner anfänglichen Euphorie aufgrund von einschränkenden Berichten aus Rom zu einer realistischen Sicht der Gesprächsergebnisse bekehren lassen und eingesehen, dass die Österreich-Frage noch Zeit brauche[61]. Als Beleg dafür dient ein Telegramm, das Hassell am 5. Juli nach einer Unterredung mit Mussolini nach Berlin sandte. Man solle deutscherseits, so Mussolini, in Österreich einige Monate Ruhe geben und die „terroristischen Akte abblasen". Unter dieser Voraussetzung sei er „durchaus mit Punkt 5 der in Venedig formulierten deutschen Auffassung einverstanden"[62], also der Lösung der Österreich-Frage im Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien. Hitler, dem das Telegramm aus Rom von Außenminister Neurath vermutlich am 9. Juli vorgelegt wurde, gab dazu keine besondere Weisung, sondern sagte nur allgemein, „daß in der österreichischen Frage Eile nicht notwendig sei"[63]. Man könnte meinen, dass Hitler mit dieser Bemerkung lästige und in der gegebenen Situation kontraproduktive Aktivitäten Hassells und anderer Diplomaten bremsen wollte. Denn tatsächlich dürften genau zu dieser Zeit,

[58] Vgl. Suvich, Memorie 1932–1936, S. 20.
[59] Zit. nach Petersen, Hitler – Mussolini, S. 348, Anm. 83.
[60] Fritz Wiedemann, Der Mann, der Feldherr werden wollte. Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im 1. Weltkrieg und seines späteren persönlichen Adjutanten, Velbert 1964, S. 64.
[61] So in erster Linie Ross, Hitler und Dollfuß, S. 226 f.; vgl. weiter Jagschitz, Der Putsch, S. 79; Petersen, Hitler – Mussolini, S. 359, die indirekt eine ähnliche Auffassung vertreten.
[62] ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 62, S. 126 f.
[63] Ebenda, Dok. Nr. 62, S. 127, Anm. 4. Die erwähnte Aufzeichnung datiert vom 9. 7. 1934.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

was noch zu belegen sein wird, die Weichen für eine Beschleunigung der Klärung der Österreich-Frage in Hitlers Sinn gestellt worden sein.

25. Juli 1934: Der Juliputsch

Anfang Juli 1934 lenkte Hitlers blutiger Schlag gegen die SA-Führung und nationalkonservative Oppositionelle („Röhm-Putsch") die Weltöffentlichkeit von der Österreich-Frage ab. Währenddessen hielt der NS-Terror in Österreich mit kaum verminderter Intensität an, wobei die Terrorwelle in der ersten Junihälfte, also unmittelbar vor dem Mussolini-Hitler-Treffen, einen markanten Höhepunkt erreichte, ohne danach zu verebben. Das Dollfuß-Regime reagierte mit scharfen Gegenmaßnahmen – bis hin zur Verhängung der Todesstrafe für den bloßen Besitz von Sprengstoff[64].

Details der zeitgleich laufenden nationalsozialistischen Vorbereitung des Staatsstreichs gegen die österreichische Regierung sind zwei Berichten des Stabsleiters der österreichischen NS-Landesleitung, Rudolf Weydenhammer, zu entnehmen[65]. Am Montag, dem 25. Juni 1934 fand in Zürich eine Besprechung statt, die als Initialzündung zur konkreten Umsetzung der schon seit längerem gehegten Putschpläne zu werten ist. Teilnehmer waren neben Stabsleiter Weydenhammer Hitlers Österreich-Beauftragter Theo Habicht, Hauptamtsleiter Otto Gustav Wächter sowie Fridolin Glass, Führer der Wiener SS-Standarte 89, die den Handstreich ausführen sollte[66].

Für die Zeit unmittelbar vor und nach den Ereignissen des 30. Juni verzeichnet Weydenhammer keinerlei Aktivitäten. Dass nach Zürich tatsächlich eine Maschinerie in Bewegung gesetzt worden war, geht allerdings aus verstreut vorliegenden Dokumenten hervor. Demnach wurden Ende Juni, Anfang Juli erste vorbereitende Schritte für die Durchführung des Putsches in der Steiermark gesetzt[67]; auch der SA-Brigadeinspekteur für Tirol und Vorarlberg erhielt entsprechende Instruktionen[68]. Am Freitag, 6. Juli gab es in Breslau ein Treffen des Führers der österreichischen Nationalsozialisten Habicht und des Chefs der österreichischen SA Reschny mit dem Wiener Kriminalbeamten und ehemaligen NSDAP-Gemein-

[64] Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 264–266.

[65] Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-642, Mappe 3 (Weydenhammer-Bericht I, 3. 8. 1934), sowie ebenda, Mappe 4 (Weydenhammer-Bericht II, 1938; Original: Bundesarchiv, NS 26/634). Zu Weydenhammer, einem reichsdeutschen Industriellen und maßgeblichen Vertreter deutscher Wirtschaftsinteressen in Österreich, vgl. Jagschitz, Der Putsch, S. 76 u. passim.

[66] Weydenhammer-Bericht II, in: Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-642, Mappe 4, S. 4 f.; Vgl. Stellungnahme Wächter, abgedruckt in: Auerbach, Eine nationalsozialistische Stimme, S. 207–212, hier S. 208 u. S. 210; Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934. Akten der Historischen Kommission des Reichsführers SS, Wien u. a. 1984, S. 71 f.; Jagschitz, Der Putsch, S. 80 f.

[67] Vgl. Bauer, Elementar-Ereignis, S. 47–49; Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen, S. 64–69.

[68] Vgl. Harald Walser, Der Juli-Putsch 1934 in Tirol, in: Thomas Albrich u. a. (Hrsg.), Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938, Innsbruck 1988, S. 331–356, hier S. 335.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

derat Rotter, der in der operativen Planung und Lenkung des Putsches eine wichtige Funktion hatte[69]. Weil er selbst und Reschny vehemente Vorbehalte gegen eine Putschaktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorgebracht hätten, sei – so Rotter – davon „einstweilen" Abstand genommen worden, „zumal es auch schien, dass Habicht die Überzeugung gewonnen hatte, dass zur gegebenen Zeit eine solche undurchführbar sei" [70].

Doch konnte man nur wenige Tage später in der NS-Landesleitung ganz andere Aktivitäten registrieren. Am Dienstag, 10. Juli, informierten Habicht und Weydenhammer vermutlich in München einen Teil der österreichischen NS-Gauleiter über die geplante Aktion[71]. Am darauf folgenden Tag, 11. Juli, traf Weydenhammer in Rom mit Rintelen zusammen, will aber zuvor noch einen „kurzen Aufenthalt" in Wien eingelegt haben. Die Bewältigung eines derartigen Reisepensums ist, sofern kein Datierungsfehler vorliegt, eigentlich nur per Flugzeug denkbar. Jedenfalls schien man nun – im auffallenden Gegensatz zur erwähnten Bemerkung Hitlers gegenüber Neurath – in der Österreich-Frage sogar sehr große „Eile" zu haben.

Eine „ausschlaggebende Wendung" ist bei Weydenhammer nur vage mit „Mitte Juli" datiert: die Erklärung eines hohen Offiziers, „nach der die Mitwirkung des Bundesheeres zu unseren Gunsten anlässlich der Aktion in bestimmter Ausführung stand". Unklar bleibt, ob die NS-Landesleitung darüber vor oder nach dem Weydenhammer-Rintelen-Treffen informiert war[72].

Dass die Vorbereitungen der Verschwörer um den 10. Juli besonders intensiv einsetzten, dürfte kein Zufall gewesen sein. Nach dem „Röhm-Putsch" war Hitler für einige Zeit weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden[73]. Vom 7. bis 9. Juli hielt er sich am Obersalzberg auf. Welche Besucher er dort empfing – zum Beispiel von der österreichischen NS-Landesleitung, die im nahen München ihren Sitz hatte –, ist unbekannt. Aber es fällt auf, dass der gegen Ende Mai aus Österreich geflüchtete Wiener NS-Gauleiter Alfred E. Frauenfeld, Habichts vielleicht wichtigster Mitverschwörer, am 9. Juli eine Rundfunkrede hielt, in der er „unverhüllt schamlose Morddrohungen" gegen Dollfuß ausstieß[74].

Wichtigstes Indiz, dass Hitlers Gedanken nach dem Aufenthalt in Berchtesgaden wieder um Österreich kreisten, ist eine Notiz Goebbels' zum 10. Juli: „Mittags Führer. Frage Österreich."[75] Eben an diesem Tag hielt Habicht, wie erwähnt, in München eine Besprechung zum geplanten Putsch ab. Eine weitere Notiz bei Goebbels kann man von ihrer Bedeutung her erst würdigen, wenn man die Tagebucheinträge von Ende Juli 1934 kennt. Für den 12. Juli heißt es etwas mys-

[69] Näheres zu Habicht, Reschny und Rotter bei Jagschitz, Der Putsch, und Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen.
[70] Denkschrift Konrad Rotter, abgedruckt in: Ebenda, S. 232–255, hier S. 236.
[71] Vgl. Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen, S. 69 f.
[72] Weydenhammer-Bericht I, in: Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-642, Mappe 3, S. 2; Weydenhammer-Bericht II, in: Ebenda, Mappe 4, S. 6.
[73] Vgl. Kershaw, Hitler 1889–1936, S. 652 f.
[74] Wiener Zeitung vom 10. 7. 1934, S. 2; vgl. auch einen Bericht Hassells vom 19. 7. 1934, in: ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 100, S. 188.
[75] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 11. 7. 1934.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

teriös: „Donnerstag: in Cladow. Kurz Arbeiten erledigt. Dann mit Pfeffer Boot gefahren."[76] Denkbar, ja wahrscheinlich, wenn auch nicht beweisbar, dass es beim Treffen zwischen Franz Pfeffer von Salomon und Goebbels nicht um einen harmlosen Freundschaftsbesuch ging[77]. Wie sich aus den Goebbels-Tagebucheinträgen schließen lässt, war Pfeffer am 25. Juli für die deutsche Rundfunkpropaganda – besser gesagt: die Verbreitung gezielter Falschmeldungen – verantwortlich. Leicht möglich, dass Goebbels am 10. Juli von Hitler den Auftrag erhalten hatte, sich mit Pfeffer abzustimmen.

Ihre „letzte und grundlegende Besprechung" hielten die Putschisten am Montag, 16. Juli, 10 Uhr vormittags unter Habichts Leitung in München ab. Teilnehmer neben Habicht und Weydenhammer: der Wiener Gauleiter Frauenfeld, SS-Sturmbannführer Glass, der bereits am 15. Juli unter Decknamen aus Wien angereist war und der Landesleitung über seine „positiven Verhandlungen" mit maßgeblichen Vertretern der Wiener Polizei und des Bundesheers berichtet hatte, ein Major Egert (oder Eckert) als Verbindungsmann zum österreichischen Militär sowie SA-Obergruppenführer Reschny. „Es wurden", so Weydenhammer, „in dieser Sitzung alle Einzelheiten für die Durchführung der Aktion besprochen und unter den Beteiligten eine vollkommene Übereinstimmung in allem festgestellt." Weydenhammer nennt schließlich als Stichtag den 24. Juli. Das war der Tag, an dem die letzte Ministerratssitzung der Regierung Dollfuß vor der Sommerpause stattfinden sollte[78]. Eine weitere Vorbesprechung des Putsches unter dem Vorsitz Habichts und der Beteiligung verschiedener österreichischer Gauleiter und SA-Führer fand am 17. Juli in München statt[79].

Vom wichtigsten aller Treffen zur Vorbereitung des Juliputsches erfahren wir wieder aus dem Goebbels-Tagebuch. Der Propagandaminister war am 21. Juli gemeinsam mit seiner Frau Magda per Auto bei „irrsinnige[r] Hitze" von Berlin über Thüringen nach Bayreuth gereist, wo Hitler wie jedes Jahr die Festspiele besuchte. Noch am selben Abend eilte Goebbels zu seinem „Führer", den er „sehr aufgeräumt" antraf[80]. Die entscheidenden Sätze im Tagebuch betreffen den darauf folgenden Tag, den 22. Juli: „Sonntag: beim Führer General v. Hammersteins Nachfolger, Gen. v. Reichenau, dann Pfeffer, Habicht, Reschny. Österreichische Frage. Ob es gelingt? Ich bin sehr skeptisch."[81]

---

[76] Ebenda, Eintrag vom 13. 7. 1934.

[77] Pfeffer wird in Goebbels' Tagebüchern zwischen 1925 und 1944 in insgesamt 99 Einträgen erwähnt, wobei der Großteil auf die Zeit bis zum Rücktritt Pfeffers von der Funktion des Obersten SA-Führers 1930 entfällt. Für 1933 existieren nur zwei Einträge vom 19. 1. und 24. 8.; die nächste und letzte Begegnung vor der gemeinsamen Bootsfahrt im Juli wird am 28. 4. 1934 vermerkt. Es ist also keineswegs so, dass Goebbels und Pfeffer sich in dieser Zeit – sei es beruflich, sei es privat – regelmäßig trafen.

[78] Weydenhammer-Bericht I, in: Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-642, Mappe 3, S. 2; Weydenhammer-Bericht II, in: Ebenda, Mappe 4, S. 6 f.

[79] Vgl. Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen, S. 90–93. Um den 20. Juli dürften einige steirische Kreisleiter auf Initiative des steirischen Gauleiters zur Vorbereitung des Putsches in München getagt haben; vgl. ebenda, S. 94–96.

[80] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 22. 7. 1934.

[81] Ebenda, Eintrag vom 24. 7. 1934.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Näheres teilt Goebbels uns nicht mit[82]. Aber auch so ist die Passage aufschlussreich genug: Hitler, der Ahnungslose und angeblich von den österreichischen Nationalsozialisten hinters Licht Geführte, wie Neurath und Göring später dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg weismachen wollten[83], hielt demnach zwei Tage vor dem Stichtag eine hochrangige Besprechung über den geplanten Putsch ab. Das heißt, Hitler nahm die Sache sehr ernst. Bei dieser Besprechung muss er seine letzte Zustimmung zu dem Coup gegeben haben. Die Möglichkeit, dass er nur oberflächlich und nebenbei darüber informiert gewesen sein könnte, scheidet damit aus.

Es lohnt sich, die Teilnehmer näher unter die Lupe zu nehmen. Da ist zum einen der Chronist selbst: Joseph Goebbels, „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda", einer der engsten Vertrauten Hitlers. Angesichts der Rolle, welche die deutsche Propaganda während des Putsches in Österreich spielen sollte, ist seine Einbeziehung in diese Besprechung nicht verwunderlich. Bereits Ende April 1934 hatte Goebbels gemeinsam mit Habicht und einem leitenden Beamten seines Ministeriums, Wilhelm Haegert, die „Frage Österreich" besprochen, wobei es wohl nur um die Organisation der Propaganda gegangen sein kann: „Wir werden da jetzt stärker eingreifen. Sonst regiert der Dilettantismus."[84]

Dann Walter von Reichenau, als Chef des Wehrmachtsamts[85] zweiter Mann im Reichswehrministerium hinter Minister von Blomberg, und ein durch und durch „politischer General". Er gilt als einer der wichtigsten Drahtzieher des Schlages gegen die SA[86]. Obwohl er der NS-Ideologie so nahe stand wie kaum ein anderer deutscher General, überrascht es, ihn im Kreis der Verschwörer anzutreffen.

---

[82] Die Tagebucheinträge dieser Zeit sind in der Regel kurz gehalten und verzeichnen meist nur die Eckdaten von Besprechungen, Treffen, Reden, Ausflügen und dergleichen. Allgemein zu den Goebbels-Tagebüchern und ihrem Quellenwert vgl. Elke Fröhlich, Joseph Goebbels und sein Tagebuch. Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941, in: VfZ 35 (1987), S. 489–522; Hans Günter Hockerts, Die Edition der Goebbels-Tagebücher, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 249–264, hier S. 262; Longerich, Joseph Goebbels, S. 15–17.

[83] Vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, Bd. IX, S. 331 (Göring), u. Bd. XVI, S. 689 (Neurath).

[84] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 28. 4. 1934. Auch vorher hatte Habicht Goebbels von Zeit zu Zeit seine Aufwartung gemacht (siehe Einträge vom 27. 3., 16. 6., 22. 9. und 7. 10. 1933 sowie 17. 3. und 11. 4. 1934).

[85] Goebbels irrt, wenn er Reichenau als „Hammersteins Nachfolger" bezeichnet. Zwar hatten Hitler und Reichswehrminister Blomberg nach dem Rücktritt des Chefs der Heeresleitung Kurt von Hammerstein-Equord dessen Position an Walter von Reichenau übertragen wollen, waren damit aber am Widerstand konservativer Generäle und dem Veto Hindenburgs gescheitert. So übernahm Werner von Fritsch die Funktion. Vgl. Höhne, Die Zeit der Illusionen, S. 176. Allgemein zu Reichenau vgl. Bernd Boll, Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998, S. 195–202.

[86] Vgl. zur Bedeutung Reichenaus für die Vorbereitung und Durchführung der Ausschaltung Röhms u. a. Hermann Mau, Die „Zweite Revolution". Der 30. Juni 1934, in: VfZ 1 (1953), S. 119–137.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber Reichenau dürfte bereits Anfang Juni mit einem möglichen Putsch in Österreich befasst gewesen sein, wie aus einer einigermaßen glaubwürdigen Aussage hervorgeht, die Österreichs SA-Führer Reschny nach dem Krieg vor dem Volksgericht Wien machte. Am 2. oder 3. Juni 1934 sei er telefonisch zu Hitler in dessen Münchner Privatwohnung zitiert worden, wo er zusätzlich General Reichenau angetroffen habe. Hitlers Frage, ob in Österreich ein Putsch des Bundesheers möglich wäre, habe er, Reschny, verneint, was von Reichenau bekräftigt worden sei[87]. Anscheinend konsultierte der „Führer" den Chef des Wehrmachtsamts regelmäßig zum Thema Österreich; so führten die beiden am Vormittag des 1. August eine eineinhalbstündige Besprechung – angeblich nur – über die „österreichische Lage"[88]. Ein Umstand, der im Übrigen ein interessantes Licht auf die Frage wirft, ob die von Reichenau verfasste folgenschwere Formel, auf die die Reichswehr unmittelbar nach dem Ableben Hindenburgs am Vormittag des 2. August 1934 vereidigt wurde, tatsächlich ganz ohne Hitlers „Rat" zustande gekommen war, wie Reichswehrminister Blomberg in seinen Memoiren behauptete[89].

Die Verstrickung des ehemaligen Freikorpskommandanten, Kapp-Putschisten, Ruhrkämpfers, Gauleiters und einstigen Obersten SA-Führers Franz Pfeffer von Salomon in den Juliputsch war der Forschung bislang unbekannt. Hinweise auf eine Beteiligung Pfeffers finden sich aber nicht nur bei Goebbels, sondern auch in den Erinnerungen Frauenfelds. Hitler habe für sie, Frauenfeld und Habicht, in München ein Flugzeug bereitstellen lassen, mit dem sie ausdrücklich erst nach Gelingen des Putsches nach Österreich fliegen sollten. Hitler, so Frauenfeld, wörtlich: „Da ich euch Burschen kenne, und euch das natürlich nicht paßt, beauftrage ich den ehemaligen obersten SA-Führer, Pfeffer von Salomon, der sich zur besonderen Verwendung in seinem Stab befand, euch in München zu beaufsichtigen, und ihr dürft erst dann nach Österreich, wenn er dies gestattet."[90]

Über die Funktionen Pfeffers nach seinem Rücktritt als Oberster SA-Führer 1930 ist wenig bekannt. Sicher scheint, dass er seit 1932 dem Reichstag angehörte und seinem „Führer" von 1934 bis 1936 für Spezialaufgaben zur Verfügung stand. Er war als Beauftragter für Kirchenfragen tätig und mit Auslands- und Außenhandelsangelegenheiten befasst[91]. Es liegt nahe, dass Pfeffer im Sommer 1934 im Auftrag Hitlers für die Realisierung des Putsches zuständig war.

---

[87] Archiv IfZ Wien, DO-646, Mappe 54, Hauptverhandlung Volksgericht Wien in der Strafsache gegen Hermann Reschny, 19. 11. 1948.

[88] ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 141, S. 273.

[89] Vgl. Klaus Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969, S. 135; Kershaw, Hitler 1889–1936, S. 660.

[90] Alfred Eduard Frauenfeld, Und trage keine Reu'. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim, Leoni am Starnberger See 1978, S. 118. Die Information über das bereitgestellte Flugzeug wird durch andere Quellen bestätigt; vgl. Wiener Zeitung vom 28. 7. 1934, S. 7; Bericht des Führers des SS-Oberabschnitts Donau, Alfred Rodenbücher, in: Archiv IfZ Wien, Pers. – Rodenbücher, Mappe 1 u. 2.

[91] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Zeugenschrifttum, ZS-177/1–13 f. u. ZS-177/2–48. Es handelt sich um Eigenangaben, die Pfeffer im Rahmen von protokollierten Gesprächen 1953 und 1963 tätigte. Zumindest die Eckdaten sind glaubwürdig; den Juliputsch erwähnt Pfeffer nicht. Die Tagebücher von Joseph Goebbels bestätigen die Angaben Pfeffers

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zentral- und Schlüsselfigur des Juliputsches war jedoch Theo Habicht. Hitler hatte den aus Wiesbaden stammenden NSDAP-Reichstagsabgeordneten 1931 als eine Art Geschäftsführer („Landesinspekteur") nach Österreich entsandt, um die zwischen selbstherrlichen Gauleitern und einem schwachen Landesleiter völlig zerstrittene NSDAP auf Vordermann zu bringen[92]. Im Sog von Hitlers Wahltriumphen im Deutschen Reich konnte auch Habicht die österreichische Partei 1932/33 zu einigen bemerkenswerten Erfolgen führen. Nach dem NS-Verbot in Österreich im Juni 1933 steigerte sich die Kritik an der rigiden Politik Habichts, aber Hitler hielt bis zum Juliputsch trotz Unmutes über manche Fehler unerschütterlich an ihm fest. Die Skepsis Goebbels' hinsichtlich eines Gelingens des Putsches dürfte sich nicht zuletzt auf Habicht bezogen haben. So hatte der Propagandaminister schon in der zweiten Februarhälfte 1934 konstatiert: „Ein quatschender Dilettant! Furchtbar, diese kindischen Fehler!" Mitte März: „Er ist ungeeignet. Ein Holzkopf. Hitler hält ihn viel zu lange." Einen knappen Monat später: „Er ist seiner Aufgabe offenbar nicht gewachsen."[93]

Als Führer der österreichischen SA und der in Deutschland aus NS-Flüchtlingen gebildeten Österreichischen Legion, die nach einem erfolgreich verlaufenen Coup in Österreich einmarschieren sollte, konnte SA-Obergruppenführer Hermann Reschny bei der Vorbereitung des Juliputsches nicht übergangen werden. Nach dem verunglückten Ablauf des Putsches machten die durchwegs der SS angehörenden oder ihr nahe stehenden Verschwörer Reschny den Vorwurf, er habe die Aktion unterlaufen – wofür der verspätete und chaotische Einsatz der SA in den Bundesländern schwerwiegende Verdachtsmomente lieferte – und sei damit für ihr Scheitern verantwortlich[94]. Diese durch einige Zeugnisse mehr oder weniger überzeugend belegten Vorwürfe wurden häufig übernommen, ergänzt durch fehlerhafte oder spekulative Interpretationen bestimmter Vorgänge. Insbesondere wird ein angeblich massiver Konflikt, ja persönliche Feindschaft zwischen Habicht und Reschny ins Treffen geführt[95].

(Einträge vom 28. 4., 29. 10. u. 30. 11. 1934, 22. 2. 1935), ebenso Aufzeichnungen Rosenbergs in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, ZS 439/2–15. In einem Dokument über den ermordeten Erich Klausener wird Pfeffer als „der damalige Sonderbeauftragte des Führers für Kirchenfragen" bezeichnet; vgl. Lothar Gruchmann, Erlebnisbericht Werner Pünders über die Ermordung Klauseners am 30. Juni 1934 und ihre Folgen, in: VfZ 19 (1971), S. 425 f.

92 Vgl. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus, S. 74–76; Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl, Oktober 1930 – März 1932, Teil 2: Juli 1931 – Dezember 1931, hrgs. und kommentiert von Christian Hartmann, München u. a. 1996, S. 30–33, hier S. 32.

93 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Einträge vom 21. 2., 17. 3. und 11. 4. 1934.

94 Laut einer Aussage des NSDAP-Parteirichters Brodmann hatte die SS 1935/36 eine Anzeige beim Parteigericht eingebracht, „dass die SA-Führer den Juli-Putsch verraten hätten dadurch, dass sie am Putsch nicht teilgenommen bzw. in einigen Fällen die Teilnahme sogar ausdrücklich abgelehnt hätten", in: Archiv IfZ Wien, DO-647, Mappe 56, Vernehmungsprotokoll, 11. 8. 1950. Vgl. zu den NS-internen Vorwürfen gegen Reschny auch Frauenfeld, Und trage keine Reu', S. 113 f.

95 Vgl. Jagschitz, Der Putsch, S. 69, S. 79 f., S. 85, S. 91 f. u. S. 138 f.; Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen, S. 76–80.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die gemeinsame Teilnahme Habichts und Reschnys an der Bayreuther Besprechung lässt es unwahrscheinlich erscheinen, dass Reschny aus persönlichem Machtstreben oder Hass auf Habicht und die SS den Putsch absichtlich sabotiert hätte. In Anwesenheit Hitlers muss er am 22. Juli die Unterstützung der SA während des Putsches zugesichert haben – so, wie er es übrigens schon am 16. Juli bei der Münchner Besprechung getan haben dürfte[96]. Schwer vorstellbar, dass ein SA-Führer wie Reschny – der wenige Wochen zuvor erlebt hatte, dass einige seiner Kameraden ohne Umschweife von Hitlers Schergen umgebracht worden waren – seinen „Führer" angelogen hätte.

Hier ist nicht der Platz, um darauf näher einzugehen. Aber vermutlich war der missglückte Einsatz der SA, der Reschny später zum Vorwurf gemacht wurde, nicht auf absichtliche Sabotage durch den österreichischen SA-Obergruppenführer, sondern auf andere Gründe zurückzuführen: Selbstüberschätzung, Desorganisation, ungenügende Vorbereitung, mangelhafte Alarmierung, Demotivation vieler SA-Leute nach dem 30. Juni, Erfolge des österreichischen Regimes im Kampf gegen die SA und nicht zuletzt auf den schlichten Unwillen vieler regionaler SA-Führer, für eine bereits aussichtslose Sache Kopf und Kragen zu riskieren.

Goebbels' Tagebucheinträge vom 26. bis 31. Juli 1934 werden beinahe vollständig vom Juliputsch bestimmt. Nichts deutet darauf hin, dass Hitler von der Auslösung des Putsches überrascht gewesen sein könnte. Im Gegenteil: Bayreuth muss geradezu als Kommandozentrale des Putsches angesehen werden. Der Propagandaminister befand sich im Laufe des 25. und in der Nacht zum 26. Juli bei Hitler, um die Nachrichten aus Österreich zu erwarten und darauf reagieren zu können[97]; Pfeffer und Habicht waren möglicherweise ebenfalls anwesend oder hielten sich in München auf. Dazu Goebbels: „Beim Führer: Alarm aus Österreich. Bundeskanzleramt und Ravag besetzt. Großer Klamauk. Tolle Spannung. Entsetzliches Warten. Ich bleibe skeptisch. Pfeffer ganz Optimismus. Ebenso Habicht. Abwarten!" Nach „ewigen" Telefonaten mit Berlin ging es ins Festspielhaus: „Man hört nur mit halbem Ohr zu. Immer neue Alarme. Ravag verloren. Dollfuß und Fey gefangen. Dann Dollfuß tot. Dann ehrenvoller Abzug der Aufständischen. Dann Sieg der Regierung. Verloren! [98]" Es folgten schwere Vorwürfe, die in erster Linie Habicht trafen[99].

Um welche Vorwürfe kann es sich gehandelt haben? Das verweist auf die Frage der Beteiligung des österreichischen Bundesheers am Putsch. Vermutlich hatte Hitler – was im Übrigen seinen Erfahrungen vom November 1923 entsprach – seinen Befehl (oder, vorsichtiger formuliert, seine Zustimmung) zum Staatsstreich mit der Einschränkung gekoppelt, dass dieser nur unter Mitwirkung oder neu-

[96] Weydenhammer-Bericht II, in: Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-642, Mappe 4, S. 6 f.

[97] Was durch eine Aktennotiz des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bülow bestätigt wird; vgl. ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 115, S. 228–231.

[98] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 26. 7. 1934.

[99] „Habicht hat geschwafelt.", in: Ebenda; „Habicht und Frauenfeld lügen unentwegt weiter. [...] Habicht gehört an die Wand. Ein zynischer Dilettantismus.", in: Ebenda, Eintrag vom 30. 7. 1934. Goebbels' Zorn hielt noch längere Zeit an, wie Tagebucheinträge vom 11., 17. und 29. 10. 1934 sowie vom 27. 12. 1937 belegen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

traler Haltung des Militärs möglich sei. Als nun laut Weydenhammer „Mitte Juli" eine positive Rückmeldung des Bundesheers gekommen war – ob von relevanter Seite, sei dahingestellt –, machten sich die Verschwörer an die endgültige Vorbereitung des Putsches; spätestens am 22. Juli in Bayreuth muss Hitler von den Erfolgsaussichten des Unternehmens überzeugt gewesen sein, sonst hätte er es gestoppt.

Die immer wieder vertretene These, Habicht habe Hitlers Einverständnis erreicht, indem er diesem vorspiegelte, das österreichische Bundesheer wolle die Regierung stürzen und die Nationalsozialisten stünden vor der Frage, ob sie beim Putsch mitmachen sollten oder nicht[100], erscheint im Licht der eben analysierten Quellen unwahrscheinlich. Diese Version geht auf eine Aussage Görings im Nürnberger Prozess zurück: Habicht habe Hitler vorgetäuscht, das österreichische Bundesheer (Göring sagte „Wehrmacht") sei entschlossen, „die Regierung zum Anschluß zu bewegen oder zu stürzen. Wenn dies der Fall sei, ob sich die Partei in Österreich dem anschließen sollte?" Hitler habe zugestimmt, sei aber in die Irre geführt worden, weil es sich keineswegs um das Heer selbst gehandelt habe, sondern nur um eine Standarte entlassener Heeresangehöriger[101]. Göring machte seine Aussage im Rahmen einer mehrtägigen Zeugenbefragung durch seinen Anwalt. In Bezug auf Österreich versuchte Göring, sich vom Punkt 1 der Anklage „Gemeinsamer Plan oder Verschwörung" zu entlasten, zu dem auch der „Angriff auf Österreich und die Tschechoslowakei" zählte. Unter diesem Gesichtspunkt, also als Entlastungsversuch, ist Görings oft zitierte Aussage zu beurteilen. Trotzdem fand seine Version des Juliputsches erstaunlich unkritische Aufnahme in der Forschungsliteratur.

Eine einzige Quelle lässt es möglich erscheinen, dass Hitler tatsächlich an einen vom Militär ausgehenden Putsch in Österreich geglaubt haben könnte. Der Kommandeur des Münchner Wehrkreiskommandos, General Wilhelm Adam, bekam zu seiner nicht geringen Überraschung bei einem Treffen mit Hitler am Vormittag des 25. Juli zu hören: „Heute schlägt das österreichische Bundesheer gegen seine Regierung los." Spontan geäußerte Zweifel wischte er beiseite und berichtete dem General, dass der neue Kanzler Rintelen die Österreichische Legion in die Heimat zurückrufen würde. Um 15 Uhr habe Hitler dann bei Adam angerufen und ihm mitgeteilt, dass in Wien alles „tadellos" laufe und das Bundeskanzleramt „von uns" besetzt sei[102]. Sollte Adam in seinen Erinnerungen tatsächlich den genauen Wortlaut der Aussagen Hitlers wiedergeben, so fällt auf, dass am Vormittag noch vom putschenden Bundesheer, am Nachmittag aber von der Besetzung des Bundeskanzleramts durch „uns" – also die Nationalsozialisten und nicht das Bundesheer – die Rede war. Im Übrigen bestätigen die Adam-Erinnerungen nur die Goebbels-Tagebücher: Hitler wusste über den Plan des Umsturzversuches genau Bescheid.

[100] Vgl. Ross, Hitler und Dollfuß, S. 236; Jagschitz, Der Putsch, S. 78 f.; Schausberger, Der Griff nach Österreich, S. 300.
[101] Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. IX, S. 330 f.
[102] Zit. nach Kindermann, Österreich gegen Hitler, S. 436.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Für Görings Behauptung, Hitler sei bezüglich eines Militärputsches getäuscht worden, spricht indes nichts. Weydenhammer schreibt in seinen beiden Berichten, den wichtigsten aus dem inneren Zirkel der Verschwörer überlieferten Quellen, explizit nur von einer geplanten Unterstützung durch das Heer. Den stärksten Beleg für die Richtigkeit dieser Version stellt die von Habicht und/oder Pfeffer gesteuerte deutsche Rundfunkpropaganda dar: In den phantasiereichen Falschmeldungen, die am Nachmittag und Abend des 25. Juli gesendet wurden, ist immer nur von einer Beteiligung des Bundesheeres an einem angeblichen Aufstand des österreichischen Volkes die Rede, niemals von einem eigenständigen Putsch des Heeres[103]. Eine andere Frage ist allerdings, ob die Putschisten ihre Aktion tatsächlich sorgfältig genug vorbereitet und die Zusagen eines nicht allzu hochrangigen Bundesheeroffiziers überbewertet hatten. Weydenhammer, der diese Vorwürfe offensichtlich entkräften wollte, argumentiert, man konnte der Überzeugung sein, „daß die Aktion und die sich überall auslösende Volkserhebung durch das Bundesheer entsprechend unterstützt und keinesfalls bekämpft werden würde, wobei die Machtübernahme durch Dr. von Rintelen ein entscheidender Faktor für die passiveren Elemente der Exekutive sein würde“ [104].

Ungenügende, leichtfertige, ja abenteuerliche Planung des Putsches („Revolverpolitik“[105]) und vor allem eine eklatante Fehleinschätzung der österreichischen Armee – das war es wohl, was man den Verschwörern in Hitlers Hauptquartier damals vorwarf. Auch wenn Goebbels heftige Angriffe gegen Habicht richtete – die nicht zuletzt die eigene Frustration über die völlig aus dem Ruder gelaufene deutsche Propaganda während des Putsches widerspiegelten –, lässt sich in seinen Tagebucheinträgen kein Beleg für die Stichhaltigkeit von Görings Nürnberger Aussage finden.

Hätten nicht Teile des ohnehin schon bedenklich nazifizierten österreichischen Heers mitgezogen, wenn der Coup im Bundeskanzleramt gelungen wäre? In diese Richtung hatten die Hauptverschwörer stets argumentiert[106]. Da der Putsch aber schon im Ansatz – durch das Entkommen der meisten Regierungsmitglieder und den Tod Dollfuß’ – gescheitert war, waren die Voraussetzungen für einen Seitenwechsel des Heers nicht gegeben. Selbst der österreichische Heimwehrführer und Vizekanzler Starhemberg konstatierte für die ersten Stunden des Putsches eine unentschlossene, abwartende Haltung des Bundesheers. Erst als der Putsch am Ballhausplatz liquidiert war und von einer neuen, nazifreundlichen Regierung keine Rede mehr sein konnte, habe das Bundesheer eingegriffen[107].

Die massive deutsche Rundfunk- und Pressepropaganda während des Juliputsches, die eben nur unter Einbeziehung des Propagandaministeriums funktionie-

[103] Zusammenfassung deutscher Rundfunkmeldungen des 25. Juli, in: Reichspost vom 27. 7. 1934, S. 4.

[104] Weydenhammer-Bericht II, in: Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-642, Mappe 4, S. 10. Frauenfeld, Und trage keine Reu’, S. 114, argumentiert in dieselbe Richtung.

[105] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 28. 7. 1934.

[106] Vgl. Stellungnahme Wächter, abgedruckt in: Auerbach, Eine nationalsozialistische Stimme, S. 209.

[107] Vgl. Ernst Rüdiger Starhemberg, Memoiren, Wien u. a. 1971, S. 189.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ren konnte, ist auch ohne Kenntnis der Goebbels-Tagebücher ein starkes Indiz dafür, dass der Putsch von Deutschland aus, also von der NS-Spitze aus zentral gesteuert wurde. Wie erwähnt sendeten deutsche Rundfunkstationen am Nachmittag und Abend des 25. Juli laufend Meldungen, die mit den realen Ereignissen in Österreich sehr wenig zu tun hatten und nur ein Ziel haben konnten: die Putschisten zu unterstützen und einem „Volksaufstand" (soll heißen: bewaffnete Aktion der SA) in Österreich den Weg zu bereiten. Um 18.20 Uhr etwa, als der Putsch bereits am Zusammenbrechen war, meldete das Deutschen Nachrichtenbüro (DNB), „eine mit Bundesheer stark untermischte Volksmenge" habe das Bundeskanzleramt besetzt, Teile des Bundesheers seien „bereits zum Volk übergegangen" und hätten die Besatzung des Bundeskanzleramts verstärkt; in der Bevölkerung sei „unerhörte Erregung darüber entstanden", dass Nationalsozialisten „in geradezu mittelalterlicher Weise gefoltert würden" [108].

Werner Stephan, ein hochrangiger Beamter der Presse-Abteilung des Propagandaministeriums, berichtete nach dem Krieg, dass die „Dienststelle Habicht" während des Juliputsches in das Ministerium eingezogen sei und zentrale Anweisungen an die Presse gegeben habe. Erst nach dem Scheitern des Putsches sei Goebbels wieder aktiv geworden[109]. Näheres ist einem Affidavit Hans Fritzsches für den Nürnberger Prozess zu entnehmen. Er habe am 25. Juli mittags von der durch die österreichische Rundfunkanstalt Ravag verbreiteten Meldung vom Rücktritt der Regierung Dollfuß erfahren und diese „unter Zitat und Vorbehalt" im deutschen Rundfunk gesendet. Darauf geschah laut Fritzsche Folgendes: „Dr. Goebbels forderte mich auf, Meldungen über Ausdehnung und Erfolge des Aufstandes zu verbreiten, die der sogenannte Nazi-Landesleiter von Österreich, Habicht, anbot. Ich lehnte dies ab, da ich dessen erste Meldungen als falsch und übertrieben erkannt hatte. Daraufhin enthob mich Dr. G. meines Amtes und setzte Habicht als den Verantwortlichen für die Rundfunknachrichten ein. Es gab Meldungen über die deutschen Sender, die die österreichische Aufstandsbewegung fördern sollten. Als der Putsch am Abend gescheitert war, wurde ich aus meiner Wohnung geholt und übernahm wieder mein Amt."[110]

Goebbels' Bootsfahrt am 12. Juli, über die man freilich nur spekulieren kann, und zwei Passagen im Tagebucheintrag vom 26. Juli lassen es als wahrscheinlich erscheinen, dass es der nach außen nicht weiter in Erscheinung getretene ehemalige Oberste SA-Führer von Pfeffer war, der die DNB- und Rundfunkmeldungen am Nachmittag und Abend des 25. Juli zu verantworten hatte. Ungefähr für den Zeitpunkt, als die nationalsozialistische Niederlage in Wien offenkundig gewor-

[108] Zit. nach Prager Tagblatt vom 26. 7. 1934, S. 2.

[109] Koerner, So haben sie es damals gemacht, S. 22. Dass sich Stephan an diesem Tag im Propagandaministerium aufhielt und mit Fragen des Juliputsches befasst war, ergibt sich auch aus einer Aktennotiz des AA-Staatssekretärs Bülow; vgl. ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 115, S. 228–231, hier S. 229.

[110] Eidesstattliche Erklärung Hans Fritzsche, 7. 1. 1946, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XXXII, Dok. 3469-PS, S. 317. Bei Goebbels heißt es u. a. für diesen Tag: „Ärger mit Berlin", „Ewige Telephonate mit Berlin" und spätnachts dann: „Prop.Min. arbeitet fabelhaft", in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 26. 7. 1934.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den sein musste, also gegen 22 Uhr, notiert der Propagandaminister: „Ich halte noch schnell einen tollen Bericht von Pfeffer auf." Und am Morgen des 26. Juli heißt es: „Heute: Auslandspresse heult. Wie zu erwarten. Auch die italienische. Peinlich! Was erst, wenn Pfeffer weiter getobt hätte."[111] Bei dem im letzten Augenblick aufgehaltenen „tollen Bericht", der für Goebbels so peinlich war, kann es sich nur um ein unmittelbar nach der Veröffentlichung zurückgezogenes DNB-Bulletin über ein „Volksgericht in Österreich" gehandelt haben, dass internationalen Beobachtern einen aufschlussreichen Blick hinter die Kulissen des Putsches ermöglichte[112]. Die Verantwortung dafür wurde allerdings bezeichnenderweise nicht Pfeffer, sondern Habicht zugeschoben[113].

Bedeutsam sind die Goebbels'schen Tagebucheinträge der letzten eineinhalb Juliwochen 1934 vor allem aber, weil sie Rückschlüsse darauf zulassen, welche Motive Hitler dazu bewogen hatten, einem Putsch in Österreich zuzustimmen – oder diesen vermutlich sogar regelrecht anzuordnen.

Auffallend ist zum einen das Szenario einer möglich scheinenden ausländischen Intervention, das die NS-Spitzen regelrecht in Panik versetzt haben dürfte. Für den 26. Juli notiert Goebbels: „Die tollsten Alarmgerüchte. Am gemeinsten die Italiener. Schon Truppen an der Grenze. [...] Gefahr einer Intervention der Großmächte. Telephonate mit Rom. Wir machen unsere Gegen[züge]. Abends spät Gefahr geringer. Das werden wir Rom nie vergessen."[114] Der Führer der österreichischen SS-Oberabschnittes, Alfred Rodenbücher, der am 27. Juli mit Himmler zu Hitler gerufen worden war, wird hier deutlicher: „In großer Sorge war Hitler wegen der Süd- und Westgrenze des Reiches, insbesondere, dass die Italiener in Süddeutschland und die Franzosen im Westen einmarschieren würden. Er ließ sich von den Grenzorganen halbstündliche Lageberichte geben. Als die Nacht des 27. Juli ruhig blieb, legte sich die Spannung in Bayreuth; Himmler und ich flogen nach München zurück."[115] Außenminister Neurath, dem Hitler seine Sorgen ebenfalls offenbart hatte, hielt eine ausländische Intervention hingegen für nicht wahrscheinlich[116]. Aber der Schrecken saß tief: Noch 1942 erinnerte sich Hitler an Mussolinis „Mobilmachung gegen Deutschland" im Juli 1934; nur „einige ganz wenige Männer" hätten ihn damals von „ernsteren Maßnahmen" abgebracht[117].

Zum anderen geben Goebbels' Tagebücher Aufschluss über Hitlers Erwartungen an die Haltung Mussolinis. Dass der „Duce" – der in den kommenden

[111] Ebenda.
[112] Prager Tagblatt, 27. 7. 1934, S. 2; vgl. einen entsprechenden Tagebucheintrag des US-Botschafters in Berlin, William Edward Dodd, vom 26. 7. 1934, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. II, S. 396.
[113] Siehe Amtliche Mitteilung der deutschen Regierung vom 26. 7. 1934 über die Absetzung Habichts, abgedruckt in: Rot-Weiß-Rot-Buch, Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs, Wien 1946, S. 48.
[114] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 28. 7. 1934.
[115] Archiv IfZ Wien, Pers. Rodenbücher, Mappe 2, Bericht Alfred Rodenbücher (April 1974), S. 3 f.
[116] Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 134, S. 263.
[117] Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1951 (Taschenbuchausgabe Berlin 1999), S. 293.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tagen den österreichischen Kanzler zu einem halb offiziellen, halb privaten Besuch in Riccione empfangen wollte und bereits Dollfuß' Gattin und Kinder zu Gast bei sich hatte – auf die Nachrichten aus Wien hin unverzüglich Truppen an der österreichischen Grenze zusammenziehen ließ und eine antideutsche Pressekampagne entfachte[118], scheint überraschend und schockierend auf den „Führer" gewirkt zu haben. Anders lassen sich die massiven Vorwürfe gegen Mussolini und das faschistische Italien nicht erklären. Offenkundig hatte Hitler nach dem Treffen in Venedig mit einer ganz anderen Reaktion Mussolinis gerechnet.

Für den 28. Juli, als der NS-Aufstand in Österreich am Zusammenbrechen war, heißt es bei Goebbels unter anderem: „Samstag: die italien. Presse tobt wie wahnsinnig. Ein richtiger Pazifismus! Es ist aus mit Italien. Die alte Treulosigkeit. Der Führer ist innerlich fertig damit." Und abends: „Danach lange mit Führer debattiert. Er hat mit Rom endgültig gebrochen. Will nun stärkere Anlehnung nach Jugoslawien." Sonntag, 29. Juli: „Rom tobt weiter. [...] Wutanfälle gegen Italien. Aus, aus, aus! [...] Abends spät noch Frage Jugoslawien durchgesprochen. Entscheidende Wendung. Besser Treulosigkeit jetzt als in einem Kriege nochmal bestätigt."[119] Montag, 30. Juli: „Beim Führer Beratungen. Die Österreicher hocken noch immer da herum. Italien weiter gemein. Werden wir ihm später einmal heimzahlen. [...] Abends beim Führer. Er ist entschlossen gegen Italien. Kurs nach Südslawien. Und zwar mit aller Konsequenz." Danach wendet sich des Ministers Interesse einem anderen Thema zu: dem bevorstehenden Ableben Hindenburgs[120].

Rosenberg, der Hitlers Euphorie nach dem Venediger Treffen erlebt hatte, äußert sich ähnlich wie Goebbels: enttäuscht, beleidigt und zornig. Am 2. August 1934 notierte er: „Die Ereignisse überstürzen sich: Dollfuss' Ermordung, eine furchtbare Welthetze gegen Deutschland, heute Hindenburgs Tod. Daß Italien in einer derartig *gemeinen* Art den Fall Dollfuss behandeln würde, hat *alle* erstaunt, selbst jene, die nie etwas vom Charakter der Italiener gehalten haben. Damit aber hat sich der von Menschen unter Mittelmaß umringte Mussolini selbst geschadet: erstens glaubt *ihm* ebenfalls niemand mehr, zweitens sagt sich alle Welt, daß wir vermutlich jetzt andere Wege suchen werden [...]."[121] Mit den „Menschen unter Mittelmaß" dürften Mitarbeiter Mussolinis wie Suvich oder Morreale gemeint sein, die man in der NS-Führung für eine profranzösische Ausrichtung der italienischen Außenpolitik und das Abrücken Mussolinis von seinen angeblichen Zugeständnissen in der Österreich-Frage verantwortlich machte. Und wie soll die Passage „glaubt ihm ebenfalls niemand mehr" anders gedeutet werden, als dass man sich von Mussolini getäuscht und betrogen fühlte? Weist der wiederholte Vorwurf der „Treulosigkeit" bei Goebbels nicht in genau dieselbe Richtung?

[118] Vgl. Jagschitz, Der Putsch, S. 187–189; zur Haltung Mussolinis am 25. Juli vgl. Suvich, Memorie 1932–1936, S. 103 f.
[119] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 30. 7. 1934.
[120] Ebenda, Eintrag vom 31. 7. 1934.
[121] Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, S. 40 (Hervorhebungen lt. Vorlage).

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In dessen Tagebuch lässt sich ein hartnäckiger Groll auf Mussolini noch über Jahre verfolgen: „Mussolini ist mir ein Rätsel." (29. 8. 1934.) „Mussolini verrät seine ganze bisherige Politik. Neid und Eifersucht auf Deutschland. Wir haben gottlob garnicht mehr auf ihn gerechnet." (4. 1. 1935) „Mussolini hat im Senat gesprochen. Sehr sanft. ‚Zwischen uns nur österreich. Problem.' Gewiß. Und die notorische italienische Untreue, die wir jetzt nicht mehr vergessen." (26. 5. 1935) „Aber hier erntet Mussolini den Lohn dafür, daß er uns im vorigen Jahr so demütigte." (22. 9. 1935) Trotz der zunehmend positiver werdenden Stimmung in Folge des Abessinienkrieges schlägt immer wieder das alte Misstrauen durch: „Die Italiener sind unzuverlässig, man kann sich nicht auf sie verlassen. Wir tuen das auch nicht." (23. 5. 1936) „Man darf den Italienern nie trauen." (7. 6. 1936) „Mussolini hat sich in einem Interview mit Strunk fest und deutlich zu Berlin bekannt. Hoffentlich kommt ihm nicht irgendwo der sacro egoismo dazwischen. Bei den Italienern pflegt das doch so zu sein." (17. 1. 1937) Und selbst noch beim „Anschluss": „Mussolini beteiligt sich nicht an dem Protest. Italien will zeigen, dass es auch treu sein kann." (12. 3. 1938)[122]

Mentale Reserven gegen Italien lassen sich auch bei Hitler nachweisen. Als Mussolini im August 1939 im letzten Augenblick vor einem Kriegseintritt auf deutscher Seite zurückschreckte, lebten rasch alte Vorurteile wieder auf: „Die Italiener machen es genau wie 1914", hörte Dolmetscher Paul Schmidt Hitler sagen, „und in der nächsten Stunde hallte die Reichskanzlei förmlich wider von abfälligen Bemerkungen über den ‚ungetreuen Achsenpartner'."[123] Auch im November 1936 soll Hitler seinem Adjutanten Wiedemann beteuert haben: „Glauben Sie vielleicht, wir hätten seine Haltung im Juli 1934 nach dem nationalsozialistischen Aufstand in Österreich vergessen? Ich habe dem Duce noch nie getraut!"[124] Mussolini seinerseits misstraute Hitler nach dem Juliputsch nicht weniger, bezeichnete ihn im Gespräch mit dem österreichischen Heimwehrführer Starhemberg als den „Mörder Dollfuß'", nannte ihn einen „scheußlichen, sexuell entarteten, gefährlichen Narren" und den Nationalsozialismus eine „Revolution des altgermanischen Urwaldes gegen die römisch-lateinische Zivilisation"[125].

Die Hypothek des Kanzlermords in Österreich belastete die deutsch-italienischen Beziehungen über Jahre, allerdings nicht auf Dauer. Hitler wies Mussolini gegenüber jede Verantwortung strikt von sich. Wenn der Putsch von Deutschen unterstützt worden wäre, hätte er Erfolg gehabt und wäre nicht in dieser Art und Weise erfolgt, bekam Renzetti im Juni 1935 vom „Führer" zu hören[126]. Ob Mussolini den Beteuerungen Hitlers jemals Glauben schenkte, ist nicht bekannt.

---

[122] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 31. 8. 1934; Eintrag vom 6. 1. 1935; Eintrag vom 27. 5. 1935; Eintrag vom 23. 9. 1935; Eintrag vom 24. 5. 1935; Eintrag vom 8. 6. 1936; Eintrag vom 18. 1. 1937; Eintrag vom 13. 3. 1938.

[123] Zit. nach Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, S. 350.

[124] ÖStA/AdR, AA, NPA, Ktn. 405, Liasse Deutschland IV/Geheim, Gz. 44.090–13/36. Allerdings handelt es sich um eine nicht verbürgte, sondern um eine dem österreichischen Außenministerium zugetragene Aussage.

[125] Starhemberg, Memoiren, S. 203.

[126] Vgl. Petersen, Hitler – Mussolini, S. 362, Anm. 144.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Aus dem innersten Kreis der Verschwörer – die Hitler vorübergehend kaltstellen ließ, von denen aber keiner jemals ernsthaft zur Rechenschaft gezogen wurde – sind in der einen oder anderen Weise und zu unterschiedlichen Zeitpunkten getätigte Aussagen überliefert, die auf den wahren Auslöser des blutigen Putsches in Österreich verweisen – auf Hitler selbst. Diese seit langer Zeit bekannten Dokumente gewinnen angesichts der Informationen, die sich den Goebbels-Tagebüchern entnehmen lassen, neues Gewicht, Glaubwürdigkeit und Relevanz.

SS-Standartenführer Otto Gustav Wächter, 1934 „Hauptamtsleiter" der illegalen österreichischen NSDAP, hatte sich im Mai 1938 vor dem Obersten Parteigericht dafür zu verantworten, dass er „die Erhebung im Juli 1934 als ‚Privataktion Dr. Wächter' aufgezogen" und „bewußt gegen den erklärten Willen des Führers gehandelt" habe. Ein heikler Vorwurf, auf den der Rechtsanwalt Wächter geschickt antwortete, er habe stets im Einvernehmen mit den vorgesetzten Dienststellen agiert, was für ihn „die Erklärung des von mir nicht zu diskutierenden Führerwillens" bedeutet habe. Hitler aber wollte von der ganzen Angelegenheit bezeichnenderweise ohnehin nichts wissen und ließ die Untersuchung sofort einstellen[127]. Günther Altenburg, 1934 Legationsrat an der Deutschen Gesandtschaft in Wien, gab an, er habe Wächter wegen des „unüberlegten Wiener Putsches Vorhalte" gemacht. Wächter habe erwidert, er hätte nicht ohne Rückendeckung gehandelt, sondern von der „Reichsleitung" eine schriftliche Bestätigung verlangt und diese auch erhalten[128].

1939/40, Theo Habicht war mittlerweile Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, sprach ihn Altenburg ebenfalls auf den Juliputsch an. Es lohnt sich, die Aussage Altenburgs in vollem Umfang wiederzugeben: „Frage 9): Stimmt es, daß Hitler bald nach dem Verbot der NSDAP Putschunternehmen in Österreich verboten hat? – Antwort A[ltenburg]: Nach außen vertrat Hitler [...] den Standpunkt, daß die Entwicklung für ihn laufe und daher nur abgewartet werden brauche, bis ihm der reife Apfel in den Schoß fiele. Es ist durchaus verständlich, daß schon aus außenpolitischen Gründen Putschversuche vom Reich her in Österreich verboten werden mußten. Wieweit dies Hitler ernst war, läßt sich nachträglich schwer beurteilen. Für das Gegenteil spricht jedenfalls, daß mir Herr Habicht anläßlich eines Abendessens im Automobilklub in Berlin am 20. März 1940 erzählte, Hitler habe den Putsch persönlich angeordnet. Er habe sogar trotz vorgebrachter Bedenken auf dem Befehl beharrt. Angeblich hat [er] Habicht, wie er mir sagte, erklärt: ‚Dies ist der letzte Pfeil in unserem Köcher. Wenn er nicht trifft, sind wir waffenlos.'"[129]

Weydenhammer hatte in seinen beiden 1934 und 1938 verfassten Berichten die Frage der Urheberschaft des Putsches wohlweislich ausgespart. 1950 lieferte er als

[127] Stellungnahme Wächter, abgedruckt in: Auerbach, Eine nationalsozialistische Stimme, S. 207 u. S. 209.

[128] Archiv IfZ Wien, DO-647, Mappe 59, Bericht Alfred Baubin über ein Gespräch mit Günther Altenburg, 19. 9. 1968. S. 3.

[129] Archiv IfZ Wien, DO-647, Mappe 59, Fragebogenbeantwortung durch Günther Altenburg, Oktober 1969, S. 4 f.; ebenda, Bericht Alfred Baubin über ein Gespräch mit Günther Altenburg, 19. 9. 1968. S. 3.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Angeklagter in einem Volksgerichtsprozess eine hanebüchene Erklärung für das Zustandekommen der beiden Berichte, die ihn als führenden Mittäter entlarvten. Er behauptete, dass der Staatsstreich „ohne Kenntnis und ohne Billigung Hitlers vorbereitet und gestartet" worden sei, und schob die Schuld indirekt Himmler in die Schuhe[130]. Ganz anders in einem Gespräch 1964: „Hitler sei von Habicht dahingehend informiert worden, dass ein innerösterreichischer Aufstand bevorstünde. Einen kleinen Putsch hätte Hitler abgelehnt. Die Provozierung eines allgemeinen nationalsozialistischen Aufstandes gegen Dollfuß habe Hitler gebilligt und Habicht gewähren lassen [...]."[131] Dieses Statement Weydenhammers, von dem nicht bekannt ist, ob er im Zusammenhang mit dem Juliputsch jemals mit Hitler persönlich in Kontakt kam, ist nicht restlos kongruent mit der Aussage Habichts gegenüber Altenburg; zudem enthält es noch Rudimente der NS-Propaganda vom „Volksaufstand". Aber in bezeichnendem Gegensatz zur dem Gericht gebotenen Version bestätigt Weydenhammer damit Hitlers führende Rolle im Juliputsch.

Frauenfelds Darstellung, sowohl in seinem Interview 1973 als auch in seinen Erinnerungen 1978, wird in zentralen Punkten – Beteiligung Pfeffers, Bereitstellung eines Sonderflugzeuges nach Österreich, Anwesenheit bei Hitler in Bayreuth, massive Vorwürfe Goebbels' – jeweils durch andere Quellen bestätigt. Allerdings „vergisst" er Tatsachen wie seine blutrünstigen Hetzreden, die wenige Wochen und Tage vor dem Putsch im deutschen Rundfunk ausgestrahlt wurden. Trotzdem erscheint er als glaubwürdiger Zeuge: „Ich stelle ausdrücklich fest, dass Hitler von diesen Vorgängen laufend unterrichtet war und dass weder Habicht noch ich derartig undiszipliniert waren, einen Putsch ohne Genehmigung Hitlers durchzuführen."[132] Habicht habe Hitler in Bezug auf das Bundesheer keineswegs falsch informiert; und die Funktion Pfeffers sei ein „eindeutiger Beweis", dass Hitler über den Putschplan genau Bescheid wusste[133]. Mehr noch: „Nach dem Scheitern des Putsches bestand natürlich die Notwendigkeit, dass Habicht und auch ich als die eigenmächtig handelnden Hauptschuldigen deklariert wurden, dass der Führer rausgehalten wurde aus den ganzen Dingen [...]."[134]

Tatsächlich: Hitler musste größtes Interesse daran haben, nicht mit dem blutigen Putschversuch im Nachbarland und den Tod des Bundeskanzlers Dollfuß in Zusammenhang gebracht zu werden. Nach dem Desaster in Wien kann das oberste Gebot für alle Beteiligten und Mitwisser nur gelautet haben: den „Führer" um jeden Preis entlasten und keinerlei Verdacht entstehen lassen, dieser hätte etwas

[130] Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-647, Mappe 56, Beweisanträge Rudolf Weydenhammer a. d. Volksgericht, 7. 1. u. 1. 2. 1950.

[131] Archiv IfZ Wien, DO-642, Mappe 5, Bericht von Hellmuth Auerbach über seine Gespräche mit Rudolf Weydenhammer am 10. und 14. 2. 1964.

[132] Frauenfeld, Und trage keine Reu', S. 113.

[133] Ebenda, S. 114 u. S. 117 f., Zitat S. 117.

[134] Archiv IfZ Wien, Do-647, Mappe 60, Gespräch mit Alfred Eduard Frauenfeld am 26. und 27. 4. 1973, S.190. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Hitler erklärte mir, dass er sich unmöglich in irgendwelche außenpolitischen Verwicklungen einlassen könnte [...]." Frauenfeld, Und trage keine Reu', S.121.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit der peinlichen Angelegenheit zu tun. Denn das Bekanntwerden der wahren Hintergründe des Putsches in Österreich hätte zwei der sich um Hitler rankenden Propagandamythen nachhaltig beschädigen können: erstens den innenpolitischen Mythos „Hitler bremst die Radikalen", der in volkstümlichen Aussprüchen wie „Der Hitler wa schon recht, ober seine Unterführer san lauter Schwindler", zum Ausdruck kam, zweitens den außenpolitischen Mythos des friedliebenden, verantwortungsbewussten Staatsmannes[135].

Hitlers Motive

Allein, wie hatte Hitler in der Situation des Sommers 1934 überhaupt auf die Idee kommen können, ein Putsch in Österreich sei der „letzte Pfeil in unserem Köcher"? Am klarsten herausgearbeitet werden die wahren Motive des Putsches durch eine vom Reichsführer-SS eingesetzte Historikerkommission, die 1938 – erfolglos – die Vorgänge am Wiener Ballhausplatz klären sollte. Im Abschlussbericht finden sich zwei bemerkenswerte Sätze, welche die eigentlichen Motive der Aktion schlaglichtartig enthüllen: „Dollfuß bemühte sich selbst auch eifrig, mit der englischen und französischen Regierung neue Beziehungen herzustellen. Seine Selbstsucht schreckte nicht davor zurück, Deutschlands Isolierung herbeiführen zu helfen."[136]

Dies dürfte etwa Hitlers damaliger Einschätzung entsprochen haben: eine außenpolitische Entwicklung, die seinen weitreichenden Plänen bedrohlich zu werden schien und gleichzeitig auch noch eine sich zuspitzende innenpolitische Lage. Im Oktober 1933 hatte Deutschland dem Völkerbund den Rücken gekehrt und im Januar 1934 in Umkehrung der bisherigen deutschen Ostpolitik einen Nichtangriffspakt mit Polen geschlossen. Zudem wurde im Frühjahr 1934 die Ausrichtung der deutschen Handelspolitik in Richtung Südosteuropa und das Streben nach einem von Deutschland beherrschten mitteleuropäischen Großraum deutlich sichtbar. Frankreich antwortete mit einer im April 1934 gestarteten „Einkreisungsoffensive" und einigte sich im Mai 1934 mit der Sowjetunion auf den künftigen Abschluss eines gegen die deutschen Expansionsbestrebungen gerichteten Ostpakts[137].

Bereits am 17. Februar 1934 hatten sich England, Frankreich und Italien in einer gemeinsamen Erklärung klar gegen deutsche Einmischungen und für die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit ausgesprochen[138]. Einen Monat später, am 17. März, waren die „Römischen Protokolle" unterzeichnet worden – ein Bündnis zwischen Italien, Österreich und Ungarn, das nicht nur die französischen Donauraumpläne, sondern auch die deutsche Expansion

[135] Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999, S.120 (wörtl. Zitat), sowie S.132–149 u. S. 152–181.
[136] Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934, S.75.
[137] Vgl. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, S.142–162; Höhne, Die Zeit der Illusionen, S. 289 f.; Petersen, Hitler – Mussolini, S. 300–310.
[138] Vgl. ebenda, S. 292–300; Schausberger, Der Griff nach Österreich, S. 273.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Südosteuropa empfindlich störte[139]. Die deutsche Devisenlage spitzte sich 1934 derartig zu, dass Reichsbankpräsident Schacht im Juni sämtliche Transferzahlungen ins Ausland aussetzen musste; ein regelrechter Handelskrieg zwischen England und Deutschland rückte in den Bereich des Möglichen[140].

Deutschland, so schien es, war von weitgehender außenpolitischer Isolation, Einkreisung, womöglich sogar einer militärischen Intervention Frankreichs bedroht. Dies war, vor allem in den ersten Jahren seiner Herrschaft, Hitlers Urangst. Bereits Ende 1932 hatte er Deutschland „mitten in einer neuen Einkreisungspolitik" Frankreichs gewähnt, ein kommendes Bündnis zwischen Frankreich und der Sowjetunion vorausgesagt und einen Präventivkrieg Frankreichs gegen Deutschland gefürchtet[141]. In seiner Rede vor der Reichswehrführung am 3. Februar 1933, in der der frisch ernannte Reichskanzler seine Aufrüstungspläne für die kommenden Jahre offenlegte, fielen unter anderem folgende Sätze: „Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Fr[ankreich] Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten)."[142]

War der seit Februar 1934 als Außenminister fungierende Louis Barthou ein französischer Staatsmann wie Hitler ihn insgeheim gefürchtet hatte? Am selben Tag, dem 8. Juli 1934, als Barthou zu einem weltweit beachteten Besuch in London eintraf, hielt Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, eine an die Adresse Frankreichs gerichtete Rede, in der sich billige Friedensfloskeln mit unverkennbaren Ängsten und unmissverständlichen Drohungen mischten: „Man soll es wagen, uns anzufallen. Man soll es wagen, in das neue Deutschland einzumarschieren. Dann soll die Welt den Geist des neuen Deutschland kennen lernen. Es würde kämpfen, wie kaum noch je um seine Freiheit es gekämpft hat."[143]

Dazu kam, dass Italien und Deutschland sich aufgrund ihrer Differenzen in der Österreich-Frage zusehends auseinander entwickelten, während die Anzeichen für eine Annäherung zwischen Frankreich und Italien unübersehbar waren. Über ein Treffen zwischen Barthou und Mussolini wurde schon seit Längerem gemunkelt[144].

Österreich als Keil zwischen Deutschland und Italien. Eine derartige Situation hatte Hitler schon länger gefürchtet. In seinem als „Zweites Buch" bekannt gewordenen Manuskript aus dem Jahr 1928 heißt es: „Dabei versucht Frankreich, durch

139 Vgl. ebenda, S. 275 f.

140 Vgl. Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 96 f.

141 Schreiben an Walter von Reichenau, 4. 12. 1932, in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, Teil 2: Oktober 1932–Januar 1933, hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit, München u. a. 1998, S. 236–247, Zitat S. 242.

142 Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: VfZ 2 (1954), S. 397–436, Zitat S. 435 (Handschriftliche Aufzeichnungen des Gen.-Lt. Liebmann); vgl. auch Andreas Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 517–550.

143 Zit. nach Reichspost vom 9. 7. 1934, S. 1.

144 Vgl. z. B. Neue Freie Presse vom 15. 6. 1934, Morgenblatt, S. 2, u. 23. 6. 1934, Morgenblatt, S. 3; ADAP, Serie C, Bd. III, 1, Dok. Nr. 103, S. 198–200.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ein ganzes System von Bundesgenossenschaften sich nicht nur für die mögliche Auseinandersetzung mit Italien zu stärken, sondern auch die möglichen Freunde Italiens ein- und abzuschnüren. Das französische Ziel ist ein klares: Es soll ein französisches Staatensystem gebildet werden, das von Paris über Warschau, Prag, Wien bis nach Belgrad reicht. Der Versuch, Österreich in dieses System einzubeziehen, ist keineswegs so aussichtslos, als auf den ersten Blick scheinen mag." Sollte Frankreich die Einbeziehung Österreichs gelingen, so bestünde die Gefahr, dass Italien als „möglicher Bundesgenosse auf unabsehbare Zeit für Deutschland endgültig ausscheidet und Frankreich damit immer mehr zum Herren der Geschicke Europas wird" [145].

Seit jeher hatte Hitler auf zwei „natürliche" Bündnispartner gehofft – England und Italien. Deren Expansionsinteressen seien grundsätzlich anders und würden den Deutschen deshalb nicht in die Quere kommen[146]. Hitlers Meinung nach lag das „natürliche Gebiet der italienischen Expansion" im Mittelmeerraum, was „zwangsläufig" auf Kosten Frankreichs gehen müsse. Frankreich würde nicht davor zurückschrecken, in der Abwehr italienischer Ansprüche „die Gewalt zu Hilfe zu rufen" oder durch ein geschicktes „System von Bündnissen" Italiens Handlungsspielraum so sehr einzuschränken, dass es schließlich gezwungen sei, „einer wirklichen Vertretung der Interessen des italienischen Volkes eben doch wieder entsagen" zu müssen[147].

Derartige Überlegungen verfolgte Hitler schon lange; die Allianz mit Italien gehörte seit Mussolinis „Marsch auf Rom" zu den Ecksteinen seiner Politik. Schon zwei Jahre vor Mussolinis Coup, im August 1920, hatte er davon gesprochen, dass es nötig sei, die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien auszunützen, „damit wir Italien für uns bekommen" [148]. Ebenfalls sehr früh tauchte in Hitlers politischem Denken die Überzeugung auf, dass einzig und allein Österreich, aufgehetzt durch eine jüdische Verschwörung, für die italienisch-deutschen Schwierigkeiten verantwortlich sei. Im Ersten Weltkrieg hätten, so Hitler in einer Rede vom April 1923, die „demokratisch-marxistisch-jüdische Weltpresse" und die Freimaurer Feindschaft zwischen Italien und Deutschland gesät, obwohl kein natürlicher Gegensatz zwischen den beiden Ländern bestanden habe[149].

Wie dominierend und dauerhaft die Idee eines italienisch-französischen Krieges in Hitlers Denken war, zeigte sich bei der „Hoßbach-Konferenz" am 5. November 1937, als er die Möglichkeit einer bevorstehenden Auseinandersetzung

[145] Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II A: Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl Juni–Juli 1928, hrsg. und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit, München u. a. 1995, S. 140 f.

[146] Zu den von Hitler anvisierten Bündniskonfigurationen vgl. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, S. 117–121.

[147] Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II A, Zitate S. 138, S. 139 u. S. 141.

[148] Zit. nach Walter Werner Pese, Hitler und Italien 1920–1926, in: VfZ 3 (1955), S. 113–126, hier S. 113.

[149] Ebenda, S. 120.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwischen Italien und Frankreich ernsthaft in seine Planspiele einbezog[150]. Noch im April 1942 interpretierte Hitler den Juliputsch und die Situation des Jahres 1934 ganz aus dem Spannungsfeld Italien – Deutschland – Frankreich. Als sich ein Gast von Hitlers Tischrunde abschätzig über den italienischen Botschafter in Berlin, Dino Alfieri, äußerte, erinnerte Hitler an 1934 und Mussolinis „Mobilmachung gegen Deutschland". In dieser Situation habe Alfieri für Deutschland optiert. „Es sei damals Sache einiger ganz weniger Männer gewesen, Mussolini vor der trügerischen Freundschaft und den Ränken der Franzosen und ihrer italienischen Freunde zu warnen und ihn von ernsteren Maßnahmen abzubringen."[151]

„Ränke der Franzosen und ihrer italienischen Freunde" – exakt in diesem Sinn argumentierten die Drahtzieher des Putsches. Den erwähnten Weydenhammer-Berichten sind neben vielen Details über die Vorbereitung und Abwicklung auch die Motive für die überhastete Auslösung der Putschaktion zu entnehmen. Am 11. Juli 1934 soll Rintelen, so Weydenhammer, ihn „dringend" ersucht haben, den Putsch noch vor Ende Juli durchzuführen: „Er wies auf die bevorstehenden Besprechungen Dollfuß – Mussolini und Dollfuß – Barthou hin, deren Ergebnis für die deutsche Politik gefahrdrohend werden könnte; militante [sic!] Zugeständnisse Österreichs und die Pariser Anleihe standen vor der Türe; Außenminister Suvich und Mor[r]eale (ital. Gesandtschaft Wien) taten alles, um die deutsche Italien-Politik von Stra zu beeinträchtigen."[152]

Bemerkenswert ist die Kongruenz zwischen den von Hitler 1928 im „Zweiten Buch" geäußerten Befürchtungen und den 1934 von Weydenhammer genannten außenpolitischen Motiven zur beschleunigten Auslösung des Putsches: eine „gefahrdrohende" Verständigung von Österreich, Italien und Frankreich zu Lasten Deutschlands. Weydenhammer lässt Rintelen sagen, was Hitler nicht nur 1928, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit auch 1934 dachte.

Dass es keineswegs erst Rintelen war, der am 11. Juli die bevorstehende Reise Dollfuß' nach Italien argumentativ mit der Notwendigkeit der raschen Abwicklung des Staatsstreichs koppelte, geht aus einer Denkschrift des Wiener Kriminalbeamten Rotter hervor, der „Anfang Juli 1934" vom Führer der Wiener SS-Putschisten, Glass, informiert wurde, dass die Putschaktion im Auftrag Habichts „so rasch als möglich durchgeführt werden [müsse], bevor noch Bundeskanzler Dr. Dollfuß die beabsichtigte Reise nach Riccione antrete"[153]. Glass, so darf man vermuten, wird diese Argumentation am 25. Juni in Zürich von Hitlers Sprachrohr Habicht zu hören bekommen haben.

---

150 Vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XXV, Dok. 386-PS, S. 402–413.

151 Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, S. 293.

152 Weydenhammer-Bericht II, in: Archiv IfZ Wien, ER-19, DO-642, Mappe 4, S. 6. 1964 führte Weydenhammer zu den Motiven des Putsches aus: „Die immer enger werdende Anlehnung Dollfuß' an Mussolini habe die nationalsozialistischen Absichten noch beschleunigt und zum Handeln gezwungen." In: Archiv IfZ Wien, DO-642, Mappe 5, Bericht von Hellmuth Auerbach über seine Gespräche mit Rudolf Weydenhammer am 10. und 14. 2. 1964.

153 Denkschrift Konrad Rotter, abgedruckt in: Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen, S. 232–255, hier S. 235.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bevorstehende Besuche Dollfuß' in Italien und Frankreich; dazu Spekulationen über ein Treffen zwischen Mussolini und Barthou. War das nicht die Konstellation Österreich – Frankreich – Italien, die Hitler seit jeher gefürchtet hatte? Eine Konstellation, die Deutschland in die außenpolitische Isolation führen und damit seine weitreichenden Pläne zur Aufrüstung und Expansion bereits im Ansatz zunichte machen konnte.

Ein Hinweis auf die nationalsozialistische Interpretation des Mussolini-Hitler-Treffens findet sich an unscheinbarer Stelle, einer hektographierten Zeitschrift der illegalen österreichischen SA, die in der zweiten Juliwoche 1934 verbreitet wurde. Unter dem Titel „Stra – Wendepunkt des Kampfes um Österreich" verweist der anonyme Autor auf den aktuellen französischen „Vorstoß", die Reaktivierung der Kleinen Entente und die Annäherung Frankreichs an die Sowjetunion. Dadurch sei Italien gezwungen, Klarheit in sein Bündnissystem zu bringen, das aus Italien, Österreich, Ungarn und Deutschland bestehe. Spannungen gebe es nur zwischen Deutschland und Italien wegen der Österreich-Frage. Bei seiner Begegnung mit Hitler habe Mussolini erkannt, dass es notwendig sei, die Unterstützung der Regierung Dollfuß „bis zu einer Normalisierung der Verhältnisse in Österreich einzustellen", weil durch „die ständigen Spannungen mit Deutschland jede Politik größerer Konzeptionen unmöglich sei". Durch den Gesinnungswechsel Mussolinis sei die Lage der Regierung Dollfuß verzweifelt, im Bundeskanzleramt herrsche ungeheure Nervosität, man sei über Stra „vollkommen unorientiert". Deshalb habe sich Dollfuß bei Mussolini „selbst eingeladen". Da er von diesem aber eine Abfuhr erhalten werde, so würde er danach vielleicht nach Paris „pilgern". Eine Polemik, die zum einen auf die Hoffnungen verweist, die das Venediger Treffen unter den Nationalsozialisten geweckt hatte, zum anderen auf die Unsicherheit, die durch die Meldungen von den geplanten Treffen in Riccione und Paris entstanden waren[154].

Gut eine Woche nach seiner Italienreise musste Hitler also zweierlei bewusst geworden sein: erstens, dass es in Italien Kräfte gab, welche die aus seiner Sicht positiven Venediger Gesprächsergebnisse abschwächen und zunichte machen wollten; und zweitens, dass sich die angekündigten Begegnungen Dollfuß' außenpolitisch extrem ungünstig auswirken konnten. Lag es in dieser Situation nicht nahe, den „gefahrdrohenden" Treffen von Riccione und Paris zuvorzukommen, mit Brachialgewalt eine Veränderung der Verhältnisse in Österreich zu erzwingen und so die drohende Isolierung Deutschlands zu durchbrechen? Immerhin war Hitler der festen Überzeugung, dass Mussolini ihm in Venedig einen „Regierungswechsel" in Österreich zugestanden hatte.

Im Wissen um die außenpolitischen Zusammenhänge und Beweggründe, die zur Auslösung des Putsches führten, erscheinen einige kryptische Bemerkungen in einer Rede Goebbels' anlässlich des Parteitages des Gaues Essen am 24. Juni in einem besonderen Licht: „Frankreich treibt heute eine zielbewusste Bündnispolitik, die zu nichts anderem führen kann, als das nationalsozialistische Deutschland zu isolieren. Wenn die nationalsozialistische Bewegung nun sich allmählich daran

[154] Der SA-Mann, 2. Juliwoche, Folge 9, in: ÖStA/AdR, BKA-Inneres 20/g, Ktn. 4459, Gz. 218.175/34.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

begibt, den Ring zu sprengen, so muss sie natürlich eine neue Methode einschlagen. Wenn der Führer nach Venedig geht, um sich dort mit dem großen Duce des italienischen Volkes zu unterhalten, so weiß jedermann, dass dort nicht Phrasen gedroschen worden sind, sondern dass diese beiden Männer die Möglichkeit haben, Bindungen einzugehen."[155] Worin bestanden die „neuen Methoden", um Frankreichs Ring zu sprengen? Und welches waren die „Bindungen", die Hitler und Mussolini in Venedig eingegangen waren?

Wann genau und in welcher Form Hitler sein Signal zur Durchführung eines Putsches in Österreich gab, ist unbekannt. Tatsache ist, dass die Putschführer ihre erste, ausschlaggebende Vorbesprechung am Montag, dem 25. Juni 1934, in Zürich abhielten. In der Woche davor waren die bevorstehenden Reisen Dollfuß' nach Riccione und Paris bekannt geworden. In dieser Woche dürfte Hitler sich dazu entschlossen haben, in Österreich für klare Verhältnisse zu sorgen.

Allerdings: Diese Woche vom 18. bis 24. Juni war noch durch eine zweite dramatische Entwicklung geprägt. Einen Tag nach Hitlers Rückkehr aus Italien, am 17. Juni, hatte Vizekanzler Franz von Papen eine aufsehenerregende regimekritische Rede an der Universität Marburg gehalten, welche die innenpolitische Lage weiter zuspitzte. Eine andere Rede, in der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß am 25. Juni vor dem „verbrecherischen Spiel mit einer zweiten Revolution" – einem aktuellen Slogan des Röhm-Kreises – warnte, stellt nach Peter Longerich den Endpunkt eines Entscheidungsprozesses dar[156]. Am Tag zuvor, Sonntag, den 24. Juni, hatte auch Goebbels in Essen nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die „vornehmen Herren" und die „Reaktion" gewettert[157]. Irgendwann zwischen der Papen-Rede und den Reden der beiden engen Hitler-Vertrauten[158] muss die Entscheidung gefallen sein, gegen die SA-Clique um Röhm und zugleich gegen nationalkonservative Oppositionelle um Papen loszuschlagen.

Schlussbetrachtung

Hitler, so viel lässt sich auf Basis des Vorstehenden mit Gewissheit sagen, wurde vom Putsch der österreichischen Nationalsozialisten weder überrascht, noch hat er ihn bloß passiv geduldet. Sondern mit großer Wahrscheinlichkeit ist der Befehl dazu von ihm, dem „Führer" selbst, erteilt worden.

Dabei fasste er den Entschluss für den Schlag gegen Dollfuß interessanterweise zur selben Zeit wie für die Ausschaltung Röhms. Die Entscheidung für diese Doppelaktion dürfte nach monatelangem Abwarten, Zaudern und Zögern in beiden

[155] Neue Freie Presse vom 26. 6. 1934, Morgenblatt, S. 2. Über den „Erfolg" Hitlers in Venedig hatte Goebbels am 21. 6. in Berlin gesprochen; vgl. Neue Freie Presse vom 22. 6. 1934, Abendblatt, S. 1.

[156] Vgl. Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, S. 211–215; Kershaw, Hitler 1889–1936, S. 641–643. Zur Heß-Rede vgl. Neue Freie Presse, Morgenblatt, 26. 6. 1934.

[157] Neue Freie Presse vom 25. 6. 1934, S. 2, und ebenda, Morgenblatt, 26. 6. 1934, S. 2; Reichspost vom 26. 6. 1934, S. 2.

[158] Ein Tagebucheintrag belegt, dass Goebbels am Tag seiner Essener Rede (24. 6.) mit Heß zusammengetroffen war, der seine Rede am nächsten Tag (25. 6.) halten sollte.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Fragen demselben Impuls, derselben Intention entsprungen sein: Der 30. Juni 1934 ist als geglückter innenpolitischer Befreiungsschlag zu werten. Die blutige Abrechnung mit Röhm machte für Hitler den Weg frei, nach Hindenburgs Tod das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen und alle Macht in Deutschland auf sich zu vereinen. Wenig später, am 25. Juli 1934, wollte sich Hitler – vorläufig erfolglos – aus der außenpolitischen Umklammerung befreien, die seine weitreichenden Expansionspläne im Ansatz zu ersticken drohte.

Alles deutet darauf hin, dass Hitler Mitte 1934 seine Außenpolitik durch die Aktivitäten Frankreichs extrem gefährdet sah. So sehr gefährdet, dass er glaubte, die Bedrohung nur durch einen solch riskanten Coup abwenden zu können.

War dies realistisch? Hitler wusste, dass ein Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, wie er ihn schon auf der ersten Seite in „Mein Kampf" gefordert hatte, in der Situation des Jahres 1934 undenkbar war. Eine Art Gleichschaltung, eine von einer „neutralen Persönlichkeit" geführte NS-freundliche österreichische Regierung sollte vorläufig genügen, um Frankreichs gefährliche Einkreisungsoffensive zu stoppen, Italien als Verbündeten zu gewinnen und alle längerfristigen außenpolitischen Pläne ungestört von der „Österreich-Frage" – die zum gegebenen Zeitpunkt im nationalsozialistischen Sinn gelöst werden würde – betreiben zu können. Um das Ausland ruhigzustellen, sollte das ganze Unternehmen als rein innerösterreichische Angelegenheit, als „Volksaufstand" verkauft werden.

Unwahrscheinlich hingegen, dass Hitler die Ermordung des österreichischen Kanzlers befahl, wie von der konservativen Dollfuß-Apologetik gerne behauptet. Wie hätte er annehmen können, dass Mussolini, den eine Art Freundschaft mit Dollfuß verband, ausgerechnet durch einen Mord zu gewinnen sei? Im Gegenteil: Es war ja gerade Dollfuß' Tod, der den Coup scheitern ließ. Die Hinweise, dass von NS-Seite an eine „ehrenvolle Kaltstellung" der Regierung Dollfuß – deren Exponenten sich 1933/34 übrigens durchwegs hartnäckig um einen Ausgleich mit Hitler bemüht hatten – gedacht war, sind glaubwürdig und plausibel. Das war es wohl auch, was Mussolini Hitler in Stra zugestanden hatte. (Oder anders formuliert: Was Hitler glaubte, von Mussolini zugestanden erhalten zu haben.)

Schon der frühe Hitler-Biograf Konrad Heiden bemerkt, dass der Plan des SA-Aufstandes vom 25. Juli 1934 ganz dem Schema der Gleichschaltungsphase vom März 1933 entsprach. Und er verweist noch auf eine weitere historische Parallele: die zum 8./9. November 1923[159]. Die Regierenden mit vorgehaltener Pistole zur Kooperation zwingen, zugleich die eigenen bewaffneten Banden aussenden, um strategische Punkte, Amtsgebäude und Kasernen zu besetzen, politische Gegner zu verhaften. Der Grundgedanke vom Juli 1934 scheint derselbe gewesen zu sein wie der vom November 1923. Selbst wenn man den Einwand akzeptiert, dass Staatsstreiche häufig nach einem solchen oder ähnlichen Muster ablaufen: Es ist nicht verfehlt, den Juliputsch als Hitlers zweiten Putsch zu bezeichnen.

[159] Vgl. Konrad Heiden, Adolf Hitler. Eine Biographie, 2. Bd.: Ein Mann gegen Europa, Zürich 1937, S. 41 u. S. 43.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Achse" erschöpfte sich nicht im Polittourismus der Staats- und Parteiführungen. Sie war ein hybrides Großexperiment der Völkerverständigung über Expansion und Krieg und erfasste schließlich alle Ebenen von Staat und Gesellschaft in Italien und im Deutschen Reich. Die Kooperation der Polizei war besonders eng – und folgenreich für Regimegegner und rassisch Verfolgte. Der Italienexperte Patrick Bernhard analysiert diese Transfer- und Radikalisierungsprozesse auf der Basis neuer Quellen und knüpft weitreichende Thesen an seine Befunde: Die Geschichte des Dritten Reiches müsse stärker kontextualisiert und mit der Geschichte des Faschismus verzahnt werden, weil sich nur so der historische Ort des NS-Regimes in der Krisen- und Kriegsgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts exakt bestimmen lasse.

Patrick Bernhard

Konzertierte Gegnerbekämpfung im Achsenbündnis

Die Polizei im Dritten Reich und im faschistischen Italien 1933 bis 1943

Am 21. November 1940 bewegte sich ein riesiger Trauerzug durch Rom. Hinter dem prachtvollen, von sechs Rappen gezogenen Leichenwagen schritt in der ersten Reihe Heinrich Himmler[1]. Der Chef der Deutschen Polizei war in die Ewige Stadt gekommen, um Abschied zu nehmen von seinem langjährigen Amtskollegen Arturo Bocchini, der tags zuvor überraschend einem Schlaganfall erlegen war. Orchestriert wurde der Besuch Himmlers von groß aufgemachten Artikeln in den NS-Medien. Darin fand die von Himmler instruierte deutsche Presse Worte des höchsten Lobes für den seit 1926 amtierenden *Capo di Polizia*. Dass die italienische Polizei als eine der modernsten und effizientesten der Welt gelte, sei allein das Verdienst Bocchinis. Bis zu seinem Tode habe er den von ihm geschaffenen Apparat bis in seine kleinsten Verästelungen persönlich überwacht und Mussolini täglich über die Vorgänge im Land Bericht erstattet[2]. Das nationalsozialistische Deutschland habe in der italienischen Polizei einen ausgesprochen verlässlichen Kooperationspartner gefunden. Ja mehr noch: Himmler habe eine echte Freundschaft mit Bocchini verbunden, wie sie seit langem auch zwischen den Führern der beiden großen Nationen, Benito Mussolini und Adolf Hitler, bestehe.

Was war dran an diesen Worten? Handelte es sich um einen der üblichen schönfärberischen Nachrufe, gar um reine Achsenlyrik, mit der der mächtige

[1] Eine Fotoserie über den Besuch Himmlers in Rom lagert in: Bundesarchiv (künftig: BA), Filmarchiv Koblenz, Nr. 121–2049-2054. Siehe auch http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_121–2050,_Rom,_Beisetzung_des_italienischen_Polizeichefs_Bocchini.jpg.

[2] Vgl. z. B. „Senator Bocchini gestorben", in: Kölnische Zeitung vom 21. 11. 1940, und „Bocchini und Senise", in: Die deutsche Polizei vom 15. 12. 1940.

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0012

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Chef der SS den wichtigsten Bündnispartner Deutschlands kurz nach dem Eintritt des Landes in den Zweiten Weltkrieg noch einmal umwerben und unter Verweis auf die bereits seit Jahren bestehenden Kontakte bei der Stange halten wollte? Oder steckte in den Worten Himmlers mehr, vielleicht sogar mehr als ein Quäntchen Wahrheit? Zu untersuchen ist mithin, welche Qualität die Polizeibeziehungen zwischen dem Dritten Reich und dem faschistischen Italien tatsächlich besaßen.

Diese Frage ist von grundlegender Bedeutung, denn sie gibt nicht nur Aufschluss über den Charakter des nach wie vor ungenügend erforschten Achsenbündnisses[3]. Neues Licht fällt auch auf die beiden Regime selbst. Die Untersuchung der Polizeizusammenarbeit als exemplarisches Feld der deutsch-italienischen Beziehungen lässt nämlich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Diktaturen deutlich hervortreten. Die Frage nach Nähe bzw. Distanz der beiden Regime kann letztlich nur auf diese Weise beantwortet werden.

Von der Frage nach der Qualität der Polizeibeziehungen leiten sich weitere Fragen ab. So sind etwa die personellen wie institutionellen Bindungen genauer in den Blick zu nehmen, die der Zusammenarbeit zugrunde lagen. Welchen Stellenwert besaß beispielsweise das 1936 abgeschlossene Polizeiabkommen, auf das die NS-Presse in ihrem Nachruf auf Bocchini anspielte? Gerieten im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland, so ist weiter zu fragen, die gleichen Gegner ins Visier? Wie stand es im Achsenbündnis insbesondere um die Verfolgung von Juden? Erst seit kurzem beginnt die Forschung ja ältere Thesen der Geschichtswissenschaft anzuzweifeln, die Antisemitismus und Rassismus eine nachgeordnete Rolle im Faschismus attestierten[4]. Darüber hinaus ist zu untersuchen, ob es möglicherweise auch auf dem Gebiet der Polizei zu einem Wissenstransfer kam, wie ihn neueste Forschungen in anderen Feldern des Bündnisses eindrucksvoll nachgewiesen haben[5]. Diese Studien zeigen, dass der Nationalsozialismus zunächst in starkem Maß vom Faschismus lernte und nicht umgekehrt; immerhin war Mussolini elf Jahre vor Hitler an die Macht gelangt. Und wenn derartige Lern- und Adaptionsprozesse auch für die deutsch-italienischen Polizeibeziehungen nachgewiesen werden können: Wie lassen sie sich historisch einordnen?

Die nachfolgenden Ausführungen verstehen sich somit auch als eine empirisch fundierte, praktische Anregung zur Kennzeichnung historischer Verflechtungsprozesse im Rahmen der transnationalen Geschichtsschreibung. Diese erfreut

[3] Einen Überblick geben Lutz Klinkhammer/Amedeo Osti Guerrazzi/Thomas Schlemmer, Der Krieg der „Achse" – zur Einführung, in: Dies. (Hrsg.), Die „Achse" im Krieg. Politik, Ideologie und Kriegführung 1939 bis 1945, Paderborn u. a. 2010, S. 11–31.

[4] Zum Stand der Forschung vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller, Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945, in: VfZ 53 (2005), S. 164–201.

[5] Vgl. Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich, hrsg. von Sven Reichardt und Armin Nolzen, Göttingen 2005; Wolfgang Schieder, Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen 2008; neuerdings auch Daniela Liebscher, Freude und Arbeit. Zur internationalen Freizeit- und Sozialpolitik des faschistischen Italien und des NS-Regimes, Köln 2009.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sich zwar seit mehreren Jahren eines sprunghaft wachsenden Interesses. Der Nationalsozialismus ist allerdings bislang kaum Gegenstand von Forschungen geworden, die nach grenzüberschreitenden Verschränkungen und Lernerfahrungen der ersten deutschen Diktatur fragen. Ganz zu Recht haben Sven Reichardt und Kiran Patel darauf hingewiesen, dass diese Forschungslücke letztlich eine Konsequenz der deutschen Sonderwegsthese ist[6]. In dieser Perspektive wurde der Nationalsozialismus als der Kulminationspunkt eines insbesondere von den westlichen Demokratien Frankreich, Großbritannien und den USA abweichenden Entwicklungspfades gedeutet. Kurioserweise lag dieser Einschätzung jedoch kein stringenter Vergleich zugrunde.

Neueren Ansätzen folgend sollen hier Vergleich und Verflechtung kombiniert werden[7]. Dieses Vorgehen bietet sich in zweifacher Hinsicht an: Zum einen wäre ein reiner, auf Strukturen konzentrierter Vergleich zu statisch und würde Konvergenzen wie Divergenzen in der Entwicklung der beiden Regimen, die auf transnationale Lernehrfahrungen zurückzuführen sind, nur schwerlich erfassen. Zum anderen müsste eine rein beziehungsgeschichtliche Untersuchung mit Schwerpunkt auf Verflechtungserscheinungen ohne komparative Binnenperspektive wichtige Spezifika des faschistischen bzw. nationalsozialistischen Staates, die sich umgekehrt nicht auf transnationales Lernen zurückführen lassen, fast zwangsläufig aus dem Blick verlieren. Methodisch orientieren sich die vorliegenden Ausführungen darüber hinaus insbesondere an in der Kommunikationswissenschaft entwickelten Ansätzen, die Wahrnehmungsprozesse von Akteuren systematisch in subjektive Interpretationsrahmen einbetten[8]. Für die transfergeschichtliche Untersuchung von Nationalsozialismus und Faschismus hat das den Vorteil, sowohl die Adaption als auch die Ablehnung bestimmter Transfer-„Objekte“ als Konsequenz je spezifischer politischer, sozialer und kultureller Kontexte deuten zu können. Die Integration einer solchen Perzeptionsebene erlaubt es somit, Transferprozesse unabhängig von ihrem „Erfolg“ oder „Misserfolg“ als Lernprozesse zu verstehen. Erkenntnistheoretisch eröffnet sich damit die Möglichkeit, sowohl die positive als auch die negative Aufeinanderbezogenheit von Faschismus und Nationalsozialismus als eigentlichen Maßstab für die Erforschung ihrer Beziehung zu etablieren. Letztlich verringert sich dadurch auch die Gefahr, in die „teleologische Falle“ zu tappen und die Geschichte der faschistischen Allianz mehr oder minder unbewusst von ihrem Scheitern her zu schreiben.

[6] Vgl. demnächst hierzu Sven Reichardt und Kiran Patel, Introduction, in: Journal of Contemporary History (2012), die auch detailliert auf den bisherigen Forschungsstand eingehen.

[7] Vgl. Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, hrsg. von Gunilla Budde, Sebastian Conrad und Oliver Janz, Göttingen 2006.

[8] Vgl. Urs Dahinden, Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation, Konstanz 2006; Bertram Scheufele, Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion, Wiesbaden 2003.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine Frage des „faschistischen Stils“: Gewalt und Gegnerbekämpfung 1922–1935

Die Begeisterung, die die nationalsozialistische Bewegung seit Mussolinis Machtergreifung am 28. Oktober 1922 für das faschistische Italien empfand, kannte kaum Grenzen. Voll des Lobes waren Hitler und führende Nationalsozialisten etwa für die auf „Lebensraum“ zielende Expansionspolitik des neuen Regimes, dessen totalitäre Freizeitorganisationen oder die Idee einer grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaft im Zeichen des Korporatismus[9]. Viel Aufmerksamkeit erfuhr nördlich der Alpen aber auch die faschistische Gegnerbekämpfung. Getragen wurde diese nicht zuletzt von der faschistischen Miliz, den berüchtigten Schwarzhemden. Mussolinis Privatarmee zählte, das hatte man in Italien schnell gemerkt, sogar zu einer der „viel beneideten Organisationen des faschistischen Regimes“[10]. Und das lag nicht nur daran, dass die Mussolini direkt unterstellte Miliz weitgehend unabhängig vom staatlichen Polizeiapparat operierte; in Italien brach sich die Entwicklung zu parallelen Strukturen ja weitaus früher Bahn als in Deutschland. Bewundert wurden die Schwarzhemden auch und gerade wegen ihres besonderen „faschistischen Stils“[11].

Und zu diesem gehörte vor allem die Anwendung physischer Gewalt. Wie wir heute wissen, führten die Schwarzhemden vor der Machtergreifung Mussolinis regelrecht Krieg gegen Sozialisten und Kommunisten. Gegner wurden bei sogenannten Strafexpeditionen auf offener Straße oder in ihrer Wohnung überfallen und mit Fäusten, Knüppeln und Messern teils schwer misshandelt, viele danach verschleppt oder vertrieben, nicht wenige schließlich sogar getötet. Bis Oktober 1922 ermordeten Schwarzhemden nach vorsichtigen Schätzungen über 400 Personen. Gemessen an der Größe des Landes kamen damit in Italien sogar mehr Menschen um als in Deutschland in den Jahren unmittelbar vor der Machtergreifung Hitlers[12].

In seinen öffentlichen Reden kam Hitler vor 1933 immer wieder auf das ausgesprochen blutige Vorgehen der faschistischen Schlägertrupps gegen Andersdenkende zu sprechen: Erst auf den Straßen Italiens sei die Macht im Staat erobert und gesichert worden. Mit „brutaler Energie“ seien die Schwarzhemden da vor-

[9] Vgl. hierzu Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73–125.

[10] Renzo Reggiani, Das Primat der Infanterie, in: Die Auslese. Aus Zeitschriften des In- und Auslandes 7 (1933), S. 696.

[11] Verbreitung fanden die Vorstellungen eines genuin „faschistischen Stils“ nicht zuletzt über die Kunstkritikerin und Geliebte Mussolinis, Margherita Sarfatti, die über diverse Publikationen einer Ästhetisierung des Faschismus Vorschub leistete. Siehe z. B. ihren Aufsatz, „Fascistischer Stil“, in: Europäische Revue VIII (1932), 2. Halbband, S. 708–710, hier S. 710, in dem sie davon sprach, dass der Faschismus „kriegerische Bewegung“ sei. Rosenberg, der selbsternannte Chefideologe des Nationalsozialismus, sprach in diesem Zusammenhang von einem „neuen politischen Lebensstil“, der vom Faschismus ausgehe; Alfred Rosenberg, Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik, München 1927, S. 41.

[12] Vgl. Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln u. a. 2002, S. 58 f.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gegangen, äußerte er etwa bewundernd[13]. Um sich den Weg zu ebnen, hätten sie Gewerkschaftshäuser angezündet, sozialistische Verlage zerstört, und auch vor Morden seien sie nicht zurückgeschreckt[14]. Man müsse viel mehr „hemmungslose, auf den Feind rücksichtslos draufgehende Personen" um sich scharen, das habe Mussolini bewiesen. Anders sei eine Revolution nicht möglich, sekundierte ihm Gregor Strasser, der die Situation in Italien durch mehrere Kuraufenthalte in Südtirol aus eigener Anschauung kannte[15]. Vor allem aber ließ Italien Hitler hoffen. Unter Bezugnahme auf das faschistische Vorbild sprach sich der deutsche „Führer" immer wieder selbst Mut zu, mit dem eigenen Kampf unbeirrt von allen Rückschlägen fortzufahren und durchzuhalten[16]. Schließlich sei es auch jenseits der Alpen allein dem „rücksichtslosesten Kampfeswillen" einer kleinen Schar Entschlossener zu verdanken gewesen, dass der „jüdisch-marxistische Terror" gebrochen worden sei. Diesen Kampf gegen den „Internationalismus" habe der Nationalsozialismus gleich nach der „faszistischen Bewegung" aufgenommen, fuhr Hitler fort und stellte seine Bewegung damit in eine Reihe mit dem vermeintlich höchst erfolgreichen Vorbild südlich der Alpen. Es werde der Tag kommen, so Hitlers geradezu beschwörende Formulierung, an dem „die Schwarzhemden neben den Braunhemden" stünden[17].

Allerdings musste Hitler im November 1923 nach dem Scheitern seines „Marsches auf Berlin" lernen, dass Mussolini bei seinem beispielgebenden „Marsch auf Rom" ein Jahr zuvor den Staatsstreich lediglich massiv angedroht, zugleich aber einen Legalitätskurs verfolgt hatte: Den konservativen Eliten des Landes bot er sich als politische Kraft an, die Italien erneuern und vom Bolschewismus befreien würde. Tatsächlich übertrug der König Mussolini in einem formellen Akt Ende Oktober 1922 die Regierungsgewalt. Durch die Gewalttaten war somit lediglich eine für die Machtübertragung günstige bürgerkriegsähnliche Situation geschaffen worden.

Der *Duce* dieser extrem gewaltbereiten Schwarzhemden schließlich war den Nationalsozialisten ein regelrechtes Idol. Mussolini galt ihnen als der Inbegriff von Virilität und Kraft, dessen Miliz „einer neuen Männlichkeit" den Boden bereite[18]. Innerhalb der NS-Bewegung war der „Gewaltmensch" Mussolini nahezu omnipräsent. In Ortsgruppen der NSDAP gehörte es beispielsweise zum festen Bestand-

[13] Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 1: Die Wiedergründung der NSDAP Februar 1925–Juni 1926, hrsg. und kommentiert von Clemens Vollnhals, München u. a. 1992, S. 330.

[14] Vgl. ebenda, S. 327.

[15] Die Politik Mussolinis. Die Krise des Faszismus, in: Völkischer Kurier vom 13. 1. 1925. Zu Strasser Aktivitäten in Italien siehe Schreiben von Ernst Schulz an Strasser vom 30. 12. 1931, in: BA Berlin, R 187, 298.

[16] Vgl. Hans Woller, Rom, 28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung, München 1999.

[17] So Hitler bei einer Versammlung an 13. April 1927 in München, zit. nach Otto Bangert, Deutsche Revolution. Ein Buch vom Kampfe um das dritte Reich, München 1929, S. 170; vgl. auch Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hrsg. von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 683 u. S. 704.

[18] Johann Wilhelm Mannhardt, Der Faschismus, München 1925, S. 190.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teil des Kulturprogramms, sich in Kinos gemeinsam die neuesten faschistischen Propagandafilme anzusehen[19]. Bei etlichen NS-Funktionären stand zudem wie selbstverständlich ein Konterfei des *Duce* auf dem Schreibtisch. Göring, der nach dem gescheiterten Putsch von 1923 für einige Monate nach Italien geflohen war, behandelte seine Fotografie Mussolinis mit dessen eigenhändiger Unterschrift sogar wie eine Reliquie. Wie groß die Verehrung für den starken Mann Italiens auch an der Basis der NSDAP war, zeigt der Brief eines einfachen SA-Manns an Mussolini aus dem Jahr 1934. Es gebe kaum ein SA-Heim, berichtete der Deutsche darin voller Bewunderung, in dem nicht neben dem Foto des „Führers" auch eines des *Duce* hänge[20]. So war es dann auch keine Übertreibung, als der Völkische Beobachter 1933 rückblickend über die Präsenz Mussolinis in Deutschland schrieb: „Man kennt diese Erscheinung, diesen Kopf, diese Augen, seit Jahren aus unzähligen Bildern und vielen Filmen. Man hat ihn gesehen, als er die Parade seiner Schwarzhemden abnahm und als er wie ein glücklicher Sieger die neue Stadt Littoria einweihte."[21]

Seit Ende der Zwanzigerjahre machten sich Hunderte von Braunhemden auf eigene Faust auf den Weg über die Alpen, um sich die vermeintlichen Errungenschaften Mussolinis mit eigenen Augen anzusehen. Untergebracht wurden die Deutschen entweder privat bei gastfreundlichen Schwarzhemden oder in Kasernen der Miliz, wo sie kostenlos versorgt und teils sogar neu eingekleidet wurden[22]. Die meist arbeitslosen Sturmmänner hatten nämlich kaum Geld für die Reise und mussten sich regelrecht aushalten lassen. In den Augen der Faschisten galten Röhms Männer deshalb schnell als arme Verwandte aus dem Norden. Um einem weiteren Ansehensverlust zu begegnen, erteilte die SA-Führung deswegen sogar Reiseverbote[23]. Ungeachtet dessen kehrten die meisten dieser „Italienwanderer" begeistert über das Gesehene nach Hause zurück.

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass der Faschismus beispielgebend für die braune Bewegung wurde. So waren die Schwarzhemden ganz augenscheinlich Vorbild für die zunehmende Militarisierung der SA. Das zeigt sich insbesondere an der Einheit von Kurt Lüdecke, einer von Hitlers wichtigsten Geldbeschaffern und anfangs sein offizieller Kontaktmann nach Italien[24]. Wie Lüdecke in seinen Erinnerungen schrieb, stellte er die etwa 100 Mann umfassende SA-Truppe unmittelbar nach seiner ersten Italienreise vom September 1922 auf.

[19] Vgl. Mathias Rösch, Die Münchner NSDAP 1925–1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, München 2002, S. 293.

[20] Schreiben vom 30. 9. 1934, in: Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri (künftig: ASMAE), Affari Politici (AP) 1931–1945, Germania, busta 25, fasc. 5.

[21] „Mussolini", in: Völkischer Beobachter vom 1. 6. 1933.

[22] Bericht des Oberpräsidenten, Koblenz, vom 29. 8. 1931, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Re. 77, tit. 4043, Nr. 295a, Bl. 5.

[23] Anordnung betr. Wandernde Parteigenossen, gez. Strasser, vom 1. 2. 1932, in: Staatsarchiv München (künftig: StAM), Polizeidirektion (Pol. Dir.) 6810, Fasz. 1 „Aufrufe", Bl. 25.

[24] Die Einheit wird in der Literatur öfter erwähnt, doch wird kein Bezug zu Italien hergestellt. Vgl. Hans-Günter Richardi, Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP, München 1991, S. 385. Zur Person Lüdeckes vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. 1, S. 12.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bei diesem Besuch war er mit Mussolini persönlich zu einem immerhin vierstündigen Gespräch in Mailand zusammengetroffen; außerdem hatte er sich „umfassend" über dessen Schwarzhemdenorganisation und ihr brachiales Vorgehen gegen die „Feinde" des Faschismus insbesondere im „roten" Norden des Landes informiert[25]. Es dürfte also kein Zufall gewesen sein, dass Lüdecke nach seiner Rückkehr die neue deutsche Truppe nach dem Vorbild der faschistischen Miliz strikt militärisch organisierte. Damit wollte er augenscheinlich auch vermeintlichen Defiziten der SA begegnen; nicht nur Lüdecke hielt die Sturmabteilung nämlich für die schwächste Organisation der Nationalsozialisten. Auch Hitler sah das offensichtlich ganz ähnlich. Er zeigte sich, als Lüdecke ihm von seinen Erlebnissen in Italien berichtete, von der Schlagkraft der Schwarzhemden sehr beeindruckt. Wie Lüdecke ganz richtig ausführte, war die faschistische Miliz zu dieser Zeit – es war nur einen Monat vor Mussolinis Machtergreifung – voll in die Offensive gegangen; wie eine reguläre Armee hätte sie in Norditalien eine sozialistische Hochburg nach der anderen erobert[26].

Lüdecke erwähnte in seinem Bericht auch, dass die Schwarzhemden während ihres „Siegeszugs" großzügige Unterstützung von der italienischen Armee erhalten hätten. Aus diesem Wissen zog man in München ganz offensichtlich Konsequenzen: Lüdeckes Einheit wurde erstmals einheitlich uniformiert und trat damit wie die italienischen Schwarzhemden geschlossener auf; bis dahin hatte es keine echten SA-Uniformen gegeben[27]. Zudem rüstete Lüdecke seinen Trupp auf eigene Kosten mit schweren Waffen aus – auch dies geschah im Wissen darum, dass die sehr gute Ausrüstung einer der Schlüssel für den Erfolg der Schwarzhemden in Italien gewesen war. Die von anderen SA-Führern beneidete Einheit Lüdeckes machte Schule: Immer mehr Braunhemden trugen nun Uniformen, auch wenn es noch Jahre dauerte, bis Röhms Männer wirklich einheitlich auftraten. Nachdem sich Lüdeckes Truppe aufgelöst hatte, schlossen sich schließlich etliche seiner Männer dem „Stoßtrupp Hitler" an, dem Kern der späteren SS. Damit hatte eine der zentralen Organisationen des NS-Staates letztlich faschistische Wurzeln.

Aber auch was die Performanz von Gewalt betrifft, wurde der Faschismus vorbildhaft für den Nationalsozialismus. Zur „Reinigungsarbeit" an der Nation, wie Hitler sich in diesem Zusammenhang einmal ausdrückte[28], gehörte nämlich, dass Röhm und seine Männer ihren gefangenen Gegnern mit Gewalt Rizinusöl einflößten, dann lachend zusahen, wie dieses seine Wirkung tat, bevor sie die so Gedemütigten in ihren Vereinsheimen mit Knüppeln und Eisenketten brutal

[25] Kurt G. W. Luedecke, I knew Hitler. The story of a Nazi who escaped the blood purge, New York 1937, S. 67–78, Zitate S. 71. Zu weiteren Unterredungen Lüdeckes in Italien, der nach dem schmählichen Ausgang des Münchener Putsches stark in der Achtung der Italiener gefallen war, vgl. Schreiben des bayerischen Staatsministeriums des Äußern an das Auswärtige Amt betr. Aufenthalt des Nationalsozialisten Lüdecke in Rom vom 28. 11. 1923, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), Bayerische Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl, 996.

[26] Vgl. Reichardt, Faschistische Kampfbünde, S. 61 f.

[27] Vgl. Luedecke, I knew Hitler, S. 101.

[28] Jäckel/Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, S. 1199.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zusammenschlugen[29]. In Italien hatten derartige Erniedrigungsrituale und Foltermethoden zu diesem Zeitpunkt bereits Tradition, wie man in Deutschland nicht zuletzt durch die sozialdemokratische Presse wusste, die von Mussolini gar als „Rizinusöldiktator" sprach[30]. Der *Manganello*, der Schlagstock der Miliz, und das besagte Abführmittel seien die am meisten gefürchteten Waffen, derer sich Mussolinis Privatarmee bediene, um das Land unter ihrer Kontrolle zu halten, war etwa in einer dieser Publikationen zu lesen[31]. Joseph Goebbels selbst erklärte 1932, als zukünftiger Innenminister würde er missliebigen Journalisten von seiner Berliner SA ebenfalls das berüchtigte Öl verabreichen lassen[32]. Mit dem Feind „ordentlich italienisch reden", hieß das dann im Jargon der SA. Umgekehrt war es für die kommunistischen Opfer ausgemacht, dass Röhms Sturmmänner „nach Mussolinis Methoden" verfuhren[33].

Mit seinem spektakulären Wahlsieg vom Sommer 1930 empfahl sich Hitler schließlich bei Mussolini als künftiger starker Mann in Deutschland[34]. Nun leistete die faschistische Miliz auch ganz handfeste Unterstützung. Zum einen gewährte sie den immer zahlreicher ins Land strömenden deutschen Italienbesuchern Einblicke in Ausbildung und Ausrüstung ihrer Verbände[35]. Mit Nachdruck gaben führende Vertreter der Schwarzhemden ihren deutschen Gesprächspartnern dabei zu verstehen, dass „eine starke und bewaffnete Miliz" eine absolute „Notwendigkeit" darstelle. Die Italiener malten gar „katastrophale Folgen" an die Wand, wenn diese Tatsache nicht „klar erkannt" würde. Dieser Rat aus Rom zeigt letztlich sehr deutlich, dass die Deutschen in den Augen der Italiener noch viel zu lernen hatten[36]. Zum anderen half die Miliz Nationalsozialisten, sich nach po-

[29] Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror, Bd. 1, Basel 1933, S. 190. Ansatzweise hierzu bereits Reichardt, Faschistische Kampfbünde, S. 100. Die Verabreichung von Rizinusöl war später übrigens auch im franquistischen Spanien weit verbreitet; vgl. Carlos Collado Seidel, Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, München 2006, S. 192.

[30] Das ist uns wiederum durch Hitler selbst überliefert, der die Reaktionen der kommunistischen Presse im eigenen Land auf die Übergriffe der Faschisten genauestens registrierte. Vgl. Politik der Woche, in: Illustrierter Beobachter vom 6. 4. 1929, abgedruckt auch in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. 3: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–September 1930, Teil 2: März 1929–Dezember 1929, hrsg. von Klaus A. Lankheit, München u. a. 1994, S. 161.

[31] Vgl. Gustav Wilhelm Eberlein, Der Weg zum Kapitol. Der Faschismus als Bewegung, Berlin 1929, S. 133; vgl. auch Ernst Wilhelm Eschmann, Der faschistische Staat in Italien, Breslau 1930, S. 16.

[32] Vgl. Nikolaus Hovorka (Hrsg.), Zwischenspiel Hitler. Ziele und Wirklichkeit des Nationalsozialismus, Wien ²1932, S. 316.

[33] „Arbeitermörder in Aktion. Nach Mussolinis Methoden", Artikel in der Neuen Zeitung o. D., in: StAM, Pol. Dir. 6810, Fasz. 9 Autosturm der SA, Bl. 8.

[34] Schreiben des italienischen Generalkonsulats in München an den italienischen Außenminister Dino Grandi vom 16. 11. 1931, S. 4 f., in: ASMAE, AP 1931–1945, Germania, b. 1 (1931), fasc. partito e movimento hitleriano.

[35] Schreiben von Hermann Voss, Führer der Standarte 2 Berlin, an Achille Starace vom 22. 7. 1933, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA/AA), Rom-Vatikan 201.

[36] Hans Reupke an Ernst Röhm vom 20. 10. 1931 (in Abschrift), in: StAM, Pol. Dir. 6763.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

litischen Morden in Deutschland dem Zugriff der deutschen Strafverfolgungsbehörden zu entziehen, und gewährte ihnen in Italien Unterschlupf[37]. In Malcesine am Gardasee existierte sogar ein regelrechtes Terroristencamp der Nationalsozialisten, das Ernst Röhm, damals noch Chef der SA und selbst passionierter Italienreisender, aufzubauen geholfen hatte. Dort stellte kein Geringerer als Theodor Eicke, der spätere Inspekteur der Konzentrationslager, die „SS Standarte I" auf, die später zu einer Traditionsformation des Schwarzen Korps wurde. Neugierig geworden, besuchte Mussolini schließlich selbst das Lager und ließ sich Eicke vorstellen[38].

Hitler wiederum zeigte sich im Juli 1933 gegenüber Vertretern des faschistischen Regimes ausgesprochen dankbar für deren Hilfe in der „Kampfzeit der Bewegung"; er werde nie vergessen, was Mussolini für ihn getan habe. In diesem Zusammenhang sprach er sogar davon, dass die Nationalsozialisten letztlich nichts anderes seien als „deutsche Faschisten"[39]. Dass sich Hitler mit dieser Formulierung eine gängige Zuschreibung der Kommunisten und Sozialdemokraten zu eigen machte, die ihn mehr als einmal bezichtigt hatten, lediglich eine billige Kopie des römischen Vorbilds zu sein, zeigt recht deutlich, dass Hitler auch jenseits aller nationalsozialistischer Rhetorik Italien offenbar ehrliche Bewunderung entgegenbrachte[40]. Mussolini nachzueifern schien jedenfalls alles andere als eine Schande zu sein.

Daran änderte sich auch nach Hitlers Machtergreifung nicht viel. Insbesondere Gewalt gegenüber Regimegegnern blieb ein Thema in den Unterredungen mit den Italienern. Besonders aufschlussreich ist ein Gespräch, das der neue Reichskanzler mit Vittorio Cerrutti am 5. Februar 1933 führte. Gegenüber dem italienischen Botschafter zeigte sich Hitler beeindruckt, wie sehr es Italien seit dem Marsch auf Rom verstanden habe, sich gegen den „Marxismus zu verteidigen". Er werde in kurzer Zeit ebenfalls unter Beweis stellen, wie man mit dem Feind umzugehen habe[41]. Das war nur zwei Wochen vor dem Reichstagsbrand, der Hitler dann als Vorwand diente, seine Drohungen gegenüber der KPD und SPD wahr zu machen. Weitaus bemerkenswerter als die reine Koinzidenz zwischen der Ankündigung Hitlers und der Zerstörung des deutschen Parlaments ist allerdings, dass der neue Machthaber in Berlin überhaupt mit den Italienern über eine so zentrale Frage wie die Gegnerbekämpfung sprach. Hitler ging es mit der Bezug-

[37] Schreiben der Obersten Leitung der PO, der Leiter des Personalamts, an die Ortsgruppe Meran vom 20. 1. 1933, in: BA Berlin, R 187, 298.

[38] So rückblickend Heinrich Himmler in einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter. Telegramm Alfieris, italienische Botschaft in Berlin, an das italienische Außenministerium vom 13. 1. 1943, in: ASMAE, AP 1931–1945, Germania, b. 74, fasc. 2.

[39] Schreiben der NSDAP, Gau München Oberbayern, an den Münchener Oberbürgermeister Fiehler vom 27. 7. 1933, in: Stadtarchiv München, B., Bürgermeister und Rat, 964/2.

[40] So sprach die SPD etwa von dem „deutschen Mussolini in der Westentasche". Vgl. die Rubrik „Gegnerische Parteien – Nationalsozialisten", in: Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Nr. 10 / Oktober 1929, S. 506.

[41] Gianluca Falanga, Mussolinis Vorposten in Hitlers Reich. Italiens Politik in Berlin 1933–1945, Berlin 2008, S. 17, der noch weitere solcher Quellenzitate anführt.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nahme auf das gewalttätige Vorgehen der Faschisten nämlich nicht allein um die Legitimierung der eigenen Gewalt. Ganz offensichtlich versuchte er auch und vor allem, über die beständige Parallelisierung seiner Regierung mit dem Staat Mussolinis sein neues Regime als Teil einer weitaus größeren historischen Entwicklung zu deuten, nämlich als den vermeintlich unaufhaltsamen Siegeszug der autoritären Bewegungen sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch den westlichen Demokratien in Europa.

Zeitgleich suchten die Nationalsozialisten auch in Kontakt zur regulären italienischen Polizei zu treten[42]. Die bereits bestehenden informellen Verbindungen zu den Schwarzhemden schienen zwar für den Kampf gegen den „inneren Feind" ausreichend. Die Ausdehnung der Gegnerbekämpfung auch auf die internationale Ebene aber machte andere Strukturen notwendig. Der neuen Regierung ging es nämlich um nichts weniger, als die autoritären Regime in Europa zu einer „politischen Abwehrfront der zivilisierten europäischen Staaten gegen das politische Verbrechertum", d.h. den international agierenden Kommunismus, zusammenzuschweißen[43]. Zwar trat die neu entstandene Geheime Staatspolizei auch an die Rechtsregierungen in Ungarn, Polen und Spanien heran. Im Vordergrund stand jedoch die Kooperation mit Italien. Das lag an dem geradezu legendären Ruf, der den italienischen Sicherheitskräften damals auch international vorauseilte und der im Übrigen dazu führte, dass sich Polizeien weltweit am faschistischen Vorbild orientierten[44]. Wie Bocchini von seinen Agenten in Deutschland erfuhr, besitze die italienische Polizei bei der Gestapo ein „enormes Prestige", sein Name sei dort „wohl bekannt"[45]. Seine bereits 1927 aufgebaute Geheimpolizei OVRA, so meinte man, sei „ausgezeichnet organisiert" und verhindere die Bildung von „Kristallisationspunkten einer etwaigen Opposition" auch im Ausland[46]. Die Deutschen, die damals bekanntlich große Anstrengungen unternahmen, um die föderal strukturierte deutsche Polizei zu zentralisieren, hoben außerdem die Tatsache hervor, dass Bocchini inzwischen seinen Apparat vollständig vereinheitlicht habe. Dieser stehe geradezu für Effizienz und Klarheit, wie ein Beobachter in dem wichtigsten deutschen Fachblatt für Polizeifragen vermerkte[47]. Mehr noch: Was die Polizei-

[42] Das Nachfolgende, soweit nicht anders angegeben, nach Patrick Bernhard, Repression transnational. Die Polizeizusammenarbeit zwischen Drittem Reich und italienischem Faschismus, 1933–1943, in: Wolfgang Schulte (Hrsg.), Die Polizei im NS-Staat. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, Frankfurt a. M. 2009, S. 407–424.

[43] Aufzeichnung des Auswärtigen Amts (AA) vom 14. 3. 1934, in: PA/AA, R 100748, Fiche 1909.

[44] Das gilt insbesondere für Spanien, Portugal und die lateinamerikanischen Staaten. Vgl. hierzu Mario Ivani, Esportare il fascismo. Collaborazione di polizia e diplomazia culturale tra Italia fascista e Portogallo di Salazar (1928–1945), Bologna 2008.

[45] Vermerk eines Mitarbeiters der Politischen Polizei Italiens vom 15. 12. 1934, in: Archivo Centrale dello Stato (künftig: ACS), MI, DGPS, Divisione Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 44, fasc. 7.

[46] Ausarbeitung Hans Reupkes „Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage des Faschismus zur Zeit der Decennalfeiern 1932", S. 17, in: BA Berlin, NS 26, 1306.

[47] Vgl. Herbert Schmidt-Lamberg, Fürsorge des Duce für das Polizeiwesen Italiens, in: Der Deutsche Polizeibeamte 1 (1933), S. 215 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

techniken betreffe, stehe die *Polizia Politica* „außer Konkurrenz", so zumindest die Deutschen in einem direkten Gespräch mit den Italienern[48].

Tatsächlich gelang es Himmler noch 1933, eine eng umgrenzte informelle Zusammenarbeit mit den Italienern zu verwirklichen. Als neuer Chef der Bayerischen Polizei wies er die Münchener Polizeidirektion an, den italienischen Kollegen Listen mit Namen von verdächtigen Kommunisten zu übersenden, um für diese Personen ein Einreiseverbot nach Italien zu erwirken[49]. Politischen Emigranten sollte so nach der Machtergreifung Hitlers ein wichtiger Fluchtweg abgeschnitten werden. Doch die Nationalsozialisten wollten mehr: Die deutsche Polizei sollte in Venedig eine Basis erhalten, um von dort auf italienischem Territorium völlig frei nach bereits über die Alpen geflüchteten Regimegegnern fahnden zu können. Zu diesem Zweck reiste eine dreiköpfige Delegation unter der Leitung von Gestapochef Rudolf Diels im Frühjahr 1934 nach Rom. Trotz Warnungen der Deutschen Botschaft liefen Diels und seine Mitstreiter allerdings prompt der italienischen Abwehr in die Arme[50]. Statt mit einem hochrangigen Mitglied der Miliz, wie Diels glaubte, verhandelte er nämlich mit Antonio Pizzuto, einem Mitarbeiter von Bocchinis berüchtigter Geheimpolizei OVRA[51].

Das Angebot einer engeren Zusammenarbeit lehnten die Italiener rundweg ab. Zum einen könne es irgendwann gefährlich werden, wenn man Geheimagenten einer fremden Macht frei im eigenen Land operieren lasse, so die internen Überlegungen. Zum anderen habe Italien keinen Vorteil von einer solchen Allianz. Die Deutschen seien nämlich regelrechte Stümper auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung. Von politischer Polizei hätten die meisten Deutschen offensichtlich ebenso wenig je etwas gehört wie vom Vorgehen des internationalen Verbrechertums. Die deutsche Polizei sei schlicht völlig ahnungslos. Das sei ja auch kein Wunder, wenn man bedenke, dass ihr Chef, Heinrich Himmler, „gerade einmal 33 Jahre alt" sei[52]. Die viel zitierte „Generation des Unbedingten", wie Michael Wildt das extrem ideologisierte und tatsächlich noch sehr junge Korps der Gestapo bezeichnet hat, wurde somit in Italien überhaupt nicht für voll genommen[53].

Statt mit ihr zu kooperieren, infiltrierte die *Polizia Politica* die Gestapo. Agenten der Geheimen Staatspolizei hatten nämlich, als sie in Italien versuchten, ein Informantennetz aufzubauen, ausgerechnet einen Mitarbeiter der italienischen Abwehr angeworben. Dieser bekam dann bei einem Besuch in der Berliner Zentrale Einblicke in die Arbeitsweise der deutschen Polizei. Außerdem knüpften italienische Agenten Kontakte zu älteren Mitarbeitern der Gestapo, die ihnen

[48] Promemoria des Büros des Chefs der italienischen Polizei o. D., S. 3, in: ACS, MI, DGPS, Divisione Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 172, fasc. 16.
[49] Schreiben des AA an die Bayerische Staatskanzlei vom 19. 1. 1934, in: BayHStA, StK, 6248.
[50] Schreiben der Deutschen Botschaft Rom, gez. v. Neurath, an Diels vom 16. 3. 1934, in: PA/AA, DBR (offen) 904a.
[51] Promemoria Pizzutos vom 25. 3. 1934, in: ACS, MI, DGPS, Divisione Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 44, fasc. 7.
[52] Vermerk der Politischen Polizei Italiens vom 23. 4. 1934, in: Ebenda.
[53] Vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichsicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Interna verrieten, weil sie mit der zunehmenden Politisierung der deutschen Polizei nicht einverstanden waren[54]. Auf diesem Wege erfuhren die Italiener etwa von der Gleichschaltung der deutschen Kriminalpolizei, vom Machtkampf zwischen Göring und Himmler um die Kontrolle der Polizeiorgane sowie vom Aufbau der Konzentrationslager, in die nach 1933 auf einen Schlag mehrere tausend Regimegegner verschleppt wurden[55]. Selbst die von den Wachmannschaften dort begangenen schweren Misshandlungen, Folterungen und Morde an Gefangenen blieben italienischen Beobachtern nicht verborgen[56].

In den Augen der Italiener signalisierten die Lager allerdings nicht die Macht des Nationalsozialismus, sondern im Gegenteil dessen Schwäche. Dass die Gestapo massiv mit sogenannter Schutzhaft drohen müsse und damit „echten Terror" ausübe, zeige, dass das neue Regime die deutsche Gesellschaft noch nicht in dem Maß „amalgamisiert" habe wie der Faschismus die Italiener[57]. Das eigene Regime könne es bei der Inhaftierung einzelner Antifaschisten belassen und sei sogar in der Lage, Amnestien auszusprechen. Das war richtig und falsch zugleich: Zwar waren die ersten Wellen faschistischer Repression nach Mussolinis Machtkonsolidierung zu dieser Zeit bereits abgeebbt. Doch drohte die faschistische Diktatur zur Sicherung ihrer Herrschaft nach wie vor mit Verschleppung[58]. Immerhin 17.000 Menschen verbannte Mussolinis Regime zwischen 1922 und 1943 vor allem in Strafkolonien auf Inseln, die Teil eines weit verzweigten Gefängnisarchipels waren. 5.600 Antifaschisten wurden von politischen Sondertribunalen, mit denen der 1934 eingerichtete deutsche Volksgerichtshof Ähnlichkeiten aufwies[59], zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, weitere 160.000 Personen lebten unter Sonderaufsicht der Polizei[60]. Zwar waren die Haftbedingungen in den italienischen Verbannungsorten ungleich erträglicher als in den deutschen Konzentrationslagern, und der faschistische Verfolgungsapparat war insgesamt weniger stark ausgeprägt als der nationalsozialistische. Zielsetzung und Institutionalisierung des

[54] Vermerk eines Mitarbeiters der Politischen Polizei Italiens vom 19. 1. 1937, in: ACS, MI, DGPS, Divisione Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 44, fasc. 7.

[55] Promemoria der Politischen Polizei Italiens vom 27. 3. 1934, S. 3, und Vermerk der Zentrale vom 23. 4. 1934, beides in: Ebenda.

[56] Telegramm Nr. 10435 des italienischen Generalkonsulats in München, Pittalis, an das italienische Außenministerium betr. Lager für politische Gefangene in Dachau vom 19. 11. 1933, in: ASMAE, AP 1931–45, Germania, busta 13, fasc. 2.

[57] Aufzeichnung der Politischen Polizei Italiens vom 8. 9. 1938, S. 1, in: ACS, MI, DGPS, Divisione Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 172.

[58] Dieser Punkt wird stark betont bei Michael Ebner, Terror und Bevölkerung im italienischen Faschismus, in: Reichardt/Nolzen (Hrsg.), Faschismus in Italien und Deutschland, S. 201–224, hier S. 210.

[59] Vgl. Wolfgang Eder, Das italienische Tribunale per la Difesa dello Stato und der deutsche Volksgerichtshof. Ein Vergleich zwischen zwei politischen Gerichtshöfen, Frankfurt a. M. u. a. 2002.

[60] Vgl. Italo G. Savella, Arturo Bocchini and the Secret Political Police in Fascist Italy, in: The Historian 60 (1998), S. 779–793, sowie Jonathan Dunnage, Social control in Fascist Italy: The role of the police, in: Social Control in Europe, hrsg. von Clive Emsley, Eric Johnson und Pieter Spierenburg, Bd. 2: 1800–2000, Columbus 2004, S. 261–280, hier S. 266.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Terrors sind jedoch, wie Michael Ebner jüngst herausgearbeitet hat, durchaus vergleichbar[61].

Auf dem Weg zu einem faschistischen Interpol

a) Das deutsch-italienische Polizeiabkommen von 1936 in seinen internationalen Bezügen

Im Herbst 1935 kamen Gestapo und *Polizia Politica* dann doch ins Gespräch: Diesmal waren es allerdings die Italiener, die auf die Deutschen zugingen. Die Annäherung vollzog sich zum einen vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf Abessinien, der Italien gegenüber den westlichen Demokratien vollständig zu isolieren drohte. Zum anderen erlebte das faschistische Regime zu dieser Zeit eine neue Phase der Ideologisierung, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Expansion in Afrika zu sehen ist: Die kolonialen Eroberungen führten dazu, dass rassistisches und antisemitisches Denken in Italien spürbar an Boden gewann und kurz darauf sogar im Zentrum stand[62]. So sprach der von Mussolini selbst beauftragte italienische Unterhändler in den Vorgesprächen mit den Deutschen gar von der „jüdisch-freimaurerischen Internationale", die es jetzt zu bekämpfen gelte[63].

Den Deutschen wiederum bot sich nun die Chance, mit der Hilfe Italiens als dem wichtigsten Bündnispartner des Dritten Reichs ihre weit reichenden Pläne für den internationalen Kampf gegen den Bolschewismus zu verwirklichen: Ihnen schwebte letztlich eine Art faschistischer Interpol unter deutscher Führung vor. Die Kooperation zwischen den autoritären Staaten in Europa sollte bisherige Ansätze internationaler Polizeizusammenarbeit wie die 1923 in Wien gegründete Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission ablösen, da diese von den westlichen Demokratien beherrscht werde[64]. Das geht sehr deutlich aus den Überlegungen der Ständigen Deutschen Kommission zur Bekämpfung der Kommunistischen Internationale hervor, der neben Himmler auch der zweite Mann im NS-Staat, Hermann Göring, sowie Joachim von Ribbentrop, damals parteiamtlicher Sonderbotschafter, Propagandaminister Joseph Goebbels und Außenminister Konstantin von Neurath angehörten. Die im Januar 1937 gegründete Task

[61] Vgl. Ebner, Terror und Bevölkerung, in: Reichardt/Nolzen (Hrsg.), Faschismus in Italien und Deutschland.

[62] Vgl. mit weiteren Literaturnennungen Schlemmer/Woller, Der italienische Faschismus, S. 175 f. Vgl. dagegen Frauke Wildvang, Der Feind von Nebenan. Judenverfolgung im faschistischen Italien 1936–1944, Köln 2008, bes. S. 363, die im italienischen Antisemitismus vor allem ein strategisches Mittel der Regimeführung zur Mobilisierung der Gesellschaft erblickt.

[63] Vgl. Bernhard, Repression transnational, in: Schulte (Hrsg.), Polizei im NS-Staat, S. 413.

[64] Wenig später gelang es den Deutschen, die Kommission mit italienischer Unterstützung unter ihre Kontrolle zu bringen. Da sie aber vor allem Propagandafunktion besaß, soll sie im Folgenden keine weitere Beachtung finden. Zur Kommission, aus der sich nach 1945 tatsächlich Interpol entwickelte, vgl. Cyrille Fijnaut, The International Criminal Police Commission and the fight against communism, 1923–1945, in: Mark Mazower (Hrsg.), The policing of politics in the Twentieth Century. Historical Perspectives, Providence 1997, S. 107–128.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Force verfolgte dabei eine Politik der kleinen Schritte, deren Endziel der Zusammenschluss der europäischen Staaten zu einem „mehr oder weniger homogenen antibolschewistischen Staatenblock“ sein sollte[65]. Beginnen wollte man mit „loser und unverbindlicher Fühlungnahme mit national eingestellten Kreisen“ fremder Staaten, wobei die NS-Spitze vor allem an demokratische Staaten wie die Schweiz dachte, die man zu Gesetzesvorhaben „nach deutschem Muster“ anregen wollte. Bei Staaten, die bereits autoritäre Züge aufwiesen, sei an die „offene Aufnahme kultureller Beziehungen“ und den Abschluss von bilateralen Propaganda- oder Presseabkommen zu denken, wobei das ganze Projekt schließlich bis hin zu „völkerrechtlichen Verträgen zur Abwehr des Bolschewismus“ reichen sollte.

Der Polizeikooperation kam in diesen Planungen eine eminent wichtige Rolle zu. Ganz im Sinne der Strategie der direkten Aktion hoffte man, dass durch die „tägliche Kleinarbeit“ mit den ausländischen Polizeibehörden die vom Kommunismus ausgehende Gefahr konkret erfahrbar werde und dadurch radikalisierend wirke. Schließlich würden Polizisten den Feind in der Praxis am besten kennen lernen. Die Polizeiarbeit sei damit auf lange Sicht das „gegebene Terrain für eine internationale Frontbildung gegen den Bolschewismus“: Auf diesem Feld ließen sich so fremde Staaten stärker an das nationalsozialistische Regime binden. Das gelte umso mehr, als Deutschland über eine „vorbildliche Organisation“ verfüge, die außenpolitisch genauso schwer wiege wie eine gute Armee[66]. Das damals noch junge Feld der Polizeizusammenarbeit erlebte somit gegenüber traditionellen Formen der internationalen Kooperation wie dem Abschluss von Militärbündnissen eine erhebliche Aufwertung. So war es durchaus kein Zufall, dass das deutsch-italienische Polizeiabkommen vor der propagandaträchtigen Ausrufung der „Achse Berlin–Rom“ im Herbst 1936 und dem Abschluss des sogenannten Stahlpakts von 1939 zustande kam, mit dem sich beide Mächte zu militärischem Beistand selbst im Falle eines Angriffskriegs verpflichteten[67].

Das Polizeiabkommen wurde im Frühjahr 1936 abgeschlossen. Zwar gab es auf Seiten der italienischen Polizeiführung nach wie vor Vorbehalte gegen die Kooperation mit den Deutschen. So hielt Bocchini Himmler und seine rechte Hand, Reinhard Heydrich, zu sehr auf die Ideologie fixiert; er selbst setzte statt vielen Redens auf energisches Handeln[68]. Doch letztlich war es die vermeintlich wachsende Bedrohung durch die kommunistische „Wühlarbeit“, hinter der solche Bedenken zurücktraten. So erhielt Bocchini Anfang 1936 von der ungarischen Polizei Informationen, dass die Komintern der KP Ungarns den Auftrag erteilt habe, über katastrophale Zustände im italienischen Faschismus zu berichten und Werbung

[65] Entwurf eines Programms für die Arbeit der „Ständigen Kommission zur Bekämpfung der Kommunistischen Internationale“ von 1937, S. 2 f., in: PA/AA, R 100748, Fiche 1907.

[66] Ebenda, S. 4.

[67] Siehe den Kommentar von Malte König zum Stahlpakt, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Online-Edition der Staatsbibliothek München, in: http://www.1000dokumente.de.

[68] Aufzeichnung der Politischen Polizei Italiens vom 16. 10. 1936, in: ACS, MI, DGPS, Divisione Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 44, fasc. 7.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

für eine Beteiligung Ungarns an den Völkerbundsanktionen gegen Italien wegen des Angriffskriegs auf Abessinien zu machen[69]. Die ungarische Polizei, die mit der deutschen bereits 1934 ein informelles Polizeiabkommen geschlossen hatte, hat diese Informationen wahrscheinlich bewusst lanciert, um die Italiener zur polizeilichen Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich zu veranlassen; Ungarns starker Mann, Gyula Gömbös, tat auf dem diplomatischen Parkett ja damals sehr viel für die Wiederannäherung zwischen Deutschland und Italien[70].

Wie das deutsch-ungarische Abkommen von 1934 war das zwischen Deutschland und Italien abgeschlossene Kooperationsprojekt zunächst strikt bilateral ausgerichtet. In den Augen zumindest der Deutschen hatte das Vertragswerk für beide Staaten völkerrechtlich bindenden Charakter, obwohl es lediglich Himmler und Bocchini in ihrer Eigenschaft als Polizeichefs unterzeichnet hatten. Das Abkommen beinhaltete zum einen einen umfassenden Datenabgleich über Verdächtige, zu denen Kommunisten, Freimaurer und politische Emigranten zählten. Juden wurden noch nicht eigens aufgeführt; die Gründe dafür sind nicht ganz klar. Offensichtlich konnten sich die Radikalen im Faschismus noch nicht gegenüber denjenigen Kräften durchsetzen, die vor allem aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen für eine zurückhaltende Linie in der Judenpolitik plädierten. Allerdings betrieb Mussolini zu diesem Zeitpunkt bereits eine bewusst camouflierte Politik der Ausgrenzung von Juden. Ab Anfang der 1930er Jahre begann sein Regime damit, sie unauffällig von den Schaltstellen in Politik, Wirtschaft und Militär zu entfernen, wie Giorgio Fabre betont hat[71].

Zum anderen konnten beide Polizeien nun ohne Rücksicht auf bestehende Auslieferungsgesetze Personen aus dem Land des Achsenpartners nach Deutschland bzw. Italien verschleppen. Noch im Jahr 1936 entstanden schließlich an den Botschaften in Rom und Berlin zwei Verbindungsbüros mit je einem Polizeiattaché an der Spitze; das war ein völlig neuartiges Amt, bislang gab es lediglich Militärattachés[72]. Auf deutscher Seite nahm diesen Posten ab 1939 Herbert Kappler ein, der später durch die Deportation der römischen Juden traurige Berühmtheit erlangte[73]. Unterstützung auf lokaler Ebene erhielt Kappler durch ein System deutscher Kontaktmänner, die den italienischen Polizeipräsidien in den wichtigsten Städten Italiens zugeordnet wurden und die der italienischen Polizei bei der Kontrolle von im Land lebenden Deutschen halfen[74]. Außerdem befand sich mit

[69] Vermerk der Politischen Polizei Italiens vom 4. 1. 1936, in: Ebenda, b. 172, fasc. 16.

[70] Vgl. Jens Petersen, Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin–Rom 1933–1936, Tübingen 1973, S. 330.

[71] Vgl. Giorgio Fabre, Mussolini razzista. Dal socialismo al fascismo: la formazione di un antisemita, Mailand 2005.

[72] Vgl. Sebastian Weitkamp, SS-Diplomaten. Die Polizei-Attachés und SD-Beauftragten an den deutschen Auslandsmissionen, in: Deformation der Gesellschaft? Neue Forschungen zum Nationalsozialismus, hrsg. von Christian A. Braun, Michael Mayer und Sebastian Weitkamp, Berlin 2008, S. 49–74, hier S. 51.

[73] Vgl. Carlo Moos, Ausgrenzung, Internierung, Deportation: Antisemitismus und Gewalt im späten italienischen Faschismus (1938–1945), Zürich 2004, S. 26.

[74] Nachfolgendes nach Klaus Voigt, Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945, Bd. 1, Stuttgart 1989, S. 116 f.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eugen Dollmann ein Mitarbeiter Himmlers in Rom, der allein dem Reichsführer SS verantwortlich war und informelle Kontakte zu führenden Vertretern von Staat und Partei halten sollte[75]. Diese starke Institutionalisierung der Gegnerbekämpfung hatte nur wenige Jahre später fatale Folgen: Als nämlich Italien nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 selbst zum „Feind" des Dritten Reiches wurde, begannen sich die über Jahre erprobten Gewaltstrukturen gegen das eigene Land zu richten.

Um die Arbeitsweise des Partners kennen zu lernen und die Zusammenarbeit damit effizienter zu gestalten, starteten die Achsenmächte kurz nach Unterzeichnung des Polizeiabkommens ein Austauschprogramm. Italienische und deutsche Delegationen reisten ins Land des Achsenpartners, wo sie mitunter mehrere Monate blieben[76]. Die italienischen Polizisten, die seit Sommer 1937 nach Berlin zur Schutz- und Sicherheitspolizei abgeordnet wurden, machten auf diesem Wege auch die Bekanntschaft zahlreicher deutscher Kollegen. So war es durchaus üblich, dass die Italiener während ihres Aufenthalts nicht nur die Mitarbeiter der Berliner Zentrale, sondern auch die Leiter der Gestapo aus den Provinzen des Reichs kennen lernten[77]. Ziel dieser gegenseitigen Besuche war es, die Polizeiarbeit nicht nur zu koordinieren, sondern sogar zu synchronisieren. Von einer „Angleichung in der Behandlung" der in Deutschland und Italien im Exil lebenden Ustasha-Mitglieder war etwa bei der Gestapo die Rede[78]. Das ist zunächst erstaunlich, denn ein derart konzertiertes Vorgehen war ja nicht zwingend. Wie aber auch der Blick in andere Bereiche zeigt, versuchte man innerhalb der „Achse" des Öfteren gezielt zu organisatorischen und institutionellen Konvergenzen zu gelangen. Dazu zählte neben dem Agrarsektor auch die Ehegesetzgebung sowie die Sozial- und Unfallversicherung[79]. Dass man sogar auf diesen nicht kriegsrelevanten Politikfeldern den Einklang suchte, beweist erneut, dass die „Achse" Berlin–Rom weitaus mehr war als eine reine Kriegskoalition.

b) Die Polizei in Aktion

Die ersten, die die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Drittem Reich und dem faschistischen Italien am eigenen Leib zu spüren bekamen, waren Kommunisten

[75] Schreiben des italienischen Polizeichefs an den Polizeipräsidenten von Florenz, Savino Dadduzio, vom 4. 12. 1940, in: ACS, MI, DGPS, Segretaria particolare del capo della polizia, anni 1939–1943, b. 27, fasc. 1295; Telegramm Nr. 3530 des AA an die Deutsche Botschaft Rom vom 25. 12. 1941, in: PA/AA, DBR, 1490.

[76] Promemoria der Politischen Polizei Italiens vom 22. 10. 1937, in: ACS, MI, DGPS, Divisione Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 44, fasc. 7.

[77] Aufzeichnung der Politischen Polizei Italiens vom 8. 9. 1938, S. 2, in: Ebenda, b. 172, fasc. 16.

[78] Auszug aus einem Schreiben der Gestapo an Chiavaccini vom 22. 4. 1937, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 1 (1937), RG 27.

[79] Zur Ehegesetzgebung vgl. Tassilo Wilhelm Maria Englert, Deutsche und italienische Zivilrechtsgesetzgebung 1933–1945. Parallelen in der Rechtssetzung und gegenseitige Beeinflussung unter besonderer Berücksichtigung des Familien- und Erbrechts, Frankfurt a. M. 2003, S. 47.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Sozialisten aus beiden Ländern[80]. So tauschten Gestapo und italienische Polizei nicht nur Listen mit den Namen der in Deutschland lebenden Italiener bzw. der in Italien registrierten Deutschen aus und glichen diese dann mit ihren politischen Karteien ab[81]. Einbezogen wurden auch deutsche Urlauber, die ihre Ferien etwa an der Adria verbrachten. Ab 1936 stellte die *Polizia Politica* Regelanfragen an die Gestapo, die über die politische Einstellung der Feriengäste umgehend via Luftpost Auskunft erteilte[82].

Ein weiteres Mittel, politischen Gegnern die Bewegungsfreiheit zu nehmen, war der Austausch von Informationen über Passfälscher[83]. Diese spielten für die vielen Menschen, die sich damals in Europa auf der Flucht vor den faschistischen Regierungen befanden, eine zentrale Rolle bei der Beschaffung von Reisepapieren. Tatsächlich konnten die Achsenmächte durch Datenabgleich internationale Netzwerke von Passfälschern zumindest ansatzweise rekonstruieren[84].

Vereinzelt gelang es den beiden Polizeien auf diese Weise auch, prominentere Antifaschisten auszuschalten[85]. Zumeist gingen der deutschen und italienischen Polizei jedoch „kleine Fische" ins Netz. In Deutschland waren das vor allem italienische „Fremdarbeiter", die das faschistische Regime seit 1937 ins Land des Achsenpartners entsandte, um dem Arbeitskräftemangel im Reich zu begegnen. Zu diesen zählte auch Luigi D.[86] Dieser war so unvorsichtig gewesen, in einer deutschen Gastwirtschaft „Es lebe Stalin" zu rufen, offensichtlich in der Annahme, dass ihm im Ausland wegen einer solchen Äußerung nichts passieren könne. Der Italiener wurde jedoch prompt bei der Gestapo denunziert, die nach Rücksprache mit der *Polizia Politica* einen Haftbefehl ausstellte.

Hatte die italienische oder deutsche Polizei einen Verdächtigen verhaftet, wurde dieser, soweit Interesse bestand, dem Achsenpartner überstellt. Vor 1938, als die beiden Staaten noch keine gemeinsame Grenze besaßen, geschah das illegal auf dem Seeweg. Die Gestapo hatte hierfür einige Kapitäne von Handelsschiffen angeworben, die diese Arbeit unter Mitwissen der Hapag-Linie übernahmen; hier zeigt sich einmal mehr, dass Repression ohne tatkräftige Mithilfe aus der Gesellschaft nicht möglich gewesen wäre. Nach der Annexion Österreichs erfolgte die

[80] So gab es etwa einen gemeinsamen Aufruf von KPD und KPI gegen den 1939 unterzeichneten Stahlpakt. Schreiben der Gestapo an die italienische Polizei vom 5. 8. 1939, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 8 (1939), RG 39.

[81] Schreiben der Gestapo an den italienischen Polizeichef vom 18. 10. 1937, in: Ebenda, b. 2 (1937), RG 35.

[82] Diese Zusage hatte der italienische Polizeiattaché von keinem Geringeren als Heinrich Müller erhalten. Schreiben der Italienischen Botschaft Berlin, Chiavaccini, an den italienischen Polizeichef vom 12. 5. 1937, in: Ebenda, RG 22.

[83] Schreiben Chiavaccini an Leto vom 10. 2. 1937, in: Ebenda, RG 28.

[84] Vorgänge 441/RG 28/2228 sowie 441/RG 28/2477, in: Ebenda, b. 8 (1939), RG 28, und b. 10 (1940), RG 28.

[85] Hier ist etwa der Sozialist Italo Leprini zu nennen. Vgl. Leonardo Sacco, Provincia di confino. La Lucania nel ventennio fascista, Fasano 1995, S. 357.

[86] Schreiben Nr. 441/RG 35/2179 des italienischen Polizeiattachés an die politische Polizei in Rom vom 18. 7. 1939, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 8 (1939), RG 35.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Übergabe am Brenner, wo sich zuweilen dramatische Szenen abspielten. Zahlreiche Gefangene versuchten zu fliehen, andere, die genau wussten, dass sie in Deutschland das Konzentrationslager erwartete, nahmen sich sogar das Leben. Zwar sind auch einige Fälle überliefert, in denen italienische Ärzte den Betreffenden schwere Krankheiten und damit Transportunfähigkeit bescheinigten, um sie vor der Inhaftierung in Deutschland zu bewahren[87]. In zahlreichen anderen Fällen aber ging die Verhaftung und anschließende Überstellung reibungslos vonstatten. Auch in Italien war der Repressionsapparat stark arbeitsteilig organisiert, so dass die Mitarbeiter in den seltensten Fällen selbst physische Gewalt anwenden mussten; sie hatten einfach nur ihre Arbeit zu tun.

Die zunächst rein bilateral konzipierte Kooperation zwischen den beiden Polizeien ging schon früh über Deutschland und Italien hinaus. So fanden die Gestapo und die italienische Polizei nach Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien ein neues Betätigungsfeld. Zwar war die Zusammenarbeit keineswegs spannungsfrei. Beide versuchten nämlich, die spanischen Sicherheitskräfte nach dem eigenen Modell zu reorganisieren. Auf der Arbeitsebene gestalteten sich die Beziehungen jedoch durchaus fruchtbar. Heydrich ließ etwa dem italienischen Polizeichef Listen mit den Namen italienischer Spanienkämpfer zukommen und machte auf sogenannte „Rattenlinien" aufmerksam, die über Italien liefen; auf diesen geheimen Wegen wurden Freiwillige aus ganz Europa für den Kampf auf Seiten des republikanischen Spaniens heimlich ins Land gebracht[88]. Umgekehrt unterrichtete Rom Berlin routinemäßig und in einem standardisierten Verfahren über abgefangene politische Korrespondenz aus Spanien, die für Drittländer bestimmt war[89].

Dimension und Dichte der Polizeikooperation sind schwer zu bestimmen. Zentrale Aktenbestände wie die Berichtsserien des deutschen Polizeiattachés wurden vernichtet. Auf der Grundlage der auf italienischer Seite überlieferten, allerdings unvollständigen Korrespondenz des *Ufficio Rapporti con la Germania* lassen sich jedoch Hochrechnungen anstellen. Danach liefen zwischen 1936 und 1943 etwa 9.000 Schreiben von Rom nach Berlin und umgekehrt. Insgesamt gerieten damit vermutlich mehr als 15.000 Personen in das Visier der italienischen und deutschen Polizei[90].

---

87 Vgl. Klaus Voigt, Zuflucht auf Widerruf, Exil in Italien 1933–1945, Bd. 2, Stuttgart 1991, S. 303.

88 Schreiben des italienischen Polizeiattachés an der Botschaft Berlin an den italienischen Polizeichef betr. Volontari per la Spagna Rossa vom 16. 12. 1937 und vom 21. 8. 1937, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 3 (1937), RG 49.

89 Schreiben der Politischen Polizei Italiens an Osvaldo Chiavaccini, Polizeiattaché in Berlin, vom 22. 3. 1941, in: ACS, MI, DGPS, Div. Polizia Politica, fascicoli per materia, b. 262.

90 Der Bestand aus 14 Aktenordnern mit etwa jeweils 2.000 Blatt umfasst die Korrespondenz zwischen dem Ufficio Rapporti con la Germania und der Berliner Gestapozentrale bzw. dem italienischen und deutschen Polizeiattaché (ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania). Aus den fortlaufenden italienischen Briefnummern wird ersichtlich, dass der Bestand unvollständig ist. In der Korrespondenz finden sich auch die deutschen Vorgangsnummern, die sich um die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts erhalten gebliebenen Mantelberichte des deutschen Polizeiattachés in Rom ergänzen lassen (PA/AA,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Entsprechend zufrieden war die deutsche Seite zunächst mit der polizeilichen Zusammenarbeit. Wohl auf keinem anderen Gebiet gestalte sich die deutsch-italienische Zusammenarbeit enger als auf dem der Polizei, hieß es noch kurz vor dem Eintritt Italiens in den Zweiten Weltkrieg von deutscher Seite[91]. Der Erfolg war für SS und Gestapo vor allem auf die überragende Bedeutung Bocchinis zurückzuführen. Der italienische Polizeichef „mit seinen starken politischen Aspirationen" sei in der Zusammenarbeit mit den Deutschen „weit über den Rahmen der eigentlichen Polizeiaufgaben" hinausgegangen und habe sich der Kontrolle durch das italienische Innenministerium entzogen, hielt Himmlers Mann für besondere Aufgaben in Rom fest[92]. Italien steuerte damit in den Augen der Deutschen einer ähnlichen Entwicklung zu wie das Reich, wo Himmlers Polizeiapparat tatsächlich frühzeitig weitgehend unabhängig von der traditionellen Bürokratie operierte[93].

c) Heinrich Himmler und Arturo Bocchini

Lange herrschte in der Forschung die Auffassung vor, dass das Polizeiabkommen keine größere Bedeutung besessen habe, weil sich nicht zuletzt die beiden Polizeichefs fremd geblieben seien. So galt Bocchini vielen als reiner Karrierebeamter ohne politische Ambitionen, der zum Faschismus letztlich immer Distanz gewahrt habe. Himmler dagegen, der auch mit Bocchinis „italienisch-überschwenglicher" Art wenig anzufangen gewusst habe, sei einer politisch-ideologischen Vision von Polizei verpflichtet gewesen: Er wollte SS und Polizei zu einem einzigartigen Terrorapparat ausbauen, mit dem er seine rassistischen Vorstellungen in die Tat umsetzen wollte[94]. Blickt man jedoch genauer hin, wird schnell klar: Die polizeiliche Kooperation zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen und dem faschistischen Italien fußte letztlich auch auf einer Art von Freundschaft, die sich im Zuge der gegenseitigen Treffen zwischen Bocchini und Himmler entwickelt hatte[95]. Der Chef der Deutschen Polizei empfand für den genau zwanzig Jahre älteren *Capo di*

100763). Die jährlichen deutschen Vorgangs- und Berichtsnummern reichten demnach bis 1940 bis jeweils etwa Nr. 750, danach bis Nr. 2.300. Daraus lässt sich zwischen 1936 und 1943 eine Gesamtzahl von knapp 9.000 Briefen errechnen. Eine statistische Auswertung des vorhandenen italienischen Materials (zu den Jahren 1937, 1939 und 1940) hat ergeben, dass durch jeden Vorgang durchschnittlich 1,7 Personen erfasst wurden. Aus diesem Faktor errechnet sich die Gesamtzahl der Personen, die in das Visier der beiden Polizeien gerieten.

[91] Schreiben der Deutschen Botschaft Rom an das AA vom 7. 2. 1940, in: PA/AA, DBR (geheim), 69.

[92] Aufzeichnung Eugen Dollmanns über Exzellenz Chierici vom 17. 4. 1943, in: PA/AA, DBR (geheim), 125, Bl. E 257961; Ausarbeitung des RSHA „Die besonderen nachrichtendienstlichen Verhältnisse in Italien" vom 7. 6. 1940, in: Sonderarchiv Moskau, Bestand 500, Opis 1, 1081, Bl. 25–32, bes. Bl. 26.

[93] Dieser Aspekt besonders bei Wildt, Generation des Unbedingten.

[94] Vgl. beispielhaft die Einschätzungen von Frederick William Deakin, The brutal friendship: Mussolini, Hitler, and the fall of Italian fascism, London 1962, S. 108, und von Helmut Heiber (Hrsg.), Reichsführer! Briefe an und von Himmler, Stuttgart 1968, S. 88.

[95] Vgl. hierzu auch Romano Canosa, La polizia in Italia dal 1945 ad oggi, Bologna 1976, S. 79.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Polizia unverhohlene Bewunderung. Das lag nicht zuletzt an der Aura der Allwissenheit, mit der sich Bocchini umgab. Wie Himmlers Sonderemissär in Rom registrierte, ließ der italienische Polizeichef die Leute wissen, dass er „alles" über sie wisse und detaillierte Akten hierzu angelegt habe[96]. Das entsprach ganz Himmlers ausgeprägtem Kontrollwahn, wie ihn Peter Longerich kenntnisreich beschrieben hat[97]. Himmler bewunderte Bocchini aber auch deswegen, weil sein italienischer Partner den Überwachungsapparat angeblich bis ins Kleinste kontrolliere und sich die letzte Entscheidung immer selbst vorbehalte. Tatsächlich pflegte auch Himmler einen geradezu obsessiven paternalistischen Führungsstil, der auch vor Einmischungen in die private Lebensführung seiner Mitarbeiter nicht Halt machte.

Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Himmler und Bocchini war zudem das Ergebnis gezielter vertrauensbildender Maßnahmen. So informierte der Chef der Deutschen Polizei seinen italienischen Kollegen beispielsweise über die illegal in Südtirol operierende NS-Organisation VKS, ein Sammelbecken des Irredentismus, und nannte ihm die Namen ihrer Führer[98]. Damit lieferte Himmler letztlich deutsche „Volksgenossen" dem Achsenpartner aus. Ein beinahe herzliches Klima schufen ferner die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen deutscher und italienischer Polizeidelegationen. So feierte man beispielsweise zusammen den Tag der deutschen bzw. italienischen Polizei oder veranstaltete gemeinsame Sportwettkämpfe; Heydrich nahm im April 1939 an einem Fechtturnier in Italien teil[99]. Für viele Deutsche handelte es sich um ihre allererste Reise nach Italien und entsprechend euphorisch äußerten sie sich über das jenseits der Alpen Gesehene. Kurt Daluege, Chef der Ordnungspolizei, sprach jedenfalls gegenüber seinen italienischen Gastgebern davon, dass die „Tage in Italien" zu seinen „schönsten Lebenserinnerungen" gehörten[100].

Himmler und Bocchini beließen es nicht bei solchen offiziellen Kontakten, sondern statteten einander auch rein private Besuche ab, sogar die beiden Familien wurden mit einbezogen[101]. Drei volle Tage verbrachte der Chef der SS etwa im Oktober 1938 im Geburtsort Bocchinis, in San Giorgio del Sannio nahe Benevent, wo beinahe die gesamte Provinz mobilisiert wurde, um dem Chef der SS ein rauschendes Fest mit Tänzen, Trachtenumzügen und anschließender Jagdgesellschaft zu bereiten[102]. Himmler zeigte bald eine starke emotionale Verbundenheit

96 Vgl. Eugen Dollmann, Dolmetscher der Diktatoren, Bayreuth 1963, S. 17 f.

97 Nachfolgendes nach Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 218 u. S. 309–312.

98 Vgl. Markus Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit" und Umsiedlungspolitik 1933–1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006, S. 50.

99 Vermerk des Reichssicherungshauptamts betr. Internationaler Länderkampf auf Säbel am 2. 4. 1939, in: BA Berlin, R 58, 7198, Bl. 54.

100 Vermerk des Büros Bocchini o. D., in: ACS, MI, DGPS, Segretaria particolare del capo della polizia, anno 1939, b. 8.

101 Schreiben der italienischen Botschaft Berlin an das Büro Bocchini vom 14. 10. 1938, in: Ebenda, anno 1938, b. 9, fasc. 579.

102 Programm für den Besuch des deutschen Polizeichefs Himmler in der Provinz Benevent, in: Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit Italien, wie sein direktes Umfeld notierte[103]. Diese Liebe ging schließlich auch durch den Magen: Himmler wurde zu einem wahren Fan der italienischen Küche, kam diese doch den Vorstellungen der SS von gesunder völkischer Ernährung entgegen. So schickte Bocchini kistenweise italienische Lebensmittel an seinen „carissimo amico": Südfrüchte, Kaffee, Olivenöl, Pasta, Dosentomaten und auch Chianti[104]. Bocchini lud Himmler zudem in die teuersten Restaurants Roms und Umgebung ein, die etwa in dem damals mondänen Badeort Lido di Ostia vor den Toren der italienischen Hauptstadt lagen. Der Reichsführer SS war schließlich so begeistert vom italienischen Essen, dass er sogar zwei Köche der SS zur Kochausbildung an die Polizeischule in Caserta, die er kurz zuvor selbst besucht hatte, schickte[105]. Hier zeigt sich, welche enorme Bedeutung der Kultur als Bindekraft in den Achsenbeziehungen zukam. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen den Familien Himmler und Bocchini ging sogar über den Tod des italienischen Polizeichefs hinaus. Dessen Frau wandte sich mehrmals an den mächtigen Chef der SS mit der Bitte um Unterstützung[106]. Umgekehrt ließ Himmler noch 1944 eine Totenmesse für seinen verstorbenen Amtskollegen lesen[107]. Der „Verrat" der Italiener, den Himmler nach dem Seitenwechsel des Achsenpartners vom September 1943 immer wieder geißelte, hatte der Freundschaft zu Bocchini nichts anhaben können.

d) Lernen vom Achsenpartner? Aneignungs- und Radikalisierungsprozesse im Polizeibündnis

Einer der durchaus beabsichtigten Effekte dieser Zusammenarbeit waren beidseitige Lern- und Radikalisierungsprozesse. Das betraf sowohl Polizeitechniken als auch Repressionsinstrumente. So spricht einiges dafür, dass die deutsche Polizei ab 1933 mithilfe italienischer Expertise ihre bis dahin nur gering entwickelten Karteien zur Fahndung nach politischen Gegnern ausbaute und zentralisierte; die Italiener verfügten nämlich bei Hitlers Machtergreifung über ein seit langem erprobtes Informationssystem, das das Herzstück von Bocchinis Überwachungsapparat bildete[108]. Die Deutschen wiederum exportierten später ihr Karteienwissen ins franquistische Spanien: Die Sicherheitskräfte des Generalissimo mussten ja, als sie mit der Gestapo zusammenarbeiteten, auf deren technischem Niveau sein. Es etablierte sich auf diese Weise ein regelrechter transnationaler Lernzirkel.

Zudem kopierten die Deutschen die Organisation der italienischen Auslandskontrolle, wobei es zu einer wichtigen institutionellen Anverwandlung kam. Das

[103] Vgl. die Notizen seines Dolmetschers während eines Aufenthalts in Libyen, in: Dollmann, Dolmetscher der Diktatoren, S. 79 f. u. S. 85.
[104] Schreiben Bocchinis an Himmler vom 20. 8. 1939, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 8 (1939), RG 49.
[105] Vermerk des Büros Bocchini o. D., in: Ebenda, anno 1938, b. 9, fasc. 579.
[106] Vgl. Heiber (Hrsg.), Reichsführer! Briefe an und von Himmler, S. 88.
[107] Schreiben des Höchsten SS- und Polizeiführers in Italien an den Reichsführer SS, z. Hd. SS-Standartenführer Rudolf Brandt, vom 25. 11. 1944, in: BA Berlin, NS 19, 2069, Bl. 111.
[108] Vgl. Bernhard, Repression transnational, in: Schulte (Hrsg.), Polizei im NS-Staat, S. 416 f.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist deshalb so bemerkenswert, weil der faschistische Auslandsdienst Teil eines Systems von Sondergewalten war, das sich im Faschismus noch vor dem Nationalsozialismus etabliert hatte und das auch in anderen Bereichen Vorbildfunktion für das Dritte Reich besaß[109]. Zur Überwachung italienischer Antifaschisten verfügte Mussolini bereits seit den 1920er Jahren auch außerhalb Italiens über ein Netz an Agenten[110]. Offiziell den Konsulaten zugeordnet, agierten diese in direktem Auftrag Mussolinis und erstatteten diesem unter Umgehung der diplomatischen Vertretungen Bericht. Für Mussolini stellten die „slight boys", wie Heinrich Himmler diese frei operierenden Agenten nannte, eine von der traditionellen Bürokratie weitgehend unabhängige Informationsquelle dar[111]. In München war das u. a. Roberto de Fiore, der Mussolini allem Anschein nach noch aus dessen Jahren als Sozialist kannte und schon in den frühen 1920er Jahren in Kontakt zur Münchener Führungsriege der NSDAP trat[112]. Es war schließlich Mussolini selbst, der Hitler den Aufbau eines solchen Auslandsdienstes bei einem gemeinsamen Treffen empfahl. Wie Sebastian Weitkamp zeigen kann, gaben Himmler und Heydrich dann tatsächlich dem italienischen Vorbild den Vorzug und konnten sich damit auch gegen den heftigen Widerstand des Auswärtigen Amts durchsetzen[113].

Ganz augenscheinlich hatte Himmler zudem mit seiner Idee, über die tägliche Polizeiarbeit zu einer Radikalisierung des italienischen Polizeiapparats beizutragen, zumindest teilweise Erfolg. So beschwerte sich ein Mitarbeiter Bocchinis im Jahr 1937, dass die eigenen Polizeikräfte gemessen an der Gestapo zu unentschlossen gegen den Kommunismus vorgingen[114]. Immerhin versuchten kommunistische Agitatoren auch in Italien insbesondere die Arbeiterschaft zu „infiltrieren". Um ihre frühere Stellung zurückzuerobern, unterwanderten diese Agenten faschistische Organisationen, bildeten Zellen und beschafften Nachrichten, um im Ausland Stimmung gegen das System zu machen. Die staatliche Repression bestehe derzeit jedoch lediglich darin, die Betreffenden über die Sondertribunale zur Verteidigung des Staates mit fünf Jahren Verbannung zu bestrafen. Im ganzen Jahr 1937 habe es auch nur zehn größere Aktionen gegen die kommunistische Subversion gegeben und insgesamt seien lediglich 300 Kommunisten verhaftet worden. Das deutsche Vorbild heizte somit die Unzufriedenheit auf italienischer Seite an.

---

[109] So verdankte etwa Fritz Todt seine Bestellung zum Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen nachweislich dem italienischen Vorbild. Siehe Chefbesprechung vom 15. 6. 1933, in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938, hrsg. von Konrad Repgen und Hans Booms, Bd. 1, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983, N. 158, S. 560. Zu den Sondergewalten vgl. Rüdiger Hachtmann/Winfried Süß (Hrsg.), Hitlers Kommissare: Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, Göttingen 2006.

[110] Vgl. Mauro Canali, Le Spie del Regime, Bologna 2004, S. 202–207.

[111] Weitkamp, SS-Diplomaten, in: Braun/Mayer/Weitkamp (Hrsg.), Deformation, S. 51.

[112] Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an das Bayerische Staatsministerium des Äußern betr. Fascistische Bewegung in München vom 1. 4. 1925, in: BayHStA, MInn, 71806, Fiche 3.

[113] Vgl. Weitkamp, SS-Diplomaten, in: Braun/Mayer/Weitkamp (Hrsg.), Deformation, S. 51.

[114] Ausarbeitung Nr. 441-RG 30/492 der Politischen Polizei Italiens vom 28. 6. 1937, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 2 (1937), RG 30.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ähnliche Wirkungszusammenhänge lassen sich auch beim Antisemitismus vermuten. Bereits 1938 gerieten Juden ins Visier auch der italienischen Polizei. Hintergrund war der Staatbesuch Adolf Hitlers in Rom im Mai dieses Jahres[115]. Da die Gestapo und Bocchini ein Attentat auf die beiden Diktatoren befürchteten, verhaftete die italienische Polizei in engster Zusammenarbeit mit Himmlers Leuten als potenziell gefährliche Personen nicht nur Kommunisten, sondern auch nach Italien emigrierte deutsche Juden, von denen nun etliche ein zweites Mal Opfer staatlicher Verfolgung wurden. „Ebreo" wurde damit für die Mitarbeiter der italienischen Polizei erstmals ausdrücklich zu einer Gegnerkategorie.

Der tägliche Gebrauch dieses Wortes dürfte in den italienischen Amtsstuben das Denken in antisemitischen Mustern dauerhaft forciert haben. Das gilt umso mehr, als etliche der nach Italien geflüchteten Juden, um im Exil zu überleben, beinahe zwangsläufig gegen die in Italien geltenden Gesetze verstoßen mussten; „Kriminalität" und „Judentum" verbanden sich so auf fatale Weise. Wie sich Ideologie in Praxis transformierte[116], zeigt sich am Beispiel von nach Italien geflüchteten deutschen Jüdinnen: Vielen blieb nichts anderes übrig, als sich zur Sicherung ihres Lebensunterhalts zu prostituieren, womit sie automatisch ins Fadenkreuz des italienischen Polizeiapparats gerieten[117]. Das erhöhte letztlich wohl auch die Akzeptanz der im Herbst 1938 in Italien ins Werk gesetzten antisemitischen Rassengesetze, die in einigen Bereichen sogar über die deutschen Bestimmungen hinausgingen und nicht nur den Ausgangspunkt für zahlreiche Entlassungen, das Verbot von „Mischehen" und andere diskriminatorische Maßnahmen bildeten[118]. Juden galten zudem als völlig anders geartete „Rasse" und als die „Seele des Antifaschismus", d. h., sie waren in den Augen Mussolinis und führender Faschisten höchst gefährlich.

Die polizeiliche Zusammenarbeit im Krieg, 1940–1943

a) SS, Maraffa und die koloniale Polizeizusammenarbeit

Nach den spektakulären Anfangserfolgen der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg weitete sich die Polizeizusammenarbeit aus. Die beiden Verfolgungsapparate konnten nun auch auf Frankreich und Belgien zugreifen, wo besonders viele

[115] Vgl. neuerdings Arnd Bauerkämper, Die Inszenierung transnationaler faschistischer Politik. Der Staatsbesuch Hitlers in Italien im Mai 1938, in: Stefan Vogt (Hrsg.), Ideengeschichte als politische Aufklärung. Festschrift Wolfgang Wippermann zum 65. Geburtstag, Berlin 2010, S. 129–153, der auf weitere radikalisierende Effekte dieses Besuches aufmerksam macht.

[116] Ausgesprochen anregend hierzu Saul Friedländer, Den Holocaust beschreiben: auf dem Weg zu einer integrierten Geschichte, Göttingen 2007, S. 134.

[117] Vermerk der Italienischen Politischen Polizei betr. Irma Sara S. [Name anonymisiert] vom 31. 10. 1940, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 9 (1940), RG 28.

[118] Vgl. zusammenfassend Michele Sarfatti, Autochthoner Antisemitismus oder Übernahme des deutschen Modells? Die Judenverfolgung im faschistischen Italien, in: Klinkhammer/Osti Guerrazzi/Schlemmer (Hrsg.), Die „Achse" im Krieg, S. 231–243.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

deutsche wie italienische Antifaschisten Zuflucht gesucht hatten. Italienische Emigranten, denen die Flucht nach Spanien und Portugal nicht rechtzeitig gelang[119], wurden zunächst von der deutschen militärischen Abwehr, später von Polizeisonderkräften verhaftet und dem Achsenpartner überstellt[120]. Hinzu kam die gemeinsame Verfolgung von Soldaten, die aus der Wehrmacht desertiert waren. Außerdem griff das Dritte Reich nun in verstärktem Maße auf Personen zu, die versucht hatten, sich in Italien den Zumutungen der nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft zu entziehen. Hierzu zählten die deutschen Behörden u. a. Homosexuelle, „Arbeitsscheue" und Prostituierte. Das nationalsozialistische Regime ging schließlich auch in Italien gegen die eigenen „Volksgenossen" energisch vor. Möglich gemacht hatte das erst der faschistische Achsenpartner, dessen Polizeikräfte quasi den verlängerten Arm von Himmlers Terrorapparat bildeten.

Besonders eng gestaltete sich auch die deutsch-italienische Kooperation bei der Beherrschung des kolonialen Raumes, der eine viel größere Bedeutung für den Nationalsozialismus besaß als bisher angenommen[121]. Wie neueste Forschungen zeigen, sollte Afrika den „Lebensraum im Osten", den die Wehrmacht mit ihren Achsenpartnern im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion eroberte, vor allem als riesiger Wirtschaftsraum ergänzen[122]. Tatsächlich stellte die NSDAP ab 1933 sehr ernstzunehmende Planungen für die Eroberung und Verwaltung eines nationalsozialistischen Empires namens „Mittelafrika" an, das vom Atlantik bis zum Indischen Ozean reichen und neben dem Kongo auch Madagaskar als Deportationsort für Juden umfassen sollte[123]. Nach den raschen Siegen der Achsenmächte über die Kolonialmächte Belgien, Frankreich und die Niederlande schien das Ziel für viele in greifbare Nähe gerückt; Hitler persönlich drängte im März 1940 darauf, die diesbezüglichen Vorarbeiten zu forcieren und möglichst schnell abzuschließen[124]. Bei den Vorbereitungen spielte der Aufbau einer Kolonialpolizei eine herausragende Rolle; das Reich wollte umgehend die Kontrolle über die neuen Territorien erlangen und orientierte sich beim Einsatz deutscher

[119] Vgl. hierzu vor allem Patrik von Zur Mühlen, Fluchtweg Spanien-Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933–1945, Bonn 1992.

[120] Telegramm Nr. 2761 der italienischen Botschaft in Brüssel an das Innen- und Außenministerium betr. Beziehungen der Botschaft mit deutschen Polizeiorganen vom 12. 7. 1940, in: ACS, MI, DGPS, Div. AAGGRR, Ufficio rapporti con la Germania, b. 9 (1940), RG 22.

[121] Die These Hildebrands, wonach der Kolonialismus letztlich keine Rolle für Hitler gespielt habe, muss als überholt angesehen werden. Vgl. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München 1969.

[122] Vgl. mit weiteren Literaturangaben Patrick Bernhard, „Lebensraumwissenschaft". Die Kieler Geographen, die NS-Volkstumsforschung und der Traum von einem deutschen Kolonialreich, in: Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, hrsg. von Christoph Cornelißen und Carsten Mish, Essen 2009, S. 341–358.

[123] Zum Begriff Empire im Zusammenhang mit dem Dritten Reich siehe Mark Mazower, Hitler's Empire. Nazi rule in Occupied Europe, London/New York 2008.

[124] Vgl. Patrick Bernhard, Die „Kolonialachse". Der NS-Staat und Italienisch-Afrika 1935 bis 1943, in: Klinkhammer/Osti Guerrazzi/Schlemmer (Hrsg.), Die „Achse" im Krieg, S. 147–175.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Polizisten in Afrika wiederum an Italien. Himmler und Heydrich traten schon 1940 an Riccardo Maraffa heran und vereinbarten mit dem Chef der italienischen Kolonialpolizei die praxisnahe Ausbildung von immerhin 150 Offizieren aus Schutzpolizei und SS in der Kolonialschule in Tivoli bei Rom.

Diese Offiziere sollten nicht nur den Kern des künftigen deutschen Kolonialkorps bilden. Himmler nutzte die koloniale Expertise der Italiener offensichtlich auch, um seine Männer auf den geplanten Holocaust in Nordafrika und Palästina vorzubereiten. Wie wir heute wissen, sandte der Reichsführer SS im Jahr 1942 ein Sonderkommando unter dem Befehl von Walter Rauff nach Tobruk, wo dieser im Rücken des nach Ägypten und den Nahen Osten vorstoßenden Rommels die Ermordung der dort lebenden Juden in die Wege leiten sollte[125]. Beinahe alle Männer Rauffs hatten zuvor die Kolonialschule in Tivoli besucht und dort Vorlesungen nicht zuletzt in kolonialer Rassenkunde gehört[126]. Nur die Niederlage in El-Alamein verhinderte, dass diese Pläne in die Tat umgesetzt und die Italiener indirekt zu Komplizen des deutschen Judenmords in Afrika wurden.

Andere deutsche Lehrgangsteilnehmer der italienischen Kolonialschule nahmen, eingebettet in die italienische Kolonialpolizei, an den Kämpfen in Nordafrika teil. Himmler zeigte sich ausgesprochen zufrieden mit dieser Zusammenarbeit, die offensichtlich auch die Bekämpfung von Partisanen umfasste[127]. Der Kommandierende General der Polizeitruppe, Riccardo Maraffa, ein „alter und besonderer Freund“ Bocchinis, den ja wiederum Himmler zu seinen engsten Vertrauten zählte, versorgte die SS beispielsweise exklusiv mit Nachrichten über den Kriegsverlauf aus eigenen Geheimdienstquellen; die Wehrmacht hingegen wurde von den Italienern nicht eigens informiert. Maraffa lasse aber auch sonst keine Gelegenheit aus, sich dem Reichsführer SS tatkräftig „allerweitgehendst zur Verfügung zu stellen“, wie Himmlers Verbindungsmann in Rom nach Berlin meldete[128].

Tatsächlich informierte Maraffa die Deutschen nicht nur umfassend über die Organisation und Arbeitsweise seines geheimen kolonialen Nachrichtendienstes. Er stellte deutschen V-Männern in Afrika außerdem seinen „gesamten Polizei- und ND-Apparat“ zur Verfügung. Diese auch nach heutigen Maßstäben außergewöhnliche Entscheidung versetzte die Deutschen damals in regelrechtes Staunen[129]. Allerdings wusste man in Berlin auch, dass Maraffas Zuvorkommen-

[125] Vgl. Martin Cüppers/Klaus-Michael Mallmann, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006.

[126] Ausarbeitung „Verzeichnis der Unterrichtsstunden, welche den deutschen Unteroffizieren zu erteilen sind“ der Ausbildungsschule des Polizeikorps von Italienisch-Afrika vom 21. 2. 1941, in: BA Berlin, R 1001/9714.

[127] Vgl. Patrick Bernhard, Behind Rommel. Italian Occupation Policy in North Africa, 1940–1943, Tagungspapier für die 34th Annual Conference der German Studies Association in Oakland am 9. 10. 2010.

[128] Schreiben Eugen Dollmanns an SS-Gruppenführer Wolff vom 28. 6. 1941, in: BA Berlin, NS 19, 3885.

[129] Geheime Meldung des RSHA betr. der geheime koloniale Nachrichtendienst des Generalkommandanten der italienischen Kolonialpolizei Maraffa vom 23. 3. 1941, in: BA Berlin, RSHA Film D, 750, Bl. 70001–70003.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heit nicht allein der Begeisterung für den Achsenpartner oder der Freundschaft zu Bocchini geschuldet war[130]. Maraffa wollte über möglichst enge Kontakte zum mächtigen Achsenpartner Deutschland seine eigene Position im faschistischen Herrschaftsgefüge stärken. Wie im Dritten Reich rangen nämlich auch in Italien mehrere Machtzentren miteinander um Einfluss; Konkurrenz im Sinne von Polykratie war und ist ja kein Spezifikum des Nationalsozialismus.

Die kolonialen Kontakte führten schließlich zu neuerlichen Adaptionsprozessen. So richteten die Deutschen etwa ihre Planungen für eine Kolonialpolizei als zentrales Repressionsorgan im künftigen NS-Kolonialreich weitestgehend an der faschistischen Matrix aus[131]. Das betraf sowohl Organisation als auch Aufgabenstellung der deutschen Polizeiverbände. So ging beispielsweise die geplante Aufstellung einer mobilen Sondereinheit zur raschen Bekämpfung etwaiger „Eingeborenenaufstände" auf die Erfahrungen zurück, die die Italiener während des Abessinienkriegs mit der dortigen Befreiungsbewegung gemacht hatten; faschistische Verbände hatten diese mit extremer Grausamkeit niedergeschlagen.

b) NSDAP, Himmler und der Aufbau einer italienischen SS

Ungeachtet solcher Kooperationen wuchs auf deutscher Seite die Unzufriedenheit mit dem Achsenpartner. Das lag primär daran, dass sich das nationalsozialistische Regime nach Kriegsbeginn in ungleich stärkerem Maße radikalisierte als der Staat Mussolinis. Italien beteiligte sich zwar am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und setzte auf dem Balkan und Nordafrika ein ausgesprochen blutiges Besatzungsregime ins Werk, das allein in Griechenland nach vorsichtigen Schätzungen 200.000 Menschen das Leben kostete[132]. Auch schlug das Regime eine immer härtere Gangart gegenüber Juden an; so kam es ab Juni 1940 auch in Italien verstärkt zu Pogromen, außerdem wurden im Mutterland alle ausländischen Juden interniert und in den Kolonien Konzentrationslager errichtet, in denen es durch Zwangsarbeit und unzureichende Versorgung eine ausgesprochen hohe Mortalitätsrate gab[133]. Doch der NS-Führung ging das nicht weit genug. Auf deutscher Seite kam es im Bereich der Gegnerbekämpfung nämlich schnell zu einer völligen Entgrenzung: Mit der Waffen-SS, dem Reichssicherungshauptamt und den Vernichtungslagern schuf das Dritte Reich jene mörderischen Strukturen, die den Holocaust erst ermöglichten, die aber auf italienischer Seite keine Entsprechung hatten.

[130] Streng vertraulicher Bericht über die Lage und Stimmung in Italien, gez. Zindel, vom 21. 2. 1941, in: Ebenda, Bl. 70015–70019.

[131] Vgl. hierzu bereits Bernhard, „Kolonialachse". in: Klinkhammer/Osti Guerrazzi/Schlemmer (Hrsg.), Die „Achse" im Krieg.

[132] Vgl. Lidia Santarelli, Muted Violence: Italian War Crimes in Occupied Greece, in: Journal of Modern Italian Studies 9 (2004), S. 280–299. Zur italienischen Zusammenarbeit mit den Deutschen vgl. Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Italiener an der Ostfront 1942/43. Dokumente zu Mussolinis Krieg gegen die Sowjetunion, München 2005.

[133] Vgl. Eric Salerno, „Morirete tutti". Libia 1943: gli ebrei nel campo di concentramento fascista di Giado, Mailand 2007.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dass Italien in dieser Hinsicht zurückblieb, führten die NS-Spitze und radikale Kräfte in der faschistischen Partei auf starke Beharrungskräfte in Militär und Bürokratie zurück. Nun räche es sich, dass Mussolini bald nach seiner Machtergreifung die Partei formell dem Staatsapparat untergeordnet habe. Das zeigte sich für die Deutschen besonders drastisch im Polizeibereich. Nach dem unerwarteten Tod Bocchinis Ende 1940 sei mit Carmine Senise ein ausgesprochener Bürokrat zum *Capo di Polizia* ernannt worden. Der bereits 60-jährige Karrierebeamte ziehe sich letztlich auf die klassische Polizeitätigkeit des 19. Jahrhunderts zurück und konzentriere sich allein auf Einzelfälle; die Generalprävention werde demgegenüber vernachlässigt[134].

Nur konsequent war es da, dass man gemeinsam überlegte, das radikale faschistische Element über die Intensivierung der Parteibeziehungen zu stärken; Hitler und Mussolini waren sich hierin jedenfalls schnell einig[135]. Der Partito Nazionale Fascista erhielt zu seiner „revolutionären Aktivierung" nicht nur deutsche Berater wie Albert Prinzing zur Seite gestellt[136]. Himmler versuchte zudem, unter den miteinander im Streit liegenden Fraktionen der Partei zu vermitteln[137]. Vor allem aber setzten die Deutschen wieder auf die Miliz als den vermeintlich stärksten innenpolitischen Machtfaktor[138]. So reiste neben Himmler auch SA-Chef Viktor Lutze immer wieder nach Italien, außerdem wurde an mehrmonatige Austauschprogramme gedacht[139]. Zumindest dem Eindruck der Deutschen nach verbesserten diese Reisen die Stimmung unter den italienischen Kameraden spürbar[140].

Insbesondere die bewaffneten Schwarzhemdenformationen, die wie die Waffen-SS an der Seite des Heeres kämpften, stellten in den Augen der Deutschen die Elite des Regimes dar. Bestätigt wurden sie in dieser Einschätzung vom Wortradikalismus mancher Milizführer. Wie Himmler über seinen Auslandsgeheimdienst erfuhr, forderte etwa ein in Slowenien stationierter Schwarzhemdenkommandeur Mussolini im Dezember 1942 auf, angesichts der schlechten Kampfmoral des

[134] Aufzeichnung Eugen Dollmanns über Exzellenz Chierici vom 17. 4. 1943, in: PA/AA, DBR (geheim), 125, Bl. E 257961.

[135] Schreiben Luthers an Bormann betr. Rede des Duce vor dem Direktorium der faschistischen Partei vom 2. 4. 1942, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 2, Fiche Nr. 22093; Aufzeichnung des italienischen Außenministeriums vom Dezember 1942, in: ASMAE, AP 1931–1945, Germania, b. 75, fasc. 5.

[136] Aufzeichnung Luther AA betr. Einladung 6 italienischer Federale durch Reichsleiter Bormann o. D., S. 2, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 1, Fiche Nr. 213 00050; Schreiben des Landesleiters der NSDAP in Italien, Ehrlich, an den Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Bohle, betr. Säuberungen in der Faschistischen Partei vom 30. 5. 1942 (in Abschrift), in: BA Berlin, NS 19, 3416.

[137] Geheimbericht Dollmann für Himmler, vom 10. 5. 1943, in: Ebenda, 1880, hier Bl. 31.

[138] Vgl. Walter Abraham, Die faschistische Miliz Italiens, in: Die Deutsche Polizei 6 (1938), S. 472–476.

[139] Zur Italienreise des SS-Brigadeführers Keppler, der im Februar 1941 auf Wunsch von Capo Manipolo Del Frate an mehreren Standorten Vorträge vor Gruppenkommandos der Miliz hielt, siehe Niederschrift über Besprechung mit Del Frate vom 11. 2. 1941, in: BA Berlin, NS 19, 3885.

[140] Schreiben Eugen Dollmanns an SS-Obergruppenführer Wolff vom 1. 11. 1942, in: Ebenda, 3840, Bl. 1.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

italienischen Heeres einfach 60 Generäle erschießen zu lassen. General Renzo Montagna, Kommandeur der Schwarzhemdendivision XXI Aprile und Veteran des Abessinienkriegs, kündigte gegenüber dem deutschen Verbindungsoffizier zudem an, er werde auf deutsches Territorium übertreten und an der Seite des Achsenpartners weiter kämpfen, falls „sich etwas ereignen solle“[141]. Montagna, einer der treuesten Paladine des *Duce*, rechnete offensichtlich damals schon mit einem Militärputsch gegen das faschistische Regime.

Um den Einfluss der Schwarzhemden zu stärken, betrieben die Deutschen zum einen die Absetzung von Polizeichef Senise, der schließlich durch den Milizgeneral Renzo Chierici ersetzt wurde. Chierici war nicht nur einer der prominentesten „alten Kämpfer“ des Regimes. Er stand zudem seit einigen Jahren mit den Deutschen in engem Kontakt: 1941 war er italienischer Delegierter der in Berlin angesiedelten Internationalen Forstzentrale geworden, ein akademisches Joint-Venture-Projekt der beiden Achsenmächte. Die in Chierici gesetzten Erwartungen, mit „faschistischer Unnachgiebigkeit“ gegen die Feinde des Regimes vorzugehen, schienen sich zunächst auch zu bestätigen: Chierici willigte im Juli 1943 gegenüber den Deutschen ein, die in die italienische Besatzungszone in Südfrankreich geflüchteten deutschen Juden auszuliefern[142].

Zum anderen initiierten die Deutschen den Aufbau einer Art italienischer SS, der „Divisione M“[143]. Diese mit Hilfe der SS trainierte und ausgerüstete Einheit hat bislang fast ausschließlich das Interesse von Militärhistorikern gefunden, sie muss aber im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Stärkung des Regimes gesehen werden. Wie aus den Quellen mit großer Klarheit hervorgeht, stand bei der Auswahl der Offiziere und Mannschaften dieser „Prätorianergarde“ zum Schutz des Diktators vor allem die Loyalität zu Mussolini im Vordergrund; die unverbrüchliche „Treue“ zum *Duce* wurde dann auch immer wieder beschworen. Tatsächlich dienten in ihren Reihen vor allem Milizangehörige, die zuvor in Kampfeinheiten an der Front gestanden hatten[144]. Als im Juli 1943 der Putsch gegen Mussolini erfolgte, griff die noch im Aufbau befindliche Einheit aus Gründen, die bis heute im Dunklen liegen, jedoch nicht ein.

Dass in Italien niemand den Versuch unternahm, die Entmachtung des *Duce* zu verhindern, sorgte in Deutschland für regelrechtes Entsetzen. Viele Nationalsozialisten hatten noch bis zum Sommer 1943 geglaubt, Mussolini sitze politisch fester im Sattel[145]. Nun war die Aufregung groß. „Was ist mit Mussolini, was ist mit

[141] Abschrift vom Fernschreiben Nr. 8549 des Reichssicherheitshauptamtes, Amt VI. Schellenberg, betr. Äußerung eines Schwarzhemden-Offiziers in Laibach an den Chef der Deutschen Polizei vom 1. 12. 1942, in: Ebenda, 2528.

[142] Michele Sarfatti, The Jews in Mussolini's Italy: From Equality to Persecution, Madison 2006, S. 161.

[143] Zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, vgl. Bernhard, Repression transnational, in: Schulte (Hrsg.), Polizei im NS-Staat.

[144] Telegramm Nr. 2923 der Deutschen Botschaft Rom vom 20. 6. 1943, in: PA/AA, 29639, Fiche 546.

[145] „Meldungen zur Auflösung der faschistischen Organisationen in Italien“. SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 2. 8. 1943, S. 2, in: BA Berlin, R 58, 187.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der faschistischen Partei geschehen?", fragte etwa der Gauleiter von Schwaben, Karl Wahl, nur fünf Tage nach der römischen Palastrevolte in einem Rundschreiben an seine Parteifreunde voller Bestürzung[146]. Um eine Nachahmung im Dritten Reich zu verhindern, verfügte Wahl, der seit den frühen 1920er Jahren ein glühender Verehrer des *Duce* war und noch Ende 1942 in seinem Gau Straßen nach ihm hatte benennen lassen[147], den Aufbau einer eigenen, nur ihm verpflichteten Parteipolizei. Auf die traditionellen Sicherheitskräfte war Wahl zufolge nach den Erfahrungen in Italien kein Verlass.

Dass immer mehr „Volksgenossen" auch in Deutschland einen Putsch für möglich hielten, glaubte zwar auch Himmler. So sprach er in seiner berüchtigten Posener Rede vom 4. Oktober 1943 von einer „defaitistische[n] Welle", die sich nach dem italienischen Staatstreich auch in Deutschland aufgebaut habe und die seine Polizei nun rigoros bekämpfen werde[148]. Den eigenwilligen Vorstoß Wahls, der damit wohl auch seinen Handlungsspielraum als Gauleiter zu erweitern suchte[149], lehnte der Chef der deutschen Polizei jedoch vehement ab. Zusammen mit Martin Bormann erteilte er Wahl für dessen Eigenmächtigkeit einen strengen Verweis und befahl ihm, seine „Privatarmee" umgehend wieder aufzulösen[150]. Gleichzeitig nutzte Bormann die Ereignisse in Italien, um die nationalsozialische Volksgemeinschaft gegen „Staatsfeinde" und „wertlose Schwächlinge" zu mobilisieren. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr die beiden Diktaturen bis zum Ende aufeinander bezogen blieben.

Transnationale Verflechtungsprozesse: Perzeption, Kooperation und Adaption im faschistischen Bündnis

Den Namen Arturo Bocchini, stellte der deutsch-amerikanische Historiker Walter Laqueur vor einiger Zeit mit Erstaunen fest, kennen heute nur mehr Spezialisten, während Heinrich Himmler spätestens mit den Nürnberger Prozessen zur Personifizierung des nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungswahns wurde[151]. Zeitgenössische Beobachter sahen das lange Zeit allerdings ganz anders. Noch in

146 Rundschreiben Nr. 57/43 des Gauleiters von Schwaben, Karl Wahl, vom 30. 7. 1943, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 1, Fiche Nr. 102 00409, Register 17273.

147 Schreiben Karl Wahls an den italienischen Botschafter vom 15. 1. 1943, in: ASMAE, AP 1931–1945, Germania, b. 75, fasc. 5. Zu den philofaschistischen Neigungen Wahls in den 1920er Jahren siehe Ausarbeitung der Münchener Politischen Polizei zur Hitlerjugend in Bayern vom 30. 3. 1930, in: StAM, Pol. Dir. 6844.

148 Rede des Reichsführers SS bei der SS-Gruppenführertagung in Posen am 4. Oktober 1943, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Online-Edition der Staatsbibliothek München, in: http://www.1000dokumente.de.

149 Vgl. Bernhard Gotto, Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945, München 2006, S. 376, der allerdings auf die Ereignisse in Italien mit keinem Wort eingeht.

150 Schreiben Bormanns an Karl Wahl betr. Bildung einer Heimatschutztruppe im Gau Schwaben vom 18. 10. 1943, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 1, Fiche Nr. 102 00417, Registernummer 17273.

151 Vgl. Walter Laqueur, Fascism: Past, Present, Future, New York 1996, S. 55.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den frühen 1940er Jahren galt Bocchini als der „Italian Himmler", ja mehr noch, für manche war er der Ideengeber für den Chef der Deutschen Polizei, nachdem dieser ja erst 1936 zum unangefochtenen Herrn des nationalsozialistischen Überwachungsapparats aufgestiegen war[152]. Diese Sichtweise änderte sich erst nach 1945. Es war der maßgeblich von Himmler ins Werk gesetzte und in seinem vollen Ausmaß erst mit Kriegsende bekannt gewordene Holocaust, der in seiner Einzigartigkeit die strukturellen Ähnlichkeiten der beiden Terrorregime ebenso überdeckte wie die zunehmende Verflechtung ihrer Polizeiapparate im Zeichen der „Achse Berlin–Rom". Tatsächlich ging die Entwicklung der beiden Regime ja erst mit Kriegsbeginn rasant auseinander, während das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien 1938 nicht zuletzt durch die Verabschiedung antisemitischer Rassengesetze auch südlich der Alpen die größte Ähnlichkeit miteinander aufwiesen[153].

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs herrschten Kooperation und gegenseitiges Lernen vor, was zu Angleichungen in den Strukturen wie in der Praxis der Gegnerbekämpfung führte. Das setzte wiederum Radikalisierungsprozesse in Gang, die ohne die Vorbildfunktion des Achsenpartners letztlich nicht erklärbar wären[154]. Beispielhaft hierfür ist die Entwicklung der beiden paramilitärischen Parteitrupps. Zunächst ließ sich die SA symbolisch, habituell und performativ von der faschistischen Miliz inspirieren, aus der SA entwickelte sich wiederum die SS, die dann schließlich als Vorbild auf Italien zurückwirkte.

Das nationalsozialistische Regime versuchte derartige Radikalisierungsprozesse bewusst zu beschleunigen. Transfers wurden demnach als Chance zur Weiterentwicklung und Effektivierung des „Urfaschismus" begriffen, wie das Regime Mussolinis eingedenk seiner internationalen Vorreiterrolle inzwischen gerne genannt wird. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass das nationalsozialistische Deutschland dem faschistischen Italien seinen Willen einfach aufoktroyiert hätte, wie das in italienischen Darstellungen vor allem zu den antisemitischen Gesetzen immer noch in exkulpierender Absicht zu lesen ist[155]. Aneignungsprozesse zwischen souveränen Staaten sind ganz im Gegenteil als rein freiwillige Akte zu verstehen, was freilich auch bedeutet, dass das zu tranferierende Objekt nur partiell adaptiert und an die oftmals anders gelagerten politischen und sozialen Rahmenbedingungen angepasst wird; in der Forschung spricht man in diesem Zusammenhang auch von Emulation. Die Tatsache, dass das faschistische Regime

[152] Vgl. etwa das Buch des italienischen Soziologen Paolo Treves, What Mussolini did to us, London 1940, S. 112. Vgl. auch die Ausführungen des amerikanischen Historikers und Deutschlandexperten Roy Victor Peel, Introduction to politics, New York 1941, S. 263, der von Bocchini als Himmlers „Italian equivalent" sprach.

[153] Weniger überzeugend ist die Zäsursetzung von 1936 bei Patrick Wagner, Der Kern des völkischen Maßnahmenstaates. Rolle, Macht und Selbstverständnis der Polizei im Nationalsozialismus, in: Schulte (Hrsg.), Polizei im NS-Staat, S. 23–48, der gerade die antisemitischen Gesetze des faschistischen Italien vom Herbst 1938 bei seinen Betrachtungen ausklammert.

[154] Identisch die Forschungsergebnisse von Liebscher, Freude und Arbeit, S. 621.

[155] Vgl. Sarfatti, Autochthoner Antisemitismus, in: Klinkhammer/Osti Guerrazzi/Schlemmer (Hrsg.), Die „Achse" im Krieg, der diese Behauptungen ins Reich der Legende verweist.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bereits früh von den Verbrechen des Dritten Reichs wusste und dennoch in eine umfassende Kooperation auf polizeilichem Gebiet einwilligte, ist von besonderer Bedeutung. Damit stellt sich nämlich die Frage nach der Verantwortung Italiens für die im Achsenbündnis begangenen Verbrechen noch einmal neu.

Die wachsende Verflechtung im Bereich der Gegnerbekämpfung war im faschistischen Bündnis keine Ausnahme. Es lassen sich im Gegenteil auf etlichen anderen Gebieten ganz ähnliche und teils sogar noch weitaus intensivere Transferprozesse nachweisen, die zunächst fast ausschließlich von Italien nach Deutschland verliefen. Faschistischen Einflüssen unterlag insbesondere die pronatalistische Bevölkerungspolitik des frühen NS-Regimes. Das „Hilfswerk Mutter und Kind", Kernstück der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, lehnte sich sowohl organisatorisch als auch von der Aufgabenstellung her an das bereits 1926 errichtete faschistische Mütterhilfswerk *Opera Nazionale Maternità e Infanzia* an. Und „Kraft durch Freude" war erwiesenermaßen die beinahe detailgetreue Kopie des faschistischen *Dopolavoro*, der zentralen Einrichtung des faschistischen Staates zur totalitären Durchdringung der italienischen Gesellschaft über den Weg der organisierten Freizeit[156]. Selbst bei dem neben der Ermordung der Juden zentralen Projekt des Nationalsozialismus, der Schaffung von „Lebensraum" im Osten, griff man partiell auf die kolonialen Erfahrungen des faschistischen Regimes in Afrika zurück[157].

Welche Aussagekraft besitzen nun derartige transnationale Verflechtungsprozesse, um die eingangs gestellte Frage nach der Qualität der deutsch-italienischen Beziehungen aufzugreifen? Entscheidend ist, welcher Maßstab hierbei angelegt wird. Implizit hat die bisherige Forschung die Kontakte an heutigen Idealvorstellungen von internationaler Kooperation gemessen, außerdem hat sie die Geschichte der „Achse Berlin–Rom" generell viel zu sehr von ihrem Scheitern her geschrieben[158]. Übersehen wird dabei zunächst, dass es um die grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit ungeachtet aller nach 1945 geschlossenen internationalen Kooperationsabkommen und der Einrichtung von Interpol nach wie vor nicht zum Besten steht. Wie polizeiwissenschaftliche Arbeiten zeigen, besteht auch heute noch selbst zwischen den verbündeten westlichen Demokratien und trotz der Terroranschläge vom 11. September 2001 große Zurückhaltung etwa gegenüber dem Austausch sicherheitsrelevanter Daten[159]. Die innere Sicherheit wird nach wie vor als Kernbereich nationaler Souveränität verstanden.

Entscheidend ist jedoch, dass man die Frage nach der Qualität der deutsch-italienischen Zusammenarbeit in der Epoche des Faschismus nicht im diachro-

[156] Vgl. Liebscher, Freude und Arbeit, S. 308–317.

[157] Vgl. Patrick Bernhard, From Libya to the Generalgouvernement. Italian colonialism as a model for the German planning in Eastern Europe, Konferenzpapier für das 124. Annual Meeting der American Historical Association am 10. 1. 2010 in San Diego, erscheint voraussichtlich in: Journal of Contemporary History (2012).

[158] Hier zeigt sich eine auffällige Parallele zur Erforschung sowohl der Weimarer Republik als auch der DDR.

[159] Vgl. Mathieu Deflem, International Policing, in: Jack R. Greene (Hrsg.), The encyclopedia of police science, Bd. 1, New York ³2007, S. 701–704.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nen, sondern nur im synchronen Vergleich beantworten kann. Der valideste Bewertungsmaßstab hierfür sind zweifellos die Polizeikontakte zwischen den USA und Großbritannien in den Jahren 1933 bis 1945. Immerhin sprach man ja bereits 1940 von einzigartig intensiven, nämlich „special relationships" zwischen den beiden westlichen Alliierten. Ein erster Vergleich hat hier freilich gezeigt, dass die Kooperation zwischen dem britischen Auslandsgeheimdienst MI6 und dem amerikanischen FBI bei weitem nicht so intensiv war wie die zwischen den Polizeien der beiden Achsenmächte[160]. Das galt für die institutionelle Ausgestaltung der Polizeikontakte ebenso wie für den Umfang und die Qualität des Informationsaustausches. Ein formales Kooperationsabkommen zwischen London und Washington kam gar nicht erst zustande. Und der „Einbau" von Agenten des anderen Landes in die eigenen Polizeibehörden war ein offensichtlich so fremder Gedanke, dass er nicht einmal diskutiert wurde. So fiel denn auch 1942 das Fazit der Briten über die bisherigen Erfolge nach drei Jahren Zusammenarbeit mit den Amerikanern vernichtend aus: "The basic fact is that for three years there has been no proper exchange of information between ourselves and the FBI who have an almost completely analogous problem."[161] Die hauptsächlichen Gründe hierfür waren gegenseitiges Misstrauen, Unterschiede in der jeweiligen „cop culture", die starke Rivalität zwischen den verschiedenen amerikanischen Sicherheitsdiensten sowie die fehlenden verfassungsrechtlichen Grundlagen für tief greifende Eingriffe in die Freiheitsrechte ihrer Bürger[162].

Worin liegt nun aber der höhere Erkenntniswert transnationaler Studien insgesamt? Wie jüngst deutlich gemacht wurde, verweisen länderübergreifende Lernprozesse letztlich auch auf die ideologische Nähe zweier Staaten. Der Austausch von Wissen zwischen konkurrierenden politischen Systemen bleibt dagegen immer sehr begrenzt; ein solcher Kulturtransfer reduziert sich in der Regel auf die Übernahme technischer und administrativer Innovationen[163]. Die Bereitschaft, von einer anderen Gesellschaft zu lernen, stößt nämlich dort an ihre Grenzen, wo der zu adaptierende Gegenstand aufgrund grundlegender Unterschiede zur politischen oder sozialen Ordnung des aufnehmenden Staates nicht mehr integriert werden kann[164]. In anderen Worten: Strukturelle Ähnlichkeiten der institutionellen und politischen Rahmenbedingungen sind die Vorbedingung für jeden tiefer greifenden Transferprozess. Diesen Zusammenhang thematisierte übrigens schon das nationalsozialistische Regime selbst: Als man sich in Deutschland an den Aufbau einer Kolonialpolizei machte, blickte man zwar auch auf andere Staa-

[160] Vgl. Bernhard, Repression transnational, in: Schulte (Hrsg.), Polizei im NS-Staat, S. 422 f.
[161] Vermerk des MI6 vom 19. 12. 1942, in: The National Archives/Public Record Office, KV 4, 395.
[162] Memorandum des MI6 betr. Verhandlungen in Washington vom 18. 6. 1942, in: Ebenda, 394.
[163] Vgl. Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von Martin Aust und Daniel Schönpflug, Frankfurt a. M./New York 2007.
[164] Siehe hierzu die Überlegungen des Autors in der Rezension zu Aust und Schönpflug, Vom Gegner lernen, in: sehepunkte 9 (2009), Nr. 3 [15. 03. 2009], URL: http://www.sehepunkte.de/2009/03/13756.html.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ten. Letztlich entschied sich das Dritte Reich jedoch für das italienische Modell, weil zwischen Staats- und Polizeigewalt „ein enger innerer Zusammenhang" bestehe[165]. Anleihen etwa von der westlichen Kolonialmacht Frankreich hielt man dagegen für ausgeschlossen. Wenn das Dritte Reich und das Italien Mussolinis in so zentralen Fragen wie der rassisch grundierten Siedlungspolitik, der totalitären Mobilisierung der Gesellschaft und eben auch der Gegnerbekämpfung gegenseitig voneinander lernten, dann lagen die beiden faschistischen Regime ungleich näher zusammen, als die Forschung das bislang angenommen hat.

Die deutsch-italienischen Beziehungen erschöpften sich jedoch nicht in derartigen Transfers. Viel wichtiger noch ist das, was die angelsächsische Forschung als Framing bezeichnet: Von Anbeginn an stellten die Nationalsozialisten sich und ihr Handeln in einen grenzüberschreitenden, eben transnationalen Kontext. Dabei wurde der italienische Faschismus zum zentralen Referenzpunkt: Kein anderes politisches System beeinflusste das Dritte Reich offensichtlich stärker als der Staat Mussolinis. Wie Andreas Wirsching herausgearbeitet hat, zeigten sich rechte Kreise in Deutschland zwar fasziniert von der Oktoberrevolution, das kommunistische System diente letztlich jedoch allein der ideologischen Abgrenzung[166]. Immer wieder bezog sich die nationalsozialistische Führungsspitze stattdessen auf Mussolinis Staat und unterstrich dabei die eigene Bereitschaft, vom faschistischen Modell zu lernen. Die Folge davon war eine starke kommunikative Verflechtung der beiden Regime. Das trifft nicht nur auf die Anfangsjahre der braunen Diktatur zu, als sich das junge Regime gewissermaßen noch auf der Suche befand, weil es mit der Weimarer „Systemzeit" ebenso brechen wollte wie mit Traditionsbeständen aus der Kaiserzeit. Auch in der Endphase des Dritten Reichs blieb der Faschismus zumindest in einigen Feldern ein wichtiger Bezugspunkt. Das zeigt sich nicht zuletzt an den Planungen für die architektonische Neugestaltung der deutschen Städte nach Kriegsende; das projektierte Baugesetzbuch von 1942 knüpfte nämlich an die diesbezüglichen Überlegungen der Italiener an[167].

Wie wir aus der sozialpsychologischen Forschung wissen, sind Refrenzrahmen für die kognitive Orientierung und die Handlungen von Personen von zentraler Bedeutung[168]. Die faschistische Matrix, verstanden als politischer und kultureller Deutungshorizont, wirkte damit strukturierend und letztlich auch sinngebend für das nationalsozialistische Regime. Dass die Nationalsozialisten sich in so zentralen Feldern wie der Bevölkerungs- und Siedlungspolitik überhaupt auf das faschistische Italien bezogen und sich damit ganz augenscheinlich beständig rückversicherten, auf dem „richtigen Weg" zu sein, verdeutlicht schließlich, dass

[165] Ausarbeitung des Reichskolonialamts, Abschnitt „Polizei", von 1942, in: BA, Berlin, R 1001, 9757.

[166] Vgl. Andreas Wirsching, Antibolschewismus als Lernprozess. Die Auseinandersetzung mit Sowjetrussland in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Aust/Schönpflug (Hrsg.), Vom Gegner lernen, S. 137–156.

[167] Vgl. ansatzweise bereits Christian Schneider, Stadtgründung im Dritten Reich, Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie, Ressortpolitik, Repräsentation, München 1978, S. 19–30 u. S. 92.

[168] Vgl. beispielhaft Harald Welzer, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2005.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Nationalsozialismus nicht so unabhängig, verschieden oder gar „einzigartig“ war, wie das die NS-Forschung lange unterstellt hat[169]. Das heißt umgekehrt, dass man die Geschichte des Dritten Reichs viel stärker vom Faschismus her denken und schreiben muss. Nur so lässt sich letztlich dessen historischer Ort in der europäischen Krisengeschichte der Zwischenkriegszeit adäquat bestimmen[170].

[169] Vgl. Ian Kershaw, Hitler and the uniqueness of Nazism, in: Constantin Iordachi (Hrsg.), Comparative Fascist Studies. New Perspectives, London/New York 2010, S. 238–254.

[170] Vgl. neuerdings auch Martin Baumeister, Auf dem Weg in die Diktatur. Faschistische Bewegungen und die Krise der europäischen Demokratien, in: Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, hrsg. von Winfried und Dietmar Süß, München 2008, S. 13–34.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die SS bezeichnete sich selbst als „Elitetruppe“ des „Führers“ und als „verschworene Gemeinschaft“ ideologiefester Nationalsozialisten. Aber stimmten Anspruch und Realität tatsächlich überein? Gelang es Himmler wirklich, eine Auslese zu treffen und die gut 200.000 Freiwilligen aus allen Schichten auf seine „rassische“ Linie zu bringen? Bastian Hein vom Institut für Zeitgeschichte geht diesen Fragen nach und zeigt, wie deutsche Männer zu Mitgliedern des „Schwarzen Ordens“ wurden – und wie dieser Initiationsprozess mit dem „verbrecherischen“ Charakter der Schutzstaffel zusammenhängt.

Bastian Hein

Himmlers Orden

Das Auslese- und Beitrittsverfahren der Allgemeinen SS

Im Sommer 2007 musste sich die „Zunft der Zeithistoriker“ eine herbe Schelte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gefallen lassen. Sie wirke hilflos und biete trotz „zahlreicher, oft DFG-geförderter Projekte“ zwar mit Verve vorgetragene Meinungen, aber wenig inhaltliche Substanz. „Es wird geglaubt, gemeint und für wahrscheinlich gehalten – und trotzdem kräftig bewertet“, so die Kritik des Feuilletonisten[1]. Worum ging es in der Sache? Seit 2002 waren in der zentralen Mitgliederkartei der NSDAP Einträge zu mehreren prominenten Bundesbürgern, u. a. Walter Jens, Martin Walser und Dieter Hildebrandt, entdeckt worden. Diese Angehörigen der sogenannten Flakhelfergeneration hatten einhellig abgestritten, in den letzten Jahren des Dritten Reichs noch „Parteigenossen“ geworden zu sein[2]. Und als sich die Öffentlichkeit Rat suchend an die Experten wandte, musste sie feststellen, dass einfache und eindeutige Antworten nicht zu bekommen waren[3]. Dass über einen so zentralen Aspekt wie das Beitrittsverfahren der NSDAP noch kein kanonisiertes Wissen vorlag, empfand die Frankfurter Allgemeine als ein „überraschendes, sogar erschreckendes Desiderat der Forschung“[4].

Mittlerweile kann diese Lücke als geschlossen gelten. Den langwierigen Prozess des Parteibeitritts hat vor allem Michael Buddrus im Detail rekonstruiert. Strittig und angesichts der Quellenlage letztlich nicht mit Sicherheit zu beantworten bleibt, ob dieses Verfahren in der Endphase des Krieges im Einzelfall unterlaufen wurde, etwa indem ein unter Quotendruck stehender HJ-Führer Unterschriften

[1] „Geglaubte Historie“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 7. 2007.
[2] „All diese Karteikarten der NSDAP“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 7. 2007.
[3] Vgl. u. a. Michael Buddrus, „War es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden?“ Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin für das „Internationale Germanistenlexikon 1800–1950“, in: Geschichte der Germanistik. Mitteilungen 23/24 (2003), S. 21–26, versus Norbert Frei, „Hitler-Junge, Jahrgang 1926“, in: Die Zeit vom 11. 9. 2003.
[4] „Geglaubte Historie“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 7. 2007.

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0013

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fälschte[5]. Die Tatsache, dass dieses Wissen so spät und sozusagen erst auf Nachfrage produziert wurde, erklärt Armin Nolzen damit, dass es im Nachkriegsdeutschland eher darum gegangen sei, die vielen Millionen „kleiner Parteigenossen" möglichst rasch und vollständig zu reintegrieren. Die bloße NSDAP-Mitgliedschaft sei als „Kavaliersdelikt" bewertet und daher nicht genauer untersucht worden[6]. Diese Erklärung kann jedoch keinesfalls für die SS-Zugehörigkeit ins Feld geführt werden, obwohl auch über das Aufnahmeverfahren in Himmlers Orden bislang wenig bekannt ist[7]. Warum genauere Analysen unterblieben, ist schwer zu sagen. Das ubiquitäre, aber irreführende Diktum, dass das Dritte Reich ausgeforscht sei, mag dabei ebenso eine Rolle spielen wie die gerichtsoffizielle Einstufung der SS als „verbrecherische Organisation", die präzisere Nachfragen überflüssig erscheinen ließ. Zudem diente die in diesem Urteil angelegte Verengung des Täterbegriffs auf die SS-Mitglieder dazu, der Mehrzahl der Deutschen ein bequemes „Alibi" zu liefern[8]. Generell gilt jedenfalls, dass die sogenannte Allgemeine SS, in deren Zuständigkeit das Mitgliederwesen primär fiel, anders als der SD, die Gestapo, die Konzentrationslager-SS oder die Waffen-SS nur wenig Forschungsinteresse auf sich gezogen hat[9].

Im Folgenden soll – abseits aufgeregter Feuilletondebatten – die Frage beantwortet werden, wie deutsche Männer Mitglieder im „Schwarzen Orden" wurden. Aus einer genauen Rekonstruktion des Beitrittsverfahrens können Rückschlüsse auf die Konstituierung dieser in der Tat zentralen NS-Tätergruppe gewonnen werden. Dabei wird in sechs Schritten vorgegangen: Erstens wird skizziert, worum es sich bei der Allgemeinen SS eigentlich handelte. Zweitens wird die SS-Anwerbung

[5] Eine falsche Eindeutigkeit insinuiert dagegen der Klappentext des Sammelbands von Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009: „Das Ergebnis ist einfach: Niemand musste Parteigenosse werden." Die enthaltenen Aufsätze kommen eher zu differenzierten Ergebnissen. Zusammenfassend und im Urteil erfreulich klar jetzt auch Dagmar Reese, Zum Stellenwert der Freiwilligkeit. Hitler-Jugend und NSDAP-Mitgliedschaft, in: Mittelweg 36 19 (2010), H. 6–7, S. 63–83, v. a. S. 81–83.

[6] „Wie kam man denn nun in die NSDAP?", in: Die Welt vom 4. 7. 2007.

[7] Ansätze zum Mitgliederwesen der SS bei Robert Koehl, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison 1983, S. 22, S. 54, S. 82–84 u. S. 116, sowie bei Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut". Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 59–62.

[8] So die titelgebende These von Gerald Reitlinger, The SS. Alibi of a Nation 1922–1945, London 1956.

[9] Zur SS-Forschung vgl. Jan Erik Schulte, Zur Geschichte der SS. Erzähltraditionen und Forschungsstand, in: Ders. (Hrsg.), Die SS, Himmler und die Wewelsburg, Paderborn u. a. 2009, S. XI–XXXV. Dort bezeichnenderweise nicht erwähnt die wenig bekannte einzige Spezialstudie zur Allgemeinen SS von Robert John Shalka, The „General-SS" in Central Germany, 1937–1939: A Social and Institutional Study of SS-Main Sector Fulda-Werra, Ann Arbor 1972. Die begriffliche Unterscheidung zwischen Konzentrationslager- und Waffen-SS entspringt der Forschungstradition. Sie beinhaltet keinesfalls, dass die Mitglieder der Waffen-SS bloß „Soldaten wie andere auch" gewesen seien, die mit den SS-Verbrechen nichts zu tun hatten. Zur Waffen-SS vgl. noch immer grundlegend Bernd Wegner, Hitlers Politische Soldaten, Die Waffen-SS 1933–1945, Paderborn u. a. [7]2006; neuerdings auch Jean-Luc Leleu, La Waffen-SS. Soldats politiques en guerre, Paris 2007.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

untersucht, also wie Männer zu einer Bewerbung gebracht wurden, drittens die SS-Auslese, d. h. die Auswahl unter den Bewerbern. Viertens folgt eine Beschreibung des Verfahrens, mit dem die Ausgewählten formell aufgenommen wurden. Fünftens wird ergänzend in den Blick genommen, ob und wie SS-Männer ihre Mitgliedschaft in der „verschworenen Gemeinschaft" der SS wieder beenden konnten. Sechstens und letztens werden einige abschließende Wertungen angeboten.

1. Die Allgemeine SS

Bis 1932 bestand die Schutzstaffel nahezu ausschließlich aus „Amateuren", also aus Männern, die sich neben ihrem Beruf und unentgeltlich für die „Bewegung" engagierten[10]. Erst als sich die Finanzlage der NSDAP nach der „Machtergreifung" rapide verbesserte und die SS begann, zur Etablierung der Führerdiktatur staatliche Funktionen im Bereich der inneren Sicherheit zu usurpieren, wuchs die Zahl der Hauptamtlichen. Diese kamen vor allem in zwei neuen SS-Unterorganisationen zum Einsatz: in der Verfügungstruppe, die aus bewaffneten und kasernierten Mannschaften zum jederzeitigen und flexiblen Einsatz auf Befehl Hitlers bestand, und in den Totenkopfverbänden, die die Wachmannschaften für die Konzentrationslager stellten. Zur Unterscheidung von diesen beiden Einheiten und vom ebenfalls allmählich wachsenden Sicherheitsdienst, dem Nachrichtendienst der SS[11], etablierte sich der Begriff Allgemeine SS. Diese umfasste neben einer relativ kleinen Zahl von hauptamtlichen Führern in den Stäben der Oberabschnitte, Abschnitte, Standarten und Sturmbanne diejenigen Männer, die nach wie vor in ihrer Freizeit dem „normalen" SS-Dienst nachgingen.

Das bedeutete, dass sie sich abends und sonntags weltanschaulich schulen und durch Sport und paramilitärischen Geländedienst „wehrfähig" machen ließen. Des weiteren unterstützten sie den Goebbelsschen Propagandaapparat, etwa indem sie als „Marschtruppe" bzw. „Absperrdienst" an politischen Veranstaltungen wie den Reichsparteitagen teilnahmen, für das Winterhilfswerk sammelten oder „Wahlkampf" für die Volksabstimmungen machten, mit denen das Regime den Konsens der „Volksgemeinschaft" inszenierte[12]. Schließlich trugen sie zum alltäglichen Terror gegen andersdenkende und „rassisch" unliebsame Menschen bei, etwa dadurch, dass sie Juden und vermeintlich jüdisch Aussehende verprügelten oder einen Pfarrer misshandelten, der sich kritisch geäußert hatte[13].

[10] Der folgende Überblick stellt eine knappe Synthese der bisherigen Forschung dar, zuletzt zusammengefasst in: Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008.

[11] Vgl. Carsten Schreiber, Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens, München 2008.

[12] Vgl. Otmar Jung, Plebiszit und Diktatur. Die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund" (1933), „Staatsoberhaupt" (1934) und „Anschluss Österreichs" (1938), Tübingen 1995.

[13] Zur Teilnahme der SS an „wilder" antijüdischer Gewalt siehe u. a. Gerhard Menk, Waldeck im Dritten Reich. Voraussetzungen und Wirken des Nationalsozialismus im hessischen Norden, Korbach 2010. Zu der „Aktion" gegen den Pfarrer siehe Hans-Jürgen Döscher, Der „Fall Beh-

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zur Allgemeinen SS gehörten nach ihrem raschen Wachstum im Jahr der „Machtergreifung" zwischen 1934 und 1939 relativ konstant zwischen 180.000 und 210.000 Männer und somit rund 90 Prozent aller SS-Angehörigen. Im Krieg schrumpfte sie dann durch Einziehungen zur Wehrmacht bzw. zur Waffen-SS auf nur noch rund 50.000 Mann Ende 1943[14]. Im Hinblick auf ihre Sozialstruktur stellte die Allgemeine SS eine relativ heterogene Gruppe mit einer gewissen sozial-elitären Neigung dar, das heißt, in ihr waren Männer aus allen Bevölkerungsgruppen vertreten, wobei Gebildete und Angehörige der oberen Mittel- und Oberschicht leicht überrepräsentiert waren. Um diesen abstrakten Befund zu konkretisieren: Ende 1937 befanden sich in der Allgemeinen SS rund 3.000 Ärzte, 2.500 Juristen und 2.000 Lehrer, aber auch beispielsweise ca. 500 Arbeitslose, 13.000 an- bzw. ungelernte Arbeiter, 11.000 Bauern, 23.000 kaufmännische Angestellte sowie je 2.000 Metzger und Maurer[15]. Wie aber waren diese Männer zur SS gekommen?

2. Die Anwerbung

Als Adolf Hitler im Februar 1925 die nach dem Putschversuch verbotene NSDAP neu gründete, blieb zunächst offen, wie der paramilitärische Arm der Nationalsozialisten, die SA, reorganisiert werden sollte. Ernst Röhm, der einen Großteil der SA unter dem Tarnnamen „Frontbann" zusammengehalten hatte, war nicht bereit, sich der politischen Führung vollständig unterzuordnen[16]. Um dem „Führer" wenigstens eine kleine, zuverlässige Schlägertruppe zur Verfügung stellen zu können, riefen Hitlers enge persönliche Vertraute Julius Schreck und Josef Berchtold die „Schutzstaffeln" ins Leben, für die sie „die besten und aktivsten Kräfte innerhalb unserer Bewegung" anzuwerben versuchten[17]. Zugleich hatten jedoch die Ortsgruppen-, Kreis- und Gauleiter der NSDAP auch die SA neu aufgestellt. Für diese im Vergleich zu den „Schutzstaffeln" viel größeren Verbände berief Hit-

rens" in Stade. Eine Dokumentation zum Verhältnis Kirche – Partei – Staat im Dritten Reich, in: Stader Jahrbuch 66 (1976), S. 103–144.

[14] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), DC 01.06, Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffeln der NSDAP 1938, S. 16 f.; Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, N 756, Bd. 47b, Ausarbeitung des Statistisch-Wissenschaftlichen Instituts der Reichsführers-SS betr. Stärke der SS am 31. 12. 1943.

[15] Zahlen nach IfZ-Archiv, DC 01.06, Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffeln der NSDAP 1938, S. 103–105. Zur Zusammensetzung des SS-Führerkorps siehe Gunnar Charles Boehnert, A Sociography of the SS Officer Corps, London 1978, und Herbert F. Ziegler, Nazi Germany's New Aristocracy. The SS Leadership 1925–1939, Princeton 1989. Zur Gesamtmitgliedschaft – allerdings auf unzureichender Datenbasis – vgl. Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London/New York 1991, S. 181–201.

[16] Vgl. Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, S. 46–52.

[17] Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, NS 19, Bd. 1934, Bl. 3, Rundschreiben Nr. 1 Julius Schrecks vom 21. 9. 1925, und ebenda, Bl. 14, Rundschreiben Nr. 1 Josef Berchtolds vom 14. 4. 1926; vgl. auch „Was sind und was wollen die Schutzstaffeln der N.S.D.A.P?", in: Völkischer Beobachter vom 29. 1. 1926. Berchtold war nach dem Hitlerputsch zunächst nach Österreich geflohen, kehrte nach der sog. „Hindenburg-Amnestie" im April 1926 nach Deutschland zurück, löste Schreck an der Spitze der Schutzstaffel ab und führte als erster den Titel „Reichsführer SS".

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ler im Herbst 1926 den bisherigen westfälischen Gauleiter und ehemaligen Freikorps-Führer Franz Pfeffer von Salomon zum Obersten SA-Führer. Pfeffer bestand mit Erfolg darauf, dass ihm auch die SS unterstellt wurde. Gekränkt trat wenig später Josef Berchtold von seinem Amt als Reichsführer SS zurück. Für diese begann damit eine gut dreijährige Phase nahezu völliger Bedeutungslosigkeit, in der sie zunächst von Berchtolds bisherigem Stellvertreter Erhard Heiden, ab Januar 1929 von Heinrich Himmler geführt wurde[18].

Erst als große Teile der nordostdeutschen SA im Sommer 1930 bzw. Frühjahr 1931 unter Pfeffers regionalem Stellvertreter Walther Stennes gegen Hitler und die aus ihrer Sicht „verbonzte" Parteiführung aufbegehrten[19], konnte die SS eine wirklich bedeutsame Aufgabe übernehmen und damit eine Sonderidentität als treue „Polizei der Bewegung" bzw. „Garde des Führers" entwickeln[20]. Jetzt schlug auch die Stunde von Heinrich Himmler, der bis zum September 1930 hauptsächlich in der Reichspropagandaleitung der NSDAP gewirkt hatte und sich nun wirklich auf die SS zu konzentrieren begann[21]. Von Pfeffers Nachfolger als SA-Chef, Ernst Röhm, dem er seit dem Hitlerputsch persönlich eng verbunden war, bekam Himmler grünes Licht für den Ausbau der SS auf zehn Prozent der SA, was Anfang 1931 mehr als eine Verdoppelung von knapp 3.000 auf 6.000–8.000 Mann bedeutete[22].

Für die dafür nötige Rekrutierung stellte Himmler im Juni 1931 bei einer hochrangig besetzten Führerbesprechung der SS ein Konzept vor, in dessen Mittelpunkt der folgende Satz stand: „Die besten Soldaten, überhaupt die besten Deutschen kommen von selbst zu uns, wir brauchen sie nicht zu holen, in dem Augenblick, in dem sie sehen, dass die SS richtig aufgebaut ist, dass die SS wirklich gut ist."[23] Himmler wünschte im Gegensatz zu seinen Vorgängern also keine offenen Werbekampagnen für die SS z. B. mit Plakaten, Zeitungsannoncen oder Rundfunkaufrufen. Solche Initiativen ließ er vielmehr in den folgenden Jahren ausdrücklich verbieten[24]. Die SS sollte vor allem auf die Anziehungskraft ihres

[18] Vgl. Koehl, Black Corps, S. 26–32. Die Gründe für den „Rücktritt" Heidens, der offiziell aus „familiären Gründen" erfolgte, sind nicht eindeutig geklärt. Die zeitgenössische SPD-nahe Presse hielt ihn für einen Polizeispitzel, andere Quellen sprachen von finanziellen Unregelmäßigkeiten. 1933 wurde Heiden ermordet, wahrscheinlich auf Befehl Himmlers.

[19] Zu den Hintergründen ausführlich BA Berlin, NS 26, Bd. 83, 17-seitige Broschüre „Wie es zur Stennes-Aktion kam", hrsg. von Walther Stennes [o. D., 1931].

[20] BA Berlin, NS 23, Bd. 470, Bl. 102726, Befehl Hitlers zur Kooperation von SA und SS vom 7. 11. 1930; BA Berlin, NS 23, Bd. 470, Bl. 102728, SA-Befehle Nr. 3 und 4 vom 25. 2. 1931.

[21] Vgl. Longerich, Himmler, S. 122–124.

[22] Zu den Verhandlungen zwischen Himmler und Röhm siehe BA Berlin, NS 23, Bd. 470, Bl. 102739 f., Mitteilung des LKA Berlin betr. rechtsradikale Bewegungen vom 15. 7. 1931. Zur 10%-Regelung BA Berlin, NS 23, Bd. 509, SA-Befehl Nr. 1 vom 16. 1. 1931. Genaue Zahlen sind angesichts des rasanten Wachstums beider Organisationen nach dem Durchbruch der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 nicht anzugeben bzw. dort wo man sie findet nicht verlässlich.

[23] BA Berlin, NS 19, Bd. 1934, Bl. 94–105 u. Bl. 109–113, Protokoll über die Führerbesprechung der SS am 13./14. 6. 1931.

[24] Z. B. BA Berlin, NS 31, Bd. 368, Bl. 180, Befehl des Chefs des SS-Amts, Wittje, vom 1. 10. 1934; Staatsarchiv (künftig: StA) Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 134, Befehl des Stabsführers des OA Rhein vom 4. 6. 1936.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

elitären Rufs setzen, der in einer Vielzahl von Reden und Artikeln konstruiert wurde. Ein zentraler Bestandteil dieser Imagebildung war die Behauptung, die SS sei extrem selektiv und nehme nur einen kleinen Bruchteil der Bewerber auf. Ein anderer war der Anspruch, die SS-Männer seien aufgrund ihrer „rassischen" Überlegenheit körperlich und geistig höchst leistungsfähig, äußerst sattelfest in allen Feinheiten der NS-Weltanschauung, hundertprozentig zuverlässig und gehorsam sowie als gewaltbereite „Kämpfer" und fürsorgliche Väter und Kameraden hochgradig männlich[25].

Da die SS aber realiter in vielerlei Hinsicht eine – um einen von Armin Nolzen zu ihrer Analyse aus der Betriebswirtschaftslehre entlehnten Fachbegriff aufzugreifen – „Adhokratie"[26] war, die sich höchst flexibel an die jeweiligen Gegebenheiten anpasste, wurde dieses eher passive, auf die allgemeine Imagepflege setzende Konzept in der Praxis von Anfang an dadurch ergänzt, dass man gezielt Männer aus anderen Organisationen abwarb. Das lange Zeit bedeutendste Rekrutierungsbecken stellte dabei die SA dar. Hier kam es 1931/32 zu regelrechten Abkommandierungen in die SS[27]. Andererseits beschwerten sich zahlreiche SA-Führer darüber, dass die SS ihnen allzu aggressiv die besten Männer ausspannte, ohne sich an die vereinbarten Regelungen betreffend Quoten und Standorte zu halten[28]. Als die SA 1933 ihrerseits dazu überging, sich systematisch andere Organisationen einzuverleiben, allen voran rund 710.000 Mann vom Stahlhelm[29], stand auch die SS nicht völlig zurück. Sie erhielt zehn Prozent der Mitglieder aller deutschen Reitervereine, die sich im Zuge der Gleichschaltung entweder Röhm unterstellen oder auflösen mussten[30]. Zudem traten rund 3.000 Mann der „Bri-

[25] Zur Auslesebehauptung siehe Rede Himmlers vor SS-Gruppenführern in München am 8.11.1938, in: Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, Frankfurt a.M. u.a. 1974, S.35. Zum Höchstleistungsanspruch vgl. Reinhard Heydrich, Die Wandlungen unseres Kampfes, München 1936. Zur besonderen „Männlichkeit" der SS vgl. Todd Ettelson, The Nazi "New Man". Embodying Masculinity and Regulating Sexuality in the SA and SS, 1930–39, Diss. University of Michigan 2002, S.204–233.

[26] Armin Nolzen, „... eine Art Freimaurerei in der Partei"? Die SS als Gliederung der NSDAP 1933–1945, in: Schulte (Hrsg.), Wewelsburg, S.44. Der Begriff geht ursprünglich auf den englischen BWL-Professor Henry Mintzberg zurück und meint das Gegenteil einer streng regelhaft arbeitenden „Bürokratie".

[27] Laut BA Berlin, NS 23, Bd. 509, SA-Befehl Nr. 1 vom 16.1.1931, musste bei der Neuaufstellung einer lokalen SS-Einheit die örtliche SA jeweils 50% der vereinbarten SS-Sollstärke stellen.

[28] Ein besonders deutliches Beispiel bietet BA Berlin, NS 23, Bd. 474, Bl. 105106f., Bericht des Führers der SA-Untergruppe Unterfranken an Röhm vom 21.9.1932: „Die SS wirbt überall wild drauflos und versucht dauernd SA-Männer für die SS zu gewinnen, wodurch Reibungen entstehen. Sie hält sich nicht an die 10% und an bestimmte SS-Standorte, sondern wirbt auch auf dem flachen Lande."

[29] Vgl. Alois Klotzbücher, Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition" 1918–1933, Erlangen-Nürnberg 1964, S.49.

[30] BA Berlin, NS 23, Bd. 511, Rundschreiben Röhms vom 24.4.1933. Die Darstellung Heinz Höhnes, derzufolge die deutschen Reiter 1933 vorrangig in die SS gingen und deren sozi-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gade Ehrhardt" in die SS ein. Dabei handelte es sich um einen rechtsradikalen Kampfverband um den ehemaligen Kapitän der kaiserlichen Marine Hermann Ehrhardt, der 1919 als Freikorps entstand, die 1920er Jahre unter Tarnnamen wie „Organisation Consul" oder „Bund Wiking" überdauerte und 1931/32 als „Gefolgschaft" Ehrhardts neu aufgestellt wurde[31]. 1936 schloss Himmler außerdem ein Bündnis mit dem Dachverband der deutschen Kriegervereine. Die SS nahm die Reichsführung und die Landesführer des „Kyffhäuserbundes" mit hohen Ehrenführerrängen auf. Dieser wiederum hielt seine Mitglieder an, ihre Söhne von den Vorzügen der SS-Mitgliedschaft zu überzeugen[32]. Ebenfalls ab 1936 umgarnte Himmler die Hitlerjugend als neuen Wunschpartner bei der SS-Rekrutierung. 1937 begann die praktische Kooperation. Der März und der April wurden zu Monaten der Zusammenarbeit erklärt, in denen durch gemeinsame Veranstaltungen unter den HJ-Angehörigen Verständnis für die besonderen Aufgaben der SS geweckt werden sollte. Anschließend begann man, die älteren Jugendlichen vorzumustern, um geeignete Kandidaten für eine spätere persönliche Anwerbung zu erfassen. Die Kooperation verlief hauptsächlich auf der Ebene der HJ-Banne bzw. SS-Standarten, wobei teilweise feste Anwerbungskontingente vorgegeben wurden[33].

Die vielfach improvisierte und regional sehr unterschiedliche Rekrutierungspraxis der SS stellte Heinrich Himmler auf die Dauer nicht zufrieden. Im April 1938 konstatierte er: „Ich habe mir die Werbung der SS-Männer [...] seit langen Jahren angesehen und mir hierüber ständig Gedanken gemacht, da mir die bisherige Art nicht geeignet erscheint, in genügendem Maße die wertvollsten deutschen Menschen für die SS zu gewinnen [...]."[34] In den folgenden Monaten kam es zu grundlegenden Reformen: Zum einen wurde die Kooperation mit der Hitlerjugend systematisiert, indem man zwei Sonderformationen der HJ, den „Streifendienst" und den „Landdienst"[35], zu Nachwuchsorganisationen der SS umformte, deren Mitglieder nach ihrem 18. Geburtstag in die SS überführt werden

alelitäre Prägung verstärkten, trifft also nicht zu; vgl. Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967, S. 129.

[31] Zur Geschichte der Brigade vgl. allgemein Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971, zur Integration in die SS vgl. Susanne Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000, S. 216–237.

[32] Aufnahme von Kyffhäuser-Führern in die SS, in: BA Berlin, NS 34, Bd. 88; Werbung für die SS im Kyffhäuser, in: Ebenda, NS 31, Bd. 274, Bl. 17, Befehl des Führers des OA Rhein vom 24. 8. 1936.

[33] Vgl. Gerhard Rempel, Hitler's Children. The Hitler Youth and the SS, Chapel Hill u. a. 1989, S. 24–34.

[34] BA Berlin, NS 19, Bd. 218, Bl. 3–10, Schreiben an das SS-HA vom 20. 4. 1938.

[35] Der Streifendienst war eine Art Jugendpolizei, der für die Aufrechterhaltung der Disziplin in der HJ bzw. die Bekämpfung gegnerischer Jugendgruppen zuständig war; vgl. Armin Nolzen, Der Streifendienst der Hitler-Jugend (HJ) und die „Überwachung der Jugend" 1934–1945, in: Christian Gerlach (Hrsg.), „Durchschnittstäter". Handeln und Motivation, Berlin 2000, S. 13–51. Im Landdienst wurden junge Männer und Frauen gruppenweise in Dörfern oder größeren Gütern angesiedelt, wo sie als landwirtschaftliche Hilfskräfte zu Bauern ausgebildet werden sollten. BA Berlin, NS 31, Bd. 366, Bl. 15–23, Denkschrift Gottlob Bergers von 1939.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten[36]. Zum anderen wurde das bisherige Ergänzungsamt des SS-Hauptamts aufgespalten. Das neue Erfassungsamt verblieb unter der Leitung des alten Amtschefs Friedrich Hauser, einem gelernten Kaufmann und Verwaltungsexperten[37]. Das Ergänzungsamt wurde dagegen dem ungleich dynamischeren Gottlob Berger unterstellt, der sich daran machte, einen regionalen Unterbau für die aktive Anwerbung zu schaffen. In jeder Standarte wurde ein „ehrenamtlicher Ergänzungsführer" benannt und in jedem Oberabschnitt eine „Ergänzungsstelle" eingerichtet, in der sich mehrere Hauptamtliche voll der Rekrutierung widmeten[38]. Dieser neue Apparat trat jedoch nicht mehr in den Dienst der Allgemeinen SS. Vielmehr wurde er ab 1939 für den rasanten Ausbau der Waffen-SS eingesetzt.

Auch für deren Rekrutierung galt lange das Freiwilligkeitsprinzip, allerdings wurde hier schon früh offensiver geworben, etwa durch Plakate oder im Rundfunk. Im Zweiten Weltkrieg begannen die SS-Werber, den Grundsatz der Freiwilligkeit zunächst inoffiziell auszuhebeln, indem sie junge Männer in Schulen und Lagern der HJ oder des Reichsarbeitsdienstes unter Druck setzten. Ab 1943 wurde der Waffen-SS gestattet, Rekruten unter Zwang einzuziehen. Neben „Reichsdeutschen" wurden ab 1941 zudem auch „Volksdeutsche" und „europäische Freiwillige" für die Kampftruppen der SS angeworben, so dass die Waffen-SS in der Endphase des Krieges ein sehr heterogenes Gebilde darstellte[39].

3. Die Auslese

Für die Unterscheidung zwischen „SS-geeigneten" und unbrauchbaren Bewerbern gab es bis 1931 nur wenige feste Kriterien. Julius Schreck hatte 1925 in den ersten „Richtlinien zur Aufstellung von ‚Schutzstaffeln'" vorgegeben, dass SS-Männer zwischen 23 und 35 Jahre alt, gesund, kräftig und politisch wie persönlich zuverlässig zu sein hatten. Letzteres war durch zwei Bürgen zu bestätigen, von denen einer zu den „maßgeblichen Personen" der NSDAP-Ortsgruppe gehören musste, sowie durch den Nachweis zu bekräftigen, dass der Bewerber schon mindestens fünf Jahre ortsansässig war. Diesen Passus strich Josef Berchtold 1926 ebenso wie

[36] Vgl. Rempel, Hitler's Children, S. 36–38 u. S. 118–120.

[37] BA Berlin, SSO Friedrich Hauser (28. 12. 1898).

[38] Zu Berger vgl. Joachim Scholtyseck, Der „Schwabenherzog". Gottlob Berger, SS-Obergruppenführer, in: Ders/Michael Kißener (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biografien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 77–110; im Vergleich dazu unstrukturiert Gerhard Rempel, Gottlob Berger – „Ein Schwabengeneral der Tat", in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn u. a. 2000, S. 45–59. Zu Bergers Maßnahmen siehe BA Berlin, NS 19, Bd. 218, Bl. 62–92, Vortragsmanuskript Bergers über die Reform des SS-Ergänzungswesens [o. D.; Mai-Juni 1942].

[39] Vgl. Gerhard Rempel, Gottlob Berger and Waffen-SS Recruitment, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 27 (1980), S. 107–147, und Ruth Bettina Birn, Die SS – Ideologie und Herrschaftsausübung. Zur Frage der Inkorporierung von „Fremdvölkischen", in: Schulte (Hrsg.), Wewelsburg, S. 60–75. Den prominentesten Fall eines zur Waffen-SS Eingezogenen dürfte Günter Grass darstellen; vgl. „Günter Grass im Interview: ‚Warum ich nach sechzig Jahren mein Schweigen breche'", und „Günter Grass enthüllt: ‚Ich war Mitglied der Waffen-SS'", beide in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 8. 2006.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den zur genaueren Qualifizierung der Bürgen. Auch erlaubte er nun ausdrücklich Ausnahmen beim Alter[40].

Wann genau die Mindestgröße für SS-Männer von 1,70 m – in den 1920er und frühen 1930er Jahren guter Bevölkerungsdurchschnitt – eingeführt wurde, lässt sich aus den Akten nicht mehr rekonstruieren. Erstmals nachweisbar ist sie in einem Befehl Heinrich Himmlers, zu diesem Zeitpunkt Stellvertretender Reichsführer SS, vom März 1928. Allerdings waren auch hier Ausnahmen explizit zugelassen[41]. Mit der Einführung einer Mindestgröße verband sich zweierlei: Einerseits rief sie Assoziationen etwa zu den preußischen „Langen Kerls" hervor und symbolisierte so den noch vagen Anspruch der SS, eine Garde des Nationalsozialismus zu sein. Andererseits war zumindest Himmler davon überzeugt, dass es einen Zusammenhang zwischen Körpergröße und „rassischer" Qualität gab[42].

Praktisch vollzogen wurde die Auswahl anfangs nahezu ausschließlich lokal, d. h. vor allem durch die Sturmführer. Neben der persönlichen Bekanntheit mit den Kandidaten oder ihren Bürgen konnten sie sich dabei auf die Selbstaussagen der Bewerber im „Aufnahme- und Verpflichtungsschein" stützen, der u. a. Angaben zur militärischen und politischen Vita, einen kurzen Lebenslauf sowie die Versicherung enthielt, „arischer Abstammung" zu sein und weder einer „Freimaurerloge" noch einem anderen „Geheimbund" anzugehören[43]. Eine systematische Prüfung durch übergeordnete Instanzen war zunächst nicht vorgesehen. Ein entsprechendes Durchlauf- und Zeichnungssystem über Sturmbann, Standarte, Abschnitt und ab 1934 auch Oberabschnitt zur Reichsführung wurde erst in den frühen 1930er Jahren geschaffen[44]. Dass sich Himmler stichprobenartig Aufnahmegesuche vorlegen ließ und aufgrund seiner rassistischen Vorurteile einzelne Männer ausmusterte, deren auf dem „AV-Schein" aufgeklebte Porträtfotos ihm nicht „nordisch" genug aussahen, hatte mit einer zentral gesteuerten Auslese noch nichts zu tun[45]. Bis Ende 1931 traten somit gut 15.000[46] deutsche Männer ohne systematische Überprüfung ihrer körperlichen oder „rassischen"

[40] BA Berlin, NS 19, Bd. 1934, Bl. 4, Richtlinien zur Aufstellung von „Schutzstaffeln", versandt mit dem Rundschreiben Nr. 1 Julius Schrecks vom 21. 9. 1925; BA Berlin, NS 19, Bd. 1934, Bl. 13, Neufassung der Richtlinien der „Schutzstaffeln" durch Josef Berchtold [o. D., ca. 1926].

[41] BA Berlin, NS 19, Bd. 1934, Bl. 32, Befehl Nr. 5 der Oberleitung der SS (gez. Himmler) vom 15. 3. 1928. Zur Durchschnittsgröße der Deutschen siehe Roderick C. Floud, Wirtschaftliche und Soziale Einflüsse auf die Körpergröße von Europäern seit 1750, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1985/2, S. 109 f.

[42] BA Berlin, NS 19, Bd. 1934, Bl. 94–105 u. Bl. 109–113, Protokoll über die Führerbesprechung der SS am 13./14. 6. 1931.

[43] BA Berlin, NS 31, Bd. 395, Bl. 6, Muster des „Aufnahme- und Verpflichtungsscheins" der „Schutzstaffel der N.S.D.A.P. – Oberleitung" [o. D., 1925–29].

[44] BA Berlin, NS 31, Bd. 395, Bl. 7, Muster des „SS-Aufnahme- und Verpflichtungsscheins" [o. D., frühe 1930er Jahre].

[45] Zu dieser Praxis Himmlers siehe Longerich, Himmler, S. 136.

[46] Zahl nach Hermann Kaienburg, Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, S. 65, und Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: „Wehrverband", „Parteitruppe" oder „Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933, Erlangen/Nürnberg 1964, S. 587. Nicht eingerechnet und wohl auch kaum mehr quantifizierbar ist die Mitgliederfluktuation in der frühen SS.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eigenschaften bzw. ihrer „arischen" Abstammung in die SS ein. Alles, was sie selbst tun mussten, um Mitglied zu werden, war den „AV-Schein" auszufüllen, sich eine Uniform zu kaufen[47] und am SS-Dienst teilzunehmen[48].

Zum Jahreswechsel 1931/32 erließ Himmler den „Heiratsbefehl", der allen SS-Männern vorschrieb, ihre Bräute vor der Verlobung von einem neu zu schaffenden Rasseamt begutachten zu lassen. Richard Walther Darré, der neben seiner agrarpolitischen Tätigkeit für die NSDAP der erste Chef dieses Amts war, bewertete diesen Vorgang im Februar 1932 in einem privaten Brief als ersten Schritt vom „Rassegedanken" zur „Rassentat"[49]. Dieser für die SS, aber auch für den gesamten nationalsozialistischen Rassenwahn zentrale Schritt betraf nicht nur die künftigen Frauen der SS-Männer, sondern auch diese selbst. Im Januar 1932 führte Himmler nämlich für neue Bewerber die Musterung durch ehrenamtlich tätige SS-Ärzte ein[50].

Zu verwenden war dabei die von Georg Jung-Marchand, dem von 1929 bis 1932 amtierenden ersten Reichsarzt der SS[51], erarbeitete „Mannschafts-Untersuchungsliste", SS-intern kurz „Mula" genannt. Diese sah eine ausführliche Untersuchung des Bewerbers vor, bei der über 50 einzelne Kriterien bewertet werden sollten, zu denen neben Größe, Gewicht oder dem Zustand der Muskulatur auch Dinge wie Intelligenz, Temperament oder Geltungsbedürfnis gehörten. Bei den meisten Kriterien konnte der untersuchende Arzt zwischen drei bis vier Vorgaben auswählen (bei Intelligenz etwa klug/befriedigend/beschränkt/verlegen), die grob mit den Kategorien des vom Arzt zu fällenden „Schlussurteils" – tauglich/beschränkt tauglich/zeitlich untauglich/untauglich – korrespondierten. Die ausgefüllten Untersuchungsbögen sollten auch als Basis einer Bewertung durch das neue Rasseamt dienen, die ebenfalls vor der Aufnahme einzuholen war[52].

---

[47] Die Uniform war bis einschließlich 1932 noch bedeutend einfacher und weniger einheitlich als nach der „Machtergreifung". Sie bestand zunächst im Wesentlichen aus Braunhemd, Hakenkreuzarmband und schwarzer SS-Mütze. Der teuere „schwarze Rock" wurde erst 1932 eingeführt und allmählich beschafft. Zu undifferenziert hinsichtlich der allmählichen und nie ganz perfekten Entwicklung der SS-Uniformierung z. B. Paula Diehl, Die SS-Uniform als emblematisches Zeichen, in: Herfried Münkler/Jens Hacke (Hrsg.), Strategien der Visualisierung. Verbildlichung als Mittel politischer Kommunikation, Frankfurt a. M. 2009, S. 127–150.

[48] Ein prominentes Beispiel für einen derart raschen und problemlosen SS-Beitritt im Oktober 1931 stellt Karl Wolff dar, lange Zeit als Chef des „persönlichen Stabs" eine Art rechte Hand Himmlers. Vgl. Jochen von Lang, Der Adjutant. Karl Wolff. Der Mann zwischen Hitler und Himmler, München u. a. 1985, S. 12–16.

[49] Zum Heiratsbefehl siehe http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/German14.pdf [15. 3. 2010]. Zu Darrés Wertung vgl. Horst Gies, Zur Entstehung des Rasse- und Siedlungsamtes der SS, in: Dieter Rebentisch u. a. (Hrsg.), Paul Kluke zum 60. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1968, S. 133.

[50] BA Berlin, NS 19, Bd. 1934, Bl. 154, Befehl Himmlers vom 24. 1. 1932.

[51] Georg Jung-Marchand, geb. 1886, 1920–23 als Polizeiarzt tätig, dabei u. a. mit Eignungsuntersuchungen befasst, danach Privatpraxis in Frankfurt a. M., seit 1925 NS-Aktivist, 1932 nach Querelen mit dem Frankfurter SS-Führer Fritz Weitzel aus der SS entlassen, 1933 zwischenzeitlich in „Schutzhaft". BA Berlin, PK und OPG Georg Jung-Marchand (6. 2. 1886).

[52] BA Berlin, NS 31, Bd. 357, Bl. 2, Muster der „SS-Mannschafts-Untersuchungs-Liste" des Reichsarztes SS Dr. Jung-Marchand für die „Annahme-Untersuchung" mit entspr. Erläute-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wahrscheinlich auf Initiative dieser zunächst noch sehr kleinen Organisation um den am anthropologischen Institut der Universität München tätigen „Rassekundler" Bruno Kurt Schultz und den aus Erfurt nach München geholten Agrarwissenschaftler und Anthropologen Horst Rechenbach wurde die „Mula" 1932/33 um einen Abschnitt zu „Rassemerkmalen" erweitert. Hier wurden die SS-Ärzte angehalten, genauere Angaben u. a. zur Schädel- und Gesichtsform zu machen, sich an einer Einordnung in die Kategorien „vorwiegend nordisch", „mediterran", „westisch" und „ostisch" zu versuchen, bzw. auf „Beimengungen" der Arten „negroid", „mongoloid" oder „vorderasiatisch" zu achten und gegebenenfalls entsprechende „Messungen" etwa des „Schädelindex" oder der „morphologischen Gesichtshöhe" anzustellen[53].

Angesichts der Tatsache, dass über die Frühzeit des SS-Sanitätsdienstes, auch in Ermangelung entsprechender Quellen, nur sehr wenig bekannt ist[54], lässt sich nicht mit abschließender Sicherheit sagen, ob die ärztlichen Musterungen in der Zeit der schnellsten SS-Expansion 1932/33 von rd. 15.000 auf knapp 210.000 Mitglieder tatsächlich ohne Ausnahme durchgeführt wurden[55]. Folgt man Jung-Marchands Behauptung, dass die SS 1932 bereits über rund 600 ehrenamtlich tätige Ärzte verfügte[56], so erscheint das jedoch zumindest nicht ausgeschlossen. Jeder dieser Ärzte hätte in einem Zeitraum von zwei Jahren durchschnittlich etwas mehr als 300 Bewerber für tauglich befunden. Meldungen über Ausmusterungsquoten sind aus dieser Zeit nicht erhalten. Angesichts der später häufigen internen Klagen z. B. von Heinrich Himmler über die fehlende Auslese in dieser Phase ist jedoch nicht davon auszugehen, dass allzu viele als untauglich eingestuft wurden[57].

rung des Formulars [o. D., 1932]. Jung-Marchand gestaltete damit „Anhaltspunkte" für die ärztliche Musterung aus, die der Reichsarzt der SA, Paul Hocheisen, vorgegeben hatte. Anweisung Nr. 4 Hocheisens vom 21. 9. 1931, in: Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern. Lageberichte (1920–1929) und Meldungen (1929–1933), Bestand R 134 des Bundesarchivs Koblenz, veröffentlicht als Microfiche-Ausgabe, hrsg. von Ernst Ritter, München u. a. 1979, Fiche 373–374, S. 88–90a.

53 Landesarchiv (künftig: LA) Ludwigsburg, PL 506, Bd. 137, Exemplare aus den Jahren 1933 und 1934.

54 Vgl. Judith Hahn, Grawitz, Genzken, Gebhardt. Drei Karrieren im Sanitätsdienst der SS, Münster 2008, S. 71–80.

55 Zahl nach Mühlberger, Hitler's Followers, S. 182. Zum allerdings zu konstatierenden nahezu völligen Zusammenbruch des SS-Erfassungswesens in dieser Zeit siehe IfZ-Archiv, DC 01.06, Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1937, S. 4.

56 BA Berlin, OPG Georg Jung-Marchand (6. 2. 1886), Schreiben Jung-Marchands an den Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, v. Ulrich, vom 5. 9. 1936.

57 U. a. warf Himmler am 8. 11. 1939 seinen Gruppenführern an den Kopf: „Im Jahre 1933 haben Sie nicht aufgepasst, jetzt können Sie die Betreffenden aus der SS entfernen", in: Smith/Peterson (Hrsg.), Geheimreden, S. 34. Auch gibt es Hinweise, dass die ärztliche Musterung anfangs eben nicht systematisch durchgeführt wurde; LA Ludwigsburg, PL 506, Bd. 72, Befehl des Führers der 81. Standarte vom 12. 11. 1936, in dem dieser über zahlreiche fehlende „Mulas" in den Personalakten klagte.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ende Juni, Anfang Juli 1934 schaltete die SS im Auftrag Hitlers die Führungsspitze der SA um Ernst Röhm aus[58]. Zum Dank für den vielfachen Mord an den alten „Kameraden" erhob Hitler die SS zu einer unabhängigen Gliederung der NSDAP, so dass sie in ihrer Rekrutierung keine Rücksicht mehr auf abweichende Usancen der SA zu nehmen brauchte. Beispielsweise hatte man nun freie Hand, die von Röhm zum 10. Juli 1933 erlassene generelle Aufnahmesperre für SA und SS jederzeit selbstständig auszusetzen, wenn man geeignete „Ergänzungen" bzw. „Verjüngungen" – seit 1933 war das vorgeschriebene Altersfenster für SS-Bewerber nicht mehr 23–35, sondern 18–23 – für sinnvoll hielt[59].

Für die ab 1934 zur SS stoßenden Männer galten in vierfacher Hinsicht verschärfte Aufnahmebedingungen, die in einem Befehl Himmlers vom 1. Oktober 1934 geregelt waren. Erstens mussten sie ihre Zuverlässigkeit nun mit politischen und polizeilichen Führungszeugnissen belegen. Zweitens hatten sie mittels neuer Erbgesundheitsbögen neben ihrer eigenen Gesundheit auch die ihrer unmittelbaren Vorfahren und Verwandten zu dokumentieren, was einer Denunziation im Sinn des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom Dezember 1933 gleichkommen und die Betroffenen der Zwangssterilisation aussetzen konnte. Drittens waren sie verpflichtet, ihre „arische", d. h. „judenfreie" Abstammung durch standes- bzw. pfarramtliche Urkunden für jeden einzelnen direkten Vorfahren bis ins Jahr 1800 zu belegen. Viertens und letztens mussten sie sich neben der SS-ärztlichen auch einer separaten „rassischen" Musterung unterziehen[60].

Für den Vollzug dieser Verschärfungen war vor allem die mittlerweile nach Berlin umgezogene, personell stark erweiterte und in Rasse- und Siedlungsamt (RAS) umbenannte Organisation Darrés zuständig[61]. Diese schuf sich einen regionalen Apparat, indem sie in jedem Oberabschnitt einen hauptamtlichen Rassereferenten mit einem kleinen Stab aus je zwei bis drei ebenfalls hauptamtlichen Referenten und Schreibkräften einsetzte und zudem in allen SS-Einheiten ehrenamtliche Schulungsleiter installierte, die den Rassereferenten unterstellt waren[62]. Während die Schulungsleiter z. B. für die Beratung der Bewerber beim Ausfüllen der Ahnentafeln zuständig waren, durften Rassemusterungen nur von den Rassereferenten durchgeführt werden. Diese stellten hinsichtlich ihrer Qualifikation

[58] Einen guten Überblick über die Vorgänge bietet Eleanor Hancock, Ernst Röhm. Hitler's SA Chief of Staff, New York 2008, S. 141–166.

[59] Zur generellen Aufnahmesperre ab Juli 1933 vgl. „Ab 10. Juli Aufnahmesperre für SA, SS und Stahlhelm", in: Völkischer Beobachter vom 6. 7. 1933. Zu den SS-Ausnahmen ab 1934 BA Berlin, NS 31, Bd. 368, Bl. 167, Befehl des Chefs des SS-Amts, Wittje, vom 28. 8. 1934; BA Berlin, NS 31, Bd. 364, Bl. 14, Befehl des Chefs des SS-HA, Heißmeyer, vom 14. 6. 1935; BA Berlin, NS 31, Bd. 364, Bl. 101, Befehl des Chefs des SS-HA, Heißmeyer, vom 18. 5. 1936. Altersregelungen, die weiterhin Ausnahmen zuließen, in: BA Berlin, NS 31, Bd. 356, Bl. 34, Befehl Himmlers, i. V. Seidel-Dittmarsch, vom 29. 9. 1933.

[60] BA Berlin, NS 2, Bd. 173, Bl. 30 f., Befehl Himmlers vom 1. 10. 1934 betr. Neueinstellungen in die SS; BA Berlin, NS 2, Bd. 174, Bl. 183 f., Muster des „SS-Erbgesundheitsbogens" [o. D.; ca. 1935]; BA Berlin, NS 2, Bd. 174, Bl. 185–190, Muster der „SS-Ahnentafel" [o. D.; ca. 1935].

[61] Zur Arbeitsfähigkeit des Rasse- und Siedlungsamts vgl. Heinemann, Rasse, S. 68.

[62] BA Berlin, NS 2, Bd. 1, Bl. 5 f., Befehl des Chefs des RAS, Darré, vom 27. 4. 1934; BA Berlin, NS 2, Bd. 129, Bl. 216–218, Stellenplan der Außenstellen des RuSHA (Stand vom 15. 4. 1936).

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eine bunte Mischung vom Landwirt und Tierzüchter über den fanatischen Hobby-Rassekundler bis zum studierten Anthropologen dar[63].

Das Verfahren, das sie bei den Musterungen ab Mitte 1934 einsetzten, hatte Bruno Kurt Schultz in Anlehnung an die Lehren Hans F. K. Günthers von der „Rassenkunde des deutschen Volkes" bzw. Ferdinand Clauß' von der „Rassenseelenkunde" entwickelt. Es waren zunächst drei Komponenten zu beachten, für die jeweils Kurzbewertungen vergeben wurden: Körperbau (von 9 „Idealgestalt" bis 1 „missgestaltet"), Rassekategorie (von a „rein nordisch" bis e „Vermutung außereuropäischen Bluteinschlags") und Auftreten (von A I „für SS besonders gut geeignet" bis C „als deutscher Soldat ungeeignet"). Kurze Intelligenz- und Sporttests sollten die ganzheitliche Erfassung des Bewerbers abrunden, die in einer sogenannten Musterungsformel, bestehend aus den Kurzkomponenten, Ausdruck fand und derart schematisiert bürokratisch handhabbar wurde[64]. Dieses in der SS-Auslese tausendfach erprobte System wurde im Zweiten Weltkrieg in vereinfachter Form auf Millionen von Menschen in Mittel- und Osteuropa übertragen, die im Rahmen der deutschen Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik von den Mitarbeitern des „Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums", d. h. Himmlers, nach rassistischen Kriterien selektiert wurden. Den Führungsstab der zuständigen „Ansiedlungsstellen" stellten die „Rasseprüfer" der SS[65].

Das 1934 entworfene, komplexe Gesamtprozedere der SS-Auslese verursachte in der Praxis allerdings rasch eine Vielzahl von Problemen. Die Überprüfung der Urkunden für die „große Ahnentafel", für die das Sippenamt im Rasse- und Siedlungsamt, ab 1935 Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA), zuständig war, erwies sich als bürokratisch kaum zu bewältigen. Ab Mai 1935 beklagte sich dessen Chef, Bernd von Kanne, über die vielfach fehlerhaft und unvollständig eingehenden Abstammungsnachweise, seine völlig unzulängliche Personalausstattung und die sich auftürmenden Papiere[66]. Zwei Jahre später waren Rückstände von mehr als 11.000 Bewerbungen aufgelaufen. Die Männer, deren Unterlagen liegen geblieben waren, hatten zudem schon jahrelang SS-Dienst geleistet, so dass man sie kaum noch ohne großes Aufsehen vor die Tür setzen konnte, selbst wenn die Prüfung schließlich ergab, dass sie eigentlich nicht den postulierten SS-Kriterien

[63] Beispiele dafür sind Fritz Schwalm, Erich Spaarmann und Heinrich Thole. Kurzporträts bietet Heinemann, Rasse, S. 635–639. Zur „ersten Riege" der Rassereferenten siehe BA Berlin, NS 2, Bd. 1, Bl. 5 f., Befehl des Chefs des RAS, Darré, vom 27. 4. 1934.

[64] BA Berlin, NS 31, Bd. 279, Bl. 2–7, Unterlagen für einen Vortrag von Bruno Kurt Schultz über „Rassenkunde und rassische Richtlinie bei der SS-Musterung" bei Schulungslehrgängen für SS-Ärzte und Rassereferenten [o. D., 1934]; vgl. Heinemann, Rasse, S. 60; StA Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 134 u. Bd. 140, und ebenda, 327/2 Fulda-Werra, Bde. 117, 118 u. 121, diverse Berichte über Rassemusterungen.

[65] Vgl. Heinemann, Rasse, S. 127 ff.

[66] BA Berlin, NS 2, Bd. 168, Bl. 145–148, Schreiben des Stabsführers des Sippenamtes im RuSHA an dessen Organisations- und Verwaltungsamt vom 11. 5. 1935; BA Berlin, NS 2, Bd. 168, Bl. 206, Aktenvermerk des Sippenamtes im RuSHA für die Leitung des RuSHA vom 19. 8. 1935; BA Berlin, NS 2, Bd. 168, Bl. 181 f., Schreiben des Chef des Sippenamtes im RuSHA, v. Kanne, an den Chef des RuSHA, Darré, vom 28. 1. 1936.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

entsprachen. Dem entsprechenden Unterlassungsbefehl Himmlers von 1937 war der Unmut des Reichsführers deutlich anzumerken[67].

Die Rassemusterungen mussten in der Praxis stark vereinfacht werden, um sie handhabbar zu machen. Die Intelligenz- und Sportprüfungen fielen weg, die Bewerber wurden in Gruppen vorgeführt und unter hohem Zeitdruck rasch abgefertigt. Wie hoch das ohnehin gegebene Willkürpotenzial des Verfahrens dadurch wurde, zeigt die Tatsache, dass einige abgelehnte Kandidaten, deren örtliche Einheitsführer sie entgegen der Bestimmungen einfach erneut vorstellten, beim zweiten Mal für tauglich befunden wurden. Die behauptete Wissenschaftlichkeit des praktizierten Rassismus führte sich so selbst ad absurdum[68].

Obwohl die angeblich hohen Ausmusterungsquoten nie erreicht, sondern auch nach 1934 durchschnittlich nur ca. 30 Prozent der Kandidaten für ungeeignet befunden wurden[69], barg die Tatsache, dass die SS überhaupt begeisterte Nationalsozialisten mit nachgewiesen „arischen" Stammbäumen aus „rassischen" Gründen für ungeeignet befand, hohe Sprengkraft für die nationalsozialistische Gesellschaftsutopie der „Volksgemeinschaft". Immer wieder kam es zu erbitterten Beschwerdebriefen von Männern, die sich zurückgesetzt und beleidigt fühlten[70]. Die SS sah sich deshalb gezwungen, öffentlich zu bekräftigen, abgelehnte Bewerber seien keinesfalls „Volksgenossen zweiter Klasse". Außerdem ersetzte sie den Terminus „Rassemusterung" durch den neutralen Begriff „Annahmeuntersuchung" und verbot strengstens, Ausmusterungen gegenüber Bewerbern „rassisch" zu begründen[71].

Schließlich legten die verschärften Auslesekriterien die Kluft zwischen dem seit 1931 postulierten Eliteanspruch und der tatsächlichen Zusammensetzung der SS-Mitgliedschaft offen. Als ihm vom Rasse- und Siedlungs(haupt)amt 1934/35 wiederholt SS-Männer gemeldet wurden, die „erbgesundheitlich" oder „erschei-

[67] BA Berlin, NS 2, Bd. 53, Bl. 31f., Geheimes Schreiben des Chefs des RuSHA, Darré, an Himmler vom 26.5.1937; BA Berlin, NS 2, Bd. 51a, Bl. 6, Schreiben Himmlers an das RuSHA vom 21.9.1937.

[68] Beschreibung der tatsächlichen Musterungspraxis, in: BA Berlin, SSO Otto Dietrich (27.1.1901), Niederschrift über die Vernehmung des Oberscharführers Krug aus Neuburg a.d. Donau vom 16.4.1937. Zu zweimaligen Musterungen mit unterschiedlichem Ergebnis siehe StA Marburg, 327/2 Fulda-Werra, Bd. 118, Schreiben des RuS-Führers des OA Fulda-Werra an den Sturmbann II/67 vom 20.5.1937.

[69] Dieser Mittelwert angesetzt in: StA Marburg, 327/2 Fulda-Werra, Bd. 186, geheime Planungen zum Auffüllungs- und Ergänzungsbedarf im Bereich des SS-Oberabschnitts Fulda-Werra [o.D., Anfang 1938].

[70] Zur Debatte um die NS-Volksgemeinschaft vgl. Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2009; Ian Kershaw, „Volksgemeinschaft". Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: VfZ 59 (2011), S. 1–17. Zu Beschwerden abgelehnter SS-Bewerber siehe z.B. StA Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 134, Schreiben von Carl B. an die RFSS vom 21.5.1935.

[71] Zum öffentlichen Dementi vgl. „Was bin ich für ein Rassetyp?", in: Das Schwarze Korps vom 12.12.1935. Zur neuen Terminologie siehe StA Marburg, 327/2 Fulda-Werra, Bd. 121, Runderlass Himmlers vom 16.12.1938. Zum Verbot der offen „rassischen" Begründung ebenda, 327/2 Rhein, Bd. 126, geheimer Befehl des Rassereferenten im OA Rhein an alle Schulungsleiter und -männer des OA vom 27.3.1935.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nungsbildlich" nicht den hohen Anforderungen entsprachen, platzte Himmler der Kragen: Die Fehler habe man bei der Aufnahme bislang selbst gemacht. Man könne jetzt nicht alle Problemfälle entlassen, sondern eben nur „das Allergröbste aussieben" und die Auslese allmählich durchsetzen[72]. Dieser pragmatische Kurs, der den offenen Eklat umging, ohne die eigenen Maßstäbe völlig preiszugeben, dürfte für die Praxis der SS bestimmend gewesen sein, während die später immer wieder vorgebrachte Behauptung, man habe rigoros nachgemustert und im Sommer 1934 in einer geschlossenen Aktion ca. 60.000 Ungeeignete aus der SS entfernt[73], vermutlich in die Irre führt.

Infolge der geschilderten Schwierigkeiten wurde das Ausleseverfahren schon nach relativ kurzer Zeit wieder vereinfacht. Ab Dezember 1937 mussten Bewerber nur noch die „kleine Ahnentafel" vorlegen, d. h. ihre Abstammung bis zu den Großeltern dokumentieren, was den im Dritten Reich gängigen Standard etwa auch für Beamte oder SA-Männer darstellte. Zwar sollten sie anschließend auch an ihrer „großen Ahnentafel" weiterarbeiten, so dass man am Anspruch der besonderen „Judenfreiheit" der SS festhalten konnte, jedoch wurde ihnen für die Fertigstellung kein Zeitziel vorgeschrieben[74]. Ein Jahr später dekretierte Himmler, dass man in den nächsten fünf Jahren über körperliche Mängel der Bewerber wie z. B. schlechte Zähne, Sehschwäche bis zu vier Dioptrien oder „Mindergröße" bis 1,65 m hinwegsehen solle, da diese „nicht erbgesundheitlich oder rassisch bedingt", sondern der „Not der Systemzeit" zuzuschreiben seien[75]. Mit dem weiterhin postulierten Ideal des SS-„Herrenmenschen" ließ sich die deutsche Wirklichkeit des Jahres 1938 offensichtlich nicht in Einklang bringen.

4. Der Vollzug des Beitritts

Bis einschließlich 1933 war der Beitritt in die SS formal ein zweistufiger Prozess. Ein Mann meldete sich freiwillig und gab seinen „AV-Schein" ab bzw. unterzog sich ab 1932 der ärztlichen Musterung. Ab diesem Moment wurde er offiziell als „Bewerber" oder „Anwärter" geführt, schaffte sich eine Uniform an und tat mit der Einheit, bei der er sich gemeldet hatte, Dienst. Mit der Übergabe des von der Reichsführung ausgestellten Mitgliedsausweises wurde er offiziell zum „SS-Mann". Der von der Obersten SA-Führung 1933 vorübergehend eingeführte Sta-

[72] BA Berlin, NS 2, Bd. 280, Schreiben Himmlers an das RuSHA vom 20. 4. 1935.

[73] Entsprechende Aussagen z. B. von Himmler bei einer Rede vor Wehrmachtsoffizieren im Januar 1937, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948, hier Bd. 29, Dok. 1992(a)-PS, S. 210, oder von v. Eberstein als Zeuge in Nürnberg im August 1946, in: Ebenda, Bd. 20, S. 313. Diese Behauptung unkritisch übernommen z. B. von Höhne, Orden, S. 134, und Koehl, Black Corps, S. 101. Etwas vorsichtiger, in der Tendenz aber gleich, Kaienburg, Wirtschaft, S. 78.

[74] BA Berlin, NS 2, Bd. 173, Bl. 3, Rundschreiben des Chefs des SS-HA, Heißmeyer, vom 17. 12. 1937.

[75] BA Berlin, NS 19, Bd. 3903, Bl. 21, Befehl Himmlers vom 14. 12. 1938 betr. Ergänzung der Schutzstaffel.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tus einer mehrmonatigen Anwartschaft, in der noch keine Uniform getragen werden durfte, ließ sich auch in der SS nicht durchsetzen[76].

Ab 1934 unterschied die SS dann streng zwischen „Bewerbern" und „Anwärtern". Während jeder, der sich freiwillig gemeldet hatte, ein „Bewerber" war, galt als „Anwärter" nur, wer die ärztliche und „rassische" Musterung bestanden und alle Bewerbungsunterlagen[77] eingereicht hatte. Nur „Anwärter" sollten Uniform tragen und am Dienst teilnehmen. Zum vollwertigen „SS-Mann" wurde man weiterhin erst nach der Aushändigung des Mitgliedsausweises, den die Reichsführung SS nach der Prüfung der Papiere ausfertigte und an den Einheitsführer übersandte[78].

Parallel zur stärkeren Formalisierung des Eintrittsprozesses wurden auch entsprechende standardisierte Aufnahmerituale geschaffen. Ab August 1934 wurde jeder SS-Mann durch folgendes Gelöbnis verpflichtet: „Ich schwöre Dir, Adolf Hitler, als Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches Treue und Tapferkeit, ich gelobe den von Dir bestimmten Vorgesetzten Gehorsam bis in den Tod! So wahr mir Gott helfe!"[79] Der Termin legt die Vermutung nahe, dass Himmler unbedingt verhindern wollte, dass seine SS die Rolle der treuesten „Garde des Führers" an die Reichswehr verlor, die am 2. August 1934 auf Hitler eingeschworen wurde. Ab 1936 wurde die Vereidigung der SS als nächtliche Aufnahmezeremonie neuer „SS-Männer" am 9. November im Rahmen der Feierlichkeiten zum Gedenken an den Hitlerputsch durchgeführt, wie es für die Rekruten der „Leibstandarte Adolf Hitler" schon seit 1933 üblich war[80]. Ab 1938 existierte als Alternative für die aus der HJ „überführten" Kandidaten eine zentrale Feier aller Gliederungen der NSDAP auf Kreisebene am jeweils letzten Sonntag im September[81].

[76] BA Berlin, NS 23, Bd. 544, Verfügung Röhms betr. Aufnahme in die SA vom 20. 3. 1933, ebenda, Bd. 545, Verfügung Röhms (i.V. von Krauser) vom 17. 6. 1933, und ebenda, Bd. 546, Rundschreiben Röhms vom 11. 7. 1933.

[77] AV-Schein inkl. Foto und Lebenslauf, mehrere Fotos u. a. für den SS-Ausweis, polizeiliches und politisches Führungszeugnis, Mannschafts-Untersuchungsliste, Erbgesundheitsbogen, Ahnentafel mit Belegurkunden, ggf. Entlassungsgenehmigung einer anderen NS-Gliederung und – ab 1935 – ggf. beglaubigte Abschriften der Entlassungszeugnisse des Reichsarbeitsdienstes oder der Wehrmacht; vgl. zu dieser Aufstellung LA Ludwigsburg, Bestand PL 506, Bd. 72, Befehl des Führers des Sturmbanns II/81 vom 10. 6. 1936.

[78] BA Berlin, NS 2, Bd. 173, Bl. 30 f., Befehl Himmlers vom 1. 10. 1934 betr. Neueinstellungen in die SS; zur genauen Unterscheidung zwischen Bewerber, Anwärter und SS-Mann, BA Berlin, NS 2, Bd. 173, Bl. 22, Rundschreiben des Chefs des SS-HA, Heißmeyer, vom 14. 1. 1939.

[79] BA Berlin, NS 31, Bd. 378, Bl. 1, Geheimer Befehl Himmlers [o. D., Eingangsstempel des Erlanger Sturms 12/3 vom 2. 8. 1934].

[80] Vgl. „Der Abschluss des Gedenktages: Vereidigung der SS-Leibstandarte ‚Adolf Hitler'", in: Völkischer Beobachter vom 10. 11. 1933; BA Berlin, NS 19, Bd. 1923, Bl. 6–10, Entwurf des RuSHA für die Feiern zum 9. 11. 1936.

[81] BA Berlin, NS 31, Bd. 365, Bl. 77, Befehl des Chefs des SS-HA, Heißmeyer, vom 26. 8. 1938.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

5. „Gehorsam bis in den Tod"?

Die Eidesformel sowie das Motto „SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue", das Hitler 1931 in einem Brief an den hochrangigen SS-Führer Kurt Daluege formuliert hatte und das die Gürtelschnallen der SS-Uniformen zierte[82], legten nahe, dass ein Austritt aus der SS nicht vorgesehen, eigentlich undenkbar war[83]. Dennoch gab es feste Wege aus der SS, die von vielen tausend Männern – 1937 z. B. 10.735, 1938 7.536[84] – beschritten wurden, was Umkehrschlüsse auf die anhaltende Motivation derjenigen zulässt, die trotz der wachsenden Verschmelzung mit dem polizeilich-militärischen Terrorapparat und der immer schauerlicheren Verbrechensbilanz in der SS blieben.

Ehrenvoll „entlassen" wurden Männer, die belegen konnten, dass sie wegen beruflicher Überlastung bzw. aufgrund ihrer angegriffenen Gesundheit nicht mehr in der Lage waren, regelmäßig SS-Dienst zu tun[85]. Die „Entlassung" wurde auch in Fällen gewährt, in denen es aus Sicht der SS galt, Skandale zu vermeiden. Beispielsweise wurde sie Männern nahegelegt, in deren Stammbaum jüdische Vorfahren entdeckt worden waren[86]. Eine „Entlassung" zog grundsätzlich keine negativen Folgen nach sich, den betreffenden Männern stand es in der Regel sogar frei, später ihre Wiederaufnahme in die SS zu betreiben[87].

Anders verhielt es sich mit dem „Ausschluss" und der schärferen Form der „Ausstoßung", die vorgenommen wurden, wenn Männer sich schwere Disziplinarvergehen wie offene Befehlsverweigerung, Veruntreuungen oder rufschädigendes Verhalten in der Öffentlichkeit zuschulden kommen ließen oder aus „Interesselosigkeit" trotz aller Mahnungen einfach nicht mehr zum Dienst kamen[88]. In solchen Fällen wurde die Entfernung aus der SS als ehrenrührig betrachtet und an die NSDAP gemeldet, die dann im Regelfall ebenfalls ausschloss. In einigen Reichsgebieten trug die Polizei den SS-Ausschluss ins Strafregister ein, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gab. Den Betroffenen konnten daraus erhebliche

[82] Vgl. Caron Cadle, My Honor is Loyality. The Biography of S. S. General Kurt Daluege, unveröffentlichte Bachelorarbeit, Princeton 1979, S. 85.

[83] Vgl. die Aussagen Himmlers vor SS-Gruppenführern in München am 8. 11. 1938, in: Smith/Peterson (Hrsg.), Geheimreden, S. 45.

[84] IfZ-Archiv, DC 01.06, Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1937, S. 55, und ebenda, DC 01.06, Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1938, S. 22.

[85] StA Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 122 f., und ebenda, 327/2 Fulda-Werra, Bd. 194 f., grundsätzliche Regelungen sowie eine Vielzahl von Einzelfällen zu Entlassungen, Ausschlüssen und Ausstoßungen.

[86] BA Berlin, NS 31, Bd. 394, Bl. 7, Befehl Himmlers vom 15. 4. 1937. Zu einem konkreten Fall siehe StA Marburg, 327/2 Fulda-Werra, Bd. 194, Schreiben des OA Fulda-Werra an den Abschnitt XXVII vom 2. 7. 1938.

[87] Entsprechende Fälle in: StA Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 112 f.

[88] In den entsprechenden Einzelfällen erscheint die SS nicht als rigoros disziplinierter Orden, als der sie sich nach außen darstellte. Vielmehr überrascht der Langmut, mit dem man sich um „schwarze Schafe" bemühte, bevor man sie ausschloss. Zum Phänomen der Milde in der SS siehe auch Hans Buchheim, Befehl und Gehorsam, in: Ders. u. a., Anatomie des SS-Staats, München [8]2005, S. 258–260.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

berufliche Nachteile erwachsen, vor allem wenn sie im öffentlichen Dienst beschäftigt waren[89]. Männer, die aus der SS „ausgeschlossen" oder „ausgestoßen" wurden, hatten also mit einem gewissen Maß an Diskriminierung zu rechnen, offen verfolgt wurden sie dagegen nicht.

6. Abschließende Überlegungen

Das Beitrittsverfahren der Allgemeinen SS veränderte sich im Lauf der Zeit stark. Nur eine Minderheit der SS-Männer durchlief den gesamten Prozess inklusive ärztlicher und „rassischer" Musterung, Abstammungsnachweis bis 1800, Überprüfung von Erbgesundheit und politischer Zuverlässigkeit sowie feierlicher Aufnahmezeremonie mit Vereidigung. Zudem gab es eine Vielzahl von Fällen, in denen die SS ihre eigenen Auswahlkriterien unterlief. Von dem in der SS betriebenen Aufwand um die Auslese und die Aufnahme in den „Schwarzen Orden" kann somit als eine Geschichte des Scheiterns erzählt werden, in der die ganze Absurdität des nationalsozialistischen Rassenwahns offenbar wird. Dieser war eben nur in seiner destruktiven Seite, der tödlichen „Ausmerze", dem Mord an vielen Millionen Menschen tatsächlich wirksam. Das ebenso perverse, vermeintlich konstruktive Projekt der rassistischen Züchtung des „nordischen Herrenmenschen" blieb dagegen auch in der SS selbst wirkungsloses Stückwerk.

Damit erfasst man aber nicht die ganze Geschichte. Die Tatsache, dass Auslese in der SS nicht nur behauptet, sondern ein Stück weit auch ganz praktisch-greifbar betrieben wurde, trug entscheidend dazu bei, den Anspruch der Schutzstaffel zu untermauern, die Elite des deutschen Volks darzustellen. Die Inkonsequenz des Verfahrens und die Verstiegenheit des Anspruchs ist für den Historiker offensichtlich. Dass sie es für den Zeitgenossen war, darf bezweifelt werden. Die Überzeugung, zu dem von Darré beschworenen „Neuadel" zu gehören, war der wohl stärkste verbindende Zug der ansonsten sozial heterogenen SS. Das Bedürfnis, Teil dieser Elite zu werden und zu bleiben, obwohl der Ausstieg jederzeit möglich war und es den später viel beschworenen „Befehlsnotstand" nicht gab[90], entfaltete eine hohe Mobilisierungs- und Bindungswirkung, die die SS zur Kerntätergruppe der NS-Verbrechen werden ließ.

[89] StA Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 82, Anweisung für den Schriftverkehr des AF XXX vom 20. 8. 1934; StA Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 122, Schreiben des Führers des Sturmbanns I/2 an die 2. Standarte vom 15. 10. 1934; StA Marburg, 327/2 Rhein, Bd. 122, Schreiben des Stabsführers des OA Rhein an das SS-HA vom 26. 11. 1935.

[90] Vgl. Buchheim, Befehl und Gehorsam, in: Ders. u. a., Anatomie des SS-Staats, S. 289–308.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Alle wussten es – das Politbüro ebenso wie die Planungschefs, die Staatssicherheit und der mächtige Generalsekretär Erich Honecker: Die DDR hing schon in den siebziger Jahren am westlichen Tropf und fand keinen Ausweg aus der Schuldenfalle. Vorschläge, etwas daran zu ändern, gab es genug, wie Andreas Malycha vom Institut für Zeitgeschichte zeigen kann. Sie scheiterten aber am Veto von Honecker, der nicht bereit war, sein kostspieliges politisches Credo, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, aufzugeben. War Honecker blind geworden oder wusste er genau, dass es eine sparsame Alternative nicht mehr gab?

Andreas Malycha

Ungeschminkte Wahrheiten

Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978

Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik – ein zentrales Konfliktfeld im SED-Politbüro

Die Mechanismen der Meinungs- und Entscheidungsfindung im engeren Führungszirkel der SED blieben der Forschung auf Grund fehlenden oder nicht zugänglichen Archivmaterials lange Zeit verborgen. Die im Laufe der 1970er Jahre im Politbüro aufbrechenden Konflikte über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei wurden erstmals im Kontext von Interviews mit Wirtschaftsfachleuten aus der obersten Planungsbehörde der DDR analysiert[1]. Die Hinweise damaliger Insider auf Konflikte im engeren Führungskreis konnten später anhand des nunmehr zugänglichen Archivmaterials überprüft und für die 1980er Jahre bestätigt werden[2]. Es wurde erkennbar, mit welchen Absichten, Motiven und Methoden darüber gestritten wurde, ob und unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen die seit 1971 ausufernde Sozialpolitik finanzierbar und durchzuhalten sein würde.

[1] Vgl. die Protokolle über die Gespräche mit Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel am 25.2.1993 und 21.5.1993, in: Theo Pirker/Rainer M. Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 67–120; Hans-Hermann Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Ebenda, S. 314 ff.

[2] Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 127–131; ders., Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Ebenda, S. 1019–1030; ders., Der Sturz Erich Honeckers. Zur Rekonstruktion eines innerparteilichen Machtkampfes, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 327–346.

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0014

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Von Anfang an stand dabei die Außenhandelsbilanz und die ständig steigende Verschuldung im westlichen Ausland im Zentrum des Konflikts[3].

In neueren Veröffentlichungen richtete sich der Fokus auf die internen Analysen des Ministeriums für Staatssicherheit über volkswirtschaftliche Schlüsselprobleme[4]. Hier steht die Hauptabteilung XVIII im Zentrum des Interesses, die zentrale volkswirtschaftliche Bereiche „operativ" abzusichern hatte[5]. Die Bestandsaufnahmen der seit 1974 von dem Diplom-Wirtschaftswissenschaftler Alfred Kleine im Range eines Generalmajors geleiteten Hauptabteilung dokumentieren, wie und wie präzise Grundprobleme des Planungsmechanismus und strukturelle Mängel der DDR-Wirtschaft in den 1980er Jahren beschrieben wurden. Informationen von Abteilungsleitern der Staatlichen Plankommission (SPK) sowie politischen Mitarbeitern der Abteilung Planung und Finanzen beim ZK der SED dienten dabei als wichtige Quellen[6].

Aufgrund von Berichten ihrer Schlüssel-IM gelangte die Hauptabteilung XVIII zu einer im DDR-Berichtswesen nicht üblichen realitätsnahen Bestandsaufnahme der Lage in der Volkswirtschaft[7]. Fraglich ist indes noch immer, welchen Weg diese brisanten Analysen genommen haben. Dass Erich Mielke, der Chef der Stasi, dem Generalsekretär der SED Erich Honecker die Wahrheit über die reale Wirtschaftslage nicht zumuten wollte, belegen die Berichte der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe" (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)[8]. Was die ZAIG über ausgewählte aktuelle Probleme in einzelnen Betrieben

[3] Vgl. Ralf Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln 2000; Jörg Roesler, Die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der DDR zum Westen in den 70er und 80er Jahren, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Münster 2005, S. 134–151; Christoph Buchheim, Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: André Steiner (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 91–103.

[4] Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 476–495; ders., Wunderwirtschaft – Konsumsozialismus, in: Ders./Stefan Wolle (Hrsg.), Damals in der DDR. Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, München 2006, S. 247 ff.

[5] Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, in: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Berlin 1997, Teil III/10, Berlin 1997.

[6] Die Annahme, es habe keine Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS im Apparat des ZK gegeben, kann im Lichte neuer Quellen nicht aufrecht erhalten werden. Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 106; In den Richtlinien für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS findet sich kein derartiger Hinweis. Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 2010, S. 51 ff.

[7] Vgl. zu den Berichten des MfS aus der Wirtschaft Siegfried Suckut, Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976, in: Jens Gieseke (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 99–128.

[8] Zum Aufbau und der Arbeitsweise der ZAIG sowie zur Entwicklung des Berichtswesens vgl. Roger Engelmann/Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Berlin 2009.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Wirtschaftszweigen an die SED-Führung weitergab, hatte aufgrund der Selbstzensur ihrer Berichte nur begrenzten Wert. Eine zusammenfassende Analyse der grundlegenden Ursachen der Missstände, zu der das MfS aufgrund der vielen Detailinformationen aus den Betrieben durchaus in der Lage gewesen wäre, legte es dem Politbüro nicht vor. Stattdessen beschränkte es sich in den Berichten an die Parteiführung auf Informationen über „Havarien" in den volkseigenen Betrieben und darauf, einzelne Betriebsdirektoren für bestimmte Missstände verantwortlich zu machen, um auf diese Weise als eine Art Aufsichtsbehörde über den Wirtschaftsapparat in Erscheinung zu treten[9].

Was die Leitung der HA XVIII durch ihre Inoffiziellen Mitarbeiter sowie offizielle Kanäle in der Wirtschaft tatsächlich wusste, zeigt das hier abgedruckte Dokument. Dabei handelt es sich um ein Zeugnis eines führenden DDR-Funktionärs aus dem Jahr 1978 über wirtschaftliche Probleme, die nach gängiger Auffassung erst in den 1980er Jahren akut wurden[10]. Erstmals wird hier in aller Deutlichkeit sichtbar, wie schon 1978 die negativen Auswirkungen der Weichenstellungen des VIII. Parteitags von 1971 sowohl im Politbüro als auch unter führenden Wirtschaftsexperten zu heftigen Diskussionen und recht unterschiedlichen Korrekturvorschlägen führten. Die Gesprächsnotizen geben somit bemerkenswerte Aufschlüsse über einen zentralen Konflikt innerhalb der SED-Führung im Vorfeld der in den 1980er Jahren sich verschärfenden ökonomischen Krise, der bislang lediglich in Zeitzeugenberichten und selektiv veröffentlichten Dokumenten thematisiert wurde[11].

Das ungelöste Problem der Zahlungsbilanz

Am 24. April 1978 redete der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer mit dem Leiter der Abteilung XVIII/4 des Ministeriums für Staatssicherheit Oberstleutnant Horst Roigk Klartext[12]. Roigks Abteilung war für die Überwachung der zentralen Leitungs- und Planungsorgane der Wirtschaft zu-

[9] Vgl. Siegfried Suckut, Einleitung 1976, in: Ders. (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009, S. 32–36.

[10] Vgl. exemplarisch: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2, hrsg. v. Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1996.

[11] Vgl. Henrik Eberle/Denise Wesenberg (Hrsg.), Einverstanden, E. H. Parteiinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Honecker-Zeit, Berlin 1999; Gerhard Schürer, Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt (Oder) 1998; Günter Mittag, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin 1991; Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.

[12] Hauptabteilung XVIII: Information über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Gerhard Schürer, über Probleme der Volkswirtschaft am 24. April 1979 vom 27. 4. 1978, in: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (künftig: BStU), MfS HA XVIII 16067, Bl. 1–12.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ständig und deshalb ein guter Adressat[13]. Es ging um die Wirtschaftspolitik der SED, die Stellung Günter Mittags als ZK-Sekretär für Wirtschaft in der obersten Machthierarchie, Schürers persönliches Verhältnis zu Günter Mittag und Erich Honecker sowie um interne Querelen in der obersten staatlichen Planungsbehörde.

Den Anlass des Gesprächs zwischen Schürer und Roigk am 24. April 1978 bildete eine Beratung der SPK-Leitung – beteiligt waren auch die Stellvertreter Schürers sowie die Abteilungsleiter – am 21. April 1978 über die Eckpunkte des Volkswirtschaftsplanes 1979. Der von der SPK vorgelegte Planentwurf wurde aber von Honecker, Mittag und Willi Stoph zurückgewiesen, weil die Probleme der Zahlungsbilanz, die im Laufe des Jahres 1979 gelöst werden sollten, angeblich nicht berücksichtigt worden waren. Die unausgeglichene Zahlungsbilanz gehörte seit 1971 zu den zentralen Problemen, deren Bereinigung für das Überleben der DDR unabdingbar war[14]. Honecker und Mittag sahen in der Erhöhung der Leistungskraft der Wirtschaft und einer damit verbundenen Exportoffensive gegenüber dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet" (NSW) die einzige Möglichkeit, um die ständig wachsende Auslandsverschuldung zu bremsen bzw. zu reduzieren. Wiederholte Beschlüsse zur Reduzierung bzw. Halbierung des Negativsaldos, also des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten, wurden allerdings nie umgesetzt[15]. Er stieg von rund 2 Mrd. Valutamark (VM)[16] im Jahre 1970[17] auf über 22 Mrd. VM im Jahre 1979[18]. Vor allem nach 1972 wuchs die Verschuldung gegenüber dem Westen insbesondere in konvertierbaren Devisen durch das schnellere Ansteigen der Verbindlichkeiten gegenüber den Forderungen ständig, wodurch sogenannte Zwischenfinanzierungen in Form von Bargeldkrediten zur Rückzahlung der anstehenden Tilgungsraten und Zinsen erforderlich wurden.

Gerhard Schürer hatte bereits im November 1972 vor einer Westverschuldung gewarnt, die zu akuten Zahlungsschwierigkeiten führten könne[19]. Er sorgte sich allerdings nicht nur um den rasch wachsenden Negativ-Saldo aus Forderungen und

[13] Vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, bearbeitet von Roland Wiedmann, in: MfS-Handbuch, Berlin 1996, S. 172 f.

[14] Vgl. Armin Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, hrsg. v. Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1999, S. 151–177.

[15] Exemplarisch der Beschluss des Politbüros der SED über „Lösungsvorschläge zur Zahlungsbilanz 1973 für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet" vom 28. 11. 1972, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO BA), DY 30 J IV 2/2A/1644.

[16] Bei einem Umrechnungskurs: 1 $ = 1,90 VM.

[17] Gerhard Schürer „Information über Probleme des Planentwurfs 1973 der Zahlungsbilanz für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet" vom 24. 11. 1972, in: SAPMO BA, DY 30 J IV 2/2A/1644.

[18] Information für das Politbüro über die Entwicklung der Zahlungsbilanz und der Außenwirtschaftsbeziehungen vom 18. 9. 1980, in: Ebenda, DY 30/5211.

[19] „Information über Probleme des Planentwurfs 1973 der Zahlungsbilanz für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet" vom 24. 11. 1972, in: SAPMO BA, DY 30 J IV 2/2A/1644.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Verbindlichkeiten, sondern auch um das zunehmende Bargelddefizit. Die Hauptursache für diese Entwicklung bestand für ihn darin, „daß den in zunehmendem Maße steigenden Importen im NSW – insbesondere gegen konvertierbare Devisen – keine entsprechenden Exporte gegenüberstehen. Außerdem wurden über mehrere Jahre hinweg die Exportpläne nicht erfüllt und die Importpläne wurden überzogen."[20] Das ständig steigende Bargelddefizit entwickelte sich bereits damals zu einem ernsthaften Problem. Ende 1979 kletterte es auf 3,3 Mrd. VM, weil die zur Verfügung stehenden Barmittel insgesamt nicht mehr ausreichten, um die fälligen Barausgaben (Kredittilgungen, Zinszahlungen) zu decken[21]. Dafür mussten jeweils neue Bargeldkredite mit weiteren Zinsbelastungen zu immer ungünstiger werdenden Bedingungen aufgenommen werden. Die SPK, die Außenhandelsbank der DDR, das Finanzministerium sowie auch die ZK-Abteilung Planung und Finanzen befürchteten deshalb einen rasanten Anstieg des Bargelddefizits, das schon in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht mehr auszugleichen sein werde. Trotz fortwährender Mahnungen der SPK, die Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland werde in absehbarer Zeit nicht mehr beherrschbar sein[22], sowie erneuter Politbürobeschlüsse[23] konnte die Zunahme der Auslandsverschuldung auch in den 1980er Jahren nicht gestoppt werden.

Das Politbüro der Honecker-Ära wich dennoch nicht von seinem Kurs ab. Es setzte unverdrossen auf einen ständig steigenden Exportüberschuss im Handel mit dem Westen, der bis 1989 als Schlüssel für die Beherrschung des Zahlungsbilanzproblems galt. Der im Januar 1973 vom Politbüro beschlossene Grundsatz, die für die Volkswirtschaft notwendigen Importe, die Ausgaben für Dienstleistungen sowie fällige Zahlungen durch wachsende Exporte zu erwirtschaften, wurde jedoch nie eingehalten[24]. Der Abbau der Schulden und die beabsichtigte Exportoffensive konnten im Rahmen der von Honecker verfolgten Wirtschaftspolitik nur dann gelingen, wenn überdurchschnittliche Wachstumsraten in der industriellen Warenproduktion erzielt würden, was angesichts der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen auch in den Planungsbehörden und Ministerien als unrealistisch eingeschätzt wurde. Tatsächlich ließ sich der geplante Exportüberschuss gegenüber den westlichen Industriestaaten niemals erreichen. Daraus ergab sich bereits

[20] Ebenda.

[21] Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen bis Ende August 1980 vom 18. 9. 1980, in: SAPMO BA, DY 30/5211.

[22] Information der HA XVIII zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber dem NSW vom 6. 3. 1982, in: BStU, MfS HA XVIII 13329, Bl. 19–21.

[23] Beschluss des Politbüros „über Maßnahmen zur vollen Sicherung der Zahlungsbilanz 1981 gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet" vom 30. 6. 1981, der u. a. Einsparungen von NSW-Importen in Höhe von 1 Mrd. VM vorsah, in: SAPMO BA, DY 30/ J IV 2/2/1899.

[24] Direktive zu den politisch-ideologischen und ökonomischen Aufgaben im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern zur Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages vom 16. 1. 1973, in: Ebenda, DY 30 J IV 2/2A/1653.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ende der 1970er Jahre eine außerordentliche Belastung der Zahlungsbilanz, die jederzeit zu Zahlungsunfähigkeit führen konnte[25].

Kontroversen über die Wirtschaftspolitik der SED

Als die Probleme Mitte der 1970er Jahre offenkundig wurden, ließen erste grundsätzliche Kontroversen über die seit 1971 verfolgte Wirtschaftspolitik nicht lange auf sich warten. Honecker und die Mehrheit des Politbüros hatten damals das Ende der Wirtschaftsreformen und eine ordnungspolitische Rückbesinnung auf das System der Wirtschaftsplanung der 1950er Jahre mit einer neuen Dimension der Sozialpolitik verknüpft[26]. Nicht mehr die Modernisierung der industriellen Basis und die Forcierung von Forschung und Entwicklung, sondern die Sozialpolitik sollte als Mittel der Herrschaftsstabilisierung dienen. Oberstes Rationalitätskriterium war – wie schon zuvor – die Erhöhung der Akzeptanz der Parteiherrschaft[27]. Diese Entscheidung wurde bewusst und in Kenntnis der die Ökonomie überfordernden Lasten, also letztendlich trotz der Gefährdung der mittel- und langfristigen Stabilität der DDR getroffen. Führende Ökonomen und Experten in der obersten Planungsinstanz zweifelten zwar an der Zweckmäßigkeit dieser Strategie, doch fand sich nach dem Machtantritt Honeckers zunächst niemand im Politbüro, der diese Bedenken offen aussprach.

Das anfängliche Schweigen im Politbüro resultierte nicht zuletzt aus dem einschneidenden Personalwechsel in den obersten Führungsetagen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung, der beträchtliche Unsicherheit über die weiteren „kaderpolitischen“ Absichten Honeckers im Politbüro schürte. Am 3. Oktober 1973 wurden auf Initiative Honeckers Horst Sindermann zum Vorsitzenden des Ministerrats, Willi Stoph zum Vorsitzenden des Staatsrats und Günter Mittag zum Ersten Stellvertreter Sindermanns gewählt. Für den früheren Protagonisten des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung Günter Mittag war die Ablösung als ZK-Sekretär für Wirtschaft und seine Versetzung in den Ministerrat Maßregelung, Warnschuss und Bewährungsfrist zugleich. Seinen Sitz im Staatsrat hatte Mittag bereits 1971 verloren; erst 1979 wurde er dort wieder Mitglied, 1984 rückte er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates auf. Zum Nachfolger Mittags als Wirtschaftssekretär bestimmte die 10. ZK-Tagung am 2. Oktober 1973

[25] Vgl. André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 191–196.

[26] Vgl. Peter Skyba, Politische Rahmenbedingungen 1971–1981, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 10: 1971–1989. Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, hrsg. v. Christoph Boyer, Klaus-Dietmar Henke und Peter Skyba, Baden-Baden 2008, S. 5–34; Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001; Beatrix Bouvier, Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002; Peter Hübner/Christa Hübner, Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976, Köln 2008.

[27] Vgl. Peter Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002, S. 39–80.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

das Politbüromitglied Werner Krolikowski, der freilich von Agitation und Propaganda mehr verstand als von Wirtschaft. Zu den neuen Kandidaten im Politbüro gehörte auch Gerhard Schürer.

Honecker demonstrierte insbesondere durch die Absetzung Mittags seinen Machtwillen. Erst Ende Oktober 1976 betraute er Mittag erneut mit der Funktion des ZK-Sekretärs für Wirtschaft, was überraschend kam und schwer zu erklären ist. Der Verweis auf dessen Opportunismus greift zweifellos zu kurz[28]. In der Außenwahrnehmung erwies sich Mittag seither als treuer Gefolgsmann Honeckers, doch gab es intern durchaus Spannungen zwischen Generalsekretär und Wirtschaftssekretär. Krolikowski, der für Mittag seinen Posten als ZK-Sekretär für Wirtschaft räumen und sich mit dem Amt als Erster Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden begnügen musste, gehörte seither zu den entschiedenen Gegnern des Wirtschaftskurses der Partei.

In ihren Überlegungen zur Bewältigung der strukturellen Probleme der Planwirtschaft bezogen sich Schürer und seine Stellvertreter immer wieder auf die Wirtschaftsreform aus den 1960er Jahren, die gegen Ende des Jahrzehnts aufgrund von gravierenden Problemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, aber auch in der Zulieferindustrie für die Großbetriebe beendet worden war[29]. Tatsächlich gelang es Honecker zunächst, die 1970 ausgebrochene Versorgungskrise zu überwinden, die aus unrealistischen Wachstumszielen in der Industrie resultiert hatte. Honecker und die Mehrheit im Politbüro werteten diesen Erfolg als Zeichen für die Richtigkeit der neuen Wirtschaftsstrategie und starteten zugleich ambitionierte Sozialprojekte[30], während Forschung und Entwicklung in bedeutsamen Technologiebereichen vernachlässigt wurden[31]. Dieser Kurswechsel kann als einer der Gründe für die später aufbrechende Krise gesehen werden, die der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission seit 1975/76 in internen Analysen immer wieder ansprach[32]. Honeckers Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war mit einer innovativen Eigendynamik in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik nicht zu vereinbaren. Sein Kalkül, unter Ignorierung der wissenschaftlich-technischen Revolution eine kostspielige Sozialpolitik zu verwirklichen und auf diese Weise das Herrschaftssystem zu stabilisieren, trug das Risiko des völligen Scheiterns in sich[33].

[28] Vgl. Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 120 f.

[29] Vgl. Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Freiburg i. Br. 1990; André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der 60er Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, Berlin 1999.

[30] Vgl. Christoph Boyer/Peter Skyba, Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" in der DDR, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 577–590.

[31] Vgl. Agnes Charlotte Tandler, Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Freiberg 2000.

[32] Einschätzung von Gerhard Schürer zum Entwurf des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 vom 6. 10. 1976, in: Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, DE 1/58746.

[33] Vgl. Peter Skyba, Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionengeschichtlicher Perspektive, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hrsg.), Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999, S. 49–62;

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwar sollte Honeckers Sozialpolitik auf dem Grundsatz beruhen, dass diesbezügliche Segnungen, insbesondere die mit Valutamittel eingeführten westlichen Konsumgüter, nur dann verteilt werden konnten, wenn die wirtschaftliche Grundlage dafür gegeben sei. Doch nahm man in der Praxis kaum Rücksicht auf volkswirtschaftliche Voraussetzungen. Das Leistungsdenken wurde immer mehr durch Anspruchsdenken ersetzt, nicht zuletzt deshalb, weil die Partei die versprochenen „Wohltaten" anfangs schneller verteilte als es die volkswirtschaftlichen Ergebnisse rechtfertigten[34]. Da Honecker Abstriche an seiner Sozialpolitik ablehnte, zu der insbesondere stabile Verbraucherpreise und niedrige Mieten gehörten, bekamen die Ministerien immer höhere Planvorgaben, die sie nur mit statistischen Tricks und sogenannten Planersatzleistungen einhalten konnten. Außerdem musste immer mehr und immer häufiger Geld aus dem Westen beschafft werden. Die Wirtschaftspolitik der SED hatte so schon bis 1976 einen inneren und äußeren Verschuldungsmechanismus in Gang gesetzt, der in der Folgezeit nicht mehr beherrscht werden konnte, da die sozialpolitischen Leistungen aus eigener Wirtschaftskraft nicht finanzierbar waren. Mit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel in der Ära Honecker war der letztlich vergebliche Versuch verbunden, die Defizite der Binnenwirtschaft und des Handels innerhalb des RGW durch einen Ausbau der Außenhandelsbeziehungen zu westlichen Industrieländern auszugleichen[35].

Honecker reagierte auf Kritik an seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere auf kritische Kommentare zur Zahlungsbilanz zunehmend giftiger. Anfang April 1976 lehnte Honecker in einem persönlichen Gespräch mit Schürer dessen Vorschläge zur drastischen Importreduzierung für den Fünfjahrplan 1976 bis 1980 entschieden ab[36]. Schürer hatte vor einer Zinsbelastung im Rahmen des Fünfjahrplans in einer Größenordnung von 9 bis 10 Mrd. VM gewarnt. Dadurch würde sich das Bargelddefizit weiter verschärfen und neue Finanzkredite müssten aufgenommen werden, die jedoch nach Ansicht der Außenhandelsbank bereits für 1976/77 nicht mehr zu bekommen waren. Am 14. März 1977 wiesen Mittag und Schürer in einem gemeinsamen Brief Honecker nochmal eindringlich auf die außerordentliche Verschärfung der Zahlungsbilanzsituation gegenüber dem westlichen Ausland hin, die immer höhere Kredite allein für die Rückzahlung der Zinsschulden erforderlich mache[37]. Ihren Hinweis auf den wachsenden Importüberschuss als wesentliche Ursache für das aktuelle Bargelddefizit in Höhe von 3,6 Mrd. VM betrachtete Honecker als einen persönlichen Angriff. Er reagierte

André Steiner, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153–192.

[34] Vgl. Peter Skyba/Christoph Boyer, Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 10, S. 67–144.

[35] Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker/ Lepsius/Weinert/Hertle (Hrsg.), Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 310.

[36] Vgl. den Vermerk über eine Aussprache bei Erich Honecker am 2. 4. 1976, in: BA Berlin, DE 1/58746.

[37] Schreiben von Gerhard Schürer und Günter Mittag an Erich Honecker vom 14. 3. 1977, in: Ebenda.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

insbesondere auf die Forderung nach der Beendigung westlicher Importe für die Versorgung der Bevölkerung schroff ablehnend[38] und hielt hartnäckig an der alten Maxime fest, die Exporte ins westliche Ausland zu steigern. Über eine andere Lösung des Zahlungsproblems wollte er nicht mehr diskutieren.

Mittag schlug sich nach dieser Abfuhr bedingungslos auf die Seite des Generalsekretärs. Schürer hingegen trat weiterhin als Mahner auf – auch im Politbüro, in dem die steigende Westverschuldung inzwischen als existenzielles Problem erkannt worden war[39]. Die Mehrheit im Politbüro lehnte die von Schürer wiederholt geforderte Drosselung der Einfuhr westlicher Konsumgüter jedoch ab, weil dadurch eine Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung befürchtet wurde. Ähnliche Auswirkungen erwartete man von der Steigerung der Exporte in den Westen, weil die dafür vorgesehenen Güter, darunter landwirtschaftliche Produkte, dem Binnenmarkt entzogen wurden, was sich wiederum auf das Versorgungsniveau im Inland auswirken musste. Grundvoraussetzung für einen vorteilhaften Außenhandel mit kapitalistischen Ländern wären wettbewerbsfähige und devisenrentable Exportgüter gewesen, an denen es der DDR aber aufgrund ihres technologischen Rückstandes und der vergleichsweise geringeren Arbeitsproduktivität mangelte.

Ein vertrauliches Gespräch über wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen

Die Aufzeichnung über das Gespräch Roigks mit dem Vorsitzenden der SPK am 24. April 1978 macht drei Aspekte der Wirtschaftspolitik der SED deutlich, über die im Politbüro der SED unterschiedliche Auffassungen herrschten: erstens die Ausgaben für westliche Importgüter, zweitens das Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik und drittens die Zahlungsbilanz der DDR. Darüber hinaus gibt das Dokument Einblick in die Entscheidungshintergründe in der Wirtschaftspolitik bzw. über den persönlichen Einfluss Günter Mittags auf wirtschaftspolitische Entscheidungen. Schürer sprach nicht grundlos mit einem ranghohen Offizier der Staatssicherheit. Er verfolgte dabei offenbar die Absicht, Honecker über den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik bewegen zu können. Schürer hoffte zu diesem Zeitpunkt noch auf eine grundsätzliche Umkehr in der Strategie der SED und eine damit verbundene Besserung der wirtschaftlichen Lage.

Das Gespräch fand zwischen zwei Funktionsträgern in der obersten Machthierarchie der DDR statt, die über genaue Einblicke in die Abläufe, Planungsmechanismen und Strukturzusammenhänge, mithin auch über die strukturellen Schwä-

[38] Handschriftliche Aufzeichnungen Gerhard Schürers über ein persönliches Gespräch bei Erich Honecker am 28. 4. 1977, in: BA Berlin, DE 1/58746. Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker/Lepsius/ Weinert/ Hertle (Hrsg.), Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 315.

[39] Exemplarisch dazu die Notizen über die Beratung zum Entwurf des Fünfjahrplanes am 5. 11. 1976, in: BA Berlin, DE 1/58746.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

chen und Defizite der DDR-Wirtschaft verfügten. Schürer hatte sich seit Anfang der 1950er Jahre als stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftsplanung in der Landesregierung Sachsen, als Abteilungsleiter in der Staatlichen Plankommission sowie als Sektoren- bzw. Abteilungsleiter in der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED als ausgewiesener Fachmann für Wirtschaftsplanung und -lenkung profiliert. 1966 wurde er als Nachfolger von Erich Apels zum Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission ernannt[40]. Seit damals fungierte er auch als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Schon im Januar 1963 hatte ihn der VI. Parteitag der SED zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei gewählt; im Oktober 1973 kam er als Kandidat in das Politbüro. Seine außerordentlichen Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung haben wesentlich dazu beigetragen, dass Schürer bis Dezember 1989 trotz wiederholter Anfeindungen und Anschuldigungen als Vorsitzender der SPK auf seinem Posten verbleiben konnte.

Sein Gesprächspartner Horst Roigk wusste als Diplom-Wirtschaftswissenschaftler, wovon Schürer sprach[41]. Roigk gehörte dem MfS seit 1955 an und war im Oktober 1966 erster kommissarischer Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung als Offizier im besonderen Einsatz der Hauptabteilung XVIII im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel geworden, bevor er Anfang 1967 von Alexander Schalck-Golodkowski abgelöst wurde[42]. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit und seiner leitenden Position in der HA XVIII erhielt Roigk Zugang zu internen Informationen über den Zustand der DDR-Wirtschaft, die er an den Leiter der Hauptabteilung sowie an Erich Mielke direkt weiterleitete.

Schürer war in dem Gespräch sehr offenherzig und gab seinen Eindruck wieder, dass man mit dem Generalsekretär bis vor ein, zwei Jahren noch über die anstehenden wirtschaftlichen Probleme habe diskutieren können. Auf sachliche Argumente habe Honecker durchaus reagiert. Doch jetzt, im Jahre 1978, sei dies nicht mehr der Fall. Der Generalsekretär habe die Kompliziertheit der ökonomischen Situation nicht erfasst und sei offensichtlich auch nicht willens, sich mit den Problemen ernsthaft auseinanderzusetzen. Er, Schürer, werde von Honecker kaum mehr empfangen, der Generalsekretär verlasse sich ausschließlich auf den Rat seines Wirtschaftssekretärs Mittag, der in den Augen Schürers schon kurze Zeit nach seiner Wiedereinsetzung in seine frühere Funktion als ZK-Sekretär im Oktober 1976 zum engsten Vertrauten des Generalsekretärs wurde. Vor diesem Hintergrund müssen frühere Mutmaßungen über die interne Machtverteilung im Politbüro während der Honecker-Ära korrigiert werden[43].

[40] Kaderakte Gerhard Schürers, in: SAPMO BA, DY 30 IV 2/11/v. 5472.

[41] Vgl. das Interview mit „Dr. Horst R.“, in: Gisela Karau, Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR, Frankfurt a. M. 1992, S. 20–34.

[42] Vgl. Reinhard Buthmann, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, in: MfS-Handbuch, Teil III/11, Berlin 2003, S. 7.

[43] Vgl. Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Band 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 141ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schürer berichtete ferner darüber, dass er die sich verschlechternde ökonomische Lage, insbesondere die Zahlungsschwierigkeiten, wiederholt im engen Kreis offen zur Sprache gebracht habe. An den Gesprächen seien Honecker, Mittag, Stoph und zeitweise Krolikowski beteiligt gewesen. Die überlieferten Aufzeichnungen Gerhard Schürers und auch Heinz Klopfers, einer der Stellvertreter Schürers und Staatssekretär in der SPK, bestätigen diese Behauptung. Tatsächlich fanden vor entscheidenden Politbürositzungen, in denen Eckdaten der wirtschaftlichen Perspektivpläne erörtert wurden, regelmäßig interne Besprechungen in einem engen und einem erweiterten Kreis statt. Dem engeren Kreis gehörten den Aufzeichnungen zufolge lediglich Honecker, Mittag und Schürer an[44]. Im Anschluss daran wurden die Planentwürfe in einem erweiterten Kreis von ausgewählten Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros sowie ZK-Abteilungsleitern behandelt. Dazu gehörten Erich Honecker, Günter Mittag, Gerhard Schürer bzw. sein Stellvertreter Heinz Klopfer, Willi Stoph, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Werner Krolikowski, Harry Tisch, Paul Verner, Werner Jarowinsky und Günter Ehrensperger[45]. Erst danach wurde der jeweilige Planentwurf dem gesamten Politbüro vorgelegt, das in der Regel das vorgelegte Material ohne größere Diskussion bestätigte.

Wie aus den Mitschriften über die Politbürositzungen hervorgeht[46], ließ sich die Mehrheit offensichtlich von der Vorstellung leiten, komplizierte ökonomische Probleme könnten noch wie in den 1950er Jahren allein mit ideologischen Appellen und politischen Direktiven gelöst werden. Insbesondere bei Honecker dominierten ökonomisches Wunschdenken und politisches Kalkül gegenüber nüchternem Sachverstand. Funktionäre mit wirtschaftswissenschaftlicher Kompetenz und gesellschaftspolitischen Ambitionen, die nicht vor 1933 sozialisiert worden waren und eine neue Generation von „Führungskadern“ repräsentierten, fanden bei ihm kaum Gehör[47].

Planungschef Schürer befürwortete einen anderen Ansatz als Honecker, um insbesondere die steigende Westverschuldung zu stoppen. Er hielt die vom Politbüro am 16. Januar 1973 beschlossene Formel, mit hohen Exportüberschüssen das Zahlungsbilanzdefizit deutlich zu reduzieren[48], für illusorisch. Er schlug daher in dem Gespräch mit Roigk „grundsätzliche Maßnahmen in der Volkswirtschaft“ vor, die von der Partei- und Staatsführung umgehend beschlossen werden

[44] Notiz über die Beratung bei Erich Honecker am 2. 4. 1976 über Probleme des Fünfjahrplans 1976 bis 1980, in: BA Berlin, DE 1/58746.

[45] Notizen über die Beratung zum Entwurf des Fünfjahrplanes am 5. 11. 1976 bei Honecker sowie den Hinweis über die Beratung beim Generalsekretär am 18. 11. 1977, in: Ebenda.

[46] Niederschrift Heinz Klopfers über die Beratung zum Gesetzentwurf über den Volkswirtschaftsplan 1978 im Politbüro am 22. 11. 1977, in: Ebenda.

[47] Vgl. Gerhard Schürer, Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 84; grundsätzlich: André Steiner, Möglichkeiten und Grenzen einer Planwirtschaft, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagner (Hrsg.), Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 135–153.

[48] Beschluss über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen auf der Sitzung des Politbüros am 16. 1. 1973, in: SAMPO BA, DY 30 J IV 2/2/1430.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

müssten. Vor allem lag ihm an einer Drosselung des privaten Konsums der Bevölkerung, an weitgehenden Importeinschränkungen, besonders in den Bereichen, die für die Konsumtion bestimmt waren, sowie am Stopp weiterer sozialpolitischer Maßnahmen.

Die von Schürer favorisierten Vorschläge machten die beiden unterschiedlichen Auffassungen über den Wirtschaftskurs der Partei deutlich. Schürer gehörte zu jenen Politbüromitgliedern, die auf eine Zurücknahme bzw. Korrektur der ausufernden Sozialpolitik drängten und den privaten Konsum der Bevölkerung zugunsten produktiver Investitionen drosseln wollten. Auch Krolikowski attackierte in seinen Briefen an die sowjetische Führung den Kurs Honeckers heftig. In einem Schreiben an Parteichef Leonid Breschnew vom 24. Oktober 1980 beklagte er das Festhalten am „Konsumsozialismus" der DDR sowie „das Leben auf Vorgriff für bisher noch nicht erbrachte Leistungen, was dazu führte, dass mit Beginn der 70er Jahre von Jahr zu Jahr die Schuldenlast stieg, die inzwischen eine Höhe erreicht hat, die immer unbeherrschbarer wird und dem Kapitalismus zu jeder Zeit – wie ebenfalls mehrfach bereits belegt – die Möglichkeit gibt, die Zahlungsunfähigkeit der DDR herzustellen bzw. politisch die DDR zu erpressen"[49].

Um die Wirtschaft zu stabilisieren, hielten es Krolikowski und Schürer für erforderlich, Abstriche am Lebensstandard der Bevölkerung zu machen. In einem Vermerk vom Juni 1982 notierte Krolikowski: „Natürlich muss in der DDR das Lebensniveau eingeschränkt werden. Die Mehrheit von Partei, Arbeiterklasse und Volk ist auch dazu bereit, wenn dies ehrlich erklärt und mit einer überzeugenden Konzeption begründet wird."[50] In diesem Punkt irrte Krolikowski. Die Bereitschaft, eine deutliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit Verweis auf bessere Zeiten zu tolerieren, war in den 1980er Jahren nicht mehr vorhanden. Die in der DDR aufgewachsene Generation wollte sich nicht mehr wie ihre Mütter und Väter auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen. Die Vorschläge Krolikowskis, die er auch in Briefen an die sowjetische Führung präsentierte, stellten somit keine echte Alternative zum „Konsumsozialismus" Honeckers dar.

Das Gespräch Schürers mit dem Stasi-Offizier macht deutlich, dass in der SED-Führung spätestens seit Mitte der 1970er Jahre die Funktionsmängel der Wirtschaftsplanung bekannt waren. Völlig Klarheit herrschte etwa darüber, dass die ökonomische Leistungskraft der DDR nicht ausreichte, um das seit 1971 verkündete sozialpolitische Programm umzusetzen. Um sowohl die anvisierte Leistungssteigerung der Wirtschaft mit dem Import von Rohstoffen und technischen Ausrüstungen abzusichern als auch den versprochenen Anstieg des Lebensstandards mit der Einfuhr westlicher Konsumgüter zu realisieren, mussten finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden. Damit erhielt die Erwirtschaftung konvertierbarer Devisen innerhalb der gesamten Außenwirtschaft einen überaus hohen Stellenwert – und die Abhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes wur-

[49] Information von Werner Krolikowski für Leonid Breschnew vom 24.10.1980, in: SAPMO BA, DY 30/25758.

[50] Werner Krolikowski, Zur Lage in der DDR, 16.6.1982, in: Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

de enorm erhöht[51]. Die Staatliche Plankommission wies den Generalsekretär und die wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees regelmäßig zu Beginn der Erarbeitung von Perspektivplänen auf die gravierenden wirtschaftlichen Probleme hin, die aus der Politik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", der außenwirtschaftlichen Öffnung der DDR und dem damit verbundenen Devisenbedarf resultierten. Die SED-Führung rutschte also nicht ahnungslos und unversehens in den wirtschaftlichen Abgrund.

Honecker und die Mehrheit des Politbüros hielten trotz der erkennbaren Schwächen der Wirtschaft und der Mängel der Planungen an ihrer Strategie fest, durch eine ökonomisch nicht fundierte Sozialpolitik die Herrschaft der SED zu stabilisieren. Honecker lehnte jegliche Korrektur oder gar Zurücknahme sozialpolitischer Maßnahmen ab, weil als Folge davon politische Instabilität, soziale Unruhe und eine Stärkung der innenpolitischen Opposition befürchtet wurden. Er weigerte sich auch strikt, die von einigen führenden Ökonomen geforderten Preissteigerungen vorzunehmen, und beharrte darauf, die kostspielige Subventionspolitik trotz der immer drängender werdenden außenwirtschaftlichen Belastungen fortzuführen. Die Stabilität der Verbraucherpreise, der Preise für Dienstleistungen und Mieten gehörte zu Honeckers eisernen Maximen, an denen nicht gerüttelt werden durfte. Hier wirkten noch die Erfahrungen des Aufstandes vom Juni 1953 nach, die zu großer Vorsicht bei sozialen Einschnitten zwang. Auch die Ereignisse in Polen deutete Honecker als Menetekel, als es im Dezember 1970 in der Folge drastischer Preiserhöhungen für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter zu Streiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen gekommen war.

Die Mehrheit des Politbüros teilte bis zuletzt die Ansicht Honeckers und Mittags, die ständig wachsende Verschuldung durch einen rasant wachsenden Export in das westliche Ausland stoppen zu können. Dafür fehlten allerdings aufgrund des technologischen Rückstands und der Struktur des West-Exports die notwendigen ökonomischen Voraussetzungen. Forderungen und Vorschläge, die Exportstruktur grundlegend zu ändern, mündeten lediglich in vage Konzepte, die über Jahre im Planungsstadium verharrten. Auf der anderen Seite forderten Schürer, Stoph und Krolikowski im Politbüro die Beachtung ökonomischer Grundregeln, die es erforderlich gemacht hätten, realistische Wirtschaftspläne auszuarbeiten und sowohl die gesellschaftliche wie auch die private Konsumtion zu drosseln. Dazu hätten der Abbau von Subventionen, ein grundlegendes Umschwenken in der Investitionspolitik und Preiserhöhungen in allen Bereichen, auch in der Preisgestaltung von Grundnahrungsmitteln, gehört. In der Folge wäre es höchstwahrscheinlich gelungen, die Wirtschaft zeitweilig zu stabilisieren. Eine Umsteuerung durch drastische Einschränkung der kostspieligen Sozialpolitik zugunsten einer industriellen Modernisierungs- und Wachstumspolitik konnte sich die SED-Führung jedoch nur dann leisten, wenn sie bereit war, die passive Loyalität der Bevölkerungsmehrheit aufs Spiel zu setzen – und das war sie nicht. Handlungsalternativen standen dem Politbüro somit nicht zur Verfügung.

[51] Vgl. Buchheim, Die Achillesferse der DDR, in: Steiner (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen, S. 97.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der am 30. Oktober 1989 von Gerhard Schürer vorgelegten „Analyse der ökonomischen Lage der DDR" räumte der oberste Planungschef seine persönliche Mitverantwortung am ökonomischen Scheitern der DDR ein[52]. Er behauptete darin, die SPK habe zwar mit „großer Konsequenz" auf die wirtschaftlichen Probleme hingewiesen, das ständige Mahnen der Experten habe jedoch nicht ausgereicht, um gegen den Willen Honeckers einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel herbeiführen zu können. Aus den nunmehr zugänglichen Dokumenten geht klar hervor, wie sich Schürer im permanenten Konflikt zwischen ökonomischem Sachverstand und Parteidisziplin stets dem politischen Druck des Generalsekretärs und der Politbüromehrheit gebeugt hat. Auf die Frage, warum er trotzdem auf dem Posten des SPK-Vorsitzenden ausgeharrt habe, erklärte Schürer im historischen Rückblick: „Ich hätte manchmal alles hinschmeißen können. Dann saß ich mit meinen engsten Mitarbeitern zusammen, und die haben gesagt, Gerhard, wenn du gehst, dann wird es alles nur noch schlechter bei uns, bleib doch da."[53]

Dokument

Aufzeichnungen[54] über ein vertrauliches Gespräch mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, über die Wirtschaftspolitik der SED am 24. April 1978

Quelle: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU), Bestand MfS, Akte HA XVIII 16067, Bl. 1 bis 12.

Hauptabteilung XVIII

Berlin, den 27. April 1978

Information
über ein Gespräch mit dem Kandidaten des PB der SED, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Genossen Gerhard Schürer am 24. 4. 1978

Am 24. 4. 1978 wurde mit Genossen Schürer ein internes, persönliches Gespräch über die Probleme der SPK, der Volkswirtschaft, über Kaderfragen und über persönliche Angelegenheiten geführt.

Genosse Schürer gab eine Einschätzung über den politisch-moralischen Zustand in der SPK, welcher sich besonders im letzten halben Jahr aufgrund der sich ständig erhöhenden Schwierigkeiten bei der Realisierung einer objektiven

[52] Gerhard Schürer, Begründung zur Vorlage „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" vom 30. 10. 1989, in: BA Berlin, DE 1/56320.

[53] Zit. nach Protokolle über die Gespräche mit Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel, in: Pirker/Lepsius/Weinert/Hertle (Hrsg.), Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 82.

[54] Die Aufzeichnungen wurden mit großer Wahrscheinlichkeit vom Leiter der Abteilung XVIII/4, zentrale Planungs- und Finanzorgane, Oberstleutnant Horst Roigk, angefertigt und an den Leiter der HA XVIII, Alfred Kleine, sowie Minister Erich Mielke weitergeleitet. Dies bestätigte Alfred Kleine in einer mündlichen Mitteilung vom 25. 10. 2010.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Volkswirtschaftsplanung entwickelt hat. Ein Höhepunkt für die zugespitzte Lage in der SPK war das Auftreten einiger Genossen während der Leitungssitzung am 21. 4. 1978 (Gen. Klopfer, Gen. Lietz, Gen. Wenzel, Gen. Müller, Gen. Grünheid, Gen. Kopp, Gen. Schiefer)[55]. Ausgangspunkt für diese Verhaltensweisen waren die zentralen Festlegungen zur Ausarbeitung der staatlichen Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan 1979, die von außen in die SPK hineingetragen wurden und die bar jeder Objektivität sind und in keiner Weise der volkswirtschaftlichen Lage und Situation entsprechen. Die gefordert Leistungen zum Plan 1979 wären selbst überspitzt und zu hoch, wenn der Plan 1978 in der konzipierten Form, wie er durch die Volkskammer beschlossen wurde, erfüllt werden würde.

Die von der SPK für 1979 vorgelegten Materialien wurden durch die Parteiführung (Gen. Honecker, Gen. Mittag und Gen. Stoph) nicht akzeptiert, weil die Probleme der Zahlungsbilanz, die 1979 gelöst werden sollten, nicht berücksichtigt sind.

Abgesehen von der Tatsache, daß eine solche Forderung, das Zahlungsbilanzdefizit 1979 in Größenordnungen zu beseitigen, illusorisch ist und von absoluter Unkenntnis zeugt, wird es statt eines Abbaus des Zahlungsbilanzdefizits eine weitere Erhöhung der Verschuldung geben, wenn nicht durch die Partei- und Staatsführung grundsätzliche Maßnahmen in der Volkswirtschaft beschlossen werden.

Solche grundsätzlichen Maßnahmen sind
- Drosselung der Konsumtion;
- Maßnahmen zur Herstellung der Rentabilität und der Produktionswirksamkeit der getätigten Investitionen aus den vergangenen Jahren, die solche Produkte herstellen müssen, die auf dem Weltmarkt absetzbar sind;
- rigorose Einsparung des Verbrauchs von gesellschaftlichen Fonds, (strengste Sparsamkeit);
- Einhaltung der vorgegebenen Steigerungsraten im Export, wobei diese Steigerungsraten objektiviert werden müssen. Die jetzt angegebenen Steigerungsraten von 23–26% und in manchen Industriezweigen von 20–50% sind unreal und nicht erfüllbar;
- weitestgehende Importeinschränkung, besonders in den Bereichen, die für die Konsumtion bestimmt sind;
- keine weiteren sozial-politischen Maßnahmen, welche Auswirkungen auf den Warenfonds haben, da bereits jetzt nach vorläufigen Berechnungen ein Defizit im Warenfonds für 1979 von 1,7 Mrd. besteht und gegenwärtig alle Bemühungen der SPK (rechnerisch), diese Lücke im Warenfonds zu decken, scheitern, da objektiv durch Leistungssteigerung, Rationalisierung und Automatisierung gegenwärtig keine Voraussetzungen vorhanden sind, um diese Lücke zu schließen.

[55] Es handelt sich um eine Beratung der Bereichsleiter der SPK und Stellvertreter Gerhard Schürers: Heinz Klopfer, Bruno Lietz, Siegfried Wenzel, Richard Müller, Karl Grünheid und Friedrich Schiefer.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zum Problem der Leistungssteigerung erklärte Genossen Schürer, daß diese als nur noch gering entwicklungsfähig betrachtet werden muß. Leistungssteigerungen in dem vorgesehenen Maße sind nur möglich, wenn in der produktiven Sphäre die notwendigen Rohstoffe, moderne Ausrüstungen und moderne Anlagen im Interesse der Automatisierung und Rationalisierung zur Anwendung kommen. Da wir in den vergangenen Jahren unsere aufgenommenen Kredite für sozial-politische Maßnahmen im wesentlichen einsetzten und bei den getätigten Investitionen nicht die Effekte erreichten, um weltmarktfähige Produkte für den Weltmarkt zu produzieren, sind diese Voraussetzungen nicht gegeben.

Die Arbeiterklasse kann noch so fleißig arbeiten bzw. den Willen dazu haben – wenn die Rohstoffe fehlen, werden Stillstandszeiten eintreten und wenn spezielle Ersatzteile, besonders aus der Zulieferindustrie, die weitestgehend vernachlässigt worden ist, nicht kommen, werden bestimmte Investvorhaben[56] (große Anlagen auf verschiedenen Gebieten) nicht wirksam werden.

Die gleiche Frage steht bei der Forderung der Importeinschränkung. Man kann die Importe nur bis zu einem gewissen Maße reduzieren. Es wäre notwendig, Importe besonders in der Konsumtion einzuschränken.

Solche Extravaganzen und unökonomische Maßnahmen wie ein Delikat- und Exquisitprogramm[57], Importe von Golf-Autos[58], der Bau von Gesellschaftsbauten, in denen Anlagen aus dem KA[59] installiert werden, große Summen von Valuta-Mark binden und letztendlich in der produktiven Sphäre keine Ergebnisse bringen, müßten sofort eingestellt werden bzw. um politischen Schaden zu verhindern und die Bevölkerung nicht gegen die Partei- und Staatsführung aufzubringen, auf dem jetzigen Niveau gehalten werden.

Das würde unter großen Anstrengungen bei einer weiteren Verschuldung im KA evtl. noch möglich sein, aber eine Forcierung der sozial-politischen Maßnahmen würde die Inlandversorgung nicht mehr gewährleisten, den Export weiter einschränken und zu einer noch größeren Belastung der produktiven Sphäre der Volkswirtschaft führen.

Genosse Schürer führte weiter aus, daß es notwendig ist, zu untersuchen, wo die Milliarden von Investitionen in der Industrie verbleiben. Nach seiner Auffassung werden sie nicht zweckmäßig eingesetzt, führen nicht zur Erhöhung der Produktion und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern es werden Schauobjekte wie Schwimmhallen, Opernhäuser, Pionierpaläste und sonstiger Luxus errichtet.

---

[56] Gemeint sind Investitionsvorhaben.

[57] In den seit 1962 eröffneten „Exquisit"-Läden wurden vornehmlich – überwiegend importierte – Qualitätswaren der Textil-, Leder- und Pelzindustrie zu stark überhöhten Preisen angeboten, die jedoch in DDR-Mark bezahlt werden konnten. 1976 wurden diese Verkaufseinrichtungen durch „Delikat"-Läden für den Nahrungs- und Genussmittelbereich ergänzt. In den 1980er Jahren gab es etwa 300 „Exquisit"- und rund 550 „Delikat"-Läden.

[58] Ab Januar 1978 lieferte das westdeutsche VW-Unternehmen 10.000 Golf-Pkw in die DDR als Teil eines Kompensationsgeschäftes.

[59] Abkürzung für: Kapitalistisches Ausland.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bei dieser Gelegenheit erläuterte Genosse Schürer auch, daß das geplante FDJ-Treffen 1979 nach bisherigen Berechnungen ca. 250 Mio. kostet[60], eine große Menge Baukapazität gebunden wird, das Verkehrswesen belastet wird und Versorgungsprobleme entstehen, die befriedigt werden müssen. Er ist ja für ein Jugendtreffen, aber nicht in dieser bombastischen Form, was allen Prinzipien der Sparsamkeit widerspricht.

Genosse Schürer berichtete dann weiter, daß er alle diese Fragen im engen Kreis offen zum Ausdruck gebracht hat. Der Kreis setzte sich zusammen aus Gen. Honecker, Gen. Mittag, Gen. Stoph und zeitweise Gen. Krolikowski. Alle seine Bemerkungen wurden besonders im Zusammenhang mit der Vorlage zum Planansatz 1978 und auch im Zusammenhang mit den Hauptproblemen des Planes 1979 ohne große Diskussion beiseite geschoben.

Er sagte, daß er bereits 1975 das erste Mal bei einer internen Aussprache mit Gen. Honecker in Gegenwart des Genossen Mittag in „Ungnade" gefallen ist, da er dort auch berichtete, wie die objektive Lage ist. Gen. Honecker habe ihm sehr erregt die Frage gestellt, ob er gegen die Beschlüsse des 9. Parteitages ist und ob er wünscht, daß man die Beschlüsse des 9. Parteitages ändert[61]. Auf eine sachliche Argumentation, die er in Gegenwart des Genossen Mittag mit Genossen Honecker führte, fand er kein Gehör. Gen. Mittag hielt sich bei dieser Diskussion völlig zurück.

Seit ca. einem halben Jahr kann er feststellen, daß sich die Angriffe auf die Arbeit der SPK durch die Parteispitze, geschürt vom Gen. Mittag, verstärken. Er musste auch wiederholt feststellen, daß durch den Generalsekretär Argumentationen gegen die SPK in internen Beratungen, aber auch im Politbüro gebracht wurden, die er vorher vom Genossen Mittag in analoger Form gehört hatte.

Genosse Schürer erklärte, die Kanonen richten sich auf die SPK, man sucht einen Schuldigen und die Geschichte der DDR lehrt, daß man nicht zum ersten Mal bei wirtschaftlich ernsthaften Situationen einen Sündenbock in der Arbeitsweise der SPK gefunden hat[62].

Zurückkommend auf die Probleme innerhalb des Apparates der SPK berichtete Genossen Schürer über die Leitungssitzung am 21. 4. 78, wo alle diese Probleme

[60] Gemeint ist das „Nationale Jugendfestival", das die FDJ vom 1. bis 3. Juni 1979 in Berlin veranstaltete. Dort trafen sich Hunderttausende von Jugendlichen zu politischen Kundgebungen und zahlreichen Kulturveranstaltungen. Das „Nationale Jugendfestival" diente ebenso wie die traditionellen Pfingsttreffen der FDJ der politischen Legitimation der DDR als eigenständigem Staatswesen. Der obligatorische Vorbeimarsch der teilnehmenden FDJ-Mitglieder an der Partei- und Staatsführung sollte die vorbehaltlose Zustimmung der DDR-Jugend zum politischen Kurs der SED-Führung zum Ausdruck bringen.

[61] Gemeint ist offenbar der VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971, da der IX. Parteitag erst im Mai 1976 stattfand. Schürer bezog sich in seiner Erinnerung an die Aussprache mit Honecker auf das Jahr 1975.

[62] Schürer spielt hierbei auf die ökonomischen Schwierigkeiten an, die im Herbst 1965 aus der Diskrepanz zwischen den angepeilten Wachstumsraten der Wirtschaft und den realen Möglichkeiten entstanden waren. Das Politbüro machte dafür Anfang Dezember 1965 die SPK und insbesondere deren Vorsitzenden Erich Apel verantwortlich. Am Tag nach der Politbürositzung beging Apel Selbstmord.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Diskussion standen und wo u. a. auch bemerkt wurde, daß Investitionen aus der Landwirtschaft weiter eingeschränkt werden müssen und die geplanten Zuwachsraten an Stickstoff, Kali, Phosphordünger für die Landwirtschaft zugunsten des Exports wichtiger Maschinen und Ausrüstungen bereitgestellt werden müssen.

Genosse Lietz[63], Stellvertreter des Vorsitzenden der SPK Landwirtschaft, erregte sich daraufhin außerordentlich, da er unter diesen Bedingungen seine Aufgabe als verantwortlicher Planer für die Landwirtschaft nicht wahrnehmen kann und seine Funktion zur Verfügung stellt. Es ist unmöglich, daß man von ihm fordert, bereits für 1979 einen Plan auszuarbeiten, der dem Stand des Jahres 1982 entspricht; daß man andererseits aber die notwendigen Fonds auf dem Niveau von 1977 belassen will und alles was für eine erhöhte Produktion erforderlich ist, zugunsten anderer wegstreicht.

Er erklärte weiter, daß er doch kein Zauberkünstler wäre. Er ist beauftragt zur Verbesserung der NSW[64]-Lage die Fleischreserve von 10 Kto aufzulösen. Das ist eine Illusion! Aufgrund der bestehenden Lage sind ja gegenwärtig nur noch 1,6 Kto vorhanden. Er bezeichnete solche Forderungen als Scharlatanerie.

Weiter äußerte er, daß man zur Kenntnis nehmen möge, daß er diese Art von Arbeitsweise nicht mehr länger mitmacht und daß er seine Ausführungen zu dieser Problematik auch als Kandidat des ZK gemacht habe. Genosse Schürer erklärte dazu, daß er Genossen Lietz beruhigt habe und zeigte auch die Ursachen auf.

Genosse Lietz wurde in der vergangenen Woche zum Genossen Grüneberg[65] bestellt, der die neuen Aufgaben aus den vorliegenden Materialien für 1979 während seiner Kur an der Ostsee studiert hatte. Daraufhin hat Gen. Grüneberg vom Gen. Lietz verlangt, daß er gegen jede Kürzung der Fonds in der Landwirtschaft auftritt und diese zurückweist. Sollte er dies nicht tun, würde Gen. Grüneberg dafür Sorge tragen, daß Gen. Lietz „rausfliegt". In diesem Zusammenhang sind nach der Art des Gen. Grüneberg noch einige arge Beschimpfungen des Gen. Lietz und Schürer erfolgt. So bezeichnete Genosse Grüneberg den Genossen Schürer als einen eingefleischten Bürokraten, der nur stur seinen Plan rechnet usw.

Auf die Problematik des Stickstoffes und dessen Export erklärte Gen. Schürer, daß dies große Probleme mit sich bringt. Seine Forderungen, den Stickstoffverbrauch in der Republik einzuschränken bzw. die Bestäubung des Waldes mit Stickstoff zu minimieren, würde beispielsweise für die Bereiche Cottbus zur Folge haben, daß dort große Waldflächen der Vernichtung preisgegeben werden. Die industriellen Ballungskomplexe und die damit im Zusammenhang stehenden nicht genügenden Umweltschutzmöglichkeiten werden aktive Auswirkungen auf

[63] Bruno Lietz war von 1972 bis 1981 stellvertretender Vorsitzender der SPK und Leiter des Bereichs Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Im November 1982 wurde er Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

[64] Abkürzung für: Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet.

[65] Gerhard Grüneberg war seit 1960 Sekretär für Landwirtschaft des ZK SED und seit 1966 Mitglied des Politbüros.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den Waldbestand haben, deren Folgen z.Zt. nicht einschätzbar sind (Wasserwirtschaft usw.).

Er sagte weiter, die Landwirtschaft wurde vor einiger Zeit, Anfang des Jahres 1978, in gewissen Fragen kritisiert[66]. Nun gibt es eine Reihe von führenden Genossen, die glauben, ihr Mütchen an der Landwirtschaft kühlen zu können, um von ihren eigenen Problemen abzulenken. Es ist aber nicht möglich, im Interesse der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die nun mal abhängig ist von vielen Faktoren (Wetter usw.), riesige Investitionen um Importe (moderne Anlagen und Maschinen) zu streichen.

Bedauerlicherweise zeichnet sich immer wieder solche Tendenz ab, daß es keine straffe einheitliche Leitung entsprechend den Notwendigkeiten der Volkswirtschaft gibt, sondern einer spielt den anderen aus, einer redet dem anderen zum Munde, und das besonders in der Parteispitze und gegenüber dem Generalsekretär. Er mußte die Feststellung machen, daß der Generalsekretär die Kompliziertheit der ökonomischen Situation nicht erfaßt und offensichtlich auch nicht willens ist, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Er verlässt sich in allen Fragen, und das im verstärkten Maße, auf den Gen. Mittag. Vor 1 bis 2 Jahren konnte man mit Gen. Honecker noch über die anstehenden Probleme diskutieren, heute wird er kaum noch empfangen und gehört und wenn er Gen. Honecker mit bestimmten Fragen konfrontiert hat, äußert sich dieser zunächst nicht, aber er ist noch nicht wieder in seinem Arbeitszimmer, wird er durch den Generalsekretär angerufen und erhält dann Weisungen, die den gemachten Vorschlägen widersprechen und ausschließlich das Produkt des Gen. Mittag sind.

Genosse Schürer sagte, Genosse Honecker ruft nach solchen Zusammentreffen sofort Genossen Mittag an und lässt sich von ihm beraten. Äußerst bedauerlich empfindet es Gen. Schürer, daß Gen. Honecker in seiner Umgebung falsche Berater hat, die nach seiner Meinung die Gedankengänge des Genossen Honecker aufgreifen und, ob es geht oder nicht, sie versuchen durchzusetzen.

Das Verhältnis zwischen ihm und Genossen Mittag hat sich seit ca. einem halben Jahr verschlechtert und zugespitzt. Während früher Genosse Mittag alle ökonomischen Probleme von Anfang ihre Auftretens bis zur Realisierung und Durchsetzung bei sich konzentrierte, d.h. in der Wirtschaftskommission, in der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz und in andern Kommissionen, die noch bestehen, ist jetzt die Tendenz zu bemerken, daß er alles von seinem Bereich als Wirtschaftssekretär abschiebt und versucht, diese Probleme der Regierung zuzuschieben. Während früher viele Maßnahmen durchgeführt wurden, ohne die Regierung zu informieren und ohne die notwendigen Beschlüsse zu fassen, versucht Genossen Mittag jetzt besonders im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Vorbereitung des Planes 1979 alle Probleme, Schwierigkeiten und sonstige Fragen in diesem Zusammenhang in die Kompetenz der Regierung einzuordnen. Ein Aus-

[66] Auf seiner Sitzung am 14. 2. 1978 zog das Politbüro in einem Beschluss „Lehren aus der Ernte“, in dem Leitungsmängel für die Einbußen bei landwirtschaftlichen Erträgen verantwortlich gemacht wurden.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

druck dafür sind die jetzt gegenwärtig durchgeführten Planberatungen mit den Ministern durch die Genossen Stoph und Krolikowski.

Zur Person des Genossen Mittag erläuterte Genosse Schürer, daß er eine hohe Achtung vor seinem Fleiß und vor seiner Intelligenz hat. Er müsste nach seiner Meinung alle kommenden Schwierigkeiten, Folgen und Komplikationen genauestens einschätzen können. Er ist persönlich ein äußerst ehrgeiziger Charakter, der bestrebt ist, Macht bei sich zu konzentrieren und Macht auszuüben. Das zeigt sich besonders bei der Organisierung der Arbeitsweise seines Apparates, seines konsequenten Durchsetzungsvermögens von richtigen und falschen Maßnahmen, dem nicht Dulden von Widersprüchen durch Experten und bei seinem gesamten taktischen Verhalten (Ergänzung mündlich).

Genosse Stoph[67] identifiziert sich ausschließlich mit den Aufgaben, die er vorher im Politbüro zur Diskussion gestellt hat und die von dort bestätigt worden sind bzw. die in individuellen Absprachen zwischen ihm und Genossen Honecker erfolgten. Mit durchgeführten Aktionen, Maßnahmen und Entscheidungen volkswirtschaftlicher Art, mit denen er nicht konfrontiert wurde, identifiziert er sich nicht und zeigt auch keinerlei Aktivitäten, sich dort zu arrangieren.

Daraus ergibt sich, daß es Genossen Schürer häufig so geht, daß er völlig auf sich selbst gestellt ist mit Entscheidungen, die aus dem Parteiapparat kommen, im Nachhinein konfrontiert wird, sie einordnen muß und häufig nicht in der Lage dazu ist, weil dadurch neue Disproportionen in der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft entstehen.

Als Beispiel führte Genossen Schürer an, daß sich der Genosse Tisch[68] offensichtlich in Absprache mit dem Generalsekretär auf dem Parteitag[69] hinstellt und verkündet, daß wir zusätzlich zum Plan 100 Tausend Wohnungen bauen werden. Er habe davon keine Kenntnis gehabt, ist jetzt aber mit den Auswirkungen konfrontiert. Nämlich, an diesen 100 Tausend Wohnungen hängen 100 Tausend Badewannen, 150 Tausend Armaturen, Gasherde, Elektroherde, Rohre, Fensterglas, Radiatoren usw. Diese Ausrüstungen sind im 5-Jahrplan nicht enthalten. Sie müssen aber beschafft werden – ein Import ist auszuschließen, eine zusätzliche Produktion gegenwärtig nicht möglich, da die planmäßig vorgesehene Summe der Neubauten von Wohnungen im günstigsten Falle wie vorgesehen erfüllt wird, wobei dabei bestimmt ein Auge zugedrückt werden muß (Erneuerung von Altbausubstanzen usw.).

In diesem Zusammenhang erläuterte Genosse Schürer, daß unsere Preispolitik volkswirtschaftlich unmöglich ist, jeder Realität widerspricht und offensichtlich einer falschen Idee entspringt. Wenn in der ganzen Welt, selbst in der großen Sowjetunion, sich die Rohstoffe, Konsumgüter und andere Produkte verteuern,

[67] Willi Stoph war von 1964 bis 1973 Vorsitzender des Ministerrates der DDR, von 1973 bis 1976 Vorsitzender des Staatsrates und von 1976 bis 1989 erneut Vorsitzender des Ministerrates. Seit Juli 1953 (bis November 1989) gehörte er dem Politbüro als Mitglied an.

[68] Harry Tisch war von 1975 bis 1989 Vorsitzender des FDGB. Dem Politbüro gehörte er seit 1971 als Kandidat und seit 1975 als Mitglied an.

[69] Gemeint ist der IX. Parteitag der SED vom Mai 1976.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dann kann man in der kleinen DDR nicht eine sogenannte stabile Preispolitik betreiben und aufrecht erhalten. Dafür gibt es keine Rechtfertigung, weder in politischer noch in volkswirtschaftlicher Hinsicht. Durch diese Preispolitik steigen die Subventionen des Staates in den genannten Sphären in das Unermeßliche. Wir entziehen mit diesen Subventionen beträchtliche Anteile aus dem Nationaleinkommen und reduzieren dieses damit. Weiterhin werden bei unseren Menschen Bedürfnisse geweckt, die wir aufgrund unserer Preispolitik nicht bewältigen (sh. Lücke im Warenfonds von 1,7 Mrd. für 1979).

Darüber hinaus versorgen wir in beachtlichem Umfang die Bevölkerung der VR Polen, der CSSR und aufgrund der offenen Grenze nach Westdeutschland, Westberlin, die Transitstrecken und die Einreisenden von Westberlin mit billigen Waren und vor allen Dingen mit Nahrungsmitteln.

Alle diese Maßnahmen und Entscheidungen sind nicht durchdacht und die Experten und Wirtschaftsfachleute, die Minister der Industriebereiche werden meistens im Nachhinein mit solchen Fragen konfrontiert und sind dann veranlaßt, sie in irgendeiner Weise in den proportionalen Entwicklungsprozeß der Volkswirtschaft einzuordnen. Über solche Erscheinungen, wie sie im Zusammenhang mit dem Golf[70] aufgetreten sind, lohnt es sich nicht zu reden, da es in der Golf-Angelegenheit im Prinzip nichts gab, was nicht falsch gemacht worden ist.

Auf eine Fragestellung nach der Zweckmäßigkeit der Durchführung der geplanten Kompensationsgeschäfte[71] in Höhe von 10–12 Mrd. VM erklärte Genosse Schürer, daß er prinzipiell für die Durchführung von Kompensationsgeschäften auf der Basis des Verhältnisses von 100 : 100 ist, d. h. die Summe des Aufwandes abzudecken mit zu liefernden Waren bzw. damit zu bezahlen. Er sieht darin eine Möglichkeit, eine Anzahl von Problemen der Zahlungsbilanz zu lösen, den Export zu steigern, weltmarktfähige Produkte herzustellen und dazu beizutragen, annähernd das offene Problem in der Warendecke der DDR zu reduzieren und dabei Fragen der Abschöpfung der Kaufkraft zu lösen. Er betonte aber, daß wir bisher nur ein solches Objekt auf dieser Basis errichtet haben. Es würde sich dabei um das neu erbaute Stahlwerk in Hennigsdorf handeln, alle anderen Objekte entsprechen gegenwärtig nicht diesen Anforderungen.

Mit Genossen Schürer wurde dann weiter über Probleme gesprochen, die das Bauwesen betreffen und die sich daraus ergebenden Komplikationen (Planmanipulationen im Bauwesen, das Ausweichen des Bauwesens von komplizierten werterhaltenden Objekten auf die Errichtung von neuen Anlagen und Gesellschaftsbauten bis zum Bau von FDGB-Heimen[72], Schwimmhallen u. a. Objekte), die Fragen der engen Verbindung des Bauwesens zu Industriezweigen, Probleme

[70] Gemeint ist der Import von PKWs der Marke VW-Golf im Jahre 1978.

[71] Die Kompensationsgeschäfte waren bevorzugte Praktiken im Handel mit westlichen Industrieländern oder Ländern der Dritten Welt, bei denen die Waren nicht ausschließlich mit konvertierbaren Devisen bezahlt werden mussten, sondern im Zuge eines Gegengeschäfts ganz oder teilweise mit einer anderen Ware oder Dienstleistung beglichen wurden. Kompensationsgeschäfte waren im Ost-West-Handel üblich, da die ostdeutschen Geschäftspartner devisenschwach waren.

[72] Gemeint sind Ferien- bzw. Erholungsheime der Einheitsgewerkschaft FDGB.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Koordinierung und die in diesem Zusammenhang auftretenden Verhaltensweisen von Ministern, Kombinatsdirektoren und Generaldirektoren von BMK[73] (BMK-Ost 80 Mio. Planmanipulationen).

Auf die Frage, wie es möglich ist, daß bereits jetzt im I. Halbjahr 1978 durch das Präsidium des Ministerrates beschlossen wurde, eine Planreduzierung von ca. 845 Mio. des Volkswirtschaftsplanes vorzunehmen, erklärte Genosse Schürer, daß die Ursachen darin liegen, daß die gestellten Forderungen von vornherein unreal waren und nur auf Druck der Parteiführung, speziell des Genossen Honecker und Stoph, erfolgten.

Genosse Schürer sagte, daß er 1977 bei der Vorlage der Konzeption zum Volkswirtschaftsplan 1978 das zweite Mal in „Ungnade" gefallen ist. Diese Konzeption wurde entschieden zurückgewiesen und es wurden illusionäre Zielstellungen in den Plan aufgenommen, der durch die Volkskammer bestätigt wurde.

Die Konzeption 1978, welche von der SPK ausgearbeitet worden war, hatte bereits sehr schwerwiegende Aufgabenstellungen zum Inhalt. Es gab Zielstellungen auf dem Gebiet der Investitionspolitik, im Export und auch in Fragen der Reduzierung des Zahlungsbilanzdefizits bzw. der Verhinderung einer weiteren Verschuldung. Nach seiner Auffassung und nach Auffassung seiner Spezialisten wäre es möglich gewesen, diese Zielstellung zunächst annähernd zu erreichen, wenn nicht sozial-politische Forderungen in Größenordnungen in den Plan hineingedrückt worden wären. Im Ergebnis ist man jetzt gezwungen und wird im Verlaufe des Jahres weiterhin gezwungen sein, Plankorrekturen vorzunehmen.

In der weiteren Unterhaltung wurde nochmals auf die Fragen der Überplanbestände[74] eingegangen. Genosse Schürer erklärte dazu, daß er festgestellt hat, daß die Überplanbestände im Anwachsen sind und im weiteren Verlauf zunehmen werden. Solche Erscheinungen werden immer dann auftreten, wenn der Mechanismus der Volkswirtschaft nicht nach dem Gesetz der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft funktioniert.

Er stellte an einem Beispiel dar, daß ein bedeutender Teil unserer Kombinate und Betriebe ohne Verträge produzieren, die Produkte nicht gebunden sind und damit der Absatz infrage gestellt ist. Das trifft für den Export als auch für den Verbrauch im Inland zu. So produzieren wir eine Reihe von Werkzeugmaschinen, deren Absatz nicht vertraglich gebunden ist und somit nach Endfertigung auf Lager gehen.

Eine andere Erscheinung zeigte sich im Zusammenhang mit der im Jahre 1972 abgebrannten Rohmontanwachsfabrik[75], ein sehr rentabler Exportbetrieb mit

[73] Abkürzung für: Bau- und Montagekombinat.

[74] Gemeint sind Warenbestände, die über die Vorgaben des Volkswirtschaftsplans hinaus produziert wurden, für die aber aufgrund mangelnder Qualität oder unzureichender Gebrauchsfähigkeit keine Abnehmer bzw. Käufer gefunden werden konnten.

[75] Gemeint ist die Montanwachsfabrik in Amsdorf (Sachsen-Anhalt), die seit 1922 Rohmontanwachs produziert und exportiert – ein fossiles Wachs auf pflanzlicher Basis, das auch heute noch aus der Braunkohle des Tagebaus Amsdorf gewonnen wird. Rohmontanwachs dient als Ausgangsstoff in der Putz- und Pflegemittelindustrie, als Präzisionsgusswachs und als Zusatz-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einer Valutarentabilität von 2,8[76]. Der Betrieb wurde durch Importanlagen neu errichtet. Durch das Auftreten von Zeitverlusten (Baugeschehen, Zulieferungen) verzögerte sich die Fertigstellung. Nach Fertigstellung dieses Objektes mußte zur Kenntnis genommen werden, daß wir die Produktion des Betriebes nicht mehr absetzen können, da unsere ehemaligen Abnehmer im KA auf andere Rohstoffe und Materialien bzw. auf andere Hersteller in anderen Ländern sich umgestellt hatten und wir heute das Rohmontanwachs auf Lager produzieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Fragen der Exquisit- und Delikatprogramme kam das Gespräch auf den Bereich Kommerzielle Koordinierung.

Genosse Schürer sagte, daß er im Prinzip eine gute Meinung vom Leiter des Bereichs, Genossen Schalck[77], hat, da dieser eine Reihe von guten Geschäften für die DDR durchführt und durchgeführt hat; daß aber aufgrund von spontanen Forderungen vom Genossen Mittag im Auftrage der Parteiführung durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung eine Reihe von Disproportionen geschaffen wurde, die sich volkswirtschaftlich auswirken. Er stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob Genosse Mielke denn nicht darauf Einfluss nehmen kann, daß solche sich negativ auswirkenden Maßnahmen eingeschränkt und beseitigt werden. Er habe den Eindruck, daß Genosse Mielke sich in diesen Fragen zurückhält, da das MfS durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung recht gut verdient.

Mit Genossen Schürer wurden dann noch einige Kaderprobleme besprochen. Das Verhalten des Genossen Krause[78] wurde zum Anlaß genommen, um gewisse Voraussetzungen zu schaffen, den IM „Kosmos“[79] aus der SU zurückzuziehen und in der SPK perspektivisch einzusetzen.

mittel in der Gummi-, Kabel-, Plaste-, Bitumen- und Asphaltindustrie und findet ebenso in der kosmetischen Industrie Anwendung.

[76] Gemeint ist die Rentabilität aus dem Export in das westliche Ausland.

[77] Alexander Schalck-Golodkowski war seit 1966 „Offizier im besonderen Einsatz“ des Ministeriums für Staatssicherheit und als solcher im Außenhandelsministerium seit Dezember 1966 einer der stellvertretenden Minister sowie ab 1975 Staatssekretär. Seit April 1966 leitete er den Bereich „Kommerzielle Koordinierung“.

[78] Wolfram Krause war Sekretär der SED-Kreisorganisation der SPK und in dieser Funktion einer der Stellvertreter Schürers. Worauf sich Schürer hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[79] Die Identität dieses Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS konnte nicht ermittelt werden.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Friedrich Wilhelm Rothenpieler scheidet als Stiftungsratsvorsitzender aus

Im Institut für Zeitgeschichte heißt es im Frühjahr 2011 Abschied nehmen: Nicht nur die Dienstzeit des Direktors endet, sondern auch die des Stiftungsratsvorsitzenden. Außerdem wird ein neuer Beiratsvorsitzender gewählt.

Ministerialdirektor Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler wurde 2006 Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und folgte auch als Stiftungsratsvorsitzender des Instituts für Zeitgeschichte Ulrich Wilhelm, den die Bundeskanzlerin zum Staatssekretär und Sprecher der Bundesregierung berufen hatte. Wieder einmal hatte das Institut für Zeitgeschichte Glück. So unterschiedliche Persönlichkeiten die Vorgänger waren, darunter seit den siebziger Jahren Dr. Karl Böck, Herbert Kießling und Dr. Wolfgang Quint – um nur die zu nennen, die ich selbst zwischen 1979 und 1982 bzw. seit 1992 erlebt habe –, so sehr ähnelte sich ihr großes Engagement für das IfZ, was angesichts der vielfältigen Aufgaben eines Amtschefs keine Selbstverständlichkeit ist.

In die fünfjährige Amtszeit von Dr. Rothenpieler fielen neben den üblichen Aufgaben des Stiftungsrats eine Reihe weiterer Herausforderungen, darunter die Beratung einer (sehr positiven) Evaluierung des Instituts, eine neue Stiftungssatzung, eine Kooperationsvereinbarung mit der LMU München, die die Jahrzehnte zurückliegenden und deshalb nicht mehr aktuellen Vereinbarungen ablöste, und schließlich die Berufung eines neuen Direktors. Naturgemäß mussten jeweils unterschiedliche Interessen und Zielsetzungen, aber auch differierende Auffassungen der Beteiligten ausgeglichen und integriert werden. Bei den entsprechend temperamentvollen Diskussionen, gelegentlich auch Kontroversen, verstand es Friedrich Wilhelm Rothenpieler stets, durch ebenso souveräne wie humorvolle Diskussionsleitung und Verhandlungsgeschick, aber auch hohe Sachkompetenz, wesentlich zu tragfähigen Lösungen beizutragen.

Angesichts seiner jahrzehntelangen administrativen und politischen Erfahrung und spezifischer persönlicher Qualitäten war dies zwar zu erwarten, doch setzte es trotz des vollen Terminkalenders immer auch die Bereitschaft voraus, sich auf das Institut, seinen Direktor sowie auf Bund- und Länderinteressen einzulassen: Gespräche mit Rothenpieler sind stets bereichernd, da sie nie sklavisch auf den unmittelbaren Gesprächszweck reduziert sind und die Bonhomie, die er ausstrahlt, entspannend auch auf seine Verhandlungs- und Gesprächspartner wirkt. Wenn es die Situation erfordert, besitzt er jedoch auch die notwendige Entscheidungskraft und die Fähigkeit zur effizienten Umsetzung der Entscheidungen.

Einige dieser Qualitäten erklären sich aus Herkunft, Lebens- und Berufsweg. Am 2. August 1945 in Siegen geboren, bestand er am humanistischen Zweig des Gymnasiums in Korbach/Hessen das Abitur und studierte seit 1965 in den damals auch in Marburg unruhigen Jahren Geschichte, Politik und Rechtswissenschaften. 1974 schloss er sein Studium mit dem Ersten Juristischen Staatsexamen und der Promotion in Jura ab. Noch wies nichts darauf hin, dass der Träger eines ausgesprochen preußischen Vornamens einmal bayerischer Spitzenbeamter werden würde. Doch folgte schon 1974 der Schritt nach Bayern, zwar nicht gleich

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0015

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nach Oberbayern, sondern vorsichtigerweise erst einmal nach Mittelfranken, wo er an der Universität Würzburg bis 1978 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeits- und Sozialrecht, Staats- und Verwaltungsrecht sowie Rechtsphilosophie wurde und auch das Zweite Juristische Staatsexamen ablegte.

Nach diesem wissenschaftlichen Intermezzo wechselte Rothenpieler zunächst in die Politische Bildung und zugleich in den administrativen Sektor, wurde er doch für sechs Jahre Leiter des Grundsatzreferats und Stv. Leiter der Akademie der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Dort gab er unter anderem die „Materialien zur politischen Bildung" heraus.

Danach aber ging es in Rothenpielers Berufsweg nicht mehr bloß um politische Bildung, sondern um konkrete Politik, genauer um Politik, Öffentlichkeit und Ministerialverwaltung. Dabei war seine tägliche Arbeit seit 1984 für mehr als zwei Jahrzehnte eng verbunden mit zwei herausragenden bayerischen Ministerpräsidenten, mit Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber. Zunächst war er zur Amtszeit von Strauß 1984 bis 1988 als Referatsleiter in der Presseabteilung der Bayerischen Staatskanzlei tätig, ab 1987 als Stellvertretender Abteilungsleiter – angesichts des impulsiven Temperaments des Regierungschefs und dessen eigenwilligen Umgangs mit der Presse war dies eine spannende, aber keineswegs leichte und immer wieder großes Improvisationstalent erfordernde Aufgabe, zugleich eine selbstlose.

1988 ging er mit dem neuen Innenminister Edmund Stoiber, mit dem er schon in der Staatskanzlei eng zusammen gearbeitet hatte, ins Bayerische Staatsministerium des Innern und wurde dort Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, danach von 1993 bis 1998 Sprecher des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung sowie Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit. 1998 bis 2003 Chef des Planungsstabs des Ministerpräsidenten und stellvertretender Amtschef der Staatskanzlei, war er an zentralen politischen Vorhaben beteiligt, wobei ihm die unentbehrliche Leistung der Ministerialverwaltung ebenso bewusst war wie die Priorität des Politischen in einer parlamentarischen Demokratie. Von 2003 bis Ende 2005 wurde Rothenpieler schließlich Amtschef des Staatsministers für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Freistaats Bayern beim Bund. Diese Stationen zeigen eine beeindruckende Karriere als Spitzenbeamter. In Berlin vertrat Rothenpieler Bayern mit Verve, Einfallsreichtum und Leidenschaft: So gelang es ihm, die Bayerische Landesvertretung zu einem Zentrum kultureller und politischer Begegnung zu machen. Schnell faszinierte ihn die wiedererstandene deutsche Hauptstadt und ihr kultureller Reichtum, schnell wurde er ein ausgesprochener Berlin-Kenner und -Enthusiast.

War ihm schon dieses Amt auf den Leib geschneidert, so gilt das nicht weniger für die seit dem 1. Januar 2006 übernommene neue Aufgabe als Amtschef des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, für die er aus sachlichen und familiären Gründen von Berlin nach München zurückkehrte. Der erfahrene Verwaltungsfachmann besaß eine ausgesprochene Fachkompetenz und eine persönliche Neigung für das vielgliedrige Themenspektrum des Hauses am Salvatorplatz: Durch ein breit angelegtes Studium und eigene wissenschaftliche Tätigkeit prädestiniert für Wissenschaftspolitik und Forschung, durch seine lang-

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

jährige Arbeit in der Staatskanzlei für den „Querschnitt“ ganz unterschiedlicher Aufgabenstellungen qualifiziert, ist Rothenpieler nicht allein ein Liebhaber, sondern auch ein ausgesprochener Kenner von Musik und Malerei, der bereits während seines Studiums als Organist in seiner Kirchengemeinde gewirkt hatte, ein Opernenthusiast und Kunstbegeisterter, ein Besucher großer kulturgeschichtlicher Ausstellungen und Museen, nicht allein aus dienstlichen Pflichten, – und eben ein historisch gebildeter Mann. Als Albrecht Schöne einst sein Buch über die Dichtung deutscher Pfarrersöhne unter dem Titel „Säkularisation als sprachbildende Kraft“ veröffentlichte, traf er einen Nerv der bi-konfessionellen deutschen Kultur- und Geistesgeschichte: Rothenpieler, auch er der Sohn eines Pfarrers, besitzt ebenfalls „kulturbildende Kraft“, er ist eine lebendige Verkörperung der positiven Traditionen des durch das evangelische Pfarrhaus vermittelten deutschen Kulturprotestantismus, den auch katholische bayerische Ministerpräsidenten hoch schätzten, die damit wieder einmal einen Beleg für die *liberalitas bavariae* lieferten.

Mit der ihm eigenen Selbstironie, seinen vielfältigen Interessen, seiner dann doch (protestantischer) innerweltlicher Askese eher fernstehenden Freude an kulinarischen Genüssen, wird er auch den „Ruhestand“ gelassen meistern und sich gewiss nicht langweilen. Das Institut für Zeitgeschichte ist ihm zu großem Dank verpflichtet, ich selbst danke ihm darüber hinaus für stets vertrauensvolles, angenehmes Zusammenwirken und viele interessante Gespräche in- und außerhalb der Institutsgeschäfte.

Horst Möller

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Helmut Altrichter scheidet als Beiratsvorsitzender aus

Prof. Dr. Helmut Altrichter, Inhaber des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg, ist dem Institut für Zeitgeschichte eng verbunden. Fünfzehn Jahre, von 1996 bis 2011, gehörte er dem Wissenschaftlichen Beirat an, seit 2004 war er sein Vorsitzender, doch nun konnte sein Mandat als Beiratsmitglied aufgrund der Satzung nicht erneut verlängert werden. Glücklicherweise bleibt er dem IfZ jedoch als einer der seit 2008 amtierenden vier Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte weiterhin verbunden, was der Zeitschrift aufgrund seiner hohen Sachkompetenz, seines kritischen, aber fairen Urteils, schließlich aufgrund seines Schwerpunkts in der Osteuropäischen Geschichte sehr zugute kommt.

Da das IfZ in den letzten eineinhalb Jahrzehnten seine Kooperation mit russischen Historikern und Forschungseinrichtungen, darunter der Akademie der Wissenschaften, und den großen Archiven, aber auch der Deutsch-Russischen Historikerkommission auf- und ausgebaut hat, ist Helmut Altrichters Expertise auf diesen Feldern besonders fruchtbar, zumal er unter anderem Mitglied der Deutsch-Russischen Historikerkommission und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats auch des Deutschen Historischen Instituts in Moskau und des Geisteswissenschaftlichen Zentrums für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig ist. Vor wenigen Wochen veröffentlichte das IfZ einen von ihm gemeinsam mit Jürgen Zarusky und mir selbst herausgegebenen Band mit Dokumenten aus dem Politbüro der KPdSU zu Michael Gorbatschows Deutschlandpolitik von 1985 bis 1990.

Seit drei Jahren beteiligt sich Helmut Altrichter – wie Georges-Henri Soutou, Professor an der Sorbonne in Paris und Membre de l'Institut de France – als Kooperationspartner an einem vielgliedrigen Projekt des Instituts für Zeitgeschichte: „Auf dem Wege zu einem neuen Europa", in dem Entstehung, Weiterführung und Konsequenzen des KSZE-Prozesses untersucht werden. Er trägt die wissenschaftliche Hauptverantwortung für die Darstellung der Sowjetunion bzw. der ostmitteleuropäischen Staaten durch mehrere Mitarbeiter.

Die Zusammenarbeit mit Helmut Altrichter als Beiratsvorsitzendem des IfZ war ebenso reibungslos wie effizient. Außer den „normalen" Aufgaben fielen in diese Jahre mehrere weitere, darunter die internen Evaluierungen durch den Beirat, aber auch die Unterstützung des IfZ in der externen Evaluierung, im letzten Jahr insbesondere die Beratung über die Nachfolge des Direktors und die Erstellung einer Vorschlagsliste für den Stiftungsrat. Da es anders als in der Vergangenheit (in meinem Fall handelte es sich um eine Personalunion aufgrund getrennter Berufungsverfahren) erstmals um eine gemeinsame Berufung mit der LMU München ging, musste Altrichter als Vorsitzender der Auswahlkommission des IfZ auch mit der universitären Berufungskommission verhandeln, um möglichst zu identischen Listenvorschlägen zu gelangen, was bekanntlich nur selten problemlos geschieht: Wieder einmal hat er dabei seine Fähigkeit zu ebenso geschmeidiger wie zielgerichteter Verhandlungsführung unter Beweis gestellt.

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0016

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Helmut Altrichter hat in vielen Funktionen und Gremien sein Pflichtgefühl und sein Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Außer den bereits genannten Aufgaben übernahm er zahlreiche zusätzliche: als Dekan seiner Fakultät 1999 bis 2001, als Vorsitzender des Verbandes der Osteuropahistoriker 1993 bis 1999 und zeitweilig auch des Wissenschaftlichen Beirats des Herder-Instituts in Marburg, als Mitglied des Beirats des DHI Warschau sowie in verschiedenen Ausschüssen der DFG. Er hat eine Reihe von Werken und Zeitschriften allein oder mit anderen (wie die Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas) herausgegeben, seit einigen Jahren betreut er (mit Bernd Faulenbach und Hanns Jürgen Küsters) eine der wichtigen zeitgeschichtlichen Editionen, die Dokumente zur Deutschlandpolitik.

Blieb und bleibt neben einer solchen Fülle von Aktivitäten (darunter natürlich auch die universitäre Lehre und Prüfungspflichten) noch Zeit für eigene Forschung oder ist er ein „Managertyp" geworden? Ganz und gar nicht! Helmut Altrichter ist ein eher zurückhaltender Mensch, der sich zwar für die Themen seines Fachs begeistert, dann auch aus sich herausgeht, sich aber doch nie aufdrängt. Seine Vielseitigkeit zeigte sich schon in seinem Studium. Geboren am 7. November 1945 in Mähren, studierte Helmut Altrichter unter anderem in Wien Geschichte, Germanistik, Politische Wissenschaften und Russisch. Nach dem 1. Staatsexamen 1970 wurde er 1974 in Neuerer Geschichte bei Karl-Heinz Ruffmann in Erlangen promoviert und habilitierte sich dort 1982. Danach lehrte er als Privatdozent an der Universität Erlangen-Nürnberg, bevor er 1984 das renommierte Heisenberg-Stipendium erhielt und 1985 auf die Professur für Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Universität Augsburg berufen wurde. 1990 kehrte er nach einem weiteren Ruf an die Universität Erlangen zurück. Als Gastprofessor lehrte er unter anderem 1987 an der Universität Pittsburgh/USA, auch lud ihn die Akademie der Wissenschaften in Moskau mehrfach als Austauschwissenschaftler ein. 2001/2002 erhielt er eines der begehrten Stipendien des Historischen Kollegs in München.

Seine Autorität in der Geschichtswissenschaft ruht auf einem reichen wissenschaftlichen Œuvre insbesondere für die osteuropäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, für die er methodisch vielfältige und innovative Forschungen durchgeführt hat. Dabei muss hervorgehoben werden, dass viele seiner Bücher eine große Breitenwirkung erreichen, weil Altrichter es versteht, außerordentlich anschaulich und lesbar zu schreiben. Zunächst beeindruckt der Umfang: Neben sieben Büchern hat er eine große Zahl von Aufsätzen verfasst und überdies fleißig rezensiert. Seine Herausgebertätigkeit ist nicht durch präsidiales, sondern direktoriales Engagement geprägt, viele der erwähnten Sammelbände hat er konzipiert, inspiriert, redigiert.

Altrichters Werke sind unterschiedlichen Themen gewidmet und mit verschiedenen Zugängen erarbeitet. Er vertritt einen methodischen und thematischen Pluralismus, was beispielsweise schon in seiner ersteren größeren Studie „Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890–1914" (1977) zum Ausdruck kommt. In diesem Buch verbindet er die Analyse internationaler Beziehungen am deutsch-russischen Beispiel mit der spannenden Frage, wie das Verhältnis des politischen Systems zur Außen-

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

politik gewesen ist und wie sich die deutsch-russischen Beziehungen dieses kritischen Zeitraums vor dem Ersten Weltkrieg in das Zeitalter des Imperialismus einordnen.

Danach folgten Bücher zur Oktoberrevolution in Russland und ihre Wirkungen, darunter „Staat und Revolution in Sowjetrussland 1917–1922/23“ (1981, 2. erw. Aufl. 1996), eine höchst reflektierte, sowohl bilanzierende als auch viele weitere Anstöße gebende Darstellung der Forschungslage zu dieser zentralen Periode der russisch-sowjetischen Geschichte, und „Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung“ (1984). Diese ganz aus den Quellen geschöpfte Sozial- und Kulturgeschichte der Revolutionszeit und ihrer Konsequenz der Kollektivierung erschließt neue Perspektiven unter anderen für die politische Geschichte, aber auch die Agrar-, Gesellschafts- und Mentalitätsgeschichte der Revolution. Eine Studienausgabe erschien später mit einer Einleitung von Lew Kopelew und stellt in dieser Form ein im besten Sinne wissenschaftlich fundiertes populäres Werk dar.

Ähnliches gilt für seine zuerst 1993 erschienene „Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991“, die auch in andere Sprachen übersetzt wurde und 2001 aufgrund ihres großen Erfolgs in zweiter, erweiterter Auflage erschien (und übrigens gar nicht so klein ist, da sie etwa 270 Seiten umfasst). Hier zeigt Altrichter seine Fähigkeit zur knappen Synthese eines großen Zeitraums, der die gesamte Geschichte der Sowjetunion präsentiert. Darüber hinaus hat er in zwei Bänden mit kommentierten Schlüsseltexten die Jahrzehnte von 1917 bis zu Stalins Tod 1953 dokumentiert. Für die Deutsch-Russische Historikerkommission entwickelte er auf dieser Basis ein Lehrprojekt im Internet mit 100(0) Schlüsseldokumenten zur deutsch-russischen Geschichte, an dem neben russischen Historikern auch Mitarbeiter des IfZ beteiligt waren bzw. sind.

Seine große Gesamtdarstellung der russischen Revolution, mit der er die Summe eigener und fremder Forschung zieht, erschien 1997 unter dem Titel „Russland 1917 – Ein Land auf der Suche nach sich selbst“. Trotz seines Umfangs von über 600 Seiten bietet das Buch eine spannende Lektüre und ist ein wahres Meisterwerk. Dies gilt für die sprachliche Brillanz, die darstellerische Kraft, aber auch für das methodische Reflexionsniveau, die Tiefe der Argumentation und nicht zuletzt für die Erschließung eines reichhaltigen Quellenmaterials. Dieses Werk fängt gleichsam in einem Prisma das weltgeschichtliche Schicksalsjahr 1917 in Russland in allen wesentlichen Charakterzügen ein und besitzt nicht zuletzt als Ursachenanalyse der Russischen Revolution von 1917 einen hohen Erklärungswert für die gesamte sowjetische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

In der zusammen mit Walther L. Bernecker verfassten „Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ (2004) stammt die Darstellung der mittel- bzw. osteuropäischen Länder aus der Feder Helmut Altrichters, dessen souveräne Kenntnis unterschiedlicher europäischer Länder sich ebenso in der Detailsicherheit wie in den großen Linien zeigt.

Sein bisher letztes Werk erschien 2009: „Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums“. Auch dieses Buch ist im Hinblick auf empirische Quellenarbeit, scharfsinnige Interpretation und darstellerische Kraft herausragend.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die sprachliche Gestaltung ermöglicht es auch dem Laien, den weltgeschichtlichen Umbruch, der im Zusammenbruch der Sowjetunion kumulierte, auf hohem wissenschaftlichen Niveau in den einzelnen Stationen, beispielsweise den Debatten im Volksdeputiertenkongress und den massenhaften Petitionen, der ideologischen und personellen Entwicklung der KPDSU, der immer virulenter werdenden Nationalitätenproblematik und der Rolle der Persönlichkeit im strukturellen Wandel zu erfassen.

Wie anregend Helmut Altrichters Fragestellungen immer wieder sind, zeigt sich aber auch an den von ihm initiierten Sammelbänden, die sich mit zentralen, neuen Themen befassen: „‚Modernisierung' versus ‚Sozialismus'. Formen und Strategien des sozialen Wandels im 20. Jahrhundert" (1983), „Bilder erzählen Geschichte" (1995), „Das Ende von Großreichen" (1996).

Muss ein Gelehrter, der als Wissenschaftler, Organisator und Gremienmitglied so viel leistet und dabei von vorbildlicher Zuverlässigkeit ist, nicht ein akademischer Blaustrumpf sein, der sich ausschließlich mit seiner Wissenschaft und thematisch vor allem mit den eigenen Forschungsschwerpunkten beschäftigt? Auch hier wieder lautet die entschiedene Antwort „Nein!" Helmut Altrichter ist weltläufig, elegant, ein Kenner von Kunst (darunter auch der Kochkunst), Literatur und Musik, kurz, allem Schönen zugewandt: Hat man das Glück, von ihm durch Sankt Petersburg oder Moskau geführt zu werden, spürt man seine ebenso vielseitige wie profunde Kennerschaft, aber auch seine Fähigkeit, sie unterhaltsam und anschaulich zu präsentieren: Die historische Topographie wird durch ihn lebendig.

Von all diesen Eigenschaften hat das Institut für Zeitgeschichte über viele Jahre hinweg profitiert und wird es in einigen Bereichen auch weiter tun. Dafür ist ihm das Institut ebenso dankbar wie ich selbst, der ich Helmut Altrichter für mehr als 25 Jahre angenehmster und erfolgreicher Zusammenarbeit und Freundschaft zu danken habe.

Horst Möller

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schreib-Praxis

Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg-Verlag veranstalten zum fünften Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (29. August – 2. September 2011)

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr diesbezügliches Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.
Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 29. August 2011 und dauert bis zum 2. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0017

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 1. Juni 2011 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München.* Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

... von der Redaktion betreut (Januar–März 2011)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst:
In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Jörg Arnold/Dietmar Süß/Malte Thießen (Hrsg.), Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa, Göttingen 2009.
Rezensiert von: Holger Nehring (University of Sheffield) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/18290.html

Gordon S. Barrass, The Great Cold War. A Journey through the Hall of Mirrors, Stanford 2009.
Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/15139.html

Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge, Massenmord und Lagerhaft. Die andere Geschichte des Großen Terrors, Berlin 2009.
Rezensiert von: Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/17123.html

Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge (Hrsg.), Stalinsmus in der sowjetischen Provinz 1937–1938. Die Massenaktion aufgrund des operativen Befehls Nr. 00447, Berlin 2010.
Rezensiert von: Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/17123.html

Heiko Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt/M. 2007.
Rezensiert von: Jörn Retterath (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/14015.html

Éric Bussière/Émilie Willaert, Un projet pour l'Europe. Georges Pompidou et la construction européenne, Bruxelles [u. a.] 2010.
Rezensiert von: Ulrich Lappenküper (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18778.html

VfZ 2/2011 © Oldenbourg 2011 DOI 10.1524/vfzg.2011.0018

Sarah-Jane Corke, U.S. Covert Operations and Cold War Strategy. Truman, Secret Warfare and the CIA, 1945–53, London/New York 2008.
Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18303.html

Stefan Dąmbski, Egzekutor, Warszawa 2010.
Rezensiert von: Maren Röger (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/19354.html

Hasia R. Diner, We Remember with Reverence and Love. American Jews and the Myth of Silence after the Holocaust, 1945–1962, New York 2009.
Rezensiert von: Jacob S. Eder (University of Pennsylvania) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18749.html

Barbara Epstein, The Minsk Ghetto 1941–1943. Jewish Resistance and Soviet Internationalism, Berkeley 2008.
Rezensiert von: Stephan Lehnstaedt (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/16085.html

Markus Fleischhauer, Der NS-Gau Thüringen 1939–1945. Eine Struktur- und Funktionsgeschichte, Köln/Weimar/Wien 2010.
Rezensiert von: Bernhard Gotto (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18001.html

Manfred Gehrmann, Die Überwindung des „Eisernen Vorhangs". Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migranten-Netzwerk, Berlin 2009.
Rezensiert von: Henrik Bispinck (Abteilung Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/17384.html

Niels Hansen, Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten, Düsseldorf 2009.
Rezensiert von: Erik Lommatzsch (Leipzig) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18276.html

Duco A. Hellema, Dutch Foreign Policy. The Role of the Netherlands in World Politics, Dordrecht 2009.
Rezensiert von: Christoph Meyer (Jacobs-University, Bremen) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/17934.html

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Instytut Pamięci Narodowej (Hrsg.), Migawki z przeszości. Opowieści świadków historii, Warschau 2010.
Rezensiert von: Maren Röger (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/19354.html

Hartmut Kaelble, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007.
Rezensiert von: Christoph Boyer (Universität Salzburg) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/12981.html

Christian Kehrt, Moderne Krieger. Die Technikerfahrung deutscher Militärpiloten 1910–1945, Paderborn 2010.
Rezensiert von: Fernando Esposito (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/19562.html

Eberhard Kolb, Deutschland 1918–1933. Eine Geschichte der Weimarer Republik, München 2010.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18667.html

Stefan Krings, Hitlers Pressechef. Otto Dietrich (1897–1952). Eine Biographie, Göttingen 2010.
Rezensiert von: Daniel Mühlenfeld (Mülheim an der Ruhr) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/19253.html

Anika Leithner, Shaping German Foreign Policy. History, Memory and National Interest, Boulder, CO 2009.
Rezensiert von: Amit Das Gupta (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/19353.html

Leonid Luks, Freiheit oder imperiale Größe. Essays zu einem russischen Dilemma, Hannover 2009.
Rezensiert von: Alexander R. Schejngeit (Institut für Europäische Geschichte, Mainz/Universität Konstanz) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18402.html

Mathias Mayer, Der Erste Weltkrieg und die literarische Ethik. Historische und systematische Perspektiven, München 2010.
Rezensiert von: Anselm Doering-Manteuffel (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18956.html

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mark Mazower, No Enchanted palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations, Princeton/Oxford 2009.
Rezensiert von: Florian Hannig (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/17280.html

Guy Miron/Shlomit Shulhani (Hrsg.), The Yad Vashem Encyclopedia of the Ghettos During the Holocaust, Jerusalem 2009.
Rezensiert von: Klaus-Peter Friedrich (Marburg/L.) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18274.html

Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010.
Rezensiert von: Anselm Doering-Manteuffel (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18411.html

Antonio Negri/Raf Valvola Scelsi, Goodbye Mr. Socialism. Das Ungeheuer und die globale Linke, Berlin 2009.
Rezensiert von: Tobias Hof (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/17795.html

Philipp Nord, France's New Deal. From the Thirties to the Postwar Era, Princeton/Oxford 2010.
Rezensiert von: Stefanie Middendorf (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/18575.html

Kornélia Papp, Remigranten in der SBZ/DDR und in Ungarn nach 1945. Ein Vergleich, Göttingen 2009.
Rezensiert von: Arpád von Klimó (University of Pittsburgh) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/16402.html

Otfrid Pustejovsky, Stalins Bombe und die „Hölle von Joachimsthal". Uranbergbau und Zwangsarbeit in der Tschechoslowakei nach 1945, Münster/Hamburg/Berlin/London 2009.
Rezensiert von: Rainer Karlsch (Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/17451.html

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dirk Riedel, Ordnungshüter und Massenmörder im Dienst der „Volksgemeinschaft“: Der KZ-Kommandant Hans Loritz, Berlin 2010.
Rezensiert von: Bastian Hein (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/19165.html

Thomas Riegler, Terrorismus. Akteure, Strukturen, Entwicklungslinien, Innsbruck 2009.
Rezensiert von: Tobias Hof (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/18261.html

Ivor Roberts (Hrsg.), Satow's Diplomatic Practice. Sixth Edition, Oxford 2009.
Rezensiert von: Holger Berwinkel (Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/17336.html

Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm, Göttingen 2009.
Rezensiert von: Michael Gehler (Stiftung Universität Hildesheim) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18299.html

Stefanie Schüler-Springorum, „Krieg und Fliegen“. Die Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg, Paderborn 2010.
Rezensiert von: Fernando Esposito (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/17245.html

Lu Seegers/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die „Generation der Kriegskinder“. Historische Hintergründe und Deutungen, Gießen 2009.
Rezensiert von: Malte Zierenberg (Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/16533.html

Andreas Stirn, Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe 1953–1990, Berlin 2010.
Rezensiert von: Christoph Lorke (Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/19030.html

Jacques Tardi/Jean-Pierre Verney, Elender Krieg 1. 1914–1915–1916, Zürich 2009.
Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18962.html

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jacques Tardi/Jean-Pierre Verney, Elender Krieg 2. 1917–1918–1919, Zürich 2010.
Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18962.html

Ian Taylor, The International Relations of Sub-Saharan Africa. London 2010.
Rezensiert von: Dustin Dehez (Global Governance Institute, Brussels) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/19047.html

Andreas Thüsing (Hrsg.), Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946, Göttingen 2010.
Rezensiert von: Michael C. Bienert (Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18563.html

Joanna Urbanek, Lek i strach. Warszawiacy wobec zagrozeń. Wrzesnia 1939 r, Warszawa 2009.
Rezensiert von: Maren Röger (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/19354.html

Zdzislaw Urbaniak, Moja Wielskopolska, Warschau 2010.
Rezensiert von: Maren Röger (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/19354.html

Edmund de Waal, The Hare with Amber Eyes. A Hidden Inheritance, London 2010.
Rezensiert von: Edith Raim (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/19563.html

Kenneth Weisbrode, The Atlantic Century. Four Generations of Extraordinary Diplomats who Forged America‘s Vital Alliance with Europe, Cambridge, MA 2009.
Rezensiert von: Klaus Schwabe (RWTH Aachen) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/18298.html

Cecilia Winterhalter, Raccontare e Inventare. Storia, memoria e trasmissione storica della Resistenza armata in Italia, Bruxelles [u. a.] 2010.
Rezensiert von: Silvano Longhi (München) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/18272.html

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rezensionen zu Publikationen aus den Reihen des IfZ (Januar–März 2011):

Detlev Brunner, Stralsund. Eine Stadt im Systemwandel vom Ende des Kaiserreichs bis in die 1960er Jahre, München 2010.
Rezensiert von: Manfred Hanisch (Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18740.html

Kristian Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP, 1945–1953, München 2010.
Rezensiert von: Horst Sassin (Solingen) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18745.html

Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982, München 2010.
Rezensiert von: Christian Jansen (Technische Universität, Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2011/01/18284.html

Stephan Lehnstaedt, Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944, München 2010.
Rezensiert von: Armin Nolzen (Warburg) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2011/03/19167.html

Michael Ploetz/Tim Szatkowski (Bearb.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1979. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2010.
Rezensiert von: Michael Gehler (Stiftung Universität Hildesheim) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2011/02/18241.html

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Johannes Hürter, **The German Foreign Office, the Nazi Dictatorship and the Holocaust. Critical Remarks about a Commission Report**

The Commission of Historians dealing with the German Foreign Office's Nazi Past has caused quite a stir with the book "Das Amt und die Vergangenheit" [The Foreign Office and the Past]. The substantive gain is however limited, for there has long been agreement among researchers that the Foreign Office was not "alien" to the Nazi system of government, instead contributing to the implementation of a racist policy of violence just like other state institutions. The supposed spectacular dimension of the book stems from the fact that it oversimplifies and exaggerates the role of the Foreign Service during the Nazi dictatorship, especially with regard to the persecution and extermination of the European Jews. The reduction in complexity mostly concerns three areas: 1. The diplomatic elite is described as an overwhelmingly homogeneous block of perpetrators without taking its transformation processes and inner differentiations into account (especially those after 1938). 2. The Foreign Office is ascribed with a major, sometimes even leading role in the Holocaust without consideration for the complex interrelationships and processes of the "Final Solution" as well as the responsibility of the main perpetrators. 3. Nazi persecution policy and the share of the Foreign Office in it is mostly limited to the Holocaust, while other mass crimes are neglected and actual foreign policy and its negative consequences remain excluded. On the whole the blanket and generalising interpretations of the commission report represent a clear setback for the efforts of research to accomplish a differentiated view of the National Socialist dictatorship and policy of violence. The fact that such simplifying accounts of Nazi history are so successful should not only worry researchers of contemporary history.

Kurt Bauer, **Hitler and the July 1934 Putsch in Austria. A Case Study on National Socialist Foreign Policy during the Early Phase of the Regime**

The coup attempt of the Austrian National Socialists on 25 July 1934 has so far mostly received attention in Austrian contemporary historiography, but not so much in German and international research. One of the main reasons is that the role of Hitler could not be clarified. The respective passages in the Goebbels diaries (published in 2005) together with reassessed previously known sources now allow for a new perspective on the background of the July Putsch. It is now apparent that it is highly likely that Hitler gave the order personally. He decided to strike at the Dollfuß regime at the same time that he decided to strike at the supreme SA leadership. On the domestic front Hitler wanted to open the path to taking over the office of Reich President after Hindenburg's foreseeable demise by using the *Röhm Putsch;* on the foreign policy front he hoped to disarm the "Austrian Question" by way of a Nazi Seizure of power, thus immediately drawing Italy to his side and avoiding the acute danger of France's "encirclement offensive".

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Patrick Bernhard, **Concerted Action against Enemies in the Axis Alliance. The Police during the Third Reich and in Fascist Italy 1933 to 1943**

Repression and policing were among the main fields of Axis cooperation between Fascist Italy and Nazi Germany. Based on the police treaty of 1936, this collaboration not only encompassed a large-scale exchange of information on political and "racial" adversaries and their persecution even far beyond the national confines of the two dictatorships. It also led to learning and radicalisation processes on both sides of the Alps in terms of political violence, militarization, and controlling the "imperial spaces" the two dictatorships conquered in Europe and Africa. This holds true especially for the German SA, the SS, and the Fascist militia, whose respective developments were in many ways intertwined with one another. Such convergences between both dictatorships demonstrate that the Nazi regime was not as independent, different or even "unique" as historiography has claimed so far. Rather in future the history of the Third Reich has to be seen and analysed to a far greater extent in terms of Italian Fascism. Only in this way will its true significance for the European history in the first half of the 20th century be properly established.

Bastian Hein, **Himmler's Order. The Selection- and Entry Procedure of the General SS**

The Nazi Party's *Schutzstaffel* called itself the "elite forces" of the "Führer" and considered themselves a "sworn community" of the most fanatic National Socialists. But it was also a mass organization to which more than 200.000 volunteers from all classes of German society belonged even prior to the Second World War. More than 90 percent of them were members of the so-called General SS, which in contrast to the SS security service (SD), the concentration camp guards and the combat units of the *Waffen-SS* has attracted only little scholarly attention. How did its elite pretensions and its social heterogeneity coexist? Bastian Hein offers a detailed description of the "Black Corps'" application, selection and introduction process. He investigates to what extent the SS leadership was successful in enforcing its own racist criteria during this process and analyses the connection between these complex entry procedures and the fact that, in many of the Nazi's mass crimes, Hitler's willing executioners came from the ranks of the SS.

Andreas Malycha, **Unvarnished Truths. A Confidential Conversation between Gerhard Schürer, Chief Planner of the GDR, and the Stasi about the Economic Policy of the SED in April 1978**

The document provides testimony of a central conflict within the SED politburo during the 1970s. During a conversation between the chief planner of the GDR, Gerhard Schürer, and a Stasi officer in April 1978 the key problems of the economy of the GDR are discussed openly. So far such an internal perspective of the inner controversies regarding the macroeconomic and socio-political conditions of the GDR has only rarely been possible. The repercussions of the economic policy

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

changes of the VIII. party conference become apparent – as well as the discussions which subsequently arose in the politburo and among leading economic experts. Schürer was one of the politburo members advocating a revocation or correction of the expansive social policies and a curbing of the private consumption of the population in favour of productive investments. Despite the observable limits of economic performance and the deficiencies of the command economy, Honecker in contrast clung to his strategy of stabilising the rule of the SED by a social policy not really founded in economic realities. Obviously Schürer spoke with a leading Stasi officer in order to induce Honecker to undertake a change of course in economic policy through the Minister for State Security, Erich Mielke.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. **Johannes Hürter,** wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Leonrodstr. 46 b, 80636 München) und Privatdozent an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; veröffentlichte u. a.: „Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932)“ (München 1993); „Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, 1903–1918“ (München 1998); „Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42“ (München ²2007); zusammen mit Jürgen Zarusky (Hrsg.) „Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden“ (München 2008); zusammen mit Gian Enrico Rusconi (Hrsg.) „Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982“ (München 2010).

Dr. **Kurt Bauer,** Mitarbeiter am Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft Wien und Lehrbeauftragter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien (Carl-Appel-Str. 7/29.2, A-1109 Wien); veröffentlichte u. a.: „Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934“ (Wien 2003); „Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall“ (UTB-Taschenbuch, Wien u. a. 2008); als Herausgeber „Faszination des Fahrens. Unterwegs mit Fahrrad, Motorrad und Automobil“ (Wien u. a. 2003): „Bauernleben. Vom alten Leben auf dem Land“ (Wien u. a. 2005).

Dr. **Patrick Bernhard,** Junior Fellow am Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS), (Stadtstraße 5, 79104 Freiburg); veröffentlichte u. a.: „Zivildienst zwischen Reform und Revolte. Eine bundesdeutsche Institution im gesellschaftlichen Wandel, 1961–1982“ (München 2005); „La Pizza sul Reno. Per una storia della cucina e della gastronomia italiane in Germania nel XX secolo“, in: Memoria e Ricerca 23 (2006), S. 63–72; zusammen mit Anne Rohstock, “Writing about the ‘revolution’. Nuovi studi internazionali sul movimento del ’68”, in: Ricerche di Storia Politica 11 (2008), S. 177–192; „Die ‚Kolonialachse‘. Der NS-Staat und Italienisch-Afrika 1935 bis 1943“, in: Die „Achse“ im Krieg, Politik, Ideologie und Kriegführung 1939 bis 1945, hrsg. v. Thomas Schlemmer, Lutz Klinkhammer und Amedeo Osti Guerrazzi (Paderborn u. a. 2010), S. 147–175.

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. **Bastian Hein,** wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Leonrodstr. 46 b, 80636 München); veröffentlichte u. a.: „Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974“ (München 2006); „‚1968‘ et le Tiers Monde. Radicaux et modérés dans le mouvement étudiant ouest-allemand“, in: Revue d‘Allemagne et des pays de langue allemande 35 (2003), S. 217–232.

Dr. **Andreas Malycha,** wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin); veröffentlichte u. a.: „Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Eine Quellenedition“ (Bonn 1995); „Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953“ (Paderborn 2000); „Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961“ (Leipzig 2003); „Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970–1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik“ (Leipzig 2009); zusammen mit Peter Jochen Winters, „Die SED. Geschichte einer deutschen Partei“ (München 2009).

Jahrgang 59 (2011), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de